

Sigrid Grabner, Hendrik Röder,
Thomas Wernicke (Hrsg.)

Potsdam 1945-1989

Zwischen Anpassung
und Aufbegehren

Wir sind stolz auf unseren
Staat, in dem Wirklich
wofür Generationen arbei
gekämpft und gelitt

Brandenburgische
Landeszentrale für
politische Bildung

Eine Publikation der
Brandenburgischen
Landeszentrale für
politische Bildung

Sigrid Grabner, Hendrik Röder,
Thomas Wernicke (Hrsg.)

Potsdam 1945-1989

Zwischen Anpassung
und Aufbegehren

Bildnachweis

S. 22 A. Schittko/Potsdam-Museum, S. 23 J. Köhler, S. 30 T. Wernicke, S. 31, 32, 34 U. Gerlant,
S. 52 C. Wendland, S. 70 P. Rohn, S. 95, 151 S. Mühe, S. 111 B. Bahra,
S. 125 H. Hagen/Potsdam-Museum, S. 145 F. Burkhardt,
S. 150, 161 F. Buschner/Potsdam-Museum, S. 158 B. Blumrich,
S. 178 Freydank/Potsdam-Museum, S. 181 W. Mallwitz/Potsdam-Museum,
S. 184 V. Futterlieb/Potsdam Museum, S. 188 M. Haseloff/Potsdam-Museum,
S. 189 W. Wawra/Potsdam-Museum.
Alle übrigen Abbildungen: Potsdam-Museum.

Titelfoto: Steffen Mühle

Copyright
Brandenburgische Landeszentrale
für politische Bildung 1999

Herausgegeben
vom Brandenburgischen
Literaturbüro
in Zusammenarbeit
mit dem Potsdam Museum

ISBN: 3-932502-17-5

Gestaltung und Realisierung:
LINIE DREI, Berlin

Druck und Bindung:
Arno Brynda GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung stellt keine
Meinungäußerung der
Brandenburgischen Landeszentrale
für politische Bildung dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen
die Autoren die Verantwortung.

Inhalt

	Vorwort	9
<i>Horst Schüler</i>	Du denkst, es ist alles vorbei Von Potsdam nach Workuta	13
<i>Jürgen Köhler</i>	Mein Vater war schlohweiß Rekonstruktion eines politischen Mordes	21
<i>Uta Gerlant</i>	Keep Smiling Zwei Gefängnisse in Potsdam	29
<i>Lutz Borgmann</i>	Herr, wir stehen Hand in Hand Der Kampf gegen die Junge Gemeinde 1953	35
<i>Volker Oelschläger</i>	Ich glaube nichts mehr Der 17. Juni 1953 in den Akten	41
<i>Hendrik Röder</i>	Die Knarre haben wir! Ein Schauprozeß gegen die Evangelische Studentengemeinde	51
<i>Erhart Hohenstein</i>	Mein Gott, was haben die mit euch vor! Zehn Monate im Leben des Volker Schobeß	59

<i>Volker Oelschläger</i>	Aber es haben doch alle gewußt Mauerdurchbruch bei Klein-Glienicke	69
<i>Hanne Bahra</i>	Der Preis der Naivität Protest gegen den Einmarsch in Prag 1968	75
<i>Carolin Lorenz</i>	Täglich die kleine Anarchie ersinnen Die Babelsberger „Schmiede“	81
<i>Stephan Flade</i>	Der Geist weht, wo er will Aus der Arbeit der Friedrichsgemeinde	89
<i>Jana Guntowski</i>	Wir rannten um unser Leben Ein Fluchtversuch	93
<i>Hans-Erich Schulz</i>	Besser ist sich selber zu bewegen Der Olof-Palme-Friedensmarsch	101
<i>Siegfried Ressel</i>	Keiner wollte uns Eine Zeitschrift im Selbstverlag	105
<i>Lonny Neumann</i>	Was tun? Was tun! Die Gruppe „Argus“	109
<i>Wieland Eschenburg</i>	Warum haben wir nicht früher begonnen? Die Rettung des Pfingstberges	115
<i>Rainer Roczen</i> <i>Henry Klix</i>	Unser Zentrum liegt in Rom Die Potsdamer „Arche“	123
<i>Hans Schalinski</i>	Wir bitten um eine Korrektur des Wahlergebnisses Die Wahlfälschungen in Potsdam	129
<i>Jeanne Grabner</i>	Wir wollten den Ton nicht abbrechen lassen Die Klagetrommel in der Erlöserkirche	133

<i>Frank Wernick-Otto</i>	Senfkorn Hoffnung Über die Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen	139
<i>Frieder Burkhardt</i>	An der Protokollstrecke Das Civil-Waisenhaus	143
<i>Reinhard Meinel</i> <i>Rudolf Tschäpe</i>	Aufbruch in die Demokratie Das Neue Forum	147
<i>Sigrid Grabner</i>	Genug geschwiegen Die letzten Tage der DDR	155
<i>Thomas Wernicke</i>	Potsdam 1945-1989 Stationen einer gescheiterten Gesellschaftsutopie	167
	Chronologie der Ereignisse	193
	Die Autoren	206

Vorwort

Den bevorstehenden zehnten Jahrestag des Mauerfalls nahm das Brandenburgische Literaturbüro zum Anlaß, das vorliegende Buch herauszugeben. Es soll über jene und von jenen berichtet werden, die durch ihre Zivilcourage und Hartnäckigkeit die Ereignisse vom Herbst 1989 herbeigeführt haben.

Das Aufbegehren gegen die Arroganz der Macht begann nicht erst Ende der achtziger Jahre, sondern bereits mit der Teilung Deutschlands. Die Protagonisten, inhaftiert, geflohen, am beruflichen Fortkommen gehindert, durch die Methoden der Staatssicherheit psychisch gebrochen, müde geworden durch eine fast ein Menschenalter dauernde Verweigerung, kennt kaum jemand. Die meisten sind namenlos und gehen, so sie noch leben, heute unspektakulär ihren Tätigkeiten nach, weit entfernt davon, Dankbarkeit oder Bewunderung für ihren Mut und für die gebrachten Opfer zu erwarten. In Wirklichkeit sind aber sie die „Architekten der deutschen Einheit“. Sie erst ermöglichten den Politikern in Bonn, Moskau, Paris, London und Washington, gegen den herrschenden Zeitgeist, nach dem die Ostdeutschen wegen der deutschen Verbrechen in der NS-Zeit für alle Ewigkeit hinter Mauern und Stacheldraht eingesperrt bleiben sollten, die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Dabei nahmen doch gerade die Menschen, die sich in Potsdam und anderswo in der DDR gegen die Politik des SED-Regimes auflehnten, die Lektion der Geschichte ernst. Wie Horst Schüler, dessen Vater im KZ umgekommen war und der selbst zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit in Workuta verurteilt wurde, wie Erich Köhler und seine Frau, die ein neues Deutschland mit aufbauen wollten und in Moskau erschossen wurden, wie der Architekt Christian Wendland und der Künstler Bob Bahra, die Schülerin Jana Guntowski, wie Robert Radow ...

Diese Namen stehen für viele Ungenannte und unzählige Unbekannte. Wir konnten nur jene ansprechen, von denen wir wußten oder auf die man uns hinwies. Von den Angesprochenen sagten einige ab, andere zogen ihre Zusage wieder

zurück. Die zu beschreibenden Ereignisse, die gemeinhin als weit zurückliegend gelten, erwiesen sich plötzlich als so nah, daß sie wieder schmerzten und dieser Schmerz den Blick zu trüben drohte. Verdrängung ist nicht nur negativ. Manchmal ist sie notwendig, damit wir leben können, bis wir stark genug sind, uns der Erinnerung zu stellen.

Die politische und gesellschaftliche Entwicklung nach dem Fall der Mauer hat das Potemkinsche Dorf des „real existierenden Sozialismus“ mit seinen vielen Nischen bis auf die Grundmauern zerstört. Es fand sich kaum Zeit, Vergangenes zu reflektieren. Die radikal veränderte Situation erzwang neue Sichtweisen, neue Standpunkte, und die Suche danach spannte alle Kräfte an. Nun schauen wir aus dem Abstand von zehn Jahren auf unser früheres Leben wie auf etwas Fremdes. Das damalige Denken und Tun wird aus einem grundlegend gewandelten gesellschaftlichen Umfeld immer schwerer verständlich. In noch einmal zehn Jahren werden junge Menschen ihre Eltern und Großeltern fragen, warum sie die Parolen der Regierenden ebenso widerstandslos hingenommen haben wie eine lächerliche Mauer von zwei Meter fünfzig Höhe, warum sie sich abtrennen ließen von einer medial vernetzten Welt. Als Sklavenseelen werden ihnen die Vorfahren erscheinen, die den Losungen von einer gerechten und wohlhabenden Gesellschaft glaubten, während um sie herum die Häuser zerfielen und gleichsam unter ihren Augen im Archipel Gulag Millionen von Menschen umkamen. Vielleicht werden sie im besten Fall zur Erklärung die Worte des Philosophen Erich Fromm über den „gesellschaftlich ausgeprägten Defekt“ heranziehen: „Der Einzelne teilt diesen Defekt mit vielen. Er empfindet ihn nicht als Defekt, und seine Sicherheit gerät nicht durch die Erfahrung, anders – sozusagen ein Ausgestoßener – zu sein, in Gefahr. Was ihm an innerem Reichtum und echtem Glücksgefühl verlorengegangen sein mag, wird durch die Sicherheit kompensiert, die das Gefühl gibt, zur übrigen Menschheit zu passen – so wie er sie kennt. Tatsächlich besteht sogar die Möglichkeit, daß eben sein Defekt von der Kultur, in der er lebt, zur Tugend erhoben wird, was sein Gefühl, etwas zu leisten, noch verstärkt.“

Die verlorengegangene Identität, der noch heute so viele im Osten Deutschlands nachtrauern, beruhte weithin auf der Konformität mit gesellschaftlichen Klischees. Wer aus dieser Konformität ausbrach, konnte die daraus erwachsende gesellschaftliche Ächtung nur ertragen, wenn er sich über mehr als seine Arbeit und seine erzwungene Zugehörigkeit zum Staat DDR definierte.

Die „Kultur“, in der wir in Ostdeutschland von 1945 bis 1989 lebten und die uns das Gefühl gab, „zur übrigen Menschheit zu passen“, war die des „sozial-

stischen Lagers“. Es mutet heute seltsam an, daß die offizielle Sprachregelung so selbstverständlich und positiv mit dem Wort „Lager“ umging, wo doch schon jedes Schulkind mit der Welt der nationalsozialistischen Lager am Beispiel Sachsenhausens oder Buchenwalds bekannt gemacht wurde, während zugleich ein Netz von Lagern das „Vaterland aller Werktätigen“, die Sowjetunion, überzog.

Mit dem freien Zugang zu Informationen, mit der Möglichkeit, die Welt jenseits des „eisernen Vorhangs“ wahrzunehmen, stürzten Weltbilder zusammen, erwiesen sich bisherige Überlebensstrategien als wertlos, auch und besonders bei jenen, die dem Staat DDR kritisch gegenüber gestanden und nach einer wahren sozialistischen Alternative gesucht hatten. Dieser äußerst schmerzhafteste Prozeß lud nicht dazu ein, die einstigen Auseinandersetzungen mit der sozialistischen Staatsmacht überzubewerten. Vielmehr stellte sich bei dem einen oder anderen Scham ein, nicht mehr getan zu haben, gepaart mit der Desillusionierung über das vereinigte Deutschland, in dem man sich so unerwartet wiederfand. Bärbel Bohleys Satz „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ drückt diese Mischung von Idealismus, enttäuschten Hoffnungen und tapferer Akzeptanz aus.

Wie soll man aus dieser Stimmungslage heraus einen Zeitzeugen-Bericht schreiben? Die damaligen Haltungen und Handlungen an den damaligen Umständen messen und nicht an inzwischen gewachsenen Erkenntnissen? Sich und anderen Gerechtigkeit widerfahren lassen, ohne gewachsene Einsichten zu verleugnen?

Vermutlich auch aufgrund dieser Schwierigkeiten haben einige der angesprochenen Autoren ihre Zusage, einen Beitrag zu schreiben, zurückgezogen. Diese Haltung verdient Verständnis. „Ein Jegliches unter dem Himmel hat seine Zeit“, sagt der Prediger Salomo. Auch der Blick zurück hat seine Zeit, für jeden eine andere. Um so größerer Respekt ist den Autoren zu zollen, die ihr inneres Widerstreben überwandten und sich ihren Erinnerungen stellten.

Leichter als jene, die sich in den achtziger Jahren als junge Menschen politisch engagierten, tun sich die Zeitzeugen, deren Erleben vierzig und mehr Jahre zurückliegt. Hier hat bereits die Klärung durch die Geschichte eingesetzt. Und die Autoren sind in einem Alter, in dem man sein Leben überblickt, Konturen erkennbar werden, Wesentliches sich von Unwesentlichem geschieden hat.

Überraschend und des Nachdenkens wert ist, daß alle Autoren beteuerten, das Wort „Widerstand“ sei für ihr Tun zu hoch gegriffen. Auch nach 1945 sprach man ungern von Widerstand. Entgegen den offiziellen Verlautbarungen der Alliierten und der deutschen Politiker klang das Wort „Volksverräter“ für die

Gegner des nationalsozialistischen Regimes noch in aller Ohren. Jahrzehnte später, als der Widerstand gegen die Nazis nicht mehr als ehrenrührig galt, beschränkte man den Begriff Widerstand auf jene, die für ihr Tun, und sei es das Hören von „Feindsendern“ oder nur ein falsches Wort, zum Tode verurteilt oder in die Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen worden waren.

In einem totalitären Staat, der sich per Gesetz und Verordnungen anmaßt, alle Lebensbereiche des Einzelnen zu durchdringen und zu bestimmen, was gedacht, gefühlt, gesagt und getan werden darf, bedeutet jede Zuwiderhandlung Widerstand. Wer nach der Rede eines Parteiführers sich nicht mit den anderen erhebt und Beifall klatscht, ist ein Fall für den Sicherheitsdienst. Ebenso, wer in einer öffentlichen Versammlung Kritik übt, wer in privatem Kreis eine von der Staatsdoktrin abweichende Meinung vertritt und denunziert wird, wer keine Fahne zum Staatsfeiertag aus dem Fenster hängt, wer nicht Mitglied der Jungen Pioniere oder der Freien Deutschen Jugend wird ... die Aufzählung ließe sich endlos fortsetzen. Widerstand leistete aber auch, wer sich diesem Staat entzog und nach dem Westen floh, so lange es noch möglich war und erst recht dann, als Mauer und Stacheldraht ihn daran hindern wollten. Wer spricht von dem Mut jener Eltern, die als Kinder den Schock des 17. Juni 1953 erlebt hatten, und die es dennoch wagten, ihre Kinder nicht an der Jugendweihe teilnehmen zu lassen, obwohl sie deshalb für die Ausbildung und den beruflichen Fortgang ihrer Kinder massive Nachteile befürchten mußten? Die als moralische Instanz nur Gott und ihr Gewissen anerkannten, nicht aber die sich als Wissenschaft gerierende Staatsideologie?

Widerstand bemißt sich nicht unbedingt am Öffentlichwerden oder an der Höhe der Strafe, sondern an einer Haltung, die ohne Rücksicht auf persönliche Nachteile dem eigenen Gewissen folgt. Keiner wird mit einer solchen Haltung geboren. Der Weg dahin ist lang und schwer. Verletzungen sind unvermeidbar. Ruhm und Belohnungen werden wenigen zuteil, aber allen, die diesen Weg gegangen sind, die Gewißheit, sich auf sich selbst verlassen zu können.

Dieses Buch will keine „Helden“ vorführen. Es will auf Menschen verweisen, die zu ihrer Zeit und an ihrem Ort ohne große Worte das Notwendige getan haben.

Sigrid Grabner

Potsdam, im Februar 1999

Du denkst, es ist alles vorbei **Von Potsdam nach Workuta**

Der Raum ist klein und erscheint mir völlig fremd.

An den Längswänden stehen zwei einfache Betten mit korrekt gefalteten Decken, davor ein Waschbecken. Das Fenster besteht aus Glasbausteinen, undurchsichtig. Vor den Betten stehen plüschige Pantoffeln. Es wirkt spießig, beinahe komisch, es ist gar nicht schrecklich, dieses Wiedersehen mit „meiner“ Zelle in der Potsdamer Lindenstraße.

Doch dann drängt sich die Erinnerung in das Bild. Der Raum verändert sich, wird wieder so, wie er damals, 1950, war: Das vergitterte Fenster mit der Blende, die nur einen schmalen Streifen Himmel sehen läßt. Die Holzpritsche – wer es wagt, sich tagsüber dort hinzulegen, riskiert drei Tage Karzer. In der Ecke steht der zerbeulte Blecheimer, unser Abort. Der Gestank nimmt den Atem, wir nehmen es kaum noch wahr. Wir, das sind vier Männer, kahlrasiert, hohlwangig, die Kleidung zerfetzt, Menschen, die eher Gespenstern gleichen. Seit Monaten hocken wir in diesem Loch, wir werden Nacht für Nacht zum Verhör geschleift, wir sind verzweifelt, hoffnungslos, abgestumpft. Und wir wissen, was uns erwartet: 25 Jahre, wenn wir Glück haben. Wenn nicht, das Todesurteil.

Eigentlich ist es egal. Macht Schluß, macht endlich Schluß, irgendwie Schluß!

Nur manchmal denke ich noch an mein Leben vor dieser Qual ...

Dieser Industriekomplex zwischen der S-Bahn und den Nuthe-Wiesen, schon mein Großvater hat hier gearbeitet. Damals gehörte das Werk der Electrola und stellte Schallplatten her. Später ließ die Arado am selben Ort Flugzeugteile bauen, meine Mutter verdiente da ihr bißchen Geld. Und jetzt, nach dem Krieg, hat es sich in einen Zeitungsverlag verwandelt, die „Märkische Volksstimme“ wird hier gedruckt, mein Arbeitgeber.

Solange ich denken konnte, wollte ich Journalist werden. Onkel Hans war mein Vorbild, er schrieb Film- und Theaterkritiken für die „Potsdamer Tageszeitung“. Wenn er einen Film besonders lustig fand, dann lobte er ihn mit einer Standardformulierung: „Lachen in Tüten“. In der Verwandtschaft mokierte man sich heimlich darüber. Onkel Hans war ein schneidiger Kerl, ich bewunderte ihn.

Als der Krieg mich entließ, war ich noch keine zweiundzwanzig, ein junger Mann mit den Erfahrungen eines alten. Vier Jahre Soldat, verwundet, sowjetische Kriegsgefangenschaft, der Vater 1942 im KZ Sachsenhausen umgekommen. Als meine Mutter eine Konservenbüchse mit seiner Asche zugeschickt bekam, verlor sie das letzte bißchen Lebenskraft, siechte noch ein paar Monate dahin, bis der Tod sie erlöste. Mutter war eine gläubige Frau, sie war sicher, im Paradies ihren Mann wiederzutreffen.

Ich kam heim voller Haß auf die Vergangenheit und glaubte allen, die Antifaschismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Ich wurde 1947 Journalist bei der „Märkischen Volksstimme“. Wir waren drei Volontäre, die anderthalb Jahre lang den Journalismus von der Pike auf erlernten. Für meinen ersten Artikel wurde ich nach Neukölln geschickt, zu einem Radrennen. Auf der Rückfahrt schrieb ich in der S-Bahn eifrig meinen Bericht. Hätten sie ihn gedruckt, wäre er an die hundert Zeilen lang gewesen. Es erschien eine Kurzmeldung, vier Zeilen – eine Erfahrung, die jeder Anfänger macht. Die Besonderheiten bei uns waren politischer Art. Als ich aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause kam, war ich der SPD beigetreten, der Partei meines Vaters. Wenig später vereinigten sich SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone zur SED: der berühmte Händedruck zwischen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl im Berliner Admiralspalast. Als Folge gab es anfangs in der Redaktion zwei Leiter für die wichtigen Ressorts, auch zwei Chefredakteure – jeweils einen aus der ehemaligen SPD und einen aus der früheren KPD. Doch nach und nach verschwand eine dieser Führungspersonen, und stets waren es die Sozialdemokraten. Einige waren nachts aus ihren Wohnungen geholt worden, tuschelte man, niemand wußte wohin. Andere zogen es vor, in das benachbarte West-Berlin zu gehen. In kurzer Zeit jedenfalls befand sich die Redaktion fest in kommunistischer Hand. Erklärungen dafür, warum dieser oder jener nicht mehr kam, gab es nicht, es wagte auch niemand zu fragen.

Bei mir stellten sich die ersten Zweifel ein.

Da war der Chef der Lokalredaktion, ein leidenschaftlicher Journalist und großartiger Lehrer. Manchmal riß er die Tür zu unserem Volontärzimmer auf, rief uns irgendeinen Begriff zu und blaffte dann: „In einer halben Stunde habt ihr darüber einen Bericht geschrieben.“ Den ging er mit jedem von uns durch, Punkt

für Punkt, er erklärte, warum wir das hätten anders formulieren sollen und jenes besser gar nicht erwähnt hätten. Von keinem anderen Journalisten habe ich so viel gelernt wie von ihm. Ich verehrte ihn, wahrscheinlich spürte er das.

Eines Tages rief er mich in sein Zimmer. Wir waren allein. „Ich wollte Ihnen nur noch einmal die Hand drücken und alles Gute wünschen“, sagte er und: „Passen Sie gut auf sich auf!“ Am nächsten Morgen erschien er nicht mehr.

Die Atmosphäre in der Redaktion wurde immer bedrückender. Man wußte nicht, wem man vertrauen konnte und wem nicht. Und unsere Arbeit hatte mit Journalismus, so wie ich ihn verstand, kaum noch etwas zu tun. Die Zeitung wurde vollgepfropft mit Berichten über Planerfüllungen, Aktivisten, Selbstverpflichtungen, Parteibeschlüsse, Solidaritätserklärungen zum „Vaterland der Werktätigen“ und zu ihrem weisen Führer Josef Wissarionowitsch Stalin. Ein Netz sogenannter Volkskorrespondenten wurde aufgebaut, meist Parteiaktivisten, die ebenso langatmige wie langweilige Artikel aus den entlegensten Dörfern schickten, von den wirklichen Problemen und Sorgen der Bevölkerung spiegelte die Zeitung nichts wider.

Es war eine wilde Zeit damals. Nicht nur Hunger, Elend und Not quälten die Menschen, dazu kam noch die Angst vor den Besatzern. Nachts wurden die Türen verbarrikadiert, auf die Straße wagte man sich höchstens in Gruppen. „Uri, uri“ oder „Frau, komm!“ waren Redewendungen, die jeder fürchtete. Erfuhren wir in der Redaktion aber von Übergriffen sowjetischer Soldaten gegen die Zivilbevölkerung, dann wurden in der Zeitung daraus „deutsche Banditen in sowjetischen Uniformen“. So war das, nur nichts gegen die „Freunde“. Die Zweifel wuchsen.

Da gelang mir mit „Kiekeohr“ ein unerwarteter Erfolg.

Ich hatte in der Redaktion immer und immer wieder Leserbriefe über alle möglichen Mängel oder Beschwerden erhalten und gegrübelt, wie man dieser Kritik gerecht werden könne. Es kann doch nicht sein, daß wir in jeder Ausgabe schreiben, wie großartig alles bei uns ist, dachte ich, das nimmt uns doch niemand ab. Man braucht doch in Potsdam nur in die S-Bahn zu steigen, zwei, drei Stationen zu fahren, dann ist man beim „Klassenfeind“ und kann sich an dessen glänzenden Schaufenstern die Nase plattdrücken. Für wie dumm hält man eigentlich die Menschen?!

Ich erarbeitete das Konzept einer Glosse, in deren Mittelpunkt „Kiekeohr“ stand, eine gezeichnete Figur, die sah und hörte, was die Bürger bedrückte. In einem unverwechselbaren, originellen Sprachstil erzählte nun „Kiekeohr“ zweimal wöchentlich davon, prangerte Behördenchefs an, machte sich über den Amtsschimmel lustig, kritisierte Versorgungsmißstände.

Wer noch eine Vorstellung davon hat, wie mißtrauisch das kommunistische System, vor allem in der Ära Stalins, auf alles reagierte, was seine Gesellschaftsordnung nicht in höchsten Tönen pries, wie es hinter jedem kritischen Wort sofort den kapitalistischen Feind und Saboteur witterte, der ahnt, wie riskant das Unternehmen „Kiekeohr“ war. Bei jeder Veröffentlichung mußte ich abschätzen, ob sie nicht eventuell zu weit gehen würde, ob sich nicht einer der allmächtigen Parteibonzen daran stoßen könnte. Es war ein Tanz auf dem Seil, und oft fragte ich mich, warum die Redaktionsleitung mir diese Glosse nicht kurzerhand untersagte. Vielleicht war es die Tatsache, daß ich als letzter lebender Angehöriger einer im Dritten Reich vernichteten Familie anerkanntes „Opfer des Faschismus“ war, dem man einiges durchgehen ließ. Vielleicht aber war es auch nur schlichtweg der ökonomische Erfolg, denn jeweils mittwochs und sonnabends, wenn „Kiekeohr“ erschien, war die Zeitung an den Kiosken regelmäßig ausverkauft, während man sie an anderen Tagen dort noch zu Dutzenden kaufen konnte. Die Zustimmung der Bürger zu dieser Glosse war so groß, daß ein findiger und marktwirtschaftlichen Gesetzen folgender Chef der Handelsorganisation auf den Gedanken kam, die Figur als Gebäck in den HO-Läden anzubieten. So geschah es, und „Kiekeohr“ fand auch hier reißenden Absatz.

Aber von nun an hatte ich die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane auf mich gezogen. Ein erstes Warnsignal kam, als mir der Chefredakteur eines Tages ohne nähere Erklärung mitteilte, der Presseoffizier der Sowjetischen Militäradministration wünsche mich zu einem bestimmten Termin zu sehen. Aufgabe des Presseoffiziers war es, auf die Einhaltung einer bestimmten politischen Linie bei den Zeitungen seines Verbreitungsgebietes zu achten. Zensor also wäre der richtigere Name gewesen. Was wollte dieser Mann von mir?

Die SMAD befand sich damals in mehreren Gebäuden der Berliner Straße, nicht sehr weit von der Glienicker Brücke entfernt. Ein gut aussehender Kapitän empfing mich freundlich, wir wechselten ein paar unverbindliche Floskeln, dann kam er schnell zur Sache.

„Sie sind doch sicher willens, beim Aufbau eines besseren Deutschlands mitzuwirken?“ Natürlich, was kann man auf solche Frage antworten – wer wollte schließlich kein besseres Deutschland?! Dann, schon keine Frage mehr, sondern eher ein Befehl: „Wir erwarten Ihre Mitarbeit gegen alle, die den Aufbau eines besseren Deutschlands sabotieren.“ Sprach's und nannte mir die Namen einiger Personen. Ich sollte sie in provozierende politische Gespräche verwickeln und ihm

mitteilen, wie sie darauf reagierten. Überhaupt kam es ihm darauf an, deren wirkliche politische Meinung zu erfahren. Selbst meine spätere Frau ließ er nicht aus.

Einen Augenblick war ich sprachlos. Also ein Spitzel sollte ich für sie sein. Einer, der andere Menschen denunziert und ins Unglück stürzt. Einer von den Lumpen, vor denen täglich der Westberliner Sender RIAS warnte. Das war denn wohl der Preis, den ich für „Kiekehör“ zahlen sollte.

Ich nahm all meinen Mut zusammen und lehnte diese Forderung ab. Der Kapitän blieb wider Erwarten freundlich. Ich sollte mir das noch einmal gut überlegen, sagte er, in genau einer Woche erwarte er mich erneut.

Ich ging nicht wieder hin. Wut beherrschte mich, unbändige Wut. Was dachten die sich? Sie wußten doch genau über mich Bescheid! Ihnen war nur zu gut bekannt, daß mein Vater das Opfer einer Denunziation geworden, daß meine ganze Familie dadurch ins Unglück gestürzt worden war. Glaubten sie wirklich, ich ließe mich auf eine ähnliche Lumperei ein? Noch dazu gegen den Menschen, der mir am nächsten stand? Aus meinen Zweifeln war Gewißheit geworden: Von der einen menschenverachtenden Diktatur waren wir in die nächste gestolpert.

Meine Frau und ich diskutierten, ob wir alles stehen und liegen lassen und nach West-Berlin fliehen sollten. Aber das sagt sich so einfach dahin, man überlegt es sich schon dreimal, ehe man alles im Stich läßt. Die Entscheidung, vorerst noch zu bleiben, resultierte schließlich vor allem aus meiner Vorstellung, ein „Opfer des Faschismus“ würde besonderen Schutz genießen. Wie ahnungslos und naiv waren wir doch noch immer.

Aber wir wollten auch nicht tatenlos bleiben, nicht einfach widerstandslos hinnehmen, was mit uns geschah. West-Berlin war nur ein paar Kilometer entfernt. Und in West-Berlin gab es Zeitungen, die für Berichte aus der DDR dankbar waren, es gab den RIAS, mehr als ein Rundfunksender für uns im Osten, sondern so etwas wie ein Symbol des Widerstands gegen ideologischen Terror. Es gab Organisationen, die gegen den Kommunismus kämpften, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, den Bund freiheitlicher Juristen, das Ostbüro ... Es war nicht schwer, mit Menschen in Kontakt zu treten, die das kommunistische System als das „Reich des Bösen“ betrachteten, wie es später einmal der amerikanische Präsident Ronald Reagan formulieren sollte.

Ich dachte an meinen Vater, der sich gegen den braunen Terror gestellt hatte und dafür sterben mußte. Er war für mich die Leitfigur meines politischen Denkens und Handelns geworden. Jetzt wurden die Menschen wieder unterdrückt, schrieben die Oberen den Leuten wieder vor, wie und was sie zu den-

ken hatten, ließen sie wieder andere über Nacht verschwinden. Nein, der Terror hatte sich nicht verändert, nur die Farbe hatte gewechselt.

Ich schrieb für West-Berliner Zeitungen. Wir kamen mit Menschen zusammen, die aus der DDR geflohen waren und nun gegen die rote Diktatur arbeiteten. Wir wußten, daß die innere Auflehnung nicht reichen würde, die Diktatur zu beseitigen. Um die Freiheit muß man ringen, sie kommt nicht von selbst zu den Menschen.

Immer wieder fuhr ich nach West-Berlin. In der Redaktion spürten sie, wie ich mich von ihnen entfernte – oder sie wußten bereits mehr, als ich ahnte. Unter irgend einem Vorwand schickten sie mich in die Zweigredaktion nach Luckenwalde, eine Art Strafversetzung. Ich sollte dort auch eine Wohnung beziehen und lehnte das ab. Tag für Tag fuhr ich nun von Potsdam nach Luckenwalde und zurück, immer quer durch West-Berlin. Etwas Gutes hatte diese Strafe, ich brauchte nicht eigens zum „Klassenfeind“ zu fahren.

Eines Tages wurde ich in West-Berlin von der FDJ-Sekretärin gesehen. Sie hatte einen „Parteiauftrag“ erfüllt – kommunistisches Propagandamaterial in West-Berliner Briefkästen gesteckt. Natürlich denunzierte sie mich. Ich redete mich damit heraus, ein paar Lebensmittel eingekauft zu haben, die es bei uns nicht gab. Aha! Von den kapitalistischen Schaufenstern angelockt also! Welch ein Vergehen!

Was tut man mit solchen Abweichlern? Man fordert sie zur öffentlichen Selbstkritik auf. Ich dachte nicht daran, meinte wohl, sie würden einem „Opfer des Faschismus“ auch das nachsehen. Ich hätte besser daran getan, mit meiner Frau das Nötigste zusammenzupacken und die nächste S-Bahn nach West-Berlin zu nehmen. Aber vielleicht wäre das zu diesem Zeitpunkt schon gar nicht mehr gelungen, vielleicht spielten sie nur noch eine Weile Katz und Maus mit uns.

In einer Herbstnacht des Jahres 1951 hatten sie dann wohl genug. Und es war haargenau so, wie man es in schlechten Filmen immer sieht: Haus umstellen, barsch Einlaß begehren, mit gezückten Pistolen in die Wohnung stürmen, Handschellen anlegen, Schränke durchstöbern, ab in die dunkle Limousine, die vor dem Haus wartet.

Wenig später war ich in der Lindenstraße. In jenem Haus, das damals von einem Bretterzaun umgeben und von sowjetischen Soldaten bewacht war. Vor dem Zaun forderte ein Schild die Passanten auf, die andere Straßenseite zu benutzen. Eine überflüssige Aufforderung. Wer nicht unbedingt dorthin mußte, der mied in jenen Jahren die Lindenstraße, und wenn es nicht anders ging, dann drückte man sich auf der anderen Straßenseite so schnell wie möglich am Haus Nummer 54/55 vorbei.



NKWD-Dienststelle Lindenstrasse 54, um 1950

Was dann folgte? Ach, laßt uns darüber besser schweigen. Wer wissen will, wie es in der Hölle aussieht, der muß sie durchwandern, schildern kann man sie nicht. Der Sachlichkeit halber nur das: Dwazetpjat let, die Standardstrafe für KGB-Häftlinge. Zu deutsch: 25 Jahre. Zu verbringen in Workuta, einem der berühmtesten Punkte auf der Landkarte des Archipel Gulag. Immerhin, das Schicksal meinte es ganz so schlecht nicht, zwanzig Jahre erließ es mir. Vor allem aber: Es bewahrte meine Frau vor einem ähnlichen Los. Sie durfte weiter in Potsdam als Lehrerin arbeiten. Zwar hatte sie es als Frau eines „Staatsfeindes“ nicht leicht, dann und wann legte man ihr auch eine Scheidung nahe, es würde alles schnell und unbürokratisch gehen. Aber der Archipel Gulag blieb ihr wenigstens erspart. Daß ihr Mann überhaupt noch lebte, erfuhr sie erst Anfang 1954. Zu der Zeit durften die Deutschen im sowjetischen Gulag zum erstenmal nach Hause schreiben.

Es gibt Orte, an denen Zeit keine Rolle mehr spielt, wo Vergangenheit und Gegenwart miteinander verschmelzen. Das Haus in der Lindenstraße ist so ein Ort. Ich sehe mich wieder, wie ich 1942 meinen Vater hier besuchte, kurz bevor er auf „Transport“ nach Sachsenhausen ging, seinem Tod entgegen. Ich sehe den Aufseher mit seiner Reitpeitsche, wie er mir leutselig erlaubte, meinem die Treppe schrubbenden Vater ein paar Zigaretten zuzustecken. Ich sehe mich ein paar Jahre später selbst in diesem Gefängnis hocken, ein armseliges Bündel Angst. Ein sowjetischer Kerker war es nun, die Aufseher und Vernehmer gehörten dem KGB an, mal winkten sie mit dem Zuckerbrot, mal knallten sie die Peitsche. Die Verhandlung vor dem Militärtribunal wird wieder lebendig, ebenfalls hier in diesem schrecklichen Haus. Der Prozeß eine Farce, das Urteil des seine Langeweile kaum verbergenden Richters stand lange vorher schon fest. Und ein paar Jahre später andere Kerkermeister, deutsche jetzt wieder, dem Herrn Mielke unterstehend, den die Menschen fürchteten und der sich vor aller Welt lächerlich machte mit seinem Ausspruch, doch alle nur zu lieben.

Ich stehe in dieser Zelle, allein mit meinen Erinnerungen. Ich sehe die Betten, das Waschbecken, diese lächerlichen Plüschpantoffeln.

Hinter dem profanen Bild taucht die Fratze des Grauens auf. Und höhnisch flüstert sie: Du denkst, es ist alles vorbei, alles nur Geschichte?! Weißt du denn nicht, wie schnell die Menschen vergessen ...

Mein Vater war schlohweiß

Rekonstruktion eines politischen Mordes

Der Krieg stand kurz vor seinem Ende. Bis zum 14. April 1945 hatte es in Potsdam kaum Bombenangriffe gegeben, und wohl niemand mehr hatte mit einer derartig schlimmen Nacht gerechnet. Um so größer das Entsetzen. Auch bei den völlig unsinnigen Kämpfen um die Stadt starben noch viele Menschen.

Mein Vater Erwin Köhler, geboren 1901, Diplomingenieur, war bis Ende April 1945 bei Siemens in Marienfelde beschäftigt. Nach der Kapitulation arbeitete er zunächst als Maschinenmeister im Potsdamer Observatorium. Dort war er für die Strom- und Wasserversorgung zuständig. Meine Eltern wollten ein demokratisches und friedliches Deutschland aufbauen helfen. Im November 1945 traten sie der CDU bei, die seinerzeit die einzige Alternative zu KPD und SPD war. Schon damals zeichnete sich deutlich ab, daß die KPD über kurz oder lang die SPD vereinnahmen würde. Bei den ersten Nachkriegswahlen im Herbst 1946 erhielt die CDU zwar nicht die Stimmenmehrheit, aber so viele Stimmen, daß sie den Bürgermeister stellen konnte – meinen Vater. Am 10. Dezember 1946 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam zum Bürgermeister. Die siegreiche SED konnte ihren Oberbürgermeister, Walter Paul, durchsetzen.

Zunächst ließ sich die Arbeit gut an, alle waren bestrebt, den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen und die Versorgung der Bevölkerung in Gang zu bringen. Beide Aufgaben schienen unlösbar. Die Stadt lag in Trümmern, und Vorräte gab es nicht. Ernsthafte Probleme begannen mit der Bildung der Nationalen Front im Oktober 1947. In sie sollten alle politischen Parteien, Gewerkschaften und die FDJ gepreßt werden. Die CDU-Fraktion wehrte sich gegen einen solchen Zusammenschluß. Spannungen und Mißtrauen wuchsen. Man traute sich kein offenes Wort mehr am Telefon zu sagen, auch in Briefen schrieb man nur allgemeine Floskeln. So oblag es mir, dem Zwölfjährigen, wichtige Botschaften zu transportieren.



*Oberbürgermeister Walter Paul begrüßt 1946 Heimkehrer
und ihre Angehörigen*

Mit der Aufstellung einer Einheitsliste zu den Volkskongreß-Wahlen 1949 erreichten die Spannungen einen Höhepunkt. Die meisten Fraktionsmitglieder der CDU lehnten die Liste ab. Die SED hatte zunächst keine Möglichkeit, in die CDU einzudringen. Das gelang erst, als Hermann Gerigk, wie mein Vater Mitglied der CDU, in Potsdam auftauchte. Er arbeitete als Spitzel für die russische Besatzungsmacht. Über ihn sollte die SED den gewünschten Zugriff bekommen, denn sie wurde über die Russen regelmäßig mit Spitzelberichten Gerigks versorgt. Gerigk verstand es offenbar, durch massive Drohungen Parteifreunde unter Druck zu setzen. Allerdings nicht alle Mitglieder. Er mußte stärkere Geschütze auffahren, schließlich wollte er Kreisvorsitzender der CDU in Potsdam werden, und dabei sollte ihn die Besatzungsmacht unterstützen. Zur Wahl des Kreisvorsitzenden kandidierte auch Ludwig Baues, der erheblich mehr Stimmen erhielt als Gerigk, trotzdem wurde Gerigk, auf Anweisung der Russen, Kreisvorsitzender.

Das war für meine Eltern und einige andere CDU-Mitglieder unerträglich. Doch Gerigk ging noch weiter, er strebte unverblümt den Posten des Bürgermeisters an. Im Januar 1950 wurde der Stadtbaurat Heinrich Richard der Sabo-



Erwin Köhler



Charlotte Köhler

tage bezichtigt, wohl wissend, daß mein Vater sich vor Richard stellen würde. Eine bestellte „Volksmenge“ sprengte daraufhin eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, weil mein Vater den sogenannten Wirtschaftsverbrecher Heinrich Richard verteidigte.

Mein Vater mußte das Amt des Bürgermeisters aufgeben. Gerigk hatte sein Ziel erreicht, er wurde Bürgermeister und ging nun noch brutaler innerhalb der Fraktion vor. Am 28. März 1950 verhafteten das NKWD und die Abteilung K5, ein Vorläufer der Staatssicherheit, meinen Vater zusammen mit meiner Schwester, 17 Jahre alt, auf offener Straße. Als man feststellte, daß es sich bei der Frau um meine Schwester und nicht um meine Mutter handelte, fuhren die deutschen Polizisten zu uns nach Hause, um auch meine Mutter zu verhaften. Die Russen ließen meine Schwester erst laufen, als die deutsche Polizei weg war. Sie fuhr sofort nach West-Berlin, um Freunde meiner Eltern zu informieren. Meine Großmutter und meine jüngste Schwester hatten die Verhaftung meiner Mutter zu Hause miterlebt. Mein jüngerer Bruder war, wie ich, in der Schule. Auf ihn hatte man nicht weiter geachtet, er konnte nach Schulschluß nach Hau-

se gehen. Mich hielt man zusammen mit einem Schulkameraden in der Schule fest. Nachdem meine Großmutter sich von einem Herzanfall einigermaßen erholt hatte, fuhr sie mit meinen jüngeren Geschwistern nach West-Berlin zu Freunden; als ich endlich nach Hause gehen durfte, fand ich nur die Polizei vor und durfte mein Elternhaus nicht mehr betreten. Ich fragte einen der Polizisten, was passiert sei und wo ich denn hingehen solle. Was passiert sei, dürfe er mir nicht sagen, entgegnete er, und wo ich hingehen solle, wisse er auch nicht. So zog ich los nach West-Berlin in der Hoffnung, meine Familie dort zu finden. Erst bei den Freunden meiner Eltern berichtete man mir das ganze Ausmaß der Tragödie.

Diese Freunde versuchten herauszufinden, wo sich meine Eltern befanden – doch ohne Erfolg. Später erfuhren wir, daß am gleichen Tag auch die Stadtverordneten Franz Schleusener und Ludwig Baues verhaftet worden waren. Schleusener steckte man in das Potsdamer Polizeigefängnis, wo er angeblich Selbstmord beging. Da ich Franz Schleusener als einen lebensfrohen Mann kannte, glaube ich nicht an Selbstmord, eher, daß man ihn, wie auch Baues, zu Tode folterte. Inzwischen wissen wir aus Charlottenburger Polizeiakten, daß Gerigk jeden, der nicht wollte wie er, damit bedrohte, ihn wie das Ehepaar Köhler ins Gefängnis zu befördern. Die Akten dokumentieren auch, daß Gerigk 1952 den Katholiken-Tag in West-Berlin besuchte, wo er von einem ehemaligen Kreisvorsitzenden der CDU erkannt wurde. Dieser zeigte ihn wegen Menschenraub mit vermutetem tödlichen Ausgang an. Zeugen wurden angehört, doch der Staatsanwalt stellte das Verfahren wegen mangelnder Glaubwürdigkeit ein. Aus den Akten ergibt sich außerdem, daß Gerigk das Inventar aus meinem Elternhaus zum Sitz des CDU-Landesvorstandes (Alte Wache) transportieren ließ, um es vor „Plünderern“ zu schützen. Der Wohnraum, so Gerigk, würde dringend benötigt. Die Stadt setzte einen Vermögensverwalter ein, der auch den Wert des Inventars feststellen sollte. Gerigk rechtfertigte den Diebstahl gegenüber dem Vermögensverwalter mit der Begründung, die Köhlers seien „Reaktionäre“, somit gehöre ihr Besitz „dem Volk“.

Unser Schicksal hieß Trennung von der Familie, von den geliebten Eltern. Meine jüngste Schwester kam zu ihrer Patentante nach Hamburg, meine ältere Schwester und mein Bruder blieben zunächst bei meiner Großmutter, die bei Freunden meiner Eltern untergekommen war, und ich lebte fortan bei einer Cousine meines Vaters in einem West-Berliner Pfarrhaus.

Auf dem CDU-Parteitag 1957 in Hamburg verlas ein Redner eine Liste der CDU-Mitglieder, die sich in sowjetischer Gefangenschaft befanden. Auch der

Name meiner Eltern tauchte darin auf. Als ich daraufhin bei der Exil-CDU in West-Berlin nachfragte, um Genaueres zu erfahren, stieß ich auf eine Mauer des Schweigens.

Schließlich fuhr ich zu Ernst Lemmer, dem damaligen Minister für innerdeutsche Beziehungen, um mit ihm über das Schicksal meiner Eltern zu reden. Ich kannte Lemmer noch von den Besuchen bei meinen Eltern. Er verwies mich an Otto Nuschke, seit 1948 Vorsitzender der CDU in der DDR, der mir ebenfalls persönlich bekannt war. Nuschke versprach mir viel, hielt aber nichts. Einen nächsten Anlauf unternahm ich bei Herrn von Töplitz vom Justizministerium der DDR, auch er half mir nicht weiter. Schließlich landete ich bei einem Referenten Nuschkes, der sehr offen mit mir sprach. Er sorgte dafür, daß ich 1959 endlich Auskunft erhielt. Der Russische Rote Halbmond teilte mir 1959 mit, daß meine Eltern 1951 in der Sowjetunion „verstorben“ seien.

Im Jahr 1958 war ich zur zentralen Rechtsschutzstelle nach Bonn bestellt worden. Dort wollte man von mir wissen, ob ich etwas über das Schicksal meiner Eltern in Erfahrung gebracht hätte. Als ich das verneinte und meinerseits Fragen stellte, gab man vor, nichts zu wissen. Wie ich nach der Wende erfuhr, entsprach diese Auskunft nicht der Wahrheit. Mit einer ehrlichen Antwort dieser Behörde hätte ich Walter Paul und Hermann Gergik hinter Gitter bringen können, die für den Tod meiner Eltern, Franz Schleuseners und Ludwig Baues' verantwortlich waren. Ohne Zeugen, so teilte mir die Staatsanwaltschaft in Celle mit, könnte ich allerdings nichts unternehmen.

Im März 1990 besuchten meine Frau und ich erstmals nach der Wende Potsdam. Im Büro des Landesvorstandes der CDU zeigte uns eine freundliche Mitarbeiterin die alten, handgeschriebenen Mitgliedsbücher der CDU. Entsetzt stellte ich fest, daß die Namen der CDU-Mitglieder, die gegen die Vereinnahmung durch die Nationale Front protestiert hatten, gelöscht worden waren. Ich kannte diese Mitglieder persönlich, wußte auch, in welchem Stadtteil sie gewohnt hatten.

Meine Eltern existierten bei keiner Behörde der Stadt – weder im Grundbuchamt, noch in der Meldebehörde –, nirgendwo, obwohl die Stadt Potsdam im Jahr 1959 die Todeserklärung meiner Eltern bescheinigt hatte. Bis auf eine Ausnahme: Im Standesamt hatte man das Geburtenregister von 1943 zu beseitigen vergessen. Hier fand ich die Anmeldung zur Geburt meiner jüngsten Schwester durch meinen Vater im Oktober 1943 vermerkt. Der zuständige Standesbeamte zeigte sich erschüttert über das, was er von uns über meine Eltern erfuhr. Bei der Stadtparkasse Potsdam suchte ich nach dem Konto meiner Eltern, natürlich mit der Angabe

genauer Daten. Die Akten, hieß es, seien im Krieg verbrannt. Ironie des Schicksals: In den Unterlagen, die ich später aus Moskau erhalten sollte, fand ich neben vielen Papieren meiner Eltern ein Scheckheft der Stadtparkasse zu Potsdam, das meinem Vater gehörte. Auch nachdem das ZDF über den Fall berichtete, weigerte sich die Sparkasse, dem Fall nachzugehen.

Eine Rehabilitierung meiner Eltern beim Gericht in Potsdam sollte mir ebenfalls nicht gelingen. Sie wurde mit der Begründung abgelehnt, daß Deutschland damals nicht für derartige Urteile verantwortlich war. In meinem Widerspruch gab ich zu bedenken, daß die DDR an diesem Verbrechen nicht unbeteiligt gewesen war – ohne Erfolg. Es war hoffnungslos. Warum unsere Behörden so gleichgültig waren, konnte ich nicht verstehen, zumal die Militärstaatsanwaltschaft Rußlands durchaus bereit war, Terrorurteile zu revidieren. Vom „Spiegel“ erfuhren wir wenigstens die Anschrift der Militärstaatsanwaltschaft Moskau. Binnen vier Wochen waren meine Eltern rehabilitiert, obwohl ich kein vorgeschriebenes Formular besaß und kein Russisch konnte.

Eines Tages erhielt ich einen merkwürdigen Brief von einem Moskauer Staatsanwalt, der meine Eltern rehabilitiert hatte. Dieser Mann übergab mir die Gerichtsprotokolle der Verhandlung gegen meine Eltern in Potsdam. Endlich konnte ich ihr Schicksal rekonstruieren. Die Akte liest sich wie ein Kriminalroman:

Die Verhandlung gegen Erwin und Charlotte Köhler, geborene Wasmuth, fand am 1., 2. und 3. Dezember 1950 statt. Die Anklage lautete auf Antisowjethetze und Spionage. Die Anklage wegen Spionage wurde als nicht erwiesen fallengelassen. Ein Mitangeklagter, Buchhändler aus Potsdam, sagte aus, mein Vater hätte ihn aufgefordert, die Wahl 1949 „zu boykottieren“. Das bedeutete das Todesurteil für meine Eltern. Mein Vater wurde am 3. Februar 1951 ins Butyrka Gefängnis in Moskau eingewiesen und am 21. Februar 1951 erschossen. Meine Mutter kam am 20. Februar in dasselbe Gefängnis. Auch sie wurde erschossen, am 10. April 1951. Die Überstellung nach Moskau wurde vom Chef der Gefängnisse des Landes Brandenburg, Kapitän Lusgin, unterschrieben, die Vollstreckung des Urteils von Oberstleutnant Worbew vorgenommen. Nach den Unterlagen zu urteilen, hatten meine Eltern keinerlei Möglichkeit mehr, miteinander zu reden.

Der Buchhändler, der den Boykottvorwurf erhoben hatte, sagte außerdem aus, daß er unfreiwillig an einer „geheimen Sitzung“ der Delinquenten teilgenommen hätte, in der beschlossen wurde, daß Ludwig Baues zum Kreisvorsitzenden der CDU gewählt werden solle. Baues ist in der Lindenstraße zu Tode gefoltert worden.

Eine mit Ludwig Baues verurteilte Frau erzählte mir, daß auch meine Eltern durch Schlafentzug und das sogenannte Wasserbecken gefoltert worden seien und sich in einem beklagenswerten gesundheitlichen Zustand befanden. Mein Vater war schlohweiß. Diese einzige Zeugin ist 1995 gestorben. Weiter geht aus den Unterlagen hervor, daß der Mitangeklagte, der gegen meinen Vater ausgesagt hatte, 1956 aus Bautzen entlassen wurde und bei der zentralen Rechtsschutzstelle in Bonn einen Bericht verfaßte, der in keiner Weise mit den Unterlagen aus Moskau übereinstimmt. Er lebt heute in Westdeutschland.

Gerigks Karriere endete im Februar 1960. Er wurde auf dem Flughafen Tempelhof festgenommen. Gegen ihn lag ein Fahndungsersuchen der West-Berliner Staatsanwaltschaft vor. Auf der Wache stellte man fest, daß er neben seinem Ausweis aus Potsdam einen gefälschten West-Berliner Ausweis bei sich trug. Man schloß ihn auf dem Revier ein, um die Kollegen der Abteilung I zu benachrichtigen. Als man ihn später zur Vernehmung holen wollte, lag er tot in seiner Zelle, neben sich die Verpackung eines schnell wirkenden Giftes.

Keep Smiling

Zwei Gefängnisse in Potsdam

ich stand in der Zelle

an das kühle Eisen der Tür gelehnt, spürte wie die Kälte meine Handflächen in Besitz nahm und sich in meinem ganzen Körper ausbreitete, ich ging zwei Schritte und befand mich nun mitten in der Zelle, überall um mich herum Luft und Leere und Stille und Geruch von Schweiß und Chlor und Urin, und ich stand da und wartete auf die Angst ...

Horst Bienek (*inhaftiert im Gefängnis Lindenstraße 54 in Potsdam und in Workuta*)

An das Gefängnis in der Otto-Nuschke-Straße, die inzwischen wieder in Lindenstraße rückbenannt wurde, kann ich mich noch gut erinnern. Als Kind habe ich manchmal beobachtet, wie die Angestellten zu ihrem Dienst gingen, und mich gefragt, was das wohl für Leute waren, die dort arbeiteten.

Von dem anderen Gefängnis, dem des sowjetischen Geheimdienstes in der Leistikowstraße, wußte ich nichts, obwohl ich oft im Heiligen See baden ging. Zwar war das Areal auf dem Stadtplan nicht wie West-Berlin als Wüste, als vermeintlich unbebaute Fläche, ausgegeben, aber das hätte wahrscheinlich erst die Fragen provoziert, die zu stellen wir an Sperrgebiete gewöhnten Potsdamer müde geworden waren.

Zwei Häuser: Orte der Gefangenschaft. Einer Gefangenschaft, von der Horst Bienek sagt, sie sei zum Stigma unseres Jahrhunderts geworden.

Die junge Deutsche Rosemarie Studera hatte im Frühjahr 1946 einen Engländer namens Frank Kelly kennengelernt. Nachdem die beiden am 12. August des Jahres mit dem Auto von Leipzig nach Bad Liebenwerda fuhren, wurden sie am darauffolgenden Tag durch die Sowjets unter dem Vorwurf der Spionage verhaftet. Beide kamen in das Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße, in dem sich



Das KGB-Gefängnis, Leistikowstr. 1, 1994

damals die Untersuchungsabteilung der sowjetischen Geheimpolizei NKWD befand. Rosemarie Studera wurde dort zahllosen Verhören unterzogen. Über ihre Gegenüberstellung mit Frank Kelly schreibt sie: „Als er den Raum betrat, blickten wir uns trotz Verbot kurz an. Ich bemerkte ein winziges Augenzwinkern und deutete es als ‚pay attention‘. Ich hätte in diesem Moment schreien mögen und auf Frank zulaufen wollen und blieb doch wie angewurzelt auf meinem Stuhl sitzen. Nie werde ich dieses Zusammentreffen vergessen. Frank sah fürchterlich aus. Der ganze Mensch war gebrochen und konnte sich kaum aufrecht halten. Er tat mir so leid, und ich hätte ihm gern ein paar gute Worte gesagt. Die Uniform war verschmutzt und liederlich, die Haare kurz geschoren. In dieser verzweifelten Situation habe ich sehr viel für Frank empfunden. Ich wollte die Konfrontation mit ihm gut überstehen. Vor allem wollte ich Frank Mut machen. Nun endlich wußte ich genau, daß er in meiner Nähe war, und das tat gut. Dann das Unbegreifliche! Offiziere, Zivilisten und Dolmetscherinnen waren anwesend, alle Blicke waren auf mich gerichtet. Frank beschuldigte mich der Spionage und der Zusammenarbeit mit ihm. Das war also das ‚pay attention‘. Er gab Daten, Fak-

ten und Kontaktpersonen an. Er sprach Englisch, und ich verstand sofort. Ich war nicht erstaunt, nur wütend, nicht auf Frank, denn mir war klar, daß er das sagen mußte, ich war stinksauer auf dieses ganze Theater. Klar und deutlich kam meine Stellungnahme dazu: ‚Haben Sie ihn schon so fertig gemacht, daß er irre im Kopf geworden ist? Gehört er zu den Männern, die Sie nachts foltern und schinden und damit zu Geständnissen erpressen, die nicht der Wahrheit entsprechen?‘ Woraufhin mein Vernehmungsoffizier den Riemen nahm – er hatte ihn ständig



Rosemarie Studera

zur Hand – und mir über Gesicht, Kopf und Körper schlug. Die Schläge taten weh, ich kannte das schon und hatte Tränen in den Augen. Ich schämte mich vor Frank, Demütigungen in seiner Gegenwart konnte ich nur schwer ertragen. Doch ich fühlte auch, daß er mir sagen wollte: ‚Halte durch, es wird alles gut werden‘, und für einen kurzen kleinen Moment konnten wir uns noch einmal ansehen. Ich wußte, daß er über meine Aussage erleichtert war und daß ich ihm damit geholfen hatte. Irgendwann später bekam ich Kassiber von ihm zugespielt und konnte sie auch beantworten. ‚I love you and see you again, keep smiling‘ waren die wenigen Worte, immer wieder. Wieviel und wie oft ich geantwortet habe, weiß ich heute nicht mehr. Ich habe Frank nie wieder gesehen. Ich habe ihn nur oft im Gefängnis noch gehört. Wir hatten eine kleine Melodie: ‚I can do, you can do, the mama and the papa say we no can do ...‘. Er pfiff es oft an seinem Zellenfenster unter mir.“

Damals war Rosemarie Studera 19 Jahre alt. Sie hat nichts zugegeben, was sie nicht getan hatte. Am 21. Juni 1947 wurde sie aus dem Gefängnis entlassen. Inzwischen hat sie fünf Kinder und sieben Enkelkinder. Und immer noch sucht sie nach Frank Kelly.



Witold Abankin

Weniger zufällig geriet der Sowjetsoldat Witold Abankin in Haft. Seine Mutter war in der Sowjetunion wegen Verbreitung antistalinistischer Flugblätter kurz nach seiner Geburt verhaftet worden. Sie starb in der Gefangenschaft.

Am 2. Juni 1962 gab es in Nowotscherkassk einen Volksaufstand. Wie vor dem 17. Juni 1953 in der DDR hatten die Behörden die Preise für Milch und Fleisch erhöht und gleichzeitig die Löhne gesenkt. Die Erhebung war blutig niedergeschlagen worden, dabei sollen 80 Menschen getötet und 250 Menschen verletzt worden sein; die „Rädelsführer“ wurden in geschlossenen Gerichtsverfahren abgeurteilt. Soziale Unruhen gab es damals in vielen Städten der Sowjetunion; das Zentrum der Streikbewegung lag im Donbass-Gebiet, zeitweise war die Bahnverbindung von dort zum Kaukasus unterbrochen. Über das brutale Vorgehen der Staatsmacht gegen die Arbeiter waren besonders junge Leute entsetzt.

Witold Abankin, der zur Zeit des Geschehens 16 Jahre alt war und in Rostow am Don lebte, begann, Zeugnisse über die Ereignisse zu sammeln. Die wollte er in den Westen schicken, damit die Welt von Nowotscherkassk erfuhr. 1965 wurde er in die Armee einberufen und in die sowjetischen Streitkräfte in der DDR versetzt. Dort fielen seine Unterlagen in die Hände des KGB. Er floh, um der bevorstehenden Verhaftung zu entgehen. Unmittelbar an der Grenze nach West-Berlin wurde er nach drei Tagen, am 2. August 1966, auf der Flucht

verhaftet, im Potsdamer KGB-Gefängnis in der Leistikowstraße festgesetzt und zu 12 Jahren Lager verurteilt.

Das Haus in der Leistikowstraße (damals Mirbachstraße) war Anfang unseres Jahrhunderts vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein für die Arbeit in der Frauenhilfe gebaut worden. Kurz nach der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 wurde das Gebiet westlich des Neuen Gartens geräumt, die Sowjetische Militäradministration und der NKWD (1954 in KGB umbenannt) nahmen es in Besitz. Zuerst wurden hier Deutsche inhaftiert, ab Mitte der fünfziger Jahre vor allem Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die zu fliehen versucht oder sich auf andere Weise widersetzt hatten.

Aus Potsdam in Lager für politische Gefangene nach Mordwinien und Perm transportiert, setzte sich Abankin dort aktiv für seine Rechte und die seiner Mitgefangenen ein, indem er offene Briefe verfaßte und an Hungerstreiks teilnahm. Daraufhin wurde er immer wieder in die Strafzelle des Lagergefängnisses gebracht; drei Jahre seiner Haft mußte er im Gefängnis von Wladimir verbringen, wo die Bedingungen noch härter waren als im Lager. Nach Verbüßung der vollständigen Strafe wurde er 1978 freigelassen. Damals war er 32 Jahre alt.

Abankin ist einer derjenigen, die wir Dissidenten nennen. Wenn Dissidententum bedeutet, sich – wie der russische Bürgerrechtler Andrej Amalrik es ausdrückte – in einem unfreien Land wie ein freier Mensch zu benehmen, dann war auch Roland Radow ein Dissident. Er hatte im Babelsberger Friedenskreis mitgearbeitet, der Anfang der achtziger Jahre mit Gottesdiensten zum Weltfriedenstag am ersten September, mit Veranstaltungen während der Friedensdekaden und mit pazifistischen Ausstellungen an die Öffentlichkeit trat. Angesichts der Nachrüstungsdebatte verstärkten sich im November 1983 die Aktivitäten des Kreises zu gemeinsamen Fastenaktionen und in der Woche vom 21. bis zum 25. November zum „Schweigen für den Frieden“, einer stummen Versammlung mit Plakaten und Ansteckern auf dem Platz der Nationen, dem heutigen Luisenplatz. Einer der Demonstranten war Roland Radow.

Passanten blieben stehen, bezeugten ihr Verständnis und ihre Sympathie. Nachdem bereits an den Tagen zuvor immer wieder die Personalien der Beteiligten aufgeschrieben und einige von ihnen vorübergehend „zugeführt“ worden waren, hatten die Teilnehmer für den Abend des 25. November verabredet, sich beim Näherkommen der Polizisten zu zerstreuen. So geschah es auch. Nur ein Mann blieb stehen. Als Roland Radow ihn wegholen wollte, wurden beide festgenommen und in das Stasi-Untersuchungsgefängnis in die Otto-Nuschke-Straße gebracht. Roland Radow trat sofort in einen Hungerstreik und verweigerte auch die Aufnahme von

Flüssigkeit, woraufhin man ihn zur Zwangsernährung ins Haftkrankenhaus nach Berlin verlegte. Am 22. März 1984 wurde ihm gemeinsam mit drei weiteren Angeklagten, die Flugblätter mit Aufrufen zu zivilem Ungehorsam verteilt hatten, der Prozeß gemacht. Er erhielt acht Monate Gefängnis. Im Strafvollzug in Naumburg bedrängte ihn die Stasi täglich, seiner Abschiebung in den Westen zuzustimmen.

Schließlich in West-Berlin gelandet, wollte Roland zurück in die DDR. Aber die Einreise wurde ihm von den DDR-Behörden verweigert; dafür observierte ihn die Stasi auch an seinem neuen Wohnort, und das unverblümt offen. In der Angst, niemals mehr Ruhe zu finden, setzte er in der Nacht vom 19. zum 20. April 1985 seinem Leben ein Ende. Er war noch keine 32 Jahre alt.



Roland Radow

Was Gefangenschaft bedeutet, ist oft beschrieben worden und dennoch nicht wirklich nachvollziehbar für diejenigen, die sie nicht durchlebt haben. Wie kostbar Menschenrechte wie der Schutz vor willkürlicher Festnahme und Folter, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit sind, können wir dennoch ermessen. Und es läßt uns aufhorchen, wenn der parteilose Potsdamer Kommunalpolitiker Claus Dobberke – wie während einer Ausstellungseröffnung im Februar 1998 im ehemaligen Stasi-Gefängnis in der Lindenstraße 54 geschehen – im Beisein ehemaliger DDR-Häftlinge die bürgerlichen Freiheiten mit dem Attribut „sogenannt“ herabwürdigt. Das ist nicht nur ein Affront gegen diejenigen, die ihr Eintreten für diese Rechte mit Gefangenschaft bezahlen mußten, sondern gegen alle, denen diese Freiheiten etwas bedeuten.

Herr, wir stehen Hand in Hand Der Kampf gegen die Junge Gemeinde 1953

Potsdam-Hermannswerder, 1. Juni 1953. Auf der Wiese hinter der Kirche, wo heute die „Versorgungseinrichtung“ mit Großküche, Café und Tagungsräumen steht, haben sich etwa fünfhundert Mädchen und Jungen aus den evangelischen Kirchengemeinden Potsdams und der Umgebung versammelt. Sie halten sich an den Händen und singen mit ernsten, gesammelten Mienen das Lied, das in jener Zeit die „Hymne der Jungen Gemeinde“ war:

Herr, wir stehen Hand in Hand,
die dein Hand und Ruf verband,
stehn in deinem großen Heer,
aller Himmel, Erd und Meer.

Wetter leuchten allerwärts,
schenke uns das feste Herz.
Deine Fahnen ziehn voran,
führ auch uns nach deinem Plan.

Sie sind erleichtert und dankbar zugleich, denn die Vernichtung der kirchlichen Jugendarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik ist noch einmal abgewendet worden. Zwar hat die Volkspolizei den seit Jahren am dritten Sonntag nach Pfingsten stattfindenden Landesjugendtag in Hermannswerder verboten, zwar haben sich FDJ und freiwillige Volkspolizei-Helfer an den Zugängen zur Insel postiert, um anreisende Jugendliche zurückzuweisen, aber ein kirchlicher Ordnungsdienst konnte einen Teil von ihnen auf Schleichwegen über Mauern und durch Gebüsch doch zur Insel-Kirche lotsen. Die Abgewiesenen haben sich in der Erlöserkirche versammelt, wo ein Parallelprogramm stattfindet.

Welten stehn um dich im Krieg,
gib uns teil an deinem Sieg.
Mitten in der Höllen Nacht
hast du ihn am Kreuz vollbracht.
In die Wirrnis dieser Zeit
fahre, Strahl der Ewigkeit.
Zeig den Kämpfern Platz und Pfad
und das Ziel der Gottesstadt.

Heute, mit 46 Jahren Abstand betrachtet, wollen uns diese Verse, von Otto Riethmüller 1932 verfaßt, wegen ihres völkisch-militanten Tones nicht mehr recht als kirchliches Zeugnis passen. Doch in den frühen fünfziger Jahren hörten wir sie mit anderen Ohren. Die Propagandasprache des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges, die fast nahtlos in die Sprache des Kalten Krieges übernommen worden war, klang noch in unserem Unterbewußtsein nach. Wir nahmen keinen Anstoß an großen Worten, sondern fühlten uns eher gestärkt in unserem Selbstbewußtsein und dem Willen, den wachsenden Anfeindungen zu widerstehen.

Aufregende, beängstigende, ja bedrohliche Monate lagen hinter uns. Begonnen hatte es mit der II. Parteikonferenz der SED im August 1952, auf der als Staatsziel der DDR der „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ verkündet wurde. Wenig später begann an Schulen und Universitäten eine großangelegte Kampagne mit dem erklärten Ziel, die kirchliche Jugendarbeit, in der man nicht zu Unrecht eine Konkurrenz zum staatlichen Jugendverband „Freie Deutsche Jugend“ sah, zu zerstören.

Nun genügte es nicht mehr, daß ich als Student im 2. Semester Germanistik an der Berliner Humboldt-Universität regelmäßig an den Entrümmerungseinsätzen auf dem Gelände der Berliner Charité teilnahm und mir „gesellschaftliche Tätigkeit“ als Cellist im Jugendsinfonie-Orchester der Potsdamer Musikschule bescheinigen ließ, jetzt wurde „Gewissenserforschung“ getrieben, wurden „Bekenntnisse“ verlangt: zum Sozialismus, gegen die NATO und ihren Oberbefehlshaber, den heute längst vergessenen General Ridgway.

Plötzlich war die Junge Gemeinde eine „Tarn- und Spionage-Organisation“, die es zu zerschlagen galt und der anzugehören nicht mit den Grundsätzen eines im Aufbau befindlichen sozialistischen Staates vereinbar war.

Stalins Tod im März 1953 brachte entgegen den Erwartungen vieler Menschen in der DDR keine Entspannung, sondern eine Verschärfung des Kurses aus Angst vor Instabilität. In den ersten Monaten des Jahres kam es zu einer Massenflucht

in den Westen. In meinem Tagebuch finden sich immer wieder Eintragungen über Schulkameraden, Potsdamer Geschäftsleute, bürgerliche Familien, Lehrer, die über Nacht die DDR aus Angst vor Repressalien, vor Verhaftung und Entzignung verließen.

Was heute lächerlich erscheinen mag, bedeutete für uns ständige Auseinandersetzung, die schon in der Schule begann. Am 1. Februar 1953 habe ich notiert: „Gestern war in unserer Penne Schülerball. B. und ich spielten (Akkordeon und Schlagzeug), Wefers (gemeint ist Peter Wefers, seinerzeit bestgehaßter Gegenwartskundelehrer in Potsdam und späterer Direktor der Helmholtzschule) war nicht da, aber einige Leute in Zivil ohne jedes Abzeichen vom Kreisvorstand der FDJ. Sie kamen dann auch bald und meinten, daß wir nicht so viel ‚von drüben‘ spielen sollten! Worauf wir 1/2 Stunde in primitiver Weise alte Schlager spielten, um danach wieder auf ‚unsere‘ Stücke umzusteigen ...“

Wie brisant die Situation für die Jugendlichen wurde, die nach wie vor zur Jungen Gemeinde hielten, die an regelmäßigen Zusammenkünften teilnahmen und am Revers offen das „Kugelkreuz“ trugen, einen kleinen Anstecker in Form eines Kreuzes auf der Weltkugel, mag ein Blick in das zum 1. April 1953 erschienene Extrablatt der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ illustrieren: „Junge Gemeinde‘- Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“; „Schändlicher Mißbrauch des christlichen Glaubens“; „Ehemaliger Gestapo-Agent – als ‚Diakon‘ getarnter USA-Spion“, lauteten die Schlagzeilen. Dazu kamen Meldungen und Berichte über Austrittserklärungen von Jugendlichen, die angeblich die „wahren Absichten der Jungen Gemeinde“ erkannt hatten, und konkrete Angriffe gegen eine Reihe namentlich genannter Jugendpfarrer und hauptamtlicher Jugendmitarbeiter.

Die praktischen Folgen für die Standfesten („Wer glaubt, der flieht nicht!“) ließen nicht lange auf sich warten. In Potsdam wie überall in der DDR wurden Schülerinnen und Schüler, die sich weigerten, Austrittserklärungen zu unterschreiben („Loyalitätsbekundungen“ reichten nicht mehr aus), reihenweise von den Schulen entfernt. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Abiturienten, die oftmals wenige Tage vor dem Beginn ihrer Prüfungen standen. Voraus gingen Versammlungen mit inquisitorischem Charakter, in denen sich die jungen Christen vor ängstlichen und von Funktionären aufgestachelten Mitschülern zu verantworten hatten. Wer mutig war und die Nerven aufbrachte, sich zu stellen und seinen christlichen Standpunkt zu vertreten, wurde niedergeschrien. Parallel dazu liefen werbende Einzelgespräche durch Genossen, die versuchten, die „Abtrünnigen“ auf den „rechten Weg“ zurückzubringen. Blieben auch diese Gespräche erfolglos, schlug die Freundlichkeit unvermittelt in Haß und Hysterie um.

Ich erfuhr diese Behandlung an der Humboldt-Universität in meiner Seminargruppe mit den später bekannt gewordenen Kommilitonen Manfred Bieler (er ging 1968 über Prag in den Westen) und Hermann Kant. Prorektor für Studentenangelegenheiten und damit für Exmatrikulationen zuständig war der damals noch stramme Stalinist Robert Havemann. In seinen autobiographischen Notizen widmet er diesen Ereignissen, mit denen die wissenschaftliche Laufbahn christlicher Studenten zerstört wurde („Durch Ihre religiöse Bindungen sind Sie nicht in der Lage, parteilich zu interpretieren“), nur wenige Zeilen:

„... Damals, im Jahr 1953, erhielt ich von der Partei den Auftrag, alle Mitglieder der evangelischen Jungen Gemeinde zu exmatrikulieren. Ich ließ mir Listen anfertigen, in denen sie verzeichnet waren. Ich lud zunächst einzelne Studenten, die auf meiner Liste standen, in mein Büro ein. Ich attackierte sie mit meinen Fragen. Warum seid ihr Mitglieder der Gemeinde? Ist nicht die Zeit längst über eure alten Ideen hinweggegangen? Seid ihr überhaupt für den Sozialismus? Die Studenten waren schüchtern, aber sie hatten trotzdem ihre Würde. Sie waren hilflos. Ich repräsentierte die Staatsmacht. Ich hatte recht ...“ (Robert Havemann: Fragen Antworten Fragen. Berlin 1990.)

Die Exmatrikulationspapiere waren noch nicht unterschrieben, als es auf Bitten der evangelischen Bischöfe der ostdeutschen Landeskirchen am 10. Juni 1953 zu einem Staat-Kirche-Gespräch kam, an dem u.a. die Bischöfe Dibelius, Mitzenheim, Müller und Beste auf kirchlicher Seite und Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) und sein Stellvertreter Otto Nuschke (CDU) seitens der Regierung der DDR teilnahmen. Dieses Gespräch leitete den sogenannten „Neuen Kurs“ ein, durch den alle Maßnahmen gegen die Kirchen, kirchliche Einrichtungen und die Junge Gemeinde aufgehoben bzw. rückgängig gemacht wurden. Wir durften weiterstudieren, einige Funktionäre entschuldigten sich sogar bei uns dafür, daß sie „Fehler gemacht“ hätten.

In Potsdam gab es in den fünfziger Jahren ein im Vergleich zu heute reges kirchliches Jugendleben. Das Fehlen der Massenmedien und einer Jugendkultur in Form von Discotheken und Klubs ließ kirchliche Angebote zur einzigen Alternative neben der ungeliebten und unattraktiven FDJ-Arbeit werden. Hinzu kam, daß die in der Mehrzahl noch bürgerlich-konservativen Familien an einer christlichen Erziehung ihrer Kinder festhielten, um ein Gegengewicht zur ideologischen Übermacht von Partei und Staat zu schaffen. Noch galt die Parole vom „Überwintern“, noch war die Hoffnung auf „Befreiung“ und ein Ende des SED-Regimes ungebrochen.

Eine besondere Rolle dabei hatte in Potsdam die „Spielgemeinde“, in der ältere Mädchen und Jungen mit Interesse am Laienspiel aus allen Potsdamer Gemeinden zusammentrafen. Sie wurde von dem Potsdamer Kirchenältesten und Kaufmann Eberhard Grauer geleitet. Grauer, der aus der christlichen Jugendbewegung und Bekennenden Kirche kam, wurde für viele junge Potsdamer in den Monaten der Bedrängnis zu einer Quelle der Kraft und des Vertrauens. Heute erinnert nichts mehr an den kleinen Laden im Holländischen Viertel, Charlottenstraße, Ecke Am Bassinplatz. Wo jetzt ein China-Restaurant Einzug gehalten hat, befand sich die Firma Spormann (Eisen- und Wirtschaftswaren) und daneben die vom Krieg verschont gebliebenen Überreste der Firma „Grauer und Stoyer – Heimbedarf“. Den Kumpagnon gab es nicht mehr; in einem kleinen Lädchen, zu dem fünf Stufen führten, hielt sich Eberhard Grauer mit dem Verkauf von Gardinenleisten, Gardinenringen und -schnüren, Kissenhüllen und später auch Tapeten eher kümmerlich über Wasser. Der Krieg hatte sein Geschichtsstudium unterbrochen, später mußte er die Firma seines Vaters übernehmen. Der Junggeselle schrieb in seiner Freizeit „Verkündigungsspiele“, christliche Laienspiele für jeweils eine Handvoll Spieler, in denen biblische Geschichten in Szene gesetzt wurden. Großen Zulauf hatten in den fünfziger Jahren die Passionsandachten im Atrium der Friedenskirche, wo während der Karwoche bei Wind und Wetter Szenen der Leidensgeschichte dargeboten wurden.

Die Arbeit an diesen und anderen Stücken, die begleitenden Gespräche, die Diskussionen über „Gott und die Welt“ stellten eine besondere Qualität kirchlicher Jugendarbeit dar. Vor allem Oberschüler und Studenten fanden sich zur Spielgemeinde ein. Sie waren dann auch die unmittelbar Betroffenen der Aktionen gegen die Junge Gemeinde.

In dieser Zeit wurde das kleine Zimmer neben dem Laden zu einem Treffpunkt der Bedrängten. Man konnte jederzeit zu Eberhard Grauer kommen. Hier trafen wir uns zu Gebetsgemeinschaften, holten uns Kraft für das Gespräch mit dem FDJ-Sekretär am nächsten Tag. Sprachen wohl auch über den entmutigenden Besuch im Sekretariat der Freien Universität in Berlin-Dahlem für den Fall, daß man doch von der Humboldt-Uni fliegen würde. Schwer zu sagen, weshalb wir uns bei Eberhard Grauer versammelten und nicht zu unserem Gemeindepfarrer gingen. Vermutlich wog das persönliche Zeugnis eines Laienchristen in unseren Augen schwerer als die Worte eines Seelsorgers von Amts wegen. Aus der Rückschau erscheint dieser kleine Laden mit seinem bescheidenen materiellen Angebot als überquellend von geistlichen Gütern und als der seelsorgerliche Mittelpunkt der kirchlichen Jugendarbeit in Potsdam.

Die Staatsmacht muß das ebenso gesehen haben. Sie entzog Eberhard Grauer Anfang April 1953 den Personalausweis und schränkte damit seine Bewegungsfreiheit auf den Raum Potsdam ein. Diese Maßnahme wurde später rückgängig gemacht, aber die Beobachtung seiner kirchlichen Tätigkeit fortgesetzt. Wenige Wochen nach dem Mauerbau im Herbst 1961 wurde Eberhard Grauer mit zwei anderen Potsdamern, seinem Neffen Ulrich Krüger und dem späteren Architekten Christian Wendland, verhaftet und in einem politischen Strafprozeß wegen „planmäßiger staatsgefährdender Propaganda und Hetze und wegen Beihilfe zum Verrat an der Republik“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und in die Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel verbracht. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ließ die Verurteilten auf die Fürbittliste der Evangelischen Kirche in Deutschland setzen. Mehr war zur damaligen Zeit nicht möglich. Eberhard Grauer wurde im Juni 1964 vorzeitig aus der Haft entlassen. Im Mai 1992 kassierte das Bezirksgericht Potsdam die Urteile gegen ihn und Ulrich Krüger, der zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Mit dem Spitzengespräch zwischen Vertretern der Kirchlichen Ostkonferenz und der DDR-Regierung schien der Kirchenkampf 1953 ein vorläufiges Ende gefunden zu haben. Wir atmeten auf. Mitte August 1953 durfte eine Gruppe evangelischer Gemeindeglieder aus Potsdam zum 5. Deutschen Evangelischen Kirchentag nach Hamburg fahren. Seine – Jahre vorher gewählte Losung – hatte ungeahnten aktuellen Bezug erhalten: „Werft Euer Vertrauen nicht weg“ („... welches eine große Belohnung hat“, Hebr. 10,35). Am Kontrollpunkt Büchen wurden wir mit Posaunenklängen, Milch, Brötchen und Zeitungen festlich empfangen. Für einen Augenblick konnten wir uns als die Sieger der Geschichte fühlen.

Die Atempause war von kurzer Dauer. Die Repressalien gegen ihre Kinder hatten viele Eltern verunsichert, manche von ihnen waren selbst Repressalien ausgesetzt gewesen. Die Teilnahme an den Veranstaltungen der Jungen Gemeinde nahm ab. Vorsichtige und ängstliche Eltern hielten ihre Kinder zurück. Mit der Einführung der Wehrpflicht 1954 und der Jugendweihe nahm der Kampf gegen die Kirche eine neue Dimension an. Was Jugendliche im Frühjahr 1953 an persönlichem Mut und Standhaftigkeit bewiesen hatten, schien vergessen. Schwindende Zivilcourage in der Bevölkerung erleichterte die Konsolidierung der DDR in den dreieinhalb Jahrzehnten, die folgen sollten.

Das Blitztelegramm traf um 6.53 Uhr in Potsdam ein: „DGB plant Trauerfeier für Opfer des 17. 6. Es muß damit gerechnet werden, daß zur selben Zeit reaktionäre Elemente in der DDR gegen 14.45 Uhr ebenfalls versuchen werden, sich an diesen Gedenkminuten zu beteiligen. Es darf den Agenten nicht gelingen, Sirenen in Betrieb zu setzen, Glocken zu läuten, Züge u.a. Verkehrsmittel anzuhalten usw. ... Mielke. Abs: MfS Berlin.“

Man schrieb den 23. Juni 1953, und noch immer herrschte Ausnahmezustand in Ostdeutschland. Noch immer stand der Staatsapparat unter Schock, aber er war handlungsfähig. In einer internen Analyse notierte die Potsdamer SED-Bezirksleitung: „Am 17. 6. 53 morgens trafen die Streiks und Demonstrationen die Partei überraschend. Erst um die Mittagszeit wurde klar, daß es sich um eine faschistische Provokation handelte.“

In der Bezirksstadt tat sich in jenen Tagen eine Berufsgruppe hervor, die eher wenig mit dem klassischen Industrieproletariat gemein hat: „Im VEB Dentaltechnik in Potsdam realisierte die Belegschaft mit negativen Elementen als Versammlungsleitung praktisch die Forderung – Sturz der Regierung – indem P. Leiter Gen. Kornemann wegen Zusammenarbeit mit dem MfS das Mißtrauen ausgesprochen und seine Entlassung gefordert wurde.“

Die Dentaltechniker standen in Potsdam allerdings allein auf weiter Flur. Zwar kam es auf den Straßen immer wieder zu Menschenaufläufen, eine von der Partei gefürchtete konzertierte Streikaktion der Potsdamer Großbetriebe aber blieb aus. Dabei war sie offenbar geplant: „In Potsdam selbst zeigte sich, daß das Karl-Marx-Werk der Ausgangspunkt für eine geschlossene feindliche Aktion sein sollte.“

Die Staatssicherheit hatte von der geplanten Aktion spätestens am frühen Nachmittag des 17. Juni erfahren. In den Akten der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) findet sich für 13.40 Uhr der Vermerk: „Im Karl-Marx-Werk

Babelsberg erscheinen vier Vertreter der Potsdamer Verkehrsbetriebe und erkundigen sich, ob gestreikt werden sollte. Im Falle eines Streiks würden sich die Angehörigen der Verkehrsbetriebe anschließen. Im Werk selbst sind noch keine Anzeichen eines Streiks festzustellen.“

Auf den Straßen der Stadt herrscht um diese Zeit bereits Unruhe. Schon um 11.35 Uhr heißt es im Stasi-Bericht: „In Potsdam auf dem Bahnhof sammeln sich Schichten der Bevölkerung, die noch nach Berlin fahren wollen. Da keine Fahrkarten ausgegeben werden, wollen sie sich zur Brücke der Einheit begeben.“

Um 14.35 Uhr geht bei der Polizei die Meldung ein, „daß in Rehbrücke eine Menschenansammlung von 50 Personen festgestellt wurde.“ Wenig später ruft ein Genosse der SED-Bezirksleitung an: „In der letzten halben Stunde sammelt sich auf der Brücke der Einheit (Westsektor) eine gewisse Anzahl von Personen“, und die Polizei notiert: „Die SED-BL bittet um Maßnahmen, um unter allen Umständen ein Eindringen zu vermeiden.“

Nun wird es hektisch. Laut Stasi-Bericht beginnt die Nachmittagsschicht des Karl-Marx-Werkes ihren Dienst um 14 Uhr mit Streik: „Zur Zeit wird eine Versammlung im Kulturhaus des Betriebes durchgeführt. Der Werkleiter wurde ausgepiffen, als er die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte.“

Wenig später meldet der städtische Rundfunk Kampfbereitschaft: „Das städtische Rundfunkkomitee Potsdam meldet, daß alle Angehörigen einschließlich der Parteileitung den gesamten Betrieb in persönlichen Schutz nehmen, um gegen jede Provokation zu arbeiten.“

Im Karl-Marx-Werk hat zu dieser Zeit die gesamte Belegschaft die Arbeit niedergelegt, laut Polizeibericht sind „sämtliche Telefonleitungen zerstört“. Es ist kurz vor 16 Uhr. In Ost-Berlin rollen die Panzer, und auch in der märkischen Provinz herrscht Notstand.

Um 16.35 Uhr notiert die Stasi in Potsdam: „Im Karl-Marx-Werk hat die Nachmittagsschicht die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen.“ Diese Notiz wird ergänzt mit einer Prognose zur Nahverkehrslage: „Da die Verkehrsbetriebe sich nach dem Karl-Marx-Werk richten, ist anzunehmen, daß sie nicht in den Streik treten.“

Um 16.45 Uhr meldet die Polizei den „Schwerpunkt Potsdam S-Bahnhof, dort stauen sich hunderte von Menschen. Die Kreisleitung hat zirka 40 Instrukteure eingesetzt, die über die Einstellung des Zugverkehrs sprechen.“

Um 17.25 Uhr wird in den Polizeiakten vermerkt: „Ab 20 Uhr bis 6 Uhr Ausnahmezustand in Potsdam verhängt.“ Damit ist „jeglicher Verkehr der Zivilbevölkerung verboten, Ansammlungen von Gruppen über drei Personen sind un-

tersagt“, verboten ist in der Sperrstunde „jeglicher Kraftfahrzeugverkehr, Personen, die sich diesem Befehl nicht unterordnen, werden dem Gericht des Kriegstribunals übergeben.“ Der Befehl ist unterzeichnet vom Militärkommandanten des Bezirkes und der Stadt Potsdam.

Mit besonderen Diensterschwernissen hat kurz vor dem nominellen Ausnahmezustand, auch das ist in den Akten vermerkt, ein Volkspolizei-Meister namens Müller zu kämpfen: „Auf Anordnung des VP.-Oberrat Passenheim sollte VP.-Mstr. Müller von der Defa einen Lautsprecherwagen holen. Die Abfahrt verzögerte sich um eine Stunde, da der Fahrer erst nach Hause gefahren ist, um Abendbrot zu essen. Bei seiner Rückkehr wurde dem VP.-Mstr. Müller mitgeteilt, daß sie erst noch zur Kreisleitung der SED fahren müßten, um einen Sprecher für das Mikrofon zu holen. Anschließend wurde gleich mit der Bekanntgabe des Befehls begonnen.“

Müller ist an diesem Tag vom Pech verfolgt: Ein Revieroberwachmeister beobachtet, „daß um 19.05 Uhr der Lautsprecherwagen auf der Wilhelm-Pieck-Straße, Ecke Dortustraße von einer größeren Menschenmenge festgehalten wird.“ Eine halbe Stunde später gibt es auf dem Platz der Nationen „eine größere Menschenansammlung. Es handelt sich um zirka 150 Personen ...“ Keine weiteren Meldungen. Alles scheint ruhig in der Stadt.

Am Morgen des 18. Juni, exakt um 6.40 Uhr, meldet die Polizei: „Die Arbeiter des Karl-Marx-Werkes kommen wieder zur Arbeit.“ Nur zwei Minuten später, um 6.42 Uhr, gibt eine Streife der Volkspolizei bekannt: „An der Brücke der Einheit stauen sich die Menschen, die nach West-Berlin zur Arbeit wollen.“ Für die Arbeitswilligen gibt es vorerst kein Durchkommen.

Im Karl-Marx-Werk braut sich mittlerweile einiges zusammen. Die Stasi registriert um 7.45 Uhr: „Provokateure und Arbeiter sammeln sich im Kulturraum und halten Versammlung ab. Verlangen Sturz der Regierung und Aufstellung einer Streikleitung ...“ Am Stadtrand hat die Polizei bereits zugegriffen: „Zur Festnahme der Streikleitung in Eiche wurden zirka 20 Genossen mit entsprechender Bewaffnung eingesetzt.“ Um 10 Uhr teilt die Abteilung XIII der Staatssicherheit in Potsdam mit, daß im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) 80 von 1.600 Arbeitern „den Streik angetreten haben“.

Im Karl-Marx-Werk gibt es laut „Stimmungsbericht“ zu dieser Zeit eine Demonstration: „Die Frühschicht, die 6 Uhr morgens begonnen hat, trat gegen 9 Uhr in den Streik. Etwa 60 Arbeiter setzten sich unter der Führung des Elektroschweißers ‚Gerhard‘ in Bewegung und begaben sich wahrscheinlich in Form einer Demonstration zum Tenderbau, wo sie die dort beschäftigten Arbeiter mit

den Losungen ‚Nieder mit der Regierung‘, ‚Wir fordern freie Wahlen‘ und ‚Willst du ein guter Deutscher sein, dann reih Dich bei uns ein‘ zur Niederlegung der Arbeit aufforderten.

Die Demonstration bewegte sich dann über die Mechanische Werkstatt, Rahmenbau und Lokmontage, Kupfer- und Kesselschmiede zum Kulturhaus. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich 1.500 Arbeiter auf dem eben beschriebenen Kundgebungsplatz versammelt. Hieraus folgert, daß nur 300 Personen ihrer Arbeit nachgegangen sind. Die Versammelten forderten von der Werkleitung Rechenschaft und Stellungnahme über die Verhängung des Ausnahmezustandes.

Erst mit dem Erscheinen Erich Honeckers konnte eine Klärung der Diskussion erzielt werden. Der Genosse Honecker schlug vor, aus allen Schwerpunkt-Abteilungen je zwei Arbeiter als Delegation zu empfangen, um mit ihnen über die strittigen Fragen zu diskutieren. Mit Ausnahme eines Arbeiters stellten die Delegationsmitglieder rein betriebliche Fragen. Der die Ausnahme bildende Arbeiter stellte die politische Forderung, die indirekt die Bestrafung der Regierung ausdrückte.

Hierauf ergriff der Genosse Honecker das Wort und schilderte die Situation in Berlin mit konkreten Beispielen, die der Delegation klarmachten, daß die verbrecherischen Ausschreitungen in Berlin nichts mehr mit einem einfachen Streik der Arbeiterschaft zu tun haben.

Gegen 10.30 Uhr erschien der Sowjetische Stadtkommandant von Potsdam und bat um Erklärung über die Verhandlung. Als ihm der Grund erläutert war, sprach er den Wunsch aus, daß innerhalb einer Viertelstunde die Arbeit wieder aufgenommen wird. Durch Diskussionsgruppen der Deutschen Verwaltungsakademie (später: Akademie für Staat und Recht, d. Verf.) wurde versucht, die restlichen 150 Streikenden in einzelne Diskussionsgruppen zu spalten.“

Aus dem Reichsbahnausbesserungswerk berichtet zu dieser Zeit ein „GI Walter“ (Geheimer Informant): „Das große Wort führten nur drei Kollegen aus der Alten Halle, deren Namen noch festzustellen sind. ‚Freiheit wollen wir‘, ‚Normen herunter‘, ‚Freie Wahlen‘, Keine Behinderung des Ostwestverkehrs‘, warum sich russische Panzer in unsere Angelegenheiten mischen und so weiter. Alles gröhlte Beifall.“

Aus dem Defa-Betrieb geht die Nachricht ein: „Die Belegschaft forderte eine Versammlung mit dem Ziel der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Die Versammlung wurde einberufen und von der Betriebsleitung stattgegeben. Es spricht zur Zeit seit einer halben Stunde der Betriebsdirektor Genosse Rothenberg. Er forderte die Belegschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Um 11.50 Uhr wird von einer Baustelle der Bau-Union gemeldet: „Arbeitsniederlegung im Schweinekombinat Bornim. 80 Arbeiter haben die Arbeit nicht aufgenommen.“ Im Karl-Marx-Werk ist „gegen 12 Uhr in dem Werk vollständige Ruhe und restlose Wiederaufnahme der Arbeit zu verzeichnen.“ Das sorgt für Irritation bei anderen Belegschaften. „In der nachfolgenden Zeit wurde der Werkleitung durch einen telefonischen Anruf von der Defa bekannt, daß die dort versammelten 2.000 Angehörigen des Betriebes einen Bericht über die Situation im Karl-Marx-Werk fordern. Das Parteisekretariat stellte daraufhin eine Delegation aus drei guten Genossen zusammen, die den Angehörigen der Defa mitteilten, daß im Karl-Marx-Werk völlig intakte Arbeitsverhältnisse herrschen.

Kurze Zeit darauf erschien eine Delegation des Reichsbahnausbesserungswerkes bei der Betriebsgewerkschaftsleitung, um sich davon zu überzeugen, ob die Arbeiter selbständig arbeiten oder durch den von der Belegschaft des RAW angenommenen Arbeitszwang unter Aufsicht der Volkspolizei und der Sowjetarmee die Arbeit aufgenommen haben. Mit dieser Delegation führte der Genosse Honecker eine längere Diskussion. Diese Maßnahme hatte zum Erfolg, daß die Arbeit im RAW wieder aufgenommen wurde.

Kurz nach Abrücken der Delegation des RAW kam die zur Defa entsandte Delegation des Karl-Marx-Werkes mit einer Delegation der Defa zurück. Der Werkleiter verwehrte den Eintritt. Darauf schalteten wir uns ein. Der Genosse Honecker sprach sich für unseren Vorschlag aus, und die Defa-Delegation wurde in die Räume der BGL geführt, wo Honecker mit ihnen diskutierte, bis die 2. Schicht vollständig an ihren Arbeitsplätzen war.

In der Zwischenzeit wurde bekannt, daß die Verkehrsbetriebe in Potsdam die Arbeit niederlegen wollten. In Erkenntnis, daß sämtliche Aktionen vom Karl-Marx-Werk abhängen, stellte der Werkleiter sofort eine Delegation zusammen und entsandte sie zu den Verkehrsbetrieben ...“

Auch die Volkspolizei hat zu tun. Um 12.50 Uhr heißt es: „In der HO-Verkaufsstelle Industriewaren Lenin-Allee, Ecke Geschwister-Scholl-Straße wiegelt die Verkäuferin Hurdorf die anderen Verkäuferinnen zum Streik auf.“ Um 14.20 Uhr kommt von der Feuerwache Babelsberg die Meldung, Straßenpassanten hätten „in provokatorischer Weise über ein Plakat bei der Abteilung Feuerwehr ‚Es lebe die DDR für Aufbau und Frieden‘ oder ähnlich gelästert und eine Ansammlung gebildet.“ Zur gleichen Zeit wird durchgereicht, daß 130 Arbeiter in den Mechanischen Werkstätten in der Fritz-Zubeil-Straße um 13.20 Uhr „in einer Schicht die Arbeit niedergelegt“ und um 13.30 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen hätten.

Um 14.55 Uhr teilt die Abteilung III der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) mit, „daß die Verkehrsbetriebe – Straßenbahn und Omnibus – in Potsdam in Streik getreten sind.“ Eineinviertel Stunden später meldet die gleiche Abteilung, „daß sämtliche Omnibusse in Potsdam, sowie Straßenbahnen wieder fahren ...“. In einem „Stimmungsbericht“ heißt es ergänzend: „... nachdem die KVP und ein Teil der Freunde auf dem Bassinplatz auffuhren.“ KVP war die Kasernierte Volkspolizei, mit „Freunde“ war die sowjetische Besatzungsmacht gemeint.

Am 19. Juni werden die Dinge geordnet, soweit sie sich ordnen lassen. Im Karl-Marx-Werk, so notiert die Stasi, „wird voll gearbeitet“, in den Verkehrsbetrieben wird am Vormittag eine Versammlung abgehalten, auf der „die Lohnfragen“, so das Stasi-Protokoll, „übereinstimmend geklärt wurden“. Im RAW sind „von seiten fortschrittlicher Kräfte der Volkspolizei die anlässlich der Arbeits-einstellung als Provokateure aufgetretenen Personen angezeigt worden. Vorgang wurde an MfS übergeben.“

Um 19.15 Uhr teilt eine „unbekannte Person“ der BVfS mit, „daß sich in der Brandenburger Ecke Elfleinstraße zirka 250 Personen sammeln. Von der Bezirksverwaltung der Volkspolizei (BDVP) waren Einsatzwagen am Versammlungsort“, heißt es später im Rapport, „und haben die Massen auseinandergetrieben. Die VP tätigten Festnahmen.“

Für Aufmerksamkeit sorgt weiterhin ein Bericht aus Wilhelmsdorf, in dem es heißt, „daß ein Chor der Jungen Gemeinde auf dem Kirchturm singt: Nähere Meldungen liegen noch nicht vor.“ Gemeldet wird außerdem eine Schießerei, deren Hergang sich im Polizeibericht folgendermaßen liest: „In der Heinrich-Mann-Allee beachteten zwei betrunkene Motorradfahrer nicht das Haltezeichen der Volkspolizei, worauf von der VP-Streife zwei Warnschüsse abgegeben wurden. Die Kradfahrer gaben daraufhin Vollgas und fielen in Folge Trunkenheit vom Motorrad.“

In den nächsten Tagen werden vornehmlich kleinere Episoden notiert. Am 20. Juni etwa geht folgender Bericht „Betr. Vermutliches Abreißen eines Stalinbildes durch die Familie K., wohnhaft Babelsberg, Behringstraße“ bei der Abteilung VIII der BVfS ein: „Bis zum 15. 5. 53 habe ich vor meiner Wohnungstür, Behringstraße 4, ein großes Stalinbild angebracht. Durch einen Wohnungstausch mit der Familie K. habe ich dieses vergessen. Als ich nach einigen Tagen Herrn Bruno K. nach dem Verbleib des Stalin-Plakats fragte, welches ich neben meiner Wohnungstür angebracht hatte, stellte ich bei K. eine starke Aufregung fest. Er erklärte sich sofort bereit, ein neues Bild aufzuhängen, es könnte dies doch eins von unserem Wilhelm sein. Er meinte damit unseren Genossen Wilhelm Pieck.“

Am 21. Juni nimmt die BVfS einen Anruf aus Rathenow entgegen, in dem „Dienststellenleiter Große“ mitteilte, „daß er Besuch gehabt hat von der Genossin Langner und Genossen Leder, beide von der Bezirksleitung Potsdam, und daß beide verlangen, daß in Premnitz aufgeräumt wird. Es sind zu wenig Verhaftungen dort vorgenommen worden.“ Das Stasi-Protokoll vermerkt: „Genosse Große benötigt dazu eine Unterstützung.“ Im Stasi-Gefängnis in der Potsdamer Lindenstraße sind zu dieser Zeit 106 Menschen inhaftiert.

Die Partei widmet sich bereits den eigenen Reihen: „Nach bisher unvollständigen Meldungen sind im Bezirk Potsdam 101 Fälle bekannt, in denen Mitglieder und Kandidaten ihr Mitgliedsbuch beziehungsweise Kandidatenkarte abgaben beziehungsweise vernichteten.“ Vermerkt wird ebenso, daß „in den HO Textilwaren in der Potsdamer Straße drei Genossen während der Provokationen ihr Abzeichen unter fadenscheinigen Gründen entfernt“ haben.

Auch die Mitarbeiter im Rat des Bezirkes boten Anlaß zur Kritik. Am 17. und 18. Juni hatte es in der Verwaltung „einen Massenaufkauf im Konsum und im HO“ gegeben, und auch hier war es parteiintern zu passivem Widerstand gekommen: „Eine gesamte Parteieinheit einschließlich Sekretär hat sich ohne Abmeldung aus der Dienststelle entfernt.“

In den Betrieben ist der Arbeitsfrieden zumindest äußerlich wieder hergestellt. In den Archiven der Staatssicherheit liegen zu dieser Zeit schon zahlreiche Protokolle und Stimmungsberichte, die nach Agitationseinsätzen in den bestreikten Betrieben angefertigt worden waren. Zuhäuf finden sich Aufzeichnungen wie die nachfolgende von einer Baustelle der Bau-Union: „Die Arbeiter sind in Baracken untergebracht, bis zu zehn Mann in einer. Sie haben Holzbetten mit Strohsäcken, schmale Schränke und sehr schlechte Waschgelegenheit. Die Betten sind nur mit Decken, ohne Bettwäsche. Die Becken wurden in einem Jahr nicht gereinigt. Für diese schlechten Quartiere bezahlen die Arbeiter pro Tag 2 Mark. Einstimmig brachten sie zum Ausdruck, daß das Mittagessen miserabel ist. Wie verantwortungslos das Essen zubereitet wird, ist daran zu sehen, daß es schon Fleischvergiftungen gegeben hat. Als Waschgelegenheit steht ihnen nur eine Waschschißel zur Verfügung. Die Arbeitskleidung (besonders der Arbeiter, die an Maschinen arbeiten – Öl-Kohle) muß im Schlafräum mit aufgehängt werden. In diesen Ausdünstungen müssen die Arbeiter nachts schlafen. Besonders wurde über die Prämienverteilung Klage geführt, die bei der Fertigstellung von Bauabschnitten zur Verteilung kommt. Vorschläge der Arbeiter aus ihren Reihen wurden nicht berücksichtigt. Der größte Anteil der Prämien wird immer an ein und dieselben, besonders an die Bauleitung verteilt.“

Hunderte solcher Stimmungsberichte aus dem Jahr 1953 gibt es, und manche von ihnen lesen sich, als wären sie Dokumente aus dem Wendejahr 1989: „Ich glaube nicht daran, daß die Provokation von West-Berlin aus vorbereitet wurde. Uns hat man jahrelang an der Nase herumgeführt, ich glaube nichts mehr von denen. Ich bin mit diesem System nicht mehr einverstanden. So ist die Meinung, es gärt doch überall, in Brandenburg, in Hennigsdorf und im Stahlwerk. Das Volk will freie Wahlen, 1950: das waren doch keine Wahlen, das war Betrug.“

Die Knarre haben wir!

Ein Schauprozeß gegen die Evangelische Studentengemeinde

Die grüne Minna fährt auf den Innenhof des Bezirksgerichts am Nauener Tor und schüttet die Delinquenten aus. Kurz bevor sie den Verhandlungssaal betreten, werden ihnen die Handschellen abgenommen. Draußen ist es kalt, und von den Passanten schaut niemand auf, als die Gefangenen einen letzten Blick auf die Straße werfen. Bezirksstaatsanwalt Bast und Direktor Etzold, die Hausfrau Lehmann und die LPG-Bäuerin Giese, beide Schöffen, bitten am 4. Dezember 1961 zum letzten Empfang in der Strafsache Grauer, Krüger und Wendland.

„Im Namen des Volkes“ ergeht wegen „Verbrechens nach 19 StEG, 8 Passgesetz, 49 StGB“ folgendes Urteil: „... wegen planmäßiger staatsgefährdender Propaganda und Hetze und wegen Beihilfe zum Verrat an der Republik“ werden Grauer, Eberhard, geboren am 16. Juli 1932, zu vier Jahren Zuchthaus; Krüger, Ulrich, geboren am 26. März 1938, zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus, sowie Wendland, Christian, geboren am 1. Juli 1938, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Begründung füllt ganze 18 Seiten Papier. Allen Verurteilten gemeinsam war ihr Engagement in der Evangelischen Studentengemeinde Potsdam. Dieser Umstand allein prädestiniert sie für diesen von der Staatssicherheit minutiös und raffiniert geplanten Schauprozeß.

Aus der Zeitung erfährt man nichts über dieses Tribunal, obwohl die erste Sitzung vom 1. Dezember 1961 öffentlich ist. Erst am 9. Dezember erscheint auf der letzten Seite der „Märkischen Volksstimme“ ein schmaler Artikel, der etwas verschwommen, aber mit pädagogischem Eifer über ein FDJ-Forum vom 5. Dezember berichtet, das den Nachweis erbracht haben soll, „daß die NATO und vor allem die Bonner Ultras nicht davor zurückschrecken, unter dem Deckmantel der Kirche junge Christen zu verhetzen und zu mißbrauchen“. Ort der Veranstaltung: das Pionierhaus; mehr als 450 Jugendliche haben teilgenommen, und „wie alle anderen distanzierten sich auch die anwesenden Würdenträger der Kirche von der



*Christian Wendland
Anfang der
sechziger Jahre*

NATO-Politik der westdeutschen Kirche, von der Schundliteratur, vom Menschenhandel“ („Märkische Volksstimme“ vom 9.12.1961). Wer von den jungen Christen den „Bonner Ultras“ in die Hände spielte, erfährt der Leser nicht.

Was aber haben Prozeß und Forum gemeinsam? Und wie wurde man zum willigen Opfer der „Bonner Ultras“, denen bis zum Jahr 1989 ein finsterer Fluch anhing? Erst der Blick in die Stasiakten erhellt den Zusammenhang. Der letzte der drei Angeklagten, Christian Wendland, bekam Einsicht in die Unterlagen der Gauck-Behörde und in einen Vorgang, den dessen Urheber sizilianisch-schlicht „Pate“ nannten. Knapp 200 Seiten dick ist die Akte, aus der man erfährt, wie man aus einem architekturinteressierten, schwärmerisch veranlagten jungen Mann – „Ich war nur traurig, daß eben alles abgerissen wird“ – einen Staatsverbrecher macht.

Am 28. September 1961 gegen 16.30 Uhr teilen die Eltern dem ahnungslosen Sohn Christian mit: „Die wollen dich verhaften.“ Seit geraumer Zeit schleichen die Genossen im Auftrag der Abteilung V der Potsdamer Staatssicherheit

Stadt 2 690 000 DM zur Verfügung gestellt hat. Gleichzeitig fand ein

terer Ausbau der Versorgung neuer Stellen in Potsberg wurde in (Außenstelle Fiskusstraße, und Ebert-Straße), des Strahlenin- und der übrigen wirtschaftlichen Einrichtungen voran.

Im Stadtgebiet allein 21,3 Milliarden Aufwendungen des Gesundheitswesens zur Verfügung, das sind aller Ausgaben. Demgegenüber den Einnahmen. Daran können Bedeutung und

Von der Verantwortung der FDJ . . .

... Für die gesamte Jugend zeugte erneut ein am Dienstag im Pionierhaus mit 450 Jugendlichen durchgeführtes Forum über „NATO-Politik im religiösen Gewande“. Es wurde nachgewiesen, daß die NATO und vor allem die Bonner Ultras nicht davor zurückschrecken, unter dem Deckmantel der Kirche junge Christen zu verhetzen und zu mißbrauchen, Haß und Feindseligkeit gegen unsere Republik in ihnen zu säen.

Und wie alle anderen distanzieren sich auch die anwesenden Würdenträger der Kirche von der NATO-Politik der westdeutschen Kirche, von der Schundliteratur, vom Menschenhandel.

Viele große Taten hat der Jugendverband geleistet. Die Bereitschaft zur Verteidigung der Republik ist nur eine. Die Arbeit im Produktionsaufgebot, das Aufgebot der Bauarbeiterjugend sind weitere. Und zum Kampf für den Deutschen Friedensplan müssen alle Jugendlichen gewonnen werden. Das wurde in diesem Forum nochmals deutlich. Die Freie Deutsche Jugend trägt die Verantwortung für die ganze junge Generation. Deshalb muß sich, gerade von diesem Forum ausgehend, jede FDJ-Grundeinheit überlegen, wie sie mit allen Jugendlichen ins Gespräch kommt, mit allen arbeitet. Das gilt nicht zuletzt für die christliche Jugend.

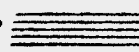
Die Deutsche Demokratische Republik sichert uns eine glückliche Zukunft. Aber nichts wird uns geschenkt. Für unseren Frieden, für unsere Zukunft tragen wir selbst die Verantwortung, jeder einzelne Jugendliche. W.

Artikel aus der
„Märkischen Volks-
stimme“, 9. 12. 1961

Genc Wo

(VK). Die kür Nationalen Fre Tagung des Pri rats beraten w Ausschüsse und heblieh größten Stadtausschuß bereits berichtet dazu ein Progr die Einbeziehu die Arbeit. Au müssen sich m Pflicht besinn gebiet mitzuant

Im Wohnbez Ausschuß völlig lang, einige Ge dafür zu gewi chen die Mitar von einem wir ten arbeitsfäh chen. 6 Bürger Werterhaltungs aber bisher nie ter hierfür zu l aktiv fehlt noc Leitung des H Wohnbezirk li Freundschaftsv um das kulture beln. Es man

Potsdamer 
Stadtmosaik

Ministerium für Staatssicherheit

Bezirk Potsdam

Dienststelle E

Mitarbeiter Schimpf

Potsdam den 4. 9. 1962

Reg.-Nr.

Beschluß

für das Auslegen Einstellen eines Operativ-Vorgang
(Vorgang des Regierens)

Auszufüllen bei IM-Vorläufe

1. Vorgesehene Kategorie
2. Wohnadresse

(Bei Operativ-Vorläufe werden keine Angaben benötigt.)

Grund für das Auslegen Einstellen

Ausz Der Vorgang wurde mit der Festnahme
der 3 Hauptbelasteten und Wendland zum Abschluß ge-
bracht und in einem stattgefundenem
Jugendforum massenpolitisch aus-
gewertet

Auszu (Vorgang des Regierens) (Vorgang ohne Haft)

1. Deckname "Pate"
2. Reg.-Nr. 4022/60
3. Delikt staatsgef. Hetze u. Prop.

der Vorläufe

KOPIE
Der Bundesbeauftragte
für die Unterband des
Staatsicherheitsorgans
des ehemaligen DDR
AS: Potsdam

MfS-Haftbeschluß,
1962

um das Haus der Familie Wendland in der Burgstraße. „Bei der Festnahme selbst leistete der Obengenannte keinerlei Widerstand. Er war sehr nervös und aufgeregt“, heißt es im Festnahmebericht von Feldwebel Grabert. Christian Wendland „betrieb fortgesetzt handelnd staatsgefährdende Propaganda und Hetze, indem er auf Zusammenkünften mit Mainzer und Aachener Studenten in Westberlin Maßnahmen der Regierung der DDR diskriminierte und seine feindliche Einstellung zu den Maßnahmen der DDR vom 13. 08. 1961 zum Ausdruck brachte. Außerdem verfaßte (C. Wendland, d. Verf.) Ende 1960 einen Brief an die Redaktion der westdeutschen Rundfunkzeitung ‚Funkuhr‘, worin er im Zusammenhang mit dem Abriß des Stadtschlusses in Potsdam verantwortliche Funktionäre beschimpfte.“ (Verfügung der Stasi vom 28. 09. 1961). So jedenfalls haben sie es vom GM „Klein“ (GM= Geheimer Mitarbeiter) alias Heinrich Buttchereit erfahren, einem Studenten der Potsdamer Arbeiter-und-Bauern-Fakultät, der heute als Schauspieler am Berliner Ensemble auf der Bühne steht. Einer, der „immer mitgeschrieben“ hat, seitdem er im Frühjahr 1957 Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde geworden war, erinnert sich Wendland.

„Am Vorgang ‚Pate‘ arbeitet nur der GM ‚Klein‘ (verpflichtet: Oktober 1957). Es handelt sich um einen äußerst intelligenten Studenten, den in der Zusammenarbeit Ausdauer und Ehrlichkeit auszeichnet. Bei den ESG-Mitgliedern genießt er Vertrauen“, heißt es im Operativplan vom 19. September 1961. Major Zörner und Leutnant Schimpf wußten solche Quellen zu schätzen. Leicht haben sie Buttcherei geknackt, der es an irgendeinem Punkt in der ESG nicht mehr ausgehalten haben soll. So zwang ihn „das schändliche Denken und Tun einer Gruppe von ewig gestrigen Zeitgenossen, die sich ‚Gläubige‘ nennen“ (Buttcherei) dazu, sich am 26. September 1961 dem MfS gegenüber zu „offenbaren“. Vor Gericht sollte es diese, propagandistisch vorbildliche Version sein. In Wirklichkeit haben sie den Spitzel seit Oktober ’57 systematisch in der Gruppe aufgebaut, um „Beweismaterial“ anzuhäufen, mit dem die ESG „zersetzt“ werden konnte. Von der Verhaftung über den Prozeß bis hin zur „massenpolitischen“ Auswertung in Gestalt des oben erwähnten FDJ-Forums wurde alles sorgsam von der Stasi geplant und schließlich ausgeführt. Es versteht sich von selbst, daß dabei Gericht, Partei und FDJ reibungslos funktionierten. Vor allem am Bezirksgericht sorgte Bezirksstaatsanwalt Bast für zügige Verrichtung.

Christian Wendland stammt aus einem christlichen Elternhaus, der Vater war seit 1949 beim Kirchenbauamt tätig. Bis 1952 besucht Christian in Potsdam die Grundschule; seine Bewerbung für einen Platz auf der Oberschule bleibt erfolglos. „Bereits während meiner Schulzeit in der Grundschule hatte ich auf Grund meines christlichen Glaubens abgelehnt, in die Pionierorganisation einzutreten. Danach wurde ich aufgefordert, Mitglied der FDJ zu werden, was ich ebenfalls ablehnte“, berichtet er 1961 seinem Vernehmer Oberleutnant Pisek. Selbst ein Handwerksberuf scheint dem Jungen nicht zu gefallen, „weil ich dann an der Berufsschule ebenfalls mit der FDJ in Berührung gekommen wäre“. So organisiert sein Vater einen Platz auf dem Steglitzer Gymnasium in West-Berlin, das er, ohne Schulgeld zu bezahlen, besuchen kann und 1958 mit dem Abitur in der Tasche verläßt. Im Herbst des gleichen Jahres folgt der Beginn des Architekturstudiums an der Technischen Universität Berlin, und nur der Mauerbau verhindert den Abschluß. Die Evangelische Studentengemeinde hatte Christian Wendland bislang über die Widrigkeiten dieses zerrissenen Alltags hinweggeholfen. Man traf sich mit Studenten aus Mainz und Aachen, die wie ihre ostdeutschen Kommilitonen die Teilung des Landes nicht hinnehmen wollten.

Im Haftbefehl gegen Christian Wendland, übrigens erst einen Tag nach der Verhaftung ausgestellt, wird nur der ominöse Brief an die RIAS-„Funkuhr“ als Begründung angeführt, den man bei der Hausdurchsuchung in der Burgstraße fand.

Der besagte Brief jedoch hatte nie seinen Empfänger erreicht. Brav lag er im Schrank verstaubt. Dennoch sollte es der folgenreichste sein, den sein Verfasser je geschrieben hat.

Liest man ihn genau, wird man auch heute noch über den drangvollen Mut erstaunt sein. Schreibenlaß war eine RIAS-„Ente“, ein Beitrag, wonach die Garnisonkirche in Ost-Berlin stünde. Der junge Architekturstudent und Liebhaber seiner barocken Heimatstadt empört sich über soviel westdeutsche Unkenntnis und erinnert nicht nur eindringlich an den wahren Standort, sondern vor allem daran, daß besagte Kirche nebst Stadtschloß zum gesamtdeutschen Kulturerbe gehören, das man vor der Zerstörung durch die SED-Genossen retten müsse: „Wird nicht dem Münchner wie dem Hamburger oder Potsdamer dieser Besitz gestohlen von deutschen (!) Banditen, die die russische Staatsbürgerschaft besitzen?“ Denn auch den „westdeutschen Randsiedler“ hatte es „wenig gekümmert, daß das Potsdamer Stadtschloß und mit ihm nach dem Kriege bald 1,5 km Barockfassaden mit herrlichen Stuckaturen + Sandsteinplastiken gesprengt, abgerissen und vernichtet werden.“ (Brief C.Wendland aus dem Jahre 1960) Die stattliche Abrißmasse hatte der Architekturstudent selbst errechnet.

Die Verhöre nehmen kein Ende. Christians Renitenz macht ihn zu einem schweren Fall, mit dem Oberleutnant Pisek seine Probleme hat. Aber seiner Beförderung zum Major wird der Häftling IV/61/110 nicht im Wege stehen, im Gegenteil, denn „die Knarre haben wir“ (Pisek), und das Urteil steht eh schon fest. Auf die Frage: „Wie haben Sie sich bisher am gesellschaftlichen Leben in der DDR beteiligt?“, antwortet Wendland lapidar: „Am gesellschaftlichen Leben in der DDR habe ich mich nicht beteiligt ... diese politische Einstellung verstärkte sich noch, als ich durch die Maßnahmen der DDR vom 13.08.1961 mein Studium in Westberlin aufgeben mußte.“ So einfach waren die Verhältnisse für den Angeklagten. Diese Haltung hätte man dem Vernehmer auch anders mitteilen können, vielleicht nicht so direkt, mit ein bißchen Einsicht in die Irrtümer des jugendlichen Verstandes – in der Hoffnung auf mildernde Umstände. Aber auch das hätte nichts genützt. Die Erhöhung der Häftlingszahlen sicherte der Produktion die Planerfüllung. Kein technisches Gerät dieses versunkenen Landes, das nicht Teile enthielt, die im Knast gefertigt wurden.

Bis Februar 1962 sitzt Wendland zusammen mit fünf anderen Gefangenen in einer muffigen Zelle; im Stasiknast in der Otto-Nuschke-Straße, jetzt wieder Lindenstraße. Ein Klo für sechs Zellenbewohner. Die Zeit bis zum 14. Dezember 1962 verbringt Wendland im Magdeburger Zuchthaus. „Da saßen 21 bis 23 Leute in einer 6-Mann-Zelle.“ (Wendland) Tagsüber stehen die Häftlinge an

„Schrottmaschinen“ des Ernst-Thälmann-Werkes. Wendland muß eine Karusselldrehmaschine aus dem Jahre 1922 bedienen, die ihm eines Tages einen eisernen Flansch in den Magen schleudert. Besonders an den ersten Jahrestag des Mauerbaus erinnert sich Wendland genau. Als die müden Häftlinge in der Nacht vom 12. zum 13. August 1962 von der Schicht gekommen waren, befahl der Anstaltsleiter, den sie „Schweinbacke“ nannten, sich auszuziehen. Grinsend schob er sich an den Wehrlosen vorbei und prüfte, ob Werkzeug zwischen den Pobacken klemmte. „Da wußte ich, was Würdelosigkeit bedeutet.“ (Wendland). Aber nichts von all den Ereignissen – Denunziationen, Verhaftungen, Verhöre usw. – hatte überhaupt etwas mit Würde zu tun. Die drastischen Erlebnisse im Knast waren ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse draußen.

Die Hoffnung, der Kampf der SED gegen die Junge Gemeinde würde abebben, nachdem Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 das Signal zur Abrechnung mit der stalinistischen Willkür gegeben hatte, erfüllte sich nicht. Nur für einen kurzen Moment gestanden die ostdeutschen Genossen ein, ein paar Urteile zu viel und „in ihrem Strafmaß zu hoch“ („Neues Deutschland“ vom 21. 6. 1956) gefällt zu haben. Bis Oktober 1956 kamen 21.000 Häftlinge frei. Aber die „liberale“ Phase währte nicht lange. Politische Kalamitäten und die steigende Flüchtlingsrate forderten die Justiz heraus. Im Oktober 1956 setzte eine neue Verhaftungswelle der Stasi ein, in deren Folge man das Strafgesetz verschärfte. Ab dem 1. Februar 1958 trat das sogenannte „Strafergänzungsgesetz“, kurz „StEG“, in Kraft, das in seiner Perfidie kaum zu überbieten ist. In Babelsberg, an der „Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft ‚Walter Ulbricht‘“, schwor man die Nachwuchsstaatsanwälte und Richter auf die dubiosen Paragraphen ein, die von nun an recht häufig gebraucht werden sollten. Dabei handelt es sich im besonderen um die Paragraphen 19 und 20, von denen die Babelsberger Experten Hinderer, Bluhm und Frenzel in ihrem denkwürdigen Lehrmaterial (LM) „Das Strafrecht der DDR. Die strafrechtliche Bekämpfung der Verbrechen gegen die DDR“ hoffen, daß sie den „Kampf gegen die Kriminalität auf eine höhere Stufe“ (LM, S. 46) heben könnten. Paragraph 19 beschrieb ein „Staatsverbrechen, nämlich die bewußte ideologische Zersetzungstätigkeit“ (LM, S. 73), während Paragraph 20 erst dann seine Anwendung fand, wenn „Widerstand gegen die Staatsgewalt ... und dabei Schimpfworte und Drohungen gebraucht“ wurden, schlichtweg „Staatsverleumdung“ (LM, S. 76).

Bemerkenswert an den neuen Paragraphen ist, daß sie mit dem Begriff „Unternehmenstatbestand“ gekoppelt wurden, um „bereits das objektive Verhalten als vollendetes Verbrechen zu behandeln ..., das Voraussetzungen bzw.

günstige Bedingungen für die Verwirklichung des im Tatbestand gekennzeichneten verbrecherischen Endzweckes schafft.“ Schon die Idee galt als Verbrechen und mußte ebenso hart bestraft werden wie die Tat selbst. Auf diese Weise hoffte man auch, die Flut politischer Witze einzudämmen.

Eberhard Grauer bekam vier Jahre Zuchthaus unter anderem deshalb, weil er gern danach fragte, was denn ein „Ulz“ sei. Ein Ulz „ist ein Zeitmaß, kleiner als eine Sekunde, nämlich die Zeitspanne, die zwischen dem Ertönen der Ankündigung einer Ulbricht-Rede aus dem Radio und dem Ausdrehen des Apparats liegt.“ So kompliziert und gar nicht belustigt notierte es der Denunziant Heinrich Buttchereit, dessen Verdienst es war, Grauer, Krüger und Wendland auf die Anklagebank gebracht zu haben.

Mein Gott, was haben die mit euch vor!

**Zehn Monate im Leben
des Volker Schobeß**

Volker Schobeß wandert mit Freunden durchs Erzgebirge, als ihn am 13. August 1961 die Nachricht von der „Sicherung der Staatsgrenze“ und vom Bau der Berliner Mauer erreicht. Der 22jährige Dreher aus Potsdam, der in Spandau in einem Maschinenbaubetrieb arbeitet, ist überrascht. Daß „dicke Luft“ war, hatte er wohl gespürt, dem DDR-Staat eine solch konsequente Maßnahme aber nicht zugetraut. Deshalb hat er sich auch nicht wie gefordert als „Grenzgänger“ registrieren lassen, sondern ist seelenruhig in Urlaub gefahren. Was interessiert den jungen ledigen Mann, daß nach einem Beschluß des Bezirkstages Potsdam vom 24. Juli 1961 „hochwertige Industriewaren sowie neuer Wohnraum künftig nur noch an Bürger vergeben werden, die nicht in Westberlin arbeiten“, ebenso Kindergarten- und Hortplätze.

Wieder in Potsdam, negiert Schobeß auch die zweite Aufforderung, sich als Grenzgänger registrieren zu lassen. Die Folgen sind fatal: Er wird vom Abschnittbevollmächtigten (ABV) der Volkspolizei in Handschellen aus der elterlichen Wohnung Im Bogen in ein Büro im Stadthaus abgeführt. Dort sieht er sich mehreren Männern gegenüber, die ihm Vorhaltungen machen und ihn beschimpfen. Plötzlich verlassen sie wie auf Kommando den Raum. Nur der ABV bleibt zurück. Unvermittelt geht er mit Fäusten auf den Festgenommenen los. „Er hat mich richtig schön verprügelt“, erinnert sich Volker Schobeß.

Am 16. August 1961 berichten die „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“, die Arbeit in der Registrierstelle, die über dem Kino „Obelisk“ (später Sitz des gleichnamigen Kabarett) in der Schopenhauerstraße untergebracht war, gehe „reibungslos und ohne jede bürokratische Handhabung vonstatten. Man betritt den Raum, und gleich links sitzen die Mitarbeiter der Abteilung Arbeit des Rates der Stadt. Sie hören sich geduldig und aufmerksam all das an, was ihnen erzählt wird ...“ Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich 450 Potsdamer als ehemalige Grenzgänger registrieren lassen, davon allein 52 am Montag nach dem Mauerbau.



Flugblatt von 1961

Auch Volker Schobeß bekommt nach seiner Festnahme Arbeit in Potsdam zugewiesen: im Karl-Marx-Werk, wo er gelernt und bis 1958 an der Drehbank gestanden hat. Er wird wieder als Dreher eingestellt. Doch an die Drehbank kommt er nicht. Sein Arbeitstag besteht aus Späne karren und Halle fegen. Und aus zerwürbenden politischen Aussprachen im Arbeitskollektiv. „Das Komitee des Betriebes gegen Menschenhandel“, erklärt dazu Kaderleiter Noderer, setze Paten ein, „die sich sowohl um die Einreihung der ehemaligen Grenzgänger in den Arbeitsprozeß kümmern, als auch mit ihnen das politische Gespräch führen.“ Jeden Tag eine Versammlung im Kulturraum, immer wieder müssen die ehemaligen Grenzgänger „dem Kollektiv Rede und Antwort stehen“. Die Genossen führen das Wort, die Mehrheit schweigt, selten, aber doch immer mal wieder schlägt der eine oder andere Arbeiter vor, die Kollegen in Ruhe zu lassen und ihnen eine Chance zu geben.

Schobeß drückt noch eine andere Sorge. Ihm ist angekündigt worden, daß gegen ihn ein Verfahren eingeleitet wird. Dafür gibt die am 24. August 1961 erlassene „Verordnung zur Aufenthaltsbeschränkung und Arbeitserziehung“, die selbst der DDR-Verfassung von 1949 widerspricht, die Handhabe. Dem ehe-

Das ist Schobefz:



22 Jahre alt, wohnhaft in Potsdam, Im Bogen 18, seit 1935 arbeitslos (1) die Arbeitsstelle gewechselt, vom November 1939 bis Oktober 1940, sowie vom November 1940 bis 11. August 1941 Grenzginger, zweimal hat er die christlichen Arbeiter auf den Staat, in dem er lebt, ruhren!

Schlege er hat den Kapitalismus, bei den Kriegsteilnehmern in Westfalen arbeitete, war er kriegsunfähig!

Als er nach dem 13. August in unserem Karl-Maria-Werk zu arbeiten begann, führte er kurz danach 2 Tage unentschuldigt! Am 7. September 1941 er sich „Arbeitslos“! Am 8. September stellte der Betriebsarzt fest, daß er überhaupt nicht krank und voll arbeitsfähig sei! Aber zu seiner Mutter sagte er: „Wenn jemand kommt, sage, ich bin krank und nicht zu Hause.“

Das ist Bewersdorff:



19 Jahre alt, wohnhaft Potsdam, Friedrich-Elliott-Straße 13, seit 1936 acht Arbeitsstellen, vom 1938 bis 1939 verhaftet er die Republik, vom Mai 1940 bis 18. August 1941 Grenzginger: Vom 14. bis 30. August hat er es überhaupt nicht für nötig gehalten, zu arbeiten. Vom 24. August an hat er von 67 möglichen Stunden ganze 29 gearbeitet! Auf Kosten der Arbeitszeit haben er an der Fahrschule teil und wollte sich die Fahrschulnoten einschleichen!

Bei den Kriegsgewinnern in Westfalen habe er „immer gewissenhaft gearbeitet“, sagte er.

Woher bekamen sie ihre „Weisheiten“ und „Anleitungen“ zur Arbeitsbummelei?

Einige RIAS-Hörer waren sie beide! Bewersdorff besonders vernachte die RIAS-Parolen, die gegen unseren Staat, gegen unsere christlichen Arbeiter gerichtet waren, zu verbreiten. Das war ihre tägliche „Medizin“! Es ist mehr als gerecht, daß Bewersdorffs Radiogerät sichergestellt wurde!

Pfui Teufel über solche Schmarotzer und Spekulanten!

Rückseite des Flugblattes

maligen Grenzgänger ist der Personalausweis abgenommen worden. Dafür hat er ein ausweisähnliches Blatt mit dickem, schrägem roten Balken und dem Eintrag „Aufenthalt gilt nur für Potsdam“ erhalten.

Wieder klingelt die Polizei an der Tür, und wieder wird der 22jährige in Handschellen abgeführt – diesmal ins Untersuchungsgefängnis in der Bauhofstraße (heute Henning-von-Tresckow-Straße). Die Drei-Mann-Zelle ist mit 12 Personen belegt. Daß die Schließer („manche waren echte Schweine“) schon mal mit dem schweren Schlüsselbund hinlangten, war für Volker Schobefz nicht das schlimmste. Aus heiterem Himmel und ohne sich schuldig zu fühlen seiner Freiheit und seiner menschlichen Würde beraubt zu werden, das habe ihn am schwersten getroffen, erinnert er sich. Und dann das Warten ... Vier Wochen lang keine Vernehmung, keinerlei Informationen über die Dauer der U-Haft, keine Besuche, auch ein Verteidiger ist nicht zugelassen, kein Verhandlungstermin. Und so sitzen die 12 Leidensgenossen in ihren viel zu weiten, alten Armeeklamotten in der viel zu engen Zelle und erzählen sich gegenseitig ihre Lebensgeschichte: Krieg, Vertreibung, Flucht, Nachkriegselend. Einer war sogar nach 1945 Landesminister in Thüringen gewesen.

Dann endlich die Verhandlung im Bezirksgericht in der Puschkinallee. Die Angeklagten werden paarweise abgeurteilt. Staatsanwältin Neugebauer, die berüchtigte Hilde Benjamin kopierend, schmetterte ihnen die Anklage um die Ohren. Volker Schobeß versteht nur Wortfetzen – „Schmarotzer“, „Spekulant“, „Kriegsgewinnlern in die Tasche gearbeitet“ – und den Strafantrag: „Arbeitserziehung auf unbegrenzte Zeit – mit einer Höchstdauer bis zu fünf Jahren.“ Das Gericht gibt dem Antrag statt. Nach nur zehn Minuten ist die makabre Posse vorbei. Ein schriftliches Urteil bekamen Schobeß und seine Leidensgefährten nie zu sehen.

Am nächsten Tag gehen die Verurteilten, zu viert in Eisen geschlossen, auf Transport. Eine größere Gruppe von Häftlingen wird nachts über die Bahnhöfe bis Oranienburg geschleust, immer umsäumt von Vopos mit Maschinenpistolen. Ein älteres Ehepaar, das ihnen begegnet, ruft entsetzt: „Mein Gott, was haben die mit euch vor?“ Nach einer Nacht in einer Massenzelle im Oranienburger Knast besteigt Schobeß mit seinen Gefährten einen Zug, in dessen Waggons Zellen mit nur einem kleinen Sehschlitz anstelle der Fenster eingebaut sind. „Grotewohl-Expreß“ nennen ihn die Häftlinge. Drei Tage ist die Gruppe unterwegs, leidet Hunger und Durst. Der Zug hält immer wieder, wird endlos hin und her rangiert. Niemand weiß, wohin es geht.

Mit der „grünen Minna“, nun nur noch zu sechst, wird die Fahrt fortgesetzt. Bald tauchen im Blickfeld die hohen Schornsteine von Ringöfen auf: die Ziegeleien bei Mildenberg.

Dort war ein gefürchtetes Arbeitslager der Ulbricht-Ära eingerichtet worden, bestehend aus acht Holzbaracken, die mit etwa 300 Inhaftierten belegt sind. Das große rechteckige Areal wird von vier Holztürmen aus überwacht, die durch drei Meter hohe, im oberen Bereich starkstromgesicherte Stacheldrahtzäune verbunden sind. Auf den Türmen sitzen hinter Scheinwerfern Tag und Nacht Doppelposten der Volkspolizei. Innerhalb des Zaunes sorgt ein fünf Meter breiter Todesstreifen, dessen Betreten den Schußwaffengebrauch rechtfertigen soll, für zusätzliche Einschüchterung. Nachts sichert eine Hundestaffel den Außenbereich.

Die Verurteilten stammen aus allen Schichten, der älteste Mann zählt 75 Jahre. Eingesperrt sind Bauern, die sich der LPG verweigerten, Wehrdienstgegner oder Kaufleute, die sich öffentlich gewehrt haben, Kommissionsverträge mit HO oder Konsum abzuschließen und so einen Teil ihrer Selbständigkeit aufzugeben. Sogar noch einige Teilnehmer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 befinden sich im Lager.

Die Inhaftierten müssen bei ungenügender Verpflegung, die an die Erfüllung harter Normen geknüpft ist, und schlechter Betreuung durch einen „verdienten Arzt des Volkes“ Schwerstarbeit leisten. Im Schichtdienst produzieren sie in

mindestens fünf Ringöfen Ziegelsteine in Handarbeit und verladen sie im Hafen auf riskante Weise, die dem Arbeitsschutz Hohn spricht. Dabei ereignen sich mehrere schwere Unfälle. Trotz aller Vertuschungsversuche werden den Insassen zwei Todesfälle bekannt. Auf 54 Kilo abgemagert, schiebt Volker Schobeß Loren von einer Tonne Gewicht über wacklige Gleise. Kritisch wird jedesmal der Moment, wenn er die Loren über eine Drehscheibe auf ein anderes Gleis bringen muß. Letzte Anstrengung, Fingerspitzengefühl und die richtige Technik sind notwendig, um sie nicht kippen zu lassen.

Wie die Mitgefangenen hat Schobeß seinen Namen ablegen müssen. Begegnet ihm ein Wachtmeister, steht er stramm und meldet sich mit seiner Häftlingsnummer. Die Wachmannschaften lassen die Gefangenen nach der zermürbenden Arbeit meist in Ruhe. Nur Hauptwachtmeister Müller, genannt „SA-Müller“, schwingt bei der geringfügigsten Verfehlung mit voller Härte seinen Gummiknüppel. Ebenso verhaßt ist der Lagerkommandant des „Arbeitskommandos Mildenberg“, der aus Babelsberg stammende Hauptmann Fiedler.

Nach der Arbeit und am Sonntag wird versucht, die Häftlinge politisch „umzuschulen“. Auch einen organisierten Spitzeldienst gibt es. Nachts schleichen sich Horcher unter die Fenster, um „staatsfeindliche Äußerungen“ aufzuschnappen und zu melden. Das zieht weitere Haftstrafen nach sich. Immer wieder verschwinden Häftlinge, die sich „Luft verschafft“ oder Fluchtgedanken geäußert haben.

Nicht jeder erträgt die unmenschlichen Bedingungen. Als es einige Tbc-Fälle gibt, werden die Kranken um ihre Ausgliederung aus dem Lager beneidet. Eines Morgens findet Volker Schobeß auf der Gemeinschaftstoilette einen Toten. Ein Mann aus dem Nachbarzimmer hat sich erhängt. In einer Nacht peitschen Schüsse. Ein junger Häftling ist aus dem Barackenfenster gestiegen und hat versucht, über den Todesstreifen hinweg die Mauer zu erklimmen. Er soll getroffen worden und auf der Stelle tot gewesen sein. Lagerkommandant Fiedler verkündet, er werde jeden Flüchtling spätestens innerhalb von drei Tagen fassen. Dann jedoch bleibt ein Mann zwölf Tage lang verschwunden. Nach drei Tagen ergebnisloser Suche läßt Fiedler in ohnmächtiger Wut die Häftlinge täglich nach der Arbeit antreten und vier Stunden bei Wind und Wetter stehen. Schließlich schleppen die Vopos den Entflohenen ins Lager zurück, er kann vor Entkräftung nicht mehr laufen. Er hatte sich in einem stillgelegten Schornstein verkrochen und ist dort halb verhungert aufgefunden worden.

Während Volker Schobeß in Mildenberg Zwangsarbeit leistet, werden Flugblätter mit seinem Foto und dem eines Mitgefangenen, Wolfgang B., öffentlich verteilt und an Potsdamer Litfaßsäulen geklebt. Sie sollen zur Abschreckung die-

nen und drohen, mit jedem, der dem „Klassenfeind“ dient, werde ebenso abgerechnet. Im Konsum-Kaufhaus in der Brandenburger Straße wird eigens ein Schau-
fenster freigemacht, in dem Passanten ein Großfoto von Wolfgang B. und seinen
Rundfunkapparat betrachten können. Jede Minute ertönt über Lautsprecher das
Zeitzeichen und die Ansage: „Hier ist RIAS Berlin, eine freie Stimme der freien
Welt.“ In Potsdam läuft zu dieser Zeit eine Kampagne „Wir stellen Radios und
Fernsehen auf die Welle des Friedens“. In den „Brandenburger Neuesten Nach-
richten“ vom 7. September 1961 erklären die Bürger der Pasteurstraße 23a und
23c: „Wir wollen sie nicht hören – wir wollen sie nicht sehen – die Feinde des Frie-
dens und der Menschheit ... Sie senden Tod und Verderben – sie helfen dem west-
deutschen Militarismus ein Atomgrab schaufeln.“ Aus dem seit dem Mauerbau im
Grenzgebiet liegenden Ortsteil Klein-Glienicke werden Bürger ausgesiedelt, die
dort „als Schieber, ehemalige Grenzgänger und Rias-Hörer ihr Unwesen trieben“.

All das erfährt Volker Schobeß erst, als er aus dem Arbeitserziehungslager
nach Hause zurückkehrt. Nach zehn Monaten erhält er seine Entlassungspapie-
re, einen Effektenschein, insgesamt 112 Mark Lohn und eine Bescheinigung, daß
er noch 12 Tage Urlaub zu beanspruchen hat. Die Haft, wird ihm mitgeteilt, gel-
te nicht als „kriminelle Vorstrafe“. Ihm wird eine Verpflichtung vorgelegt, über
seine Zeit in Mildenberg strengstes Stillschweigen zu bewahren. Der junge Mann
unterschreibt, ohne sie zu lesen. Nichts wie weg hier ...

Drei Jahre beträgt seine Bewährungszeit. Volker Schobeß bemüht sich, das
Leben „eines normalen DDR-Bürgers“ zu führen. Dazu halten ihn auch die Be-
suche eines Kriminalpolizisten der K 1, also eines Stasi-Offiziers, an. Der fragt ihn
aus über seine Arbeit, seine Freizeit, seinen Freundeskreis. Schobeß antwortet
vorsichtig. Wieder als Dreher ins Karl-Marx-Werk eingewiesen, sieht er dort die
bekannten Gesichter der alten Genossen und versucht, schnellstens eine ande-
re Arbeit zu finden. Das gelingt ihm zunächst bei der Bau-Union, dann vermit-
telt ihm sein Freund Reinhard Besch aus dem Jugendklub eine Tätigkeit beim VEB
Bürotechnik. Volker Schobeß repariert nun Kassen in Kaufhallen und Läden bis
hinunter in den Fläming. Täglich ist er mit dem Servicewagen unterwegs und ge-
nießt das Gefühl der Freiheit. Aber der Stasi-Offizier, der ihn noch weit über die
Bewährungszeit hinaus aufsucht, als Schobeß schon geheiratet hat und Vater
zweier Söhne geworden ist, hat aufgepaßt. Der neue Mitarbeiter wird zum SED-
Parteisekretär der Bürotechnik, später Robotron, nach Berlin zitiert: „Warum ha-
ben Sie in Ihrer Bewerbung nicht angegeben, daß Sie im Arbeitserziehungslager
waren?“ Doch das Gespräch geht glimpflicher aus als erwartet. Schobeß erhält
einen Verweis und darf bleiben. Bis nach der Wende setzt er seine Tätigkeit fort,

Propagandaplakat
„Grenzgänger“,
(Entwurf: Leo Haas, 1960)



inzwischen heißt der Betrieb Handelstechnik. Die Kollegen wählen ihn in den Betriebsrat. So darf er die Lichter löschen, als die Handelstechnik wie so viele ehemalige DDR-Betriebe dichtmacht.

Für den mittlerweile über 50jährigen ist das kein Grund zur Resignation. Er freut sich, beim Umweltamt als Pförtner einsteigen zu können. Inzwischen fährt er dort einen Meßwagen, mit dessen Hilfe die Beschaffenheit märkischer Gewässer geprüft wird. Abends sitzt er, wie schon seit der DDR-Zeit, über Büchern, Akten und Folianten. Sein Steckenpferd, die preußisch-deutsche Militärgeschichte, fasziniert ihn nach wie vor. Nach vielen Beiträgen für Zeitungen und Zeitschriften ist ihm ein großer Wurf gelungen: 1997 erschien sein erstes Buch „Die Potsdamer Wachtparade“ über die Langen Kerls des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. und die Fußgarden Friedrich des Großen. Kenner würdigen es als sachlich fundiert, detailreich und fern unkritischer Preußenverehrung.

Die Finger wund geschrieben hat sich der „ehemalige Grenzgänger“, um seine Rehabilitierung zu erreichen. Das Urteil gegen ihn konnte bisher nicht aufgefunden werden. Die Gauck-Behörde entdeckte nur eine Karteikarte der Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße über eine „zentrale Sicherungsmaßnahme“ gegen ihn. Für die Rehabilitierung aber hätte das nicht ausgereicht. So kramte Volker Schobeß seinen Entlassungs- und Effektenschein aus dem Jahr 1962 hervor, Schreiben der Abteilung Inneres des damaligen Rates der Stadt und gegen ihn gerichtete polemische Artikel der SED-Betriebszeitung des Karl-Marx-Werkes. Das reichte schließlich. Inzwischen ist er rehabilitiert. Auch eine Haftentschädigung hat er erhalten. „Doch die interessiert mich nicht“, kommentiert Schobeß. „Ich wollte einfach festgestellt wissen, daß ich zu Unrecht eingesperrt worden bin.“

Dieses Unrecht hat Volker Schobeß nie verwunden. Als er 1958 in West-Berlin zu arbeiten begann, tat er das nicht aus politischen Motiven. Er las ja nicht einmal Zeitung. „Interessierte mich nicht, ich habe nur RIAS und AFN gehört.“ Der 22jährige wollte schlicht etwas mehr Geld verdienen, von den 400 DM Monatslohn bekam er 40 Prozent in Westwährung. In Ostgeld umgetauscht hat er wenig davon, sich vielmehr die echten Jeans geleistet und die Lederjacke, die damals „in“ war. Und des öfteren eine schicke Bar aufgesucht. Seinen Kumpels im Potsdamer Jugendklub, ein IM der Stasi war allerdings auch darunter, wäre nicht im Traum eingefallen, ihn wegen seiner Tätigkeit in West-Berlin schief anzusehen. Wenn er kontrolliert wurde, konnte er eine Bescheinigung des Arbeitgebers, eine Arbeitsgenehmigung des Berliner Senats, eine Einkaufs- und eine Umtauschbescheinigung vorweisen. Alles ganz legal, der damaligen Ost-West-Situation entsprechend. Und wenn ihn mal ein übereifriger Grenzkontrolleur auf dem S-Bahnhof Griebnitzsee länger festhielt, dann kam Volker eben etwas zu spät zur Arbeit nach Spandau oder verpaßte den Film, den er abends sehen wollte. Angst hat er nie gehabt.

Alles in Ordnung. Und doch: Wenn Volker Schobeß seine Arbeit im Westen auch nicht ideologisch wertete, der DDR-Staat und seine Funktionäre taten es. Und dieser Druck, dem er ausgesetzt war, wirkt bis heute nach. „Wenn ich nach dem Westen gegangen wäre, und die Großeltern in Zehlendorf wollten mich damals aufnehmen, würde ich freier atmen“, bekennt er. In Potsdam sieht er sich heute von Leuten umgeben, die er schon aus der DDR-Zeit kennt, die als angesehene Parteigenossen ihre blütenweiße Weste vorzeigten, deren Kinder nicht wie seine Jungs „nach drüben“ gegangen sind, sondern sich durch „aktive Mitarbeit“ in der FDJ und Dienst in der NVA Meriten erworben und ihren Studien-

platz gesichert haben. Und sie gehen heute noch davon aus, daß sie recht gehandelt haben. Den Abschnittsbevollmächtigten der Polizei, der ihn damals mißhandelte, hat Volker Schobeß lange nicht mehr gesehen. Vielleicht ist der alte Mann inzwischen gestorben. Doch dem Stasi-Offizier, der ihn nach seiner Haftstrafe immer wieder aufsuchte, begegnet er hin und wieder. Der kennt ihn nicht mehr, obwohl doch sein Junge und Schobeß' Ältester in eine Klasse gegangen sind.

Viele Jahre hat Volker Schobeß diese Erlebnisse mit sich herumgeschleppt. Er wollte mit niemandem darüber reden. Nun erklärte er sich dazu bereit. „Ich sehe diese Ereignisse heute aus historischem Blickwinkel und meine, sie müssen einfach dokumentiert werden.“

Aber es haben doch alle gewußt Mauerdurchbruch bei Klein-Glienicke

Horst war der Nachkömmling in der Familie K., 16 Jahre jünger als die große Schwester Ingeburg. Eine Ausbildung für einen Metallberuf und das Abitur absolvierte der Junge in der Filmfabrik Wolfen, danach hatte er sich an der Universität in Halle zum Biologiestudium beworben. „Er war sehr deprimiert, als das nicht klappte“, erinnert sich Ingeburg K. heute. Mehr als 30 Jahre ist das alles jetzt her.

Horst K. war ein verschlossener Junge. Er liebte sein Kofferradio und seine Schallplatten. Und er spielte Federball. Im Federballverein seines Heimatortes im Anhaltinischen hatte er viele Freunde. Wann er in die Partei eintrat, weiß seine Schwester nicht mehr genau. Er tat es, glaubt sie, weil er hoffte, als Genosse leichter einen Studienplatz zu bekommen, „wie das damals eben so war.“

Möglich, daß Horst K. tatsächlich mit dem System pokerte, wie seine Schwester vermutet. Und es ist möglich, daß auch seine zweite schwerwiegende Entscheidung, die Verpflichtung zu einer Dienstlaufbahn in den Reihen der Deutschen Volkspolizei (DVP), zu diesem Poker gehörte. Die grüne Uniform trug er seit dem 1. September 1967, aber was er da machte und wie es ihm ging, das wußten sie in der Familie nicht so genau. „Im Nachhinein mache ich mir deshalb Vorwürfe, aber er hat mit uns nicht darüber gesprochen, und vielleicht durfte er auch nicht mit uns darüber sprechen.“

Im März 1968, da hatte er kaum ein halbes Dienstjahr hinter sich, stellte der einundzwanzigjährige Horst K. den ersten Antrag auf Entlassung aus der DVP. Dieses Papier und einige andere liegen in einer Art Familienschrein. Die Stimme von Ingeburg K. zittert, als sie vorliest: „Ich bin nicht in der Lage, zu den von mir zu befragenden und zu vernehmenden Personen die richtige Einstellung zu finden. Weiter mußte ich feststellen, daß mich meine Tätigkeit nicht befriedigt. Ich bin in der Lage, mehr zu leisten, aber nicht in diesem Beruf.“



Mauerabschnitt bei Klein-Glienice, 1989

Aufmerksam verfolgten sie im Familienkreis die Bemühungen des Jungen, unabhängig vom guten Willen der Staatsmacht einen Studienplatz zu ergattern. Mehrfach wurden ihm Gesprächstermine eingeräumt, nur wurde er für keinen dieser Termine vom Dienst beurlaubt. Ingeburg K. liest: „Bei meiner Tätigkeit sind Schwierigkeiten aufgetreten, die ich vorher nicht einberechnet habe. Ich glaube, ich bin nicht in der Lage, sie zu beseitigen.“

An einem Abend im November 1968 kamen „zwei Männer in Zivil. Sie gaben uns Bescheid, Horst ist tot, und er hat jemanden erschossen.“

Über die Ticker der DDR-Tageszeitungen lief ungefähr zur gleichen Zeit folgende Agenturmeldung: „Ein bewaffneter Provokateur versuchte in der Nacht zum Sonnabend im Grenzbereich Klein-Glienice, Bezirk Potsdam, gewaltsam die Staatsgrenze der DDR zu durchbrechen. Er eröffnete das Feuer auf die Streifenposten der NVA-Grenztruppen und verletzte einen Grenzsoldaten tödlich. In Verhinderung der Grenzprovokation wurde der Mörder ebenfalls tödlich getroffen. Die Ermittlungen über die Hintergründe der Grenzprovokation dauern an.“

Der in jener Nacht erschossene Grenzer, Rolf H., war sechs Jahre älter als Horst K., gelernter Lokomotivführer, seit einem Jahr verheiratet, kein Genosse, seit einem knappen Jahr im Grundwehrdienst, vorzeitig zum Gefreiten befördert. Posthum geehrt wurde er mit dem Unteroffiziersdienstgrad, mit der Arthur-Becker-Medaille in Gold und einem Gedenkstein in Klein-Glienicke mit der Inschrift „Ruhm und Ehre unseren Helden“.

An der Schießerei beteiligt waren der Feldwebel B., NVA-Angehöriger seit Mai 1966, ledig, Mitglied der SED und Zugführer für Grenzsicherung, der Kraftfahrer und Begleitposten H. und K., Wachtmeister der DVP und „zur Zeit Lehrgangsteilnehmer an der Kriminalpolizeischule Potsdam, Mitglied der SED, ledig“. In den Akten steht dazu:

„K. war am 15. September 1968 in der Zeit von 21.00 bis 23.00 Uhr als Streifenposten zur Absicherung des Schulobjektes eingesetzt. Die Bewaffnung bestand aus einer MP-Kalaschnikow und 45 Schuß Munition.

Gegen 22.55 Uhr wurde bei der Wachablösung das Fehlen des K. festgestellt. Sofort eingeleitete Suchmaßnahmen unter Einbeziehung der zuständigen Einheit der NVA Grenze ergaben, daß sich der K. in Richtung Staatsgrenze bewegt hat.

Die Streife der NVA Grenze unter Führung von Feldwebel B. bemerkte beim Einbiegen zum Grenzkontrollpunkt im Abschnitt Klein-Glienicke an der Straßenkurve eine hinter einem Baum stehende Person in Uniform. (Der K. befand sich hier bereits im Grenzgebiet.)

Feldwebel B. ließ das Kraftfahrzeug halten und zurückfahren. Bei diesem Vorgang trat der K. hinter dem Baum hervor und eröffnete aus einer Entfernung von zirka sechs Meter das Feuer auf das Kfz. Dabei wurde der Kraftfahrer und Begleitposten, Gefr. H., durch Schüsse in Kopf und Brust tödlich verletzt. (Kühlerhaube und Windschutzscheibe wiesen 14 Einschüsse auf.) Insgesamt wurden durch K. 15 Schüsse abgefeuert.

Feldwebel B. verließ sofort das Kfz und eröffnet seinerseits das Feuer aus zirka zehn bis zwölf Meter auf den K., wobei dieser tödlich verletzt wurde. (Durch Fw. B. wurden insgesamt 30 Schuß aus der Maschinenpistole Kalaschnikow abgefeuert.)

Die Untersuchungen ergaben weiter, daß es sich bei dem VP-Angehörigen K. um einen Menschen handelte, der in seiner Einstellung zur Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR als positiv eingeschätzt wurde, jedoch charakterlich labil in Erscheinung trat.

Das zeigte sich darin, daß er sich nicht in der Lage fühlte, die an ihn gestellten Anforderungen als Kriminalpolizist zu erfüllen, indem er Hemmungen, insbesondere gegenüber straffällig in Erscheinung getretenen Bürgern, zeigte und

auch deshalb bereits im März den Antrag stellte, aus der DVP entlassen zu werden. Nach einer Aussprache durch die Amtsleitung des Volkspolizeikreisamtes zog er diesen Antrag zurück.

Auch gegenüber in seinem Heimatort wohnenden ehemaligen Arbeitskollegen äußerte K., daß ihm die Tätigkeit als VP-Angehöriger nicht zusage.

Aus dem Inhalt eines Textes, den K. am 15. November 1968 an seine Mutter richtete und der in seinen Unterlagen sichergestellt wurde, ist zu schließen, daß die Handlung nicht im Affekt begangen wurde, sondern durch ihn vorbereitet worden war, wobei er seinen eigenen Tod mit einkalkulierte.“

Auf der Karte, die wortkarge Polizisten Mutter und Schwester bei der ersten Hausdurchsuchung beiläufig in die Hand gedrückt hatten, standen „Abschiedsworte an Papa, Mama, Inge und Oma“, sagt Ingeburg K. „Und wir wußten gar nicht, was passiert ist. Wir dachten, er lebt noch. Erst abends ahnten wir es. Wir mußten dann zur Staatsanwaltschaft nach Bitterfeld, um die Todesurkunde zu holen. Dort sagten sie uns, wie er beerdigt wird, liegt in unserem Ermessen. Das war sehr menschlich von der Staatsanwaltschaft. Dann haben sie die Sachen von Horst gebracht. Meine Mutter war gerade am Waschen. Sie hat fürchterlich geweint.“

Beerdigt wurde er „bei uns. Sie haben die Urne hergeschickt. Es gab noch die Aufforderung, wir könnten nach Berlin zur Trauerfeier kommen, aber das haben wir natürlich nicht gemacht. Und zur Trauerfeier für Horst kamen Freunde, die ganzen Leute, die Schulfreunde, aber wahrscheinlich auch welche, die nicht dazugehörten. Einer hat mich gefragt: ‚Sind Sie die Schwester von K.?’ und wer das war, wußte ich nicht. Wir waren sehr bekannt, unsere Großeltern hatten vor dem Krieg ein Milchgeschäft, und zur Beerdigung haben wir so viele Spenden gekriegt.“

Seither lebte die Familie mit ihrem Trauma. „Sie haben uns in Ruhe gelassen“, sagt Ingeburg K. „Nein, wir hatten keine Nachteile. Aber es haben doch alle gewußt, was war, wahrscheinlich besser als ich. Ich weiß bloß, daß er versuchte, die Grenze zu überwinden. Aber was passiert ist, möchte ich nicht wissen. Er lebt nicht mehr, er ist tot, und ich hoffe, daß er nicht gelitten hat.“

Nach mehr als 20 Jahren stand wieder Polizei vor der Tür. „Das war nach der Wende, eine Dame, sie war sehr menschlich.“ Die Frau kam im Auftrag der Berliner Staatsanwaltschaft. Noch einmal wurde die Schießerei aufgerollt: „Wir hatten ausgemacht, daß sie nicht noch einmal zu uns kommt, wegen all der Aufregung. Sie hat einiges von uns mitgenommen und es später wie versprochen in den Briefkasten gesteckt.“ Am 25. Januar 1994 wurde das Ermittlungsverfahren

der Berliner Staatsanwaltschaft gegen den Feldwebel B., den einzigen Überlebenden jener Schreckensnacht eingestellt. Die Staatsanwälte erkannten auf Notwehrsituation.

Die mittlerweile fast 70jährige Schwester des erschossenen Horst K. sagt: „Ich nehme an, daß das alles gar nicht mehr so viele Leute interessiert. Es haben doch alle ihre eigenen Sorgen. Aber ich habe die meiste Zeit hinter mir, und den Rest werde ich auch noch schaffen.“ Dann allerdings bricht es aus ihr heraus: „Wenn ich den Egon Krenz sehe, kommt mir der Kaffee hoch!“

Der Preis der Naivität

Protest gegen den Einmarsch in Prag 1968

Potsdam, 22. Februar 1969.

Im Namen des Volkes! In der Strafsache gegen B. hat der I. Strafsenat des Bezirksgerichtes Potsdam in seinen öffentlichen Sitzungen vom 11. und 14. Februar 1969 für Recht anerkannt: der Angeklagte wird wegen staatsfeindlicher Hetze zu 1 – einem – Jahr und 6 – sechs – Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. (gez. Wohlgetan)

Gleichzeitig tritt die im Februar 1968 wegen Nichtanzeige von Staatsverbrechen auf zwei Jahre festgelegte Bewährungsstrafe aktiv in Kraft. (gez. Wohlgetan)

B. nimmt kaum wahr, wie die Schulklasse den soeben beendeten Staatsbürgerkundeunterricht im Gerichtssaal verläßt. Drei Jahre! Er ist 26. Im Saal seine junge Frau, zu Hause die beiden Kinder, soweit weg wie die gemeinsamen Sommer am Meer, der Garten, die Liebe, das ganze schöne glückliche Leben.

Die Wirklichkeit ist der stinkende Kübel in der Potsdamer Untersuchungsanstalt; die künstliche Tag- und Nachtgleiche hinter der doppelten Reihe von Glasbausteinen in der Zellenwand; das grelle Glühbirnenlicht, mit dem viertelstündlich der tröstende Nachtschlaf verjagt wird. Sechs Monate Untersuchungshaft; drei davon in einer schmalen Einzelzelle der Dunkelheit so ausgeliefert, daß ein Verhör als letzte Bindung an die Menschheit erscheint.

Die Gegenwart ist die Gewißheit, drei weitere Jahre eingesperrt zu bleiben. Wofür? Quälende Schuldgefühle gegenüber der Familie. B. ist kein Held, kein Attentäter, nur einer, der sich um Kopf und Kragen redet. „Seine Ideale liegen in unvorstellbaren Größen, wo er selbst nicht in der Lage ist, diese zu beschreiben. Er neigt dazu, der Gesellschaft um einige Jahre vorauszuweichen“ (Abt. XX/2, Bericht Oberfeldwebel Eckbrett). Er stellt brennende Kerzen anlässlich des Todes



Rückkehr der sowjetischen Garnison aus der ČSSR nach Potsdam am 12. November 1968

Kennedys ins Fenster, würde Weihnachten gern mal in Paris verbringen und verteidigt die freie Meinung und den französischen Expressionismus gegen den grauen Realismus der DDR.

Und jetzt drei Jahre Zuchthaus für einen weiteren Moment des Aufbegehrens. Für einen Moment? B. handelt spontan, und das macht ihn im Land der domestizierten Gefühle gefährlich.

Er ist „unbelehrbar“, ein typischer Wiederholungstäter, hat schon die Flucht des Freundes in den Westen nicht angezeigt. Nun der Protest gegen den Einmarsch in die ČSSR, die öffentliche Brandmarkung der brüderlichen Hilfeleistung als imperialistisches Einmischungsgebaren.

Das hat Vergangenheit. Dem Stiefsohn einer stalinistischen Funktionärsfamilie sind die demagogischen Verhaltensmuster jener Kaste gut bekannt. Früh entflieht er dem Garten seiner Kindheit, einer privaten Festung des Kalten Krieges mit exakt geharkten Wegen und Parteilösungen hinterm Gartenzaun.

„Dieser Sohn paßt irgendwie nicht zur Familie“, berichtet Informant „Ingo“, einer der ersten von insgesamt 45 Spitzeln, die B.'s Leben begleiten werden. 1963, als in Prag mit der internationalen Kafka-Konferenz die Hoffnung auf eine



Aus der ČSSR zurückgekehrte Panzer am 12. November 1968 auf der Leninallee

mögliche Demokratisierung des Sozialismus keimt, beginnt die Bespitzelung B.'s, fortan „Objekt Künstler“ genannt. Das neue intellektuelle Selbstbewußtsein der Tschechen strahlt bis in die geistige Provinz DDR. „Warum können wir nicht lesen, was wir wollen?“ Wieder so ein spontaner Einfall B.'s, öffentlich auf einem Jugendforum des Verlages der „Märkischen Volksstimme“ vorgetragen. B. liest Kafka und fordert die Präsenz der Bücher des Prager Schriftstellers, der ihm als Zeuge und Beschreiber der Entfremdung auch für den Sozialismus wichtig ist. Wie kafkaesk der Alltag durch die verborgene, allgegenwärtige Macht der Stasi wirklich ist, kann er nur ahnen. Das wahre Ausmaß wird erst nach 1989 bekannt: Mit der Stasizentrale in der Hegelallee (Bezirksverwaltung), den Paß- und Kontrolleinheiten (zusammen etwa 4.000 Mitarbeiter) und der „Juristischen Hochschule Potsdam“ (ca. 13.000 Absolventen) ist die Mauerstadt Potsdam ein stickiges Spitzelnest.

Prag als weltoffene Kulturstadt dagegen ist seit Mitte der sechziger Jahre ständiges Reiseziel und Sinnbild der Sehnsucht, daß sich privates Glück auch einmal in gesellschaftlichen Umständen widerspiegeln könnte. Am Morgen des 21. August 1968 sieht B. mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts alle

Hoffnung bedroht. Im Denunziantenschreiben seiner damaligen Arbeitsstelle – B. ist Grafiker – heißt es: „Bei Arbeitsbeginn gegen 8 Uhr erklärt Kollege B. dem Genossen Schulleiter, daß er durch die Ereignisse in der ČSSR und die damit im Zusammenhang betriebene Politik der Sowjetunion, die er als imperialistisch bezeichnet, innerlich so aufgewühlt sei, daß er den Auftrag, an einer Ausstellung über Julian Marchlewski zu arbeiten, nicht weiter ausführen kann.“ Auf der eilig einberufenen Gewerkschaftsversammlung provoziert B. mit Fragen und linienabweichenden Meinungen. Die Genossen der Parteischule Julian Marchlewski in Kleinmachnow geben sich alle Mühe, den parteilosen Querulanten, der auf einem Reformsozialismus mit menschlichem Antlitz besteht, zur Raison zu bringen. B.'s Protestliste gegen den Einmarsch lassen sie schleunigst unter den Tisch fallen. Am Abend trägt B. ein selbstgebasteltes ČSSR-Fähnchen mit Trauerrand am Revers. Ein stummer Protest, der vom Volk auf der Straße, im Lindencafé und im Café Heider, wo er unter der gläsernen Tischplatte eines seiner Protestsymbole hinterläßt, ebenso lautlos ignoriert wird. Nur das Heer der Kaffeehausspitzen schreibt Protokolle, und die Parteischule informiert am 23. August die Abteilung „K“ des VPKA (Volkspolizei-Kreisamt), „daß der Kollege B. an seiner Wohnungstür eine Fahne der ČSSR angebracht hat.“

B. ist an diesem Tag in Berlin, legt ein weiteres Fähnchen in der Alten Wache unter den Linden ab und winkt dabei in japanische Kameras. Die Welt da draußen soll wissen, daß hier nicht alle SED-parteiisch sind. Auf der Terrasse des Opern-Cafés wartet er vergeblich auf Reaktionen. Das Auge der Partei hat diesen staatsfeindlichen Akt verschlafen. Es bewacht die Prager Botschaft. Trotzdem unterschreiben hier in wenigen Tagen mehrere tausend Menschen die Protestresolutionen. Auch B.

Als er Ende August von seiner Arbeitsstelle fristlos entlassen wird, glaubt er, genug gesühnt zu haben. Doch die Ermittlungen laufen weiter. Wegen „Solidarität mit der Konterrevolution; öffentlicher Verleumdung und Verächtlichmachung der Maßnahmen unseres Staates“ wird am 2. Oktober 1968 Haftbefehl erlassen.

„Mami, die Onkels sind wieder da.“ Sie kommen noch immer am frühen Morgen. Ein schöner warmer Herbsttag liegt über den schlafenden Villen von Babelsberg. Der kleine Sohn hat über das Nachthemdchen ein Holzgewehr geschnallt und winkt dem grauen Moskwitsch hinterher. „Auf meine Frage, daß doch für eine Verhaftung triftige Gründe vorliegen müßten, erwiderte Frau B., daß ihr Mann zu offen und naiv jedem vertraut hätte, weil er nur mit seiner Naivität in diesem Staat leben konnte, ohne kaputtzugehen“, berichtet IM Karsten, langjähriger „Freund und guter Nachbar“ der Familie.

B.'s Zukunft heißt jetzt Cottbus. 42 Mann in einer Zelle. Nachts die Schreie der Gefolterten aus dem „Tigerkäfig“; die Solidarität der Gefangenen, die mit den Gequälten brüllen, Lieder singen, deutsche und russische Volkslieder.

Die Zukunft beginnt mit der vorzeitigen Verlegung zur „Kategorie IV.“, im Gefangenenjargon Synonym für die eingemauerte DDR. Die Hilfe prominenter Freunde der Familie in West und Ost verhilft B. nach elf Monaten Knast zu einem Platz im Sklavenkatalog der DDR. Doch das Entlassungscamp in Karl-Marx-Stadt ist voller Spitzel: Wer hier sagt, daß er in den Westen will, kommt zurück nach Cottbus, heißt es. B. geht nach Hause. Die Familie wartet.

Und neue Freunde: der Keramiker Buhlmann, der der Frau in den letzten Monaten Arbeit gab; Pfarrer Schmiechen, der Kindergartenplätze besorgte; Dr. Gönnert, der beim Schmuggeln streng verbotener Vitamintropfen in einer Haarwasserflasche half, und der Maler Otto Niemeyer-Holstein, der auf Usedom den ersten Urlaub ermöglichen wird. Doch an das schöne glückliche Leben von damals findet B. keinen Anschluß mehr. Die Ehe zerbricht.

Potsdam zwei Jahre nach dem Einmarsch in die ČSSR. An den Wänden im Café Heider klebt der erkaltete Vortag und vermischt sich mit Wermutlachen und Karo-Kettenraucher-Schmuddeligkeit der Dissidenten und Spitzel. Kafka und Solschenizyn haben unterm Kaffeehaustisch die Besitzer gewechselt, neue Protokolle können geschrieben werden. Wer ist Räuber, wer Gendarm? Von wenigen in dieser Stadt weiß man es so genau wie von dem Mann an meinem Nachbartisch. Als ich B. 1970 zum ersten Mal hier treffe, liest er, die schlacksige Gestalt in einen langen schwarzen Wollmantel gehüllt, im Baedeker: Paris 1890. Das wirkt so altmodisch wie der gestutzte Kinnbart, der zu fröhlich gegen die verschatteten Augen steht.

Täglich die kleine Anarchie ersinnen

Die Babelsberger „Schmiede“

Es ist Spätherbst, und es ist kalt. In der Abenddämmerung gehe ich zur Bushaltestelle, in der Tasche ein paar Haushaltskerzen. Es ist der 9. November 1983. Auf offener Straße soll sich ein Schweigekreis zusammenfinden. Leute aus der Friedensbewegung wollen dort, wo einmal die Synagoge stand, Blumen niederlegen und Kerzen anzünden.

Ich bin achtzehn Jahre alt und kenne niemanden von der Friedensbewegung. Doch ich gehe hin, die Kerzen in der Tasche, aufgeregt und beklommen zugleich. Ich will wissen, was es noch für Leute in der Stadt gibt außer Fachschülerinnen, die sich mit sechzehn Jahren, bevor sie auch nur einen Fuß in ihr künftiges Betätigungsfeld gesetzt haben, bereits schriftlich zu drei weiteren Jahren im Beruf verpflichten müssen; außer Eltern, die über die Enge im Land klagen und sich resigniert vors Westfernsehen zurückgezogen haben.

Stehen und schweigen ist eine verbreitete Form des Protestes der frühen achtziger Jahre. Ein Kreis, ein paar Kerzen, auf die wir mit gesenkten Häuptionen schauen. Und bald rollt ein Polizeiauto heran; vorher schon drücken sich zwei unbeholfene ältere Herren in Kunstlederjacken um den Kreis herum. Die sozialistische „Obrigkeit“ hat zwar eine große Vorliebe für von „oben“ verordnete Feierstunden und Gedenkminuten, doch die da „oben“ fürchten sich vor denen, die nach Schulschluß und nach Feierabend freiwillig und ganz unverordnet gemeinsam ein paar Kerzen anzünden, zur Erinnerung an eine ausgebrannte Synagoge. Wir gedenken, und wir zeigen uns. Seht her, ihr sozialistischen Arbeitskollektive, ihr mit den Ehekrediten in die Zukunftweisenden Plattenbau! Ihr treuen Schafe, die ihr immer euer Kreuzchen macht und widerwillig zu den Wahlurnen geht, ihr, die ihr nach Feierabend stundenlang nach ein paar Flaschen „Früchte C“ ansteht! Die ihr euch am ersten Mai in einen Marschblock einweisen laßt und Sonntagvormittag den Rasen mäht. Hier stehen wir und wollen uns



Ersatzbauten in der Hegelallee, 1986

nicht einreihen. Wir wollen draußen bleiben mit unseren Kerzen und auf der Straße die dünne Luft schnappen. Und wir wollen – wie jeder, der zornig die Tür zum miefigen Wohnzimmer in den Rahmen knallen läßt – bemerkt werden. Zehn Jahre später werden wir in Stasi-Akten akribisch notiert finden, wer aus dem Kreis vor einem verwitterten Erinnerungstäfelchen für Hans und Sophie Scholl dafür gesorgt hat, daß der Wind nicht die Kerzen ausbläst.

Ein Polizeiauto hält. Letzte Aufforderung an die, die unentschlossen von einem Fuß auf den anderen treten, den Platz zu räumen, unverzüglich nach Hause zu gehen. Natürlich haben wir Herzklopfen. Und wir spielen, einen Schritt vor, einen zurück, mit den Polizisten vom Streifenwagen. Nur zwei aus dem Kreis bleiben da, wo sie sind. Ich sehe, wie der mit der Nickelbrille und der neben ihm, der Bärtige, in die Knie gehen. Die Welt um sich herum scheinbar ausgeschaltet, kauern sie da. Wie zwei Pakete werden sie hochgehoben und in das Polizeiauto verladen.

Der mit der Nickelbrille heißt Hannes. Sie hätten Glück gehabt, erfahre ich, man hat sie wieder gehen lassen. Hannes erzählt mir von der Gruppe, die sich regelmäßig in einem evangelischen Gemeindehaus trifft. Wehrdienstverweigerung. Liedermacher mit verbotenen Texten. Unterschriftensammlungen gegen Kriegsspielzeug. Mir schwirrt der Kopf. Bald sitze ich zwischen den anderen in

ihren weiten Strickpullovern, Lodenmänteln vom Sperrmüll, zwischen vollbärtigen Pfeiferauchern und Frauen in gefärbten Windelröcken. Ich lese eine Gandhi-Biografie und „Die wunderbaren Jahre“ von Reiner Kunze, trage ein Schlamperkleid über Jeans und Schafwollsocken und schreibe ein Gedicht gegen den Schießbefehl an der Grenze. Ich bin achtzehn und nehme mir vor: Ab jetzt will ich nie mehr Kompromisse machen. Mein Versprechen löse ich sofort im Sportunterricht an der Fachschule ein. Ich verweigere die Schießübungen mit dem Luftgewehr. Die Sportlehrerin ist ratlos und scheint nicht zu wissen, daß Kompromisse machen bereits in einer staubigen Sporthalle beginnen kann. Sie gibt mir fürs Schießen eine Fünf und ihrer keineswegs unsportlichen Schülerin auf dem Zeugnis eine Drei.

Die „Schmiede“ nannten wir den Kreis unter kirchlichem Dach. In nächtelangen Diskussionen, bei denen uns der Gemeindepfarrer nicht reinreden, sondern höchstens mal reinschauen darf – von Autoritäten haben wir genug –, entwerfen wir ein Arbeits- und Aktionsprogramm, das kaum einen Lebensbereich ausschließt. Denn in einem Land, das eng und auch irgendwie vertraut ist, in dem die Röcke und Hosen und die Gesichter in der Straßenbahn so grau sind wie die Haferflockentüten in den Regalen, kann man mit ein paar Pinselstrichen alles erschüttern, die kleine Welt zum Schaukeln bringen.

Wir debattieren über die atomare Bedrohung und geben kein „Fit“ mehr ins Abwaschwasser, um die Flüsse und Seen zu schonen. Am Wochenende pflanzen wir Bäume und besichtigen gemeinsam die Anfänge eines kirchlichen Ökohofs. Abends singt Gerhard Schöne in der Dorfkirche zur Gitarre sein Lied von den Spatzen und dem Kanarienvogel. Wir reisen durchs Land und treffen Leute in Dresden und Leipzig, die, wie wir, auch keine Spatzen sind und auf Hemden und Jutebeuteln den verbotenen Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen!“ tragen. Wir laden den Säufer aus dem Kiez ein und lassen ihn geduldig den ganzen Abend lang reden. In der DDR gibt es keine Sozialarbeit, keinen Umweltschutz. Wir setzen auf die Betroffenheit des „mündigen Bürgers“ und wollen von nun an gegen jede stinkende Ecke, alle Einfallslosigkeit mit unseren Ideen und unserem Protest angehen. Nichts läßt uns ungerührt, nicht der sterbende Baum am Fichtelberg und nicht die tote Robbe am Ostseestrand. Wir möblieren unsere Zimmer mit Gemüseboxen und Matratzen vom Sperrmüll, trinken kannenweise „Grusinische Mischung“, billigsten Schwarztee, und ein jeder, der beruflich keine Chance mehr hat, wird als „einer von uns“ erkannt. Hausmeister, Heizer, Telegrammbote und Friedhofsgärtner wird man, wenn man keine Kompromisse mehr macht. Nicht zur Wahl geht, am ersten Mai nicht

mehr demonstriert oder sich während des Studiums weigert, in ein Sommerlager zu fahren, in dem man lernt, Handgranaten zu werfen. Wir suchen nach der Gemeinsamkeit, den Unterschied wägen wir nicht.

Eines Tages steht Hannes mit einem Strauß Blumen vor mir. Mildernde Einleitung für das, was er gleich erzählen wird. Hannes war „vorgeladen“ worden. Gespräche bei der Staatssicherheit, Verwarnungen. Ein einflußreicher Kirchenvertreter scheint es zu bestätigen: Hannes habe nur noch die Chance zu gehen. In den Westen. Als Alternative drohe der Knast. Hannes war bei der Stasi längst bekannt. Hannes würde gehen. Müssen oder auch wollen? Wie groß ist die tatsächliche Gefahr? Er gibt Andeutungen von verbotenen Kontakten zu Gruppen im Westen. Halbsätze. Plötzlich unterteilen wir uns in die Eingeweihten und jene, die Informationen nur bröckchenweise erhalten. Man muß sich schützen. Man wagt nicht, nach Details zu fragen. Man will nicht zugeben, unwissend, uneingeweiht zu sein. Naiv. Zu unerfahren, zu frisch dabei. Jeder scheint auf einmal in dem großen, kleinen „Wir“ etwas mit sich herumzutragen. Ein großes Geheimnis. Eine Luftblase. Ich weiß etwas, was du nicht weißt. Gab es eine Hausdurchsuchung? Oder nur einen umgefallenen Blumentopf bei offenen Fenstern und Zugluft? Es brodelte, es wuselt, überall lauert Gefahr. Und wir stellen oft zu schnell unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund und sind zu nachlässig mit den Fragen.

Hannes ruft mich aus West-Berlin an. Er würde gern mit mir ein Bier trinken gehen. Ich bekomme in Potsdam von einem Freund die Mitteilung, wann ich in Prag sein soll. Hannes wird kein Geld haben, höre ich. Von den paar Kronen, die ich offiziell tauschen darf, werden wir uns kein Hotelzimmer nehmen und essen und trinken und unser Wiedersehen feiern können. Also befördere ich ein größeres Bündel Kronen über die Grenze. In einer Monatsbinde, auf die ich zur Sicherheit Tomatenketchup kleckere. Man ist nicht sicher vor Leibesvisitationen, und Hannes hatte man vor der Grenze immer aus dem Zug geholt, durchsucht und kommentarlos zurück ins Heimatland geschickt. Schließlich kommen wir in Prag an. Diesmal jeder von seiner Seite. Den Friedenskämpfer hat der Alltag eingeholt: „Einbürgerung“ und Arbeitslosengeld. Hannes legt sich stumm mit einem Halswickel ins Hotelbett, mißt Fieber und hustet in die Nacht. Alles macht ihn krank: meine Fragen nach der neuen Welt, in die er ging, meine Berichte aus der alten Welt, aus der er kam.

Von den Mitte bis Ende Zwanzigjährigen verlassen in den nächsten Monaten noch einige das vor sich hindümpelnde Schiff DDR. Wir, die Jüngeren, gehen voll Wut und Abschied durch die Stadt. Eine einzige Trauergemeinde. „Hast du schon gehört? Der und die gehen jetzt auch.“ Hannes hat mir einen „kon-

spirativen“ Rucksack hinterlassen. Bücher, Flugblätter, Material aus der Ostberliner Umweltbibliothek. Ich werfe den Rucksack in eine Abstellkammer und steige mit Jens und Jana und einer großen Torte auf einen Hochstand im Wald. Wir stoßen mit Werderaner Kirschwein an und prostern: „Was uns nicht tötet, macht uns nur härter.“ Wir feiern meinen zwanzigsten Geburtstag.

Die nächste „Generation“ rückt nach. Die Treffen in der „Schmiede“ gehen weiter. Eines Tages stehen dort zwei fünfzehnjährige Mädchen vor der Tür, die magere Susi und die kräftige Anja. Sie sind gemeinsam aus dem Jugendwerkhof geflohen und heißen im Behörden-Jargon „Entweicher“. Was Susi und Anja in die Jugendstrafanstalt gebracht hat, erfahren wir nie genau. Anjas Vater ist Alkoholiker. Die Mädchen haben die Schule geschwänzt, ein paar Klauereien, eine Scheibe zerschmissen, Straßenlampen demoliert. Sozialarbeit gibt es im Osten nicht. Es gibt nur die Polizei, die die Mädchen in ein Übergangsheim und von dort in den Jugendwerkhof bringt. Anja und Susi erzählen von Arrestzellen, Mißhandlungen durch Betreuer, über ihre tägliche Arbeit in einer Weißnäherei. Abends müssen sich alle im Fernsehraum versammeln. Hier wird ihnen mit einer halben Stunde „Aktuelle Kamera“ die wahre Weltanschauung eingetrichtert. Wir haben Mitleid mit den beiden, prüfen ihre Sätze nicht mit der Briefwaage nach Wahrem und Erdachtem. Wir werden sie nicht der Polizei melden. Nur Alex und ich bewohnen zu diesem Zeitpunkt eine halbwegs sichere, legale Wohnung. Also nehmen wir Susi und Anja mit nach Hause. Inzwischen sucht unsere Gruppe den Kontakt zur evangelischen Ausbildungsstätte für Fürsorger; der Leiter der Schule will zu den Behörden vermitteln. Er kann ohnehin nur bitten und empfehlen, aber vielleicht gibt es für Susi und Anja eine Chance, vorzeitig entlassen zu werden.

Alex und ich versuchen, mit den „Entweichern“ zu leben. Susi und Anja werden auf der Straße ein paar Mal von der Polizei aufgegriffen und sind einige Wochen später wieder da. Dann füllen wir den Kühlschrank. Das Badewasser lassen sie nach einem Vollbad nicht ab, die graue Brühe bleibt in der Wanne stehen. Wir besorgen ihnen Malfarbe und Papier und lassen sie von ihren Erlebnissen erzählen. Wir schreiben Gesuche an das Jugendamt, prangern die Zustände in den Jugendwerkhöfen und die mangelnde Betreuung gestrauchelter Jugendlicher an.

Unsere Idee von einem anderen Miteinander fängt bei unseren offenen Wohnungstüren an. Weder am Tage noch in der Nacht wird abgeschlossen. Im Laufe des Tages kommen Leute aus der Gruppe vorbei, kochen sich einen Tee und bringen wieder andere mit. Doch neuerdings lauschen wir nachts gespannt in den Nebenraum. Susi und Anja haben achtzehn- und zwanzigjährige Jungs kennengelernt, die den Jugendwerkhof schon hinter sich haben und nicht nur Susi

und Anja, sondern auch unsere Wohnung als bequemen Unterschlupf zu entdecken beginnen. Ich sitze im Bett und denke an das Geld in der Schreibtischschublade. Nebenan läßt sich jemand auf die Matratze fallen. Wer?

Es ist nicht zu leugnen: Wir sind überfordert. Wir wollen die Grenzen unserer Gesellschaft erweitern, wollen politische Tabuthemen berühren und eine Öffentlichkeit herstellen für Friedensfragen, wollen über die verdreckte Havel, über die Atomkraftwerke in Rheinsberg und in Greifswald reden. Wir wollen Jugendliche, die bei uns Hilfe suchen, nicht in den DDR-Jugendknast abschieben. Da niemand in diesem Land für etwas zuständig zu sein scheint, fühlen wir uns inzwischen für alles zuständig. Wir sind Fulltime-Aktivisten geworden und vermögen den Grad unserer Gefährdung nicht mehr einzuschätzen. Sehen wir Gespenster, oder sind wir schon mit einem Bein im Knast?

Wir sehen keine Gespenster. Die Stasi hat sich längst in der „Schmiede“ niedergelassen. Kleine Zuträger gibt es und eine junge Frau, die Tag und Nacht geschrieben haben muß, um die unsägliche Masse von Berichten abzuliefern, die sogar ihre Auftraggeber von der Stasi in ihrer Fülle „erschlagen“, wie wir später bei der Gauck-Behörde erfahren werden.

Auch Georg aus der Ökogruppe will sich nicht fürchten. Nicht vor Gespenstern, nicht vor Menschen. Er schiebt seinen Einberufungsbefehl zur Seite und steckt weiter Briefe an eine West-Berliner Gruppe in einen Potsdamer Briefkasten. Georg wird wegen Wehrdienstverweigerung verhaftet. Er hat das Spiel gegen die tägliche Angst, das Spiel mit offenen Karten verloren. Wir trampen zu Georgs Gerichtsverhandlung nach Neubrandenburg. Dünn und käseweis sitzt er vor dem Militärgericht. Rechtsanwalt Schnur verliert seine Verteidigungsrede. Georg erhebt sich zu einem „Ja“ – er würde sofort zu den Bausoldaten gehen. Die „große Hoffnung“ Schnur versagt – oder wurde hier ein Spiel gespielt, dessen Ausgang schon vorher bekannt war, werden wir uns später fragen. Georg geht ins Gefängnis und arbeitet im Strafvollzug ein Jahr lang im Kalkwerk in Rüdersdorf. Von dort wird er in den Westen abgeschoben. Georg ist damals Anfang zwanzig.

Die Verunsicherung wächst. Unsere Wohnungstüren bekommen Schlösser. Die Bereitschaft, Meinungen, Ideen und Pläne vor einer großen Gruppe mit unbekannten Neuen zu äußern, weicht der Angst, sich der Staatssicherheit auszuliefern. Von nun an leben wir in zwei Welten. In der großen Gruppe wird gesagt, was keinen schmerzt; im vertrauten Bereich – im Kreis von acht Leuten, in privaten Wohnungen – werden Ideen entwickelt. Daran stirbt die „Schmiede“. Die Lebensform „Hauskreis“ wird geboren.

Acht Leute. Achtmal Vertrauen. Den löchrigen Schutz unterm kirchlichen Dach haben wir aufgegeben. Wir treffen uns in unseren Wohnungen. Gemeinsames Kochen. Gemeinsames Essen. Jeder kann bei jedem übernachten. Sich Einmischen heißt in den späten achtziger Jahren vielfach: Eingaben schreiben. In Tschernobyl fliegt der Reaktor in die Luft. Wir schreiben Eingaben an den Sehr geehrten Herrn Staatsratsvorsitzenden und protestieren gegen die Atomkraftwerke im eigenen Land. Eingaben müssen gelesen, müssen beantwortet werden. So lautet das Gesetz, das kaum jemand kennt.

Wir schreiben Eingaben zur Abwassereinleitung in einen Badensee und beschicken sämtliche Produktionsbetriebe mit Protesten gegen FCKW-haltiges Deospray. Wir entwerfen eine Ausstellung zum Robbensterben an der Ostseeküste, die bei der Kirche die Runde macht. Wir bepflanzen die bröckelnden Seitenflügel unseres Hauses mit Knöterich und zapfen im Herbst die Weinballons vom Sommer an.

Beinahe zehn Jahre lang erproben wir unsere kleine Anarchie. Es ist der Versuch einer Grenzverschiebung, täglich erprobt für ein enges Land. Eine Lebensform, die sich schließlich auflöst mit den Grenzen des engen Landes.

Der Geist weht, wo er will

Aus der Arbeit der Friedrichsgemeinde

Mit der Kalaschnikow zum Gottesdienst

Mit meinem Dienstantritt am 1. September 1983 verbindet sich eine „Grenz-erfahrung“. Meine Frau und ich wanderten am ersten Abend auf der Karl-Marx-Straße am durch die Mauer unsichtbaren Griebnitzsee entlang, fröhlich erzählend, laut spinnend, und wurden von patrouillierenden Grenzsoldaten angehalten. Da ich keinen Ausweis bei mir trug, gab es Probleme. Telefongespräch mit dem diensthabenden Offizier: Wer ist der Mann ? Pfarrer. Wo? Friedrichskirche Babelsberg, seit heute, 1. September '83. Anscheinend kennt er die Gepflogenheiten im Grenzbereich noch nicht.

Dann Rückrufe, Telefonate. Schließlich durften wir weiterziehen, um eine Erfahrung reicher. Die Behörden um eine Personalmeldung reicher: Was sind das nur für unordentliche Menschen, was für ein Beruf: Fahrer? Pfarrer?

Als ich Pfarrer in der Babelsberger Kirchengemeinde wurde, übernahm ich den Friedrichsbereich (ehemals Nowawes) von Klein-Glienicke bis zur S-Bahn-Linie. Die S-Bahn fuhr damals nicht. Hier rauschten nur Züge der Alliierten und „Interzonenzüge“ vorbei – vom Bahnhof Zoo aus in den Westen. Für die Besuche bei Gemeindegliedern im Grenzbereich gab es einen Passierschein, der das Betreten der Häuser ermöglichte. Sechs Monate Antragsfrist über die Superintendentur, dann abholen und permanent bei sich führen.

Ab 1986 war ich verantwortlich für Klein-Glienicke hinter der Mauer am Griebnitzsee, aber als Enklave zu Potsdam gehörend. Es gab zwei Schwerpunkte in der Arbeit dort: einmal die Gemeinde, deren Büro sich in einem der Schweizer Häuser, Louis-Nathan-Allee 6, befand, neben der Wohnung von Frau Stiege, der Kirchendienerin; zum anderen die Betreuung des Pflegeheimes für die zerebral geschädigten alten Menschen, meist ohne Angehörige. Für alle Dienst-

gänge dorthin bekam ich zum Anfang einen „persönlichen Schutz“. Meine Besuche in Klein-Glienicke liefen folgendermaßen ab:

10.30 Uhr: Ankunft am Grenzkontrollpunkt Klein-Glienicke, Brücke. Anmeldung. Telefonat. Bitte um Eskorte durch den Offizier vom Dienst.

10.45 Uhr: Eintreffen der Begleitung, bestehend aus zwei Grenzsoldaten mit Kalaschnikows und Motorad (MZ 250). Abfahrt im Schritttempo. Ich lief, die Grenzsoldaten fuhren langsam neben mir her.

11.00 Uhr: Gottesdienstzeit. Die Gemeinde saß – mit Bruder Hermann am Harmonium – erzählend oder schon singend im Raum, acht bis fünfzehn Leute zu erst, bis 1989, durch das ‚Aussterben‘ der älteren Generation, immer weniger.

Die Grenzer mußten vor der Türe warten, im Sommer rauchend und plaudernd, im Winter frierend. Sie durften sich aus ideologischen Gründen dem Evangelium nicht aussetzen. Die Gesprächsmöglichkeiten der beiden Soldaten waren gering. Erst kurz vor dem Zusammenstellen der Patrouille wurden sie miteinander bekannt gemacht und mußten im jeweils Anderen einen unsicheren Kantonnisten vermuten, den sie eventuell an einer Flucht zu hindern hätten.

12.00 Uhr: Rückweg, von den Soldaten eskortiert. Ich war ein Grenzgänger, ohne die Grenze überschreiten zu können.

Schwerter zu Pflugscharen

Landesjugendpfarrer Manfred Domrös bat mich, für die Arbeitsmappe der Friedensdekade 1981 etwas beizusteuern. Eine Aktualisierung des Dekaloges, der 10 Gebote, für die alltägliche DDR-Friedensarbeit. Wir waren uns einig, daß das von Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider aus Dresden stammende Deckblatt mit der Skulptur des hammerschwingenden Schmiedes, die sowohl in Moskau als auch in New York vor dem Gebäude der Vereinten Nationen stand, also „blockübergreifend“ war, verwendet werden sollte. Aber in veränderter Form.



Button, 1984

So suchten wir neue Formen für ein Signet. Und fanden es in Herbert Sanders Entwürfen. Sander, erfahrener Künstler und Grafiker, der schon lange an Landesjugendtagen in Potsdam-Hermannswerder mitwirkte, schuf die weltweit bekannt gewordene Fassung als „Potsdamer Beitrag“ zum weltweiten Abrüsten. Ich durfte bei der ersten Begutachtung des Sig-

nets im Sommer 1981 als Zaungast anwesend sein. Blauer Schmied, weißer Hintergrund, schwarze klare Schrift „Schwerter zu Pflugscharen“, ganz klein darunter: Micha 4. Eine Quellenangabe für alle unkundigen Atheisten, damals fast 97 Prozent der SED-Mitglieder und Staatsangestellten. Dazu der kräftige rote Rand, pinselstrichstark, der alles zusammenhält, wie der Rahmen eines Foto-Objektives.

Der weitere Gang ist bekannt. Manfred Domrös fand in Herrnhut die Möglichkeit, bei Dürninger & Co. dieses Zeichen auf Vlies-Stoff drucken zu lassen. Es schmückte dann auch die Textmappe der „Friedensdekade 1981“ und war seitdem ein weltweit verbreitetes Zeichen der Friedensbewegung. Manfred Domrös wie auch Herbert Sander haben damals keine Würdigung ihrer Arbeit erfahren. Nur wenige kannten die Urheber des Abzeichens, das Lehrer und Polizisten unbedingt in ihren Besitz bringen wollten, indem sie es von den Jacken und Taschen der Jugendlichen abrissen und seine Träger politisch verfolgten. Aus gutem Grund haben wir keine Protokolle geführt. Aber der Geist Gottes weht ohnehin, wo er will, und sehr selten durch Protokolle.

40 Jahre Potsdamer Abkommen

Werner Liedtke, Leiter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der DDR, hielt in der Babelsberger Karl-Liebknecht-Str. 23 einen Vortrag. Im weiteren Sinne ging es um Versöhnungsdenken im gespaltenen und zerstrittenen, vom Blockdenken vereisten Europa. Der Referent wies darauf hin, daß sich das Potsdamer Abkommen 1985 zum vierzigsten Male jährte. Er formulierte die Hoffnung, daß die Christen in der Stadt ein Zeichen setzen würden, um der weiter um sich greifenden Vereisung entgegenzuwirken. Die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in der DDR würde das gern unterstützen; vielleicht könnte man die Botschafter der UdSSR, USA, Großbritanniens und auch Frankreichs in die DDR einladen.

Uns gefiel diese Idee, und mit Eifer gingen wir an die Vorbereitung: Gemeindeglieder aus Potsdamer evangelischen Gemeinden, die jungen Leute aus der „Schmiede“, einer Aktionsgemeinschaft, die sich jeden Mittwoch traf, die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung und schließlich auch offizielle Vertreter des Kirchenkreises Potsdam. Die Vorstellung von einem Botschafter-Treffen erwies sich als zu hoch gegriffen, doch immerhin kam es zu einer Begegnung von Potsdamer Gemeindegliedern mit kirchlichen Vertretern aus den Unterzeichner-

Staaten des Potsdamer Abkommens. Der Stellenwert dieses Treffens wurde deutlich an den heftigen und hektischen Überwachungsaktivitäten von staatlicher Seite. Seit dieser Zeit begleitete mich der operative Vorgang (OV „Sammelbecken“), der ganz persönlich auf die gezielte Verunsicherung meiner Person in der Gemeinde und im kirchlichen Kollegenkreis abgestellt war und auch, wie es scheint, zu Teilerfolgen geführt hat. Denn bis in den Gemeindegemeinderat Babelsberg hinein hat das MfS seine Einflußmöglichkeiten durch Anwerbung von IM auszudehnen versucht.

Im Zusammenhang mit dem Treffen, das ein Erfolg für die evangelische Kirche in der Stadt war und zum ersten Male Gespräche unter Beteiligung der Babelsberger Akademie für Staat und Recht und kirchlichen Ebenen lange vor der Wende ermöglichte, verbesserte sich auch die Zusammenarbeit mit der Russisch-Orthodoxen Kirche. Zu dem russischen Exarchen Feodosij entstand eine herzliche und gute Beziehung. Danach wurde die lang vakante Priesterstelle der Russischen Kolonie Alexandrowka auf dem Kapellenberg wieder besetzt.

Doch es gab auch Schattenseiten. Zwei wichtige Organisatoren der Veranstaltung, Martin Killat und Oliver G., wurden zwangsweise zur NVA eingezogen bzw. erhielten einen Militärprozeß, in dessen Folge Oliver ausgebürgert wurde. Das MfS ließ die Gemeinde und meine Familie fortan nicht mehr aus dem Blick.

Unsere Arbeit wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht Christen und Freunde außerhalb der Kirchen die Wünsche nach Veränderung getragen hätten. Ich denke an meine Freunde Hildegard und Björn Rugenstein (Gorbatschow-Gesprächsrunde), an die Schwulen und Lesben (ihr Treffpunkt war das Pfarrhaus Lutherstraße), ebenso an meinen Priesterfreund Konrad Beißel, von dessen Gebeten wir uns getragen wußten. In der Wendezeit lagerten im priesterlichen Schlafzimmer die Mitgliederlisten des Neuen Forums, die Duplikate zwischen meiner Bonhoeffer-Werkausgabe, weitere Dokumente im Kohlenkeller meines Pfarrhauses. Ich denke an die ehrenamtlichen Küsterdienste, die die Friedrichskirche schützend im Blick hatten. Ohne diese Freunde und viele ungenannte Bürger der Stadt wäre diese Zeit nicht zu überstehen gewesen.

Jeder Ort hat seinen Geist, auch die Friedrichskirche in Babelsberg. Oft haben wir daran gedacht, daß der Theologe und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer während der Zeit des Nationalsozialismus mehrmals im Pfarrhaus der Babelsberger Friedrichsgemeinde zu Gast gewesen ist. Dieser Gedanke hat uns immer wieder ermutigt.

Wir rannten um unser Leben

Ein Fluchtversuch

Für meine Eltern und meinen Bruder

Im Herbst 1958 bewarb sich meine Mutter um einen Abiturplatz an einer weiterführenden Schule. Man lehnte sie ab, weil neben den schulischen Leistungen die politische Einstellung ein Zulassungskriterium war. Der Vater meiner Mutter war evangelischer Pfarrer; der christliche Glaube wurde ihr, wie vielen anderen, zum Verhängnis. Alle Beschwerden gegen die Ablehnung blieben erfolglos.

Ich konnte im September 1981 das 9. Schuljahr in einer Spezialklasse für neu-sprachlichen Unterricht beginnen. Es war die Zeit der Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Häufig gab es Taschenkontrollen durch die Lehrer, um Flugblätter, Sticker oder die heißbegehrten Aufnäher sicherzustellen, meist erfolglos. Ein Mitschüler aus der Abiturstufe wurde exmatrikuliert, weil er die als staatsfeindlich angesehene Parole „Schwerter zu Pflugscharen“ an die Mauer des Schulhofes gemalt hatte.

An meinem 16. Geburtstag im Juni 1982 bat mich meine Klassenlehrerin, Frau Wiedemann, zu einem persönlichen Gespräch in ihre Wohnung. Ich hatte von vornherein kein gutes Gefühl. Allein die Tatsache, daß sie den Termin auf meinen Geburtstag legte, empfand ich als böse. Frau Wiedemann war bekannt für ihre politische Haltung. Sie war zutiefst überzeugtes SED-Mitglied und ihr Mann hochrangiges Mitglied der Nationalen Volksarmee. Ich hingegen hatte mich im Mai des gleichen Jahres konfirmieren lassen und war in der „Jungen Gemeinde“ aktiv.

Zu meiner Überraschung erwarteten mich in der Wohnung der Lehrerin sechs Klassenkameraden, zumeist Mitglieder der FDJ-Leitung. Auch eine gute Freundin war dabei.

Frau Wiedemann kam sofort zur Sache: Ich solle meine Einstellung zum Staat und meine politische Meinung darlegen. Auf keinen Fall wollte ich mein Gesicht verlieren, aber dennoch versuchen, plausibel zu antworten. Als ich fertig war, machten die anderen mir unmißverständlich klar, daß ich ein „Staatsfeind“ sei und begründeten das mit Äußerungen, die ich in den Schulpausen, auf Parties oder auf dem Schulweg gemacht hatte. Sie hatten mit Datum und Uhrzeit während des gesamten Schuljahres darüber Buch geführt. Ich war den Tränen nahe.

Nach zweieinhalb Stunden durfte ich die Wohnung verlassen. Die Botschaft, die ich mit auf den Weg bekam, glich einer Drohung: Die politische Einstellung zum Staat sei ein wesentliches Kriterium für die Zulassung zur Abiturstufe. Die Tatsache, daß ich bereits am Gymnasium sei, stelle keinerlei Garantie dar. Zynisch wünschte die Lehrerin mir noch einen schönen Geburtstag.

Wie benebelt machte ich mich auf den Heimweg. Zu Hause heulte ich Rotz und Wasser und konnte mich kaum beruhigen. Meine Eltern waren sprachlos. Wenige Tage später erhielten sie eine Einladung vom Direktor, und man teilte ihnen mit, daß ich wegen „politischer Unreife“ nicht zur Abiturstufe zugelassen würde und mit Ende der 10. Klasse die Schule verlassen müsse. Zwei Jungen aus meiner Klasse erging es ebenso. Sie waren nicht bereit, einem Wehrdienst von drei Jahren (anstatt der gesetzlich festgelegten anderthalb Jahre) zuzustimmen und hatten sich überdies in diesem Schuljahr konfirmieren lassen.

Für meine Eltern und mich begann nun ein Kampf, der dem Davids gegen Goliath glich. Wir schrieben Beschwerdebriefe an den Stadtschulrat und einige andere Institutionen. Wie sich später herausstellte, wurden die an den Stadtschulrat persönlich adressierten Briefe von seiner Stellvertreterin abgefangen. Sie war die Mutter einer Klassenkameradin, die keinen Hehl daraus machte, daß ihre Eltern bei der Stasi arbeiteten; die Schülerin selbst hatte bei meiner Bespitzelung beste Arbeit geleistet. Ich mußte mich langsam damit abfinden, kein Abitur machen zu dürfen. Eine Welt brach zusammen. Ich war unsagbar wütend auf diesen Staat, der selbst Halbwüchsige als Spitzel benutzte.

Meine Eltern gaben den Kampf um die Zulassung zum Abitur nicht auf, und es geschah ein kleines Wunder. Für eine Zulassung zur Abiturstufe am Helmholtz-Gymnasium war es zu spät und hatte es auch zuviel Aufruhr gegeben. Aber der Stadtschulrat gewährte eine Berufsausbildung mit Abitur, obwohl die Voraussetzungen dafür dieselben waren wie für ein direktes Abitur. Im September 1983 begann ich meine Ausbildung an der Landwirtschaftsschule in Jüterbog und hielt im Sommer 1986 mein Abiturzeugnis in den Händen.



Pionierhaus Am Neuen Garten, Anfang November 1989

Nun ging es an die Studienbewerbungen. Ich wollte unbedingt eine fremdsprachliche Richtung einschlagen. Auch in der DDR waren das Romanistik- und Anglistikstudium mit entsprechenden Auslandsaufenthalten verknüpft, und man achtete bei der Auswahl der Bewerber sehr genau auf die politische Überzeugung. Bei der Studienberatung empfahl man mir ein landwirtschaftliches Studium, was nach meiner Ausbildung naheliegend war. Nach reiflichen Überlegungen entschloß ich mich zu diesem Studium in der Hoffnung, später einmal als Entwicklungshelferin arbeiten zu können.

Im September 1986 wurde ich an der Martin-Luther-Universität in Halle immatrikuliert. Schon in der ersten Woche riet man mir, der SED beizutreten, anders könnte ich mein Ziel, in die Entwicklungshilfe zu gehen, kaum erreichen. Eine unerträgliche Zumutung. Es hatte schon immer Phasen gegeben, in denen ich daran gedacht hatte, die DDR zu verlassen, aber ich hing zu sehr an meiner Familie, und ein wenig empfand ich es auch als feige, all die anderen hier sitzen zu lassen, die ähnlich dachten wie ich. Doch jetzt sah ich keinen Ausweg mehr, und ich hatte einen Freund, der meine Gedanken und Pläne unterstützte.

Alex und ich entschlossen uns, über die ungarische Grenze nach Österreich zu fliehen. Wir waren überzeugt, daß es in Ungarn eher eine Chance gab als an der innerdeutschen Grenze. Um niemanden zu gefährden, erzählten wir nur sehr wenigen Menschen von unserem Vorhaben. Alex' Eltern, mein Bruder und enge Freunde wurden eingeweiht. Meinen Eltern habe ich sehr bewußt nichts gesagt. Sie hatten genug Sorgen mit mir gehabt und wären in ihren Berufen – insbesondere mein Vater als Lehrer – gefährdet gewesen. Ende September 1986 kauften wir uns Flugtickets nach Budapest, und am 3. Oktober flogen wir los. Alex' Eltern brachten uns zum Flughafen nach Berlin-Schönefeld. Wir verbrachten zwei sehr schöne Tage in Budapest, und am 5. Oktober machten wir uns auf den Weg nach Hegyeshalom. In dem Grenzstädtchen suchten wir uns für die letzte Nacht vor dem großen Schritt ein Quartier. Viel geschlafen haben wir nicht, denn Angst und Ungewißheit waren zu groß. Wir wußten nichts über die Beschaffenheit der Grenzanlagen, nicht einmal, ob das Grenzgebiet vermint war. Am Morgen unseres Tages X liefen wir zum Grenzbahnhof, um dort die Gegebenheiten auszukundschaften. Wir machten es uns in der Bahnhofskneipe gemütlich und beobachteten die abfahrenden Züge. Ähnlich wie in der DDR wurden peinlich genaue Kontrollen mit Spürhunden durchgeführt, die Grenzsoldaten waren mit Maschinengewehren bewaffnet. Die Möglichkeit, mit dem Zug zu fliehen, schied aus. Wir entschlossen uns, bei Einbruch der Dunkelheit den Fußweg zur Grenze anzutreten. Noch bei Tageslicht versuchten wir, so nah wie möglich an den „Eisernen Vorhang“ heranzukommen. Immer wieder fuhren Autos der Grenzbehörden an uns vorbei, aber glücklicherweise konnten wir uns immer rechtzeitig verstecken. Anspannung und Angst stiegen. Noch konnten wir zurück. Unter einem Brückenpfeiler warteten wir, bis es dunkel wurde. Wir versteckten unsere Rucksäcke im Gebüsch, nahmen die wichtigsten Papiere und das Geld an uns und machten uns auf den Weg in die Ungewißheit.

Ein paar Kilometer liefen wir über abgeerntete Maisfelder auf die hellerleuchtete Grenze zu. Immer wieder mußten wir uns auf den Boden werfen, um nicht in den Lichtkegel der Grenzfahrzeuge zu geraten. Die Kontrollen schienen am Abend zuzunehmen. Wie durch ein Wunder wurden wir nicht entdeckt.

Dann standen wir vor dem Stacheldrahtzaun. Meine größte Furcht galt den abgerichteten Schäferhunden, die ich von der Grenze im Potsdamer Neuen Garten am Schloß Cecilienhof nur allzugut kannte. Mit Erschrecken stellten wir fest, daß es hier nicht nur einen Stacheldrahtzaun gab, sondern drei. Wir hatten kein Werkzeug dabei. Wir waren sicher, daß wir bei Berührung des ersten Zaunes Alarm auslösen und nur durch Schnelligkeit eine Chance haben würden. Noch einmal atmeten wir tief durch, dann ging alles ganz schnell. Mit bloßen Hän-

den rissen wir den Draht auseinander und schlüpfen durch den ersten Zaun. Sofort heulten Sirenen los. Wir rannten zum nächsten Zaun, ungefähr 30 Meter entfernt. Wir rissen mit aller Kraft die Stacheldrähte auseinander und zwängten uns durch ein schmales Loch. Dann der dritte Zaun. Unsere Hände bluteten, die Kleidung riß in Fetzen, aber das war egal, wir hatten es geschafft. Leuchtkugeln stiegen auf. Wir wußten nicht, daß noch tausend Meter Niemandsland vor uns lagen. Wir rannten um unser Leben. Dann die Geräusche eines sich nähernden Jeeps, Geschrei. Wir rannten weiter. Schüsse fielen, hinter uns die belfernden Hunde. Mit letzter Kraft schrie ich etwas auf Ungarisch, und sie piffen die Hunde zurück. Zwei Grenzsoldaten liefen mit vorgehaltenen Gewehren auf uns zu. Mit meinen paar Brocken Ungarisch versuchte ich, sie mit 500 D-Mark zu bestechen. Ich sah Mitleid in ihren Augen; sie waren genauso alt wie wir. Doch ehe ich weiter sprechen konnte, kam ein LKW mit weiteren Soldaten und einem Offizier. Wir wußten: Alles ist vorbei. Uns wurden Handschellen angelegt, wir mußten uns bäuchlings auf die Erde legen.

Später wurden wir zum Verhör gebracht. Von diesem Zeitpunkt an waren Alex und ich getrennt. Ich heulte ununterbrochen. Nachdem wir die ganze Nacht verhört worden waren und nur wenige Stunden in einer Einzelzelle geschlafen hatten, brachte man uns nach Györ, die nächstgrößere Stadt. Dort steckte man uns mit gewöhnlichen Verbrechern in eine Zelle, mich zu einem 16jährigen Mädchen, das ihre Eltern ermordet hatte. Ich verweigerte das Essen. Meine Zellengefährtin freute sich, sie hatte unbändigen Appetit. Unter Androhung von Prügel zwangen mich die Gefängniswärter zu essen. Nach wenigen Tagen wurde ich mit einem Kleinbus weggebracht. In dem Bus waren außer mir sieben Männer, mit Eisenketten an ihre Sitze gefesselt, unter ihnen Alex. Ich war froh, ihn gesund wiederzusehen. Nachts hatte ich oft Schreie gehört.

Von Györ ging es in ein Budapester Gefängnis des ungarischen Geheimdienstes. Ich bekam eine Einzelzelle. Fast täglich wurde ich zu Verhören durch Stasimitarbeiter geführt. Ich versuchte alles, um einer Auslieferung an die DDR zu entgehen, aber es war aussichtslos. Nach zwei Wochen fuhr der Transporter vor, der uns zum Flughafen brachte. Auf der Rückbank eine Frau, wie ich mir eine KZ-Aufseherin vorstellte, vorn zwei Herren mit Sonnenbrille. Auf dem Budapester Flughafen wartete ein als Interflug-Maschine getarntes Flugzeug. Wöchentlich, bei Bedarf öfter, flog es „Republikflüchtlinge“ aus.

In Schönefeld sah ich für ein paar Sekunden Alex, der gerade in einem busähnlichen Fahrzeug ohne Fenster verschwand. Auch ich wurde in einen solchen Bus verfrachtet; in einem Metallverschlag von der Größe eines Spinds be-

gann die endlose Fahrt zum Stasigefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Die Zeit hier war die schrecklichste meines Lebens. Allein die „Aufnahme“ und Einkleidung waren erniedrigend, sie wurde von der „KZ-Aufseherin“, die mich begleitet hatte, durchgeführt. Ich mußte mich vollständig ausziehen, und sie schaute mir in jede Körperöffnung. Ich weinte, und sie brüllte mich an. Dann bekam ich Häftlingskleidung, und man brachte mich in eine Einzelzelle.

Fast zehn Stunden muß das erste Verhör gedauert haben, denn als ich wieder in meiner Zelle war, wurde es draußen hell. Zehn Stunden, die mir vorkamen wie Jahre. Schnell wurde mir klar, daß es den Herren weniger um die genauen Umstände und Gründe für unsere Flucht ging, sondern darum, wer noch davon gewußt hatte. Eine ganze Weile schaffte ich es zu lügen, sagte: „Niemand“. Sie drohten mir Schläge an.

Große Angst schienen sie vor einer vermeintlichen Untergrundbewegung in Potsdam zu haben. In den Wochen zuvor hatten einige Potsdamer, völlig unabhängig voneinander, Fluchtversuche unternommen, aber von einer Bewegung konnte keine Rede sein. Jeder hatte seine Pläne so geheim wie möglich gehalten. Die Stasileute schenken dem aber keinen Glauben. Die Verhöre wurden immer länger und zäher, manchmal dauerten sie bis zu vierzehn Stunden. Fragen und Antworten drehten sich im Kreis. Sie wollten etwas herausfinden, was es nicht gab. Ich war mit meinen Kräften am Ende.

Seit der Inhaftierung hatte ich meine Regel nicht bekommen. Als ich dies bei einem der ersten Verhöre in Berlin sagte, belächelte man mich. Das sei hier normal, das läge an der Aufregung. Doch es stellte sich heraus, daß ich schwanger war. Was mir im ersten Moment als das schlimmste Unglück erschien, sollte meine Rettung sein. Sofort nach Bekanntwerden der Schwangerschaft wurde ich in eine Dreierzelle verlegt, nach vier Wochen Einzelhaft ein großes Geschenk. Endlich anderes Essen: frisches Obst, Milch anstatt Tee, Butter statt Margarine. Nach Wochen endlich wieder frische Luft. Durch den Kontakt zu meinen „Mitbewohnerinnen“ erfuhr ich auch bittere Neuigkeiten: Die Stasi hatte Alex' Eltern, seine Schwester und meine beste Freundin inhaftiert. Schwere Vorwürfe plagten mich. Durch mich waren sie in diese Situation geraten.

Am 16. Dezember 1986 durfte ich das Gefängnis verlassen. Ich fühlte mich schuldig. Fünf Menschen saßen meiner wegen hinter Gefängnismauern, und ich war relativ frei. Zwei ältere Stasimitarbeiter, eine Frau und ein Mann, fuhren mich zur S-Bahn und verabschiedeten mich herzlich. Vermutlich sollte es aussehen, als wären sie Verwandte, die mich zur S-Bahn brachten. Es war peinlich. Da ich meinen Wohnungsschlüssel bei mir hatte, fuhr ich direkt nach Hause, ohne jeman-

den anzurufen. Niemand war da, als ich die Wohnungstür aufschloß. Ein seltsames Gefühl, denn ich hatte mich so sehr auf meine Familie gefreut. Kurze Zeit später kam mein Vater. Die Begrüßung war sehr kühl. Ich weiß bis heute nicht, ob er in diesem Moment überrascht war, mich zu sehen, oder von mir enttäuscht, weil ich ihn nicht in meine Pläne eingeweiht hatte. Unser Verhältnis hat sich seitdem nicht wieder normalisiert.

Am Abend kamen meine Mutter und mein Bruder von einer Geburtstagsfeier zurück, und auch sie waren zu überrascht, um mich herzlich zu begrüßen. Alle waren wie gelähmt.

In den folgenden Tagen erfuhr ich, was während meiner Inhaftierung geschehen war: Wie meine Eltern von der ganzen Sache erfahren hatten, daß mein Bruder zweimal verhört und nur deshalb nicht verhaftet wurde, weil er noch nicht volljährig war, daß mein Zimmer mehrfach durchsucht wurde, daß meine Eltern über den Anwalt Vogel relativ gut über meine Situation informiert worden waren.

Ich mußte so schnell wie möglich eine Arbeit finden, sonst wäre ich zu Hause durchgedreht. Am Heiligen Abend 1986 trat ich einen Job in einem Altenpflegeheim an. Auch wenn die Arbeit sehr hart war, so lenkte sie mich doch von meinen Sorgen ab.

Mein Bauch begann sich langsam zu runden, der Geburtstermin war für Anfang Juni berechnet. Und ich mußte mich um alle Angelegenheiten, die unseren Prozeß betrafen, kümmern. Erfolglos bemühte ich mich, eine Schreibgenehmigung für Alex, dessen Eltern und meine inhaftierten Freunde zu bekommen. Anfang Januar wurde Alex von Berlin ins Potsdamer Stasigefängnis verlegt. Einmal im Monat durfte ich ihn für 30 Minuten besuchen.

Am 17. Februar 1987 fand die Hauptverhandlung am Potsdamer Bezirksgericht statt. Wir rechneten mit 15 bis 18 Monaten Haft, das übliche Strafmaß bei einem Fluchtversuch. Am Tag vor der Verhandlung hatte ich ein sehr langes Gespräch mit unserem Verteidiger, Herrn Hück, der im Auftrag von Anwalt Vogel arbeitete. Er erklärte mir den Ablauf des Prozesses und bereitete mich auf das mögliche Höchststrafmaß vor: mit vier bis sechs Jahren müßte ich rechnen. Das war wie ein Schlag ins Gesicht. Auch meine Eltern waren geschockt.

Man klagte uns nicht nur wegen des Fluchtversuches an, sondern auch wegen „staatsfeindlicher Agententätigkeit“, die wir nie begangen hatten. Anwalt Hück hielt ein so feuriges Plädoyer, daß ich Angst um seine berufliche Zukunft hatte. Aber es half nichts. Alex bekam drei Jahre, ich drei Jahre und acht Monate Freiheitsentzug. Drei Monate nach der Entbindung sollte ich meine Strafe antreten.

Das bedeutete, daß ich mein Kind über drei Jahre nicht sehen würde. Meine Eltern konnten das Kind keinesfalls bekommen. Es sollte in ein Heim eingewiesen werden.

Wir gingen in Berufung. Die Berufung wurde abgelehnt. Alex stand der Strafvollzug bevor. Seine Eltern und seine Schwester sowie meine Freundin Bine hatten ihn schon angetreten, weil sie nicht in Berufung gegangen waren. Ihr Strafmaß lag zwischen anderthalb und knapp zwei Jahren, die Begründung war hier „Fluchthilfe“ bzw. „Fluchtgefahr“ – das hieß, allein dafür, daß sie daran gedacht hatten, eventuell zu fliehen, wurden sie verurteilt.

Am 9. Juni 1987 kam meine Tochter Jule zur Welt. Ich war glücklich, ein gesundes Kind zu haben, fiel aber in eine tiefe Depression, weil man es mir jetzt, wo es nicht mehr in meinem Bauch war, wegnehmen konnte. Im Juli wurde Alex in die Strafanstalt nach Brandenburg gebracht. Einmal konnte ich ihn dort besuchen, das Kind durfte er nicht sehen.

Eine sehr gute Freundin aus Oberhausen im Ruhrgebiet, die ich durch meine Großmutter kennengelernt hatte, versuchte mit all ihren Kräften, uns aus dem Land zu holen. Sie agierte im Stillen, um nichts zu gefährden. Und sie nutzte ihre Kontakte zu führenden Politikern Nordrhein-Westfalens, von denen wiederum einer unser Schicksal Richard von Weizsäcker, dem damaligen Bundespräsidenten, vortrug. Dies alles erfuhr ich erst viel später.

Ende Juli saß ich an einem herrlichen Sommerabend bei einer Freundin im Garten. Plötzlich tauchte Olaf auf, ein Schulfreund aus Jüterbog-er Zeiten, und fragte, ob wir schon feierten. Wir wußten nicht, wovon er redete, aber Olaf berichtete von einer Generalamnestie für politische Häftlinge, unter die auch ich fallen würde, er hätte sich die Paragraphen genau gemerkt. Es war unfassbar. Weinend lagen wir uns in den Armen. Nicht ins Gefängnis!

Ein paar Tage später rief meine Freundin Bine aus Gießen an. Zwei Wochen später gab es den nächsten und letzten „Freikauftransport“. Alex und seine Familie waren dabei und endlich frei. Am 17. September 1987 durfte – mußte – ich das Land verlassen. Meine Eltern und mein Bruder brachten mich und mein Kind zum Potsdamer Hauptbahnhof. Die Minuten dieses Abschiedes empfand ich grausamer als meine Verhaftung. Und selbst hier, in diesem tiefen Schmerz, wurden wir von Stasimitarbeitern, die sich auf dem Bahnsteig postiert hatten, beobachtet. Dann kam der Zug, und ich trat meine Reise in ein neues Leben an.

Besser ist sich selber zu bewegen **Der Olof-Palme-Friedensmarsch**

Sommer 1987. Pfarrer Markus Meckel hatte zum 6. Mobilen Friedensseminar in Mecklenburg eingeladen, und etwa 80 Friedensbewegte aus kirchlichen und unabhängigen Friedensgruppen aus allen Bezirken der damaligen DDR kamen, um mit Freunden aus der BRD, West-Berlin, Holland und Irland über aktuelle Probleme zu diskutieren und Gemeinsamkeiten in der Friedensarbeit zu suchen.

Gut bewacht vom MfS konnten wir unserer Arbeit nachgehen, obwohl nicht alle, die kommen wollten, in unseren sogenannten Friedensstaat einreisen durften. Da erreichte uns die Nachricht vom Aufruf des Bundes der Evangelischen Kirchen zur Teilnahme am Olof-Palme-Friedensmarsch.

Zum Gedenken an den ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten und Mitglied der unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Olof Palme, hatte diese Kommission eine große gemeinsame Aktion zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorgeschlagen. Das offizielle Friedenskomitee der ČSSR, die österreichische Friedensbewegung, die Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner und der staatliche Friedensrat der DDR unterstützten den Vorschlag. Auf Drängen der bundesdeutschen Seite sollte auch die unabhängige Friedensbewegung der DDR an der gemeinsamen Aktion teilnehmen dürfen. Die Regierung der DDR konnte sich dem schlecht entziehen. So kam es zwischen der Kirchenleitung und staatlichen Vertretern zu geheimen Gesprächen mit dem Ziel, die Beteiligung der Kirche, aber nicht der unabhängigen Friedensgruppen zu erreichen. Auf der Herbstsynode des Bundes der evangelischen Kirchen 1986 in Erfurt wurde dieses Vorgehen kritisiert und die Teilnahme unabhängiger Friedensgruppen befürwortet.

Die Aktion Sühnezeichen wurde vom Bund der evangelischen Kirchen gebeten, an dem Unternehmen mitzuarbeiten. Sie regte einen Pilgerweg vom KZ Ravensbrück zum KZ Sachsenhausen an. Der ehemalige Weg des Todes, den 1945

die Häftlinge hatten gehen müssen, sollte zu einem Weg des Lebens werden. In den Gruppen wurde diese Aktion sofort besprochen. Wichtig für unsere Teilnahme war die Forderung, daß außer dem Kreuz Transparente mit eigenen Lösungen mitgeführt werden durften, um Distanz zur staatlichen Friedensarbeit zu dokumentieren.

Auftakt des Pilgerweges war eine Kundgebung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück am 2. September 1987. Nach und nach füllte sich der Platz am Mahnmal. Einige Genossen rieben sich die Augen, als sie die Teilnehmer des Pilgerweges mit ihrem Kreuz und den Transparenten mit den verbotenen Lösungen und Emblemen sahen, die öffentlich in dieser Vielfalt zum ersten Mal in der DDR gezeigt wurden und die sonst immer eine „Zuführung“, d.h. Verhaftung nach sich zogen. Die Gruppe, die sich um das Kreuz versammelte, war bedeutend größer als der staatliche Block, bestehend aus Sportlern und Genossen von der Kreisleitung der SED, vom Rat der Stadt und des MfS.

Gleich hinter Himmelpfort kam es zu einem kleinen Gerangel. Das Plakat mit der Aufschrift „Abrüstung auch in Schule und Kindergarten“ gefiel den staatlichen Marschierern nicht. Wir trugen es noch bis zum Abend. Am Übernachtungsort, nahe Tornow, vereinbarten die Verantwortlichen beider Seiten, die Aufschrift des Plakates zu ändern. Der neue Text lautete nun: „Keine Feindbilder in Familie, Schule und Kindergarten“.

In jedem Dorf an unserer Route das gleiche Bild. Am Dorfeingang Begrüßung durch Bürgermeister und Pfarrer, Kindergarten und Einwohner. Dann gingen die Pilger zum Friedensgebet in die Kirche, während die Gruppe der staatlichen Marschierer wartete, damit nach dem Gebet gemeinsam der Friedensbaum gepflanzt werden konnte. In manchen Orten bat sogar der Bürgermeister die Teilnehmer des Friedensmarsches zum Gebet.

Die Route verlief über Marienberg, Ribbeck, Mildenberg, Zehdenick, Falkenthal und Grüneberg. Ein Pfarrer hatte seine Trompete mitgenommen. Ab und zu stellte er sich an den Wegrand, ließ die Pilger an sich vorüberziehen und blies Choräle. Feldarbeiter und Traktoristen hielten in ihrer Arbeit inne, und oft hörten wir laute Zustimmung und Beifall. Mit uns zog auch ein britischer Bischof, Gast des Bundes evangelischer Kirchen. Gerade erst einen Tag in der DDR, hatte er von dem Pilgerweg gehört und wollte unbedingt daran teilnehmen.

Als uns eine Marschkolonne der Nationalen Volksarmee entgegenkam, hielt die Volkspolizei die Militär-LKW's und Schützenpanzerwagen an. Sie mußten an die Seite fahren, um die Teilnehmer des Friedensmarsches vorbeizulassen. Die Soldaten und Offiziere staunten nicht wenig über die verschwitzten und staubi-

gen Menschen mit den fröhlichen Gesichtern, über die Plakate und das Kreuz. Einigen Soldaten reichte ich kleine Anhänger aus Karton. Ich hatte sie von West-Berliner Freunden bekommen, auf ihnen war eine Friedenstaube zu sehen und die Losung des konziliaren Prozesses „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“. Sofort kam ein „ziviler Marschierer“ vom staatlichen Block auf mich zu und fragte, was ich da zu verteilen hätte. Ich überreichte auch ihm ein Schildchen.

Der Einzug in Grüneberg war für uns alle ein unvergeßliches Erlebnis. Es dunkelte schon, als wir ankamen. Die Kirchgemeinde hatte die Kirchhofmauer mit Hunderten brennender Kerzen geschmückt, die von weitem leuchteten und uns willkommen hießen. Ein Liedermacher saß am Wegrand und sang sein Lied: „Tief bewegt sein ist was Schönes, besser ist sich selber zu bewegen ...“. Stasileute entrissen ihm die Gitarre. Ein junger Amerikaner in unseren Reihen fragte empört, ob er hier wirklich beim Olof-Palme-Friedensmarsch sei.

Der Zug wuchs mit jedem Kilometer, den wir zurücklegten. Auf dem Weg zur Fernverkehrsstraße 96 hörten wir plötzlich Trommelklänge. Sie kamen von drei buddhistischen Mönchen, die für den Frieden durch Europa pilgerten. Auch sie schlossen sich uns an. Auf der Fernverkehrsstraße folgten uns die ungläubigen Blicke vieler Autofahrer. In Nassenheide war der Zug auf etwa 15.000 Teilnehmer angewachsen, unter ihnen 500 bis 600 Christen, die hinter dem Kreuz gingen.

So zogen wir in Oranienburg ein, vorn der große staatliche Block, dahinter die Pilger mit dem Kreuz, den Plakaten und Transparenten. Wir sangen Lieder der Friedensbewegung: „Wir wollen wie das Wasser sein, das weiche Wasser bricht den Stein ...“; „Ein jeder braucht sein Brot, seinen Wein ...“; „Verleih uns Frieden gnädiglich ...“; „We shall overcome...“. Die Straßen, auf denen wir zum ehemaligen KZ Sachsenhausen in Oranienburg zogen, waren dicht gesäumt von Menschen.

Die letzten beiden Kilometer zum Konzentrationslager gingen wir schweigend. Nach der Abschlußveranstaltung, auf der Vertreter aller beteiligten Gruppen sprachen, versammelten sich die Teilnehmer des Pilgerweges an dem Ort, wo ehemals die Verbrennungsöfen standen. Der thüringische Landesbischof Dr. Leich las den Klagepsalm 22 und sprach davon, daß der Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit niemals vergeblich sei, auch nicht angesichts des Todes.

Der Pilgerweg war nur eine Station auf dem Olof-Palme-Friedensmarsch vom 1. bis 19. September 1987. Die Erfahrungen dieser Tage machten uns Mut, unseren Weg fortzusetzen.



Partitur von Niels-Ingo Prese aus „Gehn wir doch zum Strand“, 1988

Keiner wollte uns Eine Zeitschrift im Selbstverlag

*We – Want – The – World – And –
We – Want – It – Nowwww
Jim Morrison*

„Gehn wir doch zum Strand“: „Vamos a la playa“, von welcher Band auch immer gespielt, war 1988 der Hit schlechthin, und gleichzeitig der Verlegenheitstitel unserer Zeitschrift.

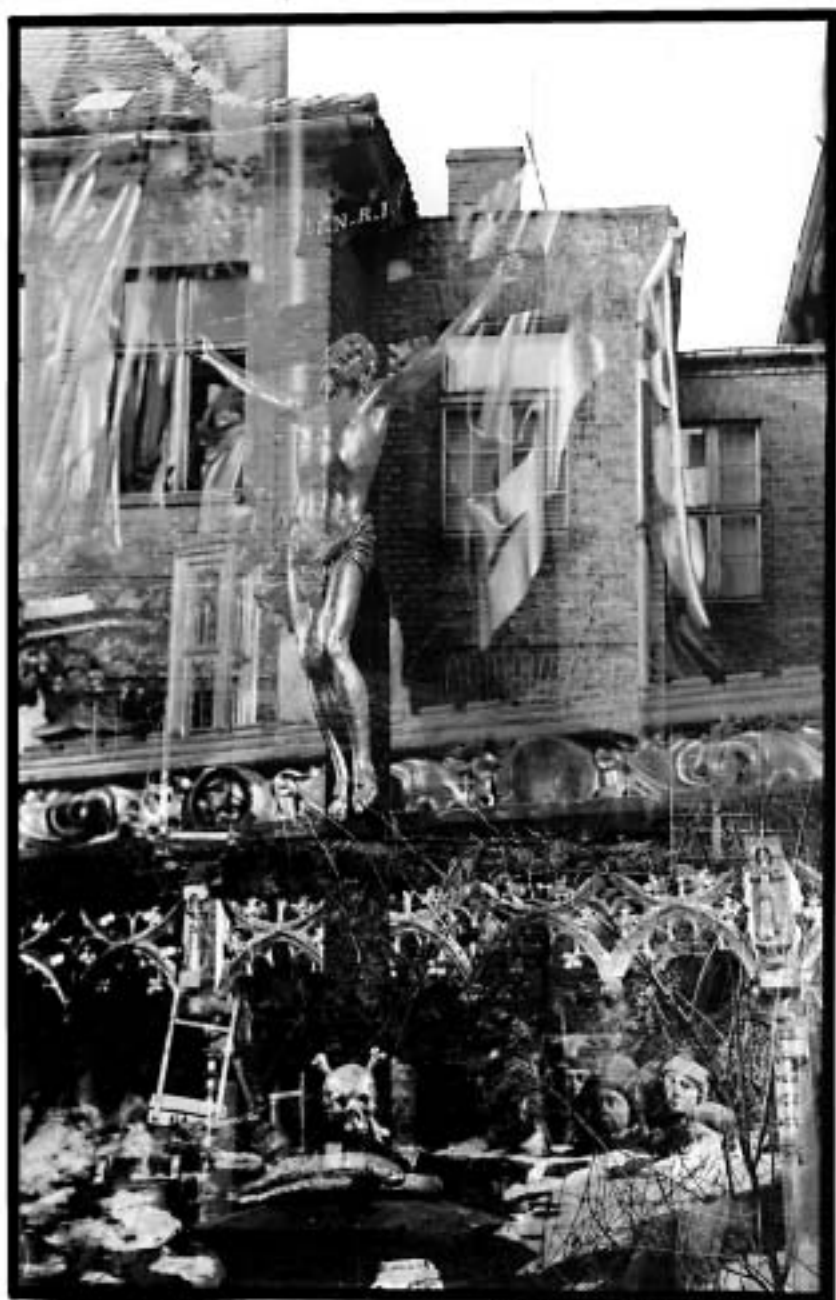
Ein Jahr lang haben wir frühmorgens oder spät abends an dem Blatt gewerkelt. Selbst Jörg Niebelschütz' Gedichte wurden einer Korrektur unterzogen. Endredaktion sozusagen.

Gut zehn Jahre später ist es schwierig, Anekdotisches von Faktischem zu trennen, ein Lebensgefühl erinnernd heraufzubeschwören, das eigentlich schon zweitausend Lichtjahre entfernt ist. Mir jedenfalls fällt das schwer. „War doch witzig!“, würde mir zuallererst einfallen, und danach erstmal nicht viel mehr.

Lange Zeit waren wir Honeckers vergrätzte, weil unangepaßte Rest-Jugend,



Zeichnung von Wolf-Dieter Pfennig aus
„Gehn wir doch zum Strand“, 1988



Fotocollage von Ralf Petsching

ja sowas wie Verhinderte: Abitur oder Lehre gemacht, GST-Lager (Gesellschaft für Sport und Technik, paramilitärische Jugendorganisation) und Armee absolviert, letztlich in irgendeinem Job untergekommen, oder auch nicht, war auch nicht so wichtig. In dem Versuch, uns der Linearität einer DDR-Kaderkarriere zu entziehen, bewegten wir uns – so jedenfalls scheint es mir rückblickend – auf einer immerwährenden Kreisbahn des Konjunktivs. Wir könnten, wir würden, ach, hätten wir mal. Abhauen können wir ja immer noch.

Wo auch immer wir rumhingen, ob im Café Heider, im „Claudius“ oder im „Spartakus“, wir pflegten vor allem unser Verhindertsein: denn wir waren ja verhinderte Musiker, verhinderte Photographen, verhinderte Regisseure und Schauspieler, verhinderte Autoren. Keiner wollte uns, wir wollten niemanden. Die Aussicht, in den staatlich-parteilich gelenkten Kulturtempel Einlaß gewährt zu bekommen, war gleich Null oder einfach nicht unsere Kragenweite.

Also keine Ausstellungen, keine Konzerte und Filme, keine Bücher. Nicht von uns. Nie realisierte Projekte waberten weiter im Karo-Dunst, von Luftschlössern konnte im eigentlichen Sinne nicht unbedingt die Rede sein, aber viel mehr wurde auch nicht daraus.

Mitte der achtziger Jahre kam es doch, für mich jedenfalls, nahezu explosionsartig zu einer dann sehr schnell, sehr breit werdenden „subkulturellen Bewegung“, die zunächst auf Leipzig und Berlin beschränkt blieb. Hinterzimmer-Theater, Galerien in wrackigen Industriebauten entstanden ebenso wie dubiose Super-8-Filme, halböffentliche Punk-Konzerte, Happenings, handgeschriebene Erstveröffentlichungen etc.

Der Deckel war nicht mehr draufzuhalten. Stasi und Kulturbund hin oder her; viele, die (noch) blieben, wollten plötzlich doch mehr, als zum millionsten Mal den „Steppenwolf“ oder etwas von Fassbinder und Baselitz durchzukauen, sie wollten loslegen, ventilierten, sie taten ganz einfach was.

Das so in etwa war der Rahmen, in dem Carsten Wist, Ralf Petsching und ich zueinander fanden und unser Blatt aus der Taufe hoben. Unsere Intentionen waren dennoch höchst unterschiedlich: Ralf schwebte ein bibliophiles Meisterstück vor, Carsten war eher nach Fausts wahnsinnigem Studierzimmer, und ich hätte eigentlich viel lieber in einer Band gespielt. „The Clash“ waren damals meine Favoriten. Trotz dieser Brisanz, die in manchen Lektorats- und Herstellungsstunden das Heft tatsächlich drohte hochgehen zu lassen, einte uns eine bisher unbekannte Energie, das Ding wirklich durchzuziehen. Ralf erfand den Siebdruck neu und klaute in der Defa die Zutaten, Carsten und ich schlugen grimmig auf ausgelatschte Schreibmaschinen ein, um eigene und Manuskripte angeheuerter Hausautoren zu

Druckvorlagen umzuschreiben. Allein der Gestank von Siebdruckfarbe ist ätzend. Jeder versaute Druck war ein Tag oder eine Woche für nichts.

Kein Copyshop weit und breit, und danach stand eigentlich auch nicht unser Sinn. Unsere Erwartungshaltung war absolut offen; ein Druckwerk sollte entstehen, das Künstlern und Autoren und uns selbst natürlich Vehikel war, da zu sein. Ohne den Segen von Elmar Faber oder Klaus Höpcke oder sonstwem. Wir sammelten Manuskripte, lektorierten – oder auch nicht – Autoren, baten um Graphiken und Photographien und rakelten teerige Farbe über Siebdruckvorlagen auf Papier, das zufällig im Hauseingang des Druckhauses Stein rumlag. Tatort war das Holländerviertel, irgendwo da, wo jetzt der „Wohnart“-Laden residiert, ein, zwei Stockwerke darüber. Dort war Ralfs Wohnung, und gedruckt wurde auf dem Dachboden, der auch von irgendeinem Säufer besetzt war, der aber nie leibhaftig auftauchte. Von gegenüber dröhnte Tom Waits „Nighthawks at the dinner“ – Brösel hatte schon damals einen eher morbiden, jedoch exzellenten Musikgeschmack und kam an Westplatten ran.

Die Zeit ohne Terrakottablumentöpfe und ausgebaute Dachgeschosse im Holländerviertel als „schön“ zu bezeichnen, ist möglicherweise oberflächlich-nostalgisch, die Kreativität jedoch, die – beileibe nicht nur von uns – aus dem vermeintlichen Nichts emporschoß, war sensationell. Sensationell belebend nach soviel Dumpfheit und zu vielen „Karos“. Und nicht nur Brösel wohnte um die Ecke, auch Olga Maslo, Bernd Kränkel, Lothar Krone, K.-C. von Wedemeyer, Jörg Niebelschütz und werweißwernoch. Genauso, nicht ganz repräsentativ und dennoch homogen trotz aller Unterschiedlichkeit, empfinde ich „Gehn wir doch zum Strand“, unser Blatt, unser Buch, unser Baby mit drei Vätern. Und bin beeindruckt. Ein rotziger Niebelschütz besteht neben einem philosophierenden Michael Schindhelm, Olga Maslo kann noch mit Wolf-Dieter Pfennig, und Gunnar Porikys' Gelatypien nebst Text begreife ich erst jetzt in ihrer Schönheit. Damals nervte mich Petschings Erbsenzählerei, was Gestaltungsfragen anging. Heute muß ich sagen: Sorry, Ralf – ich bin stolz auf dich! Inhalt und Form hätten nicht besser miteinander verwoben werden können.

Ein Jahr Leben, angefüllt mit Renitenz, die frei von Dogmatik war, also wirklich frei. Jedenfalls für mich. Kein schlechtes Jahr also.

Der einzige, der wirklich seinen Hintern riskierte, war Buchbinder Christian Rüss, damals schon Privater, der ohne zu zögern den Inhalt in zwei Buchdeckel band. Sorgfältig, sauber, solide. Wie es sich gehört. Nummer für Nummer. Also ziemlich genau 99 Stück.

Was tun? Was tun!

Die Gruppe „Argus“

„Wenn dann erst die kleinen Gruppen arbeiten ...“, sagt Carola Stabe. Es ist Frühjahr '89. Noch ist sie Lehrerin. „Wenn es soweit ist – was meinst du damit, Carola?“

„Es wird noch drei, vier Jahre dauern“, fährt sie mit der ihr eigenen Selbstgewißheit fort.

Dabei hat es schon angefangen.

Auch für Carola begann es mit Gorbatschow. Am 16. Februar 1987, beim Internationalen Forum zu Friedensfragen, wurde der Satz geprägt: „Es fängt an, wo es anfängt: bei dir“, wenn wir „die große Familie der Menschheit“ retten wollen.

Carola Stabe will umweltpolitisch Einfluß nehmen. Am 7. April 1988 konstituiert sich in Potsdam, hervorgegangen aus der Gruppe „Natur und Umwelt“ beim Kulturbund der DDR („Vogelstimmensurfer und Stasi“, sagt Carola), eine Gruppe, die neben kirchlichen Initiativen und nicht auf deren Raum begrenzt wirken will. Darin sind sich Carola Stabe und Matthias Platzeck, beide fortan „feindlich- negative Kräfte“, einig. Es bildet sich die Interessengemeinschaft „Stadtökologie“. Auch Dietmar Reichelt und Christoph Janecke gehören dazu. Im Dezember 1988 wird daraus die IG Umweltschutz und Stadtgestaltung, die sich Anfang 1989 zur Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz und Stadtgestaltung erweitert, eben „Argus“. Und mit Argusaugen wollen die Mitglieder wachen über den Fluß, die Seen, die Stadt.

Wer soll die Leitung übernehmen? Nach einigem Bedenken (sie hat drei Kinder) sagt Carola, gesegnet mit dem Erbgut eines entschlußkräftigen Vaters: „Gut ich mach's.“

Die Gruppe sucht Verbindung zu kirchlichen und anderen Kräften in der Stadt, im ganzen Land. Sie will Diskussionen in Gang setzen, zum Nachdenken anstiften, Anstöße zum Handeln geben. Im ersten Argus-Informationsblatt mit An-

sichten, Einsichten, Aussichten, an dem Carola Stabe, Matthias Platzeck, Christoph Janecke und Bob Bahra arbeiten, steht ihr „Glaubensbekenntnis“. So nennt Matthias Platzeck den Text später. Dort heißt es: „Wir wollen dazu beitragen, in unserer Stadt Potsdam die ökologischen, sozialen, ästhetischen und anderen Anforderungen in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit, wie wir sie sehen und empfinden, deutlich zu machen, bewußtseinsfördernd zu wirken und zu Aktivitäten innerhalb und außerhalb der privaten Sphäre anzuregen. Wir wollen aktiv an der Planung und Gestaltung der Umweltbedingungen in der Bezirksstadt mitwirken und uns dabei für sinnvolle Strukturen einsetzen, die wiederum sinnvolle soziale Verhaltensweisen hervorrufen und bestimmen ...

Wir wollen, daß die Gestaltung unserer Stadt von einer zunehmenden Durchdringung der Stadtfunktionen mit dem natürlichen Umfeld gezeichnet wird, Rhythmus und Maßstäbe der Natur so wenig wie möglich verletzt werden und durch den Menschen zu seinem eigenen Nutzen geschont werden.“

Die Frage „Was tun?“ verwandelt sich in die Aufforderung „Was tun!“ Alle im Lande arbeitenden Gruppen müssen voneinander wissen, voneinander lernen. Der Plan für ein DDR-weites Treffen entsteht. „Die da oben“, so lautet der Einspruch des Kulturbundes, „gestatten es nicht.“ Carola fragt: „Wer sind die da oben? Wer verbietet es?“ Und Carola Stabe und Matthias Platzeck beschließen: „Wir fahren nach Berlin. Ganz nach oben!“ Doch zu wem? Zuerst zum Kulturbund! Dr. Rolf Caspar, der Sekretär für Natur und Umwelt beim Kulturbund, schiebt seinen Schreibtisch frei: „Was ihr macht, ist gut. Ich bin ab heute euer Verbündeter.“

Die Vorzimmerdame der Abteilungsleiterin für Kultur im ZK der SED meldet der Genossin Ragwitz: „Hier sind zwei junge Genossen, die wollen ...“, sie sucht nach einem Begriff für das ungewöhnliche Anliegen und fährt fort: „...ein DDR-ähnliches Treffen machen.“ Carola Stabe und Matthias Platzeck werden vorgelassen, obwohl sie nicht Genossen sind, und kehren mit dem Segen „von ganz oben“ für ihr Vorhaben zurück.

Erinnerung geworden sind Mühsal und Komik bei der Vorbereitung des Treffens. In der Schule war Carola das Telefonieren untersagt, sie gehörte nicht zu den Glücklichen, die zu Hause über ein Telefon verfügten. Am Wochenende vom 7. - 9. April 1989 findet auf Initiative der Potsdamer das Treffen statt. Alle Teilnehmer werden privat untergebracht. 121 Vertreter aus 24 Arbeitsgemeinschaften Umweltschutz, Stadtökologie und Stadtgestaltung bevölkern das Bernhard-Kellermann-Haus in der Mangerstraße und beraten in vier Arbeitskreisen über Stadtgrün, Umweltrecht, Umwelterziehung, Informations- und Öffentlichkeits-



Dortustrasse 68 im Jahre 1989

arbeit, Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen und Betrieben, Gestaltung und Entwicklung der Stadt. Sieben überregionale Projektgruppen bilden sich. Das Argus-Blatt soll alle zwei Monate erscheinen und informieren, anregen, Fragen stellen.

Der Architekt Norbert Blumert führt die Teilnehmer des Treffens durch die Stadt, erläutert die Schönheit der denkmalgeschützten barocken zweiten Stadterweiterung. Probleme der kommunalen Wohnumwelt und die Wahrung kultureller Identität der Stadt werden erörtert.

Auf einer öffentlichen, von Argus im Kellermann-Haus getragenen Veranstaltung liest Blumert aus seiner einst als Dissertation gedachten und nicht angenommenen Arbeit, ein Werben darum, daß die Stadt ihr Gedächtnis und ihre Geschichte nicht verlieren möge. Sein Chef tadelt ihn. Er wünsche nicht, daß Blumert sich mit „diesen Argus-Leuten“ einlasse. Eintrag in die Kaderakte.

Die Älteren in der Gruppe, die Maßregelungen dieser Art fast für eine Auszeichnung nehmen, denken, als sie ihn trösten, womöglich für den Bruchteil einer Sekunde: Daran muß er sich gewöhnen. Kann sein, Bob Bahra hat es sogar

so gesagt. Dabei hat er sich selbst nie daran gewöhnt, eingesessen hat er sogar dafür, damals, 1968, als in Prag die Panzer rollten. Die Seite mit dem Text über Einmaligkeit und Gefährdung der zweiten barocken Stadterweiterung muß entfernt werden, damit das Argus-Blatt erscheinen kann.

Der Erhalt der alten Innenstadt bleibt Thema in der Stadt. Junge Leute, vor allem Fachhochschüler, demonstrieren gegen den Abriß. Am 4. Mai 1989 gibt es im Humboldt-Klub-Potsdam unter der Gesprächsleitung des Architekten Christian Wendland eine Diskussion zum innerstädtischen Baugeschehen mit dem Stadtarchitekten Wendel. Argus lädt zum 6. Juli erneut zu diesem Thema ein. Die Bürger von Potsdam haben begonnen, sich verstärkt für ihre Stadt zu interessieren. Maria Rieser hat sich mit ihren Schülern des heruntergekommenen Uferstreifens am Heiligen See angenommen. „Gebt dem Grün eine Chance ...“, auch andernorts. Nicht nur am Schlaatz soll es nicht länger „geplante Einzelbäume“ geben.

Welch seltsamer Sommer! Einerseits glich die Stadt einem stehenden Gewässer. Selbst die alten Bäume im Park standen reglos im Netz aus Raum und Zeit. Dahinter, darunter suchte die Sehnsucht nach Veränderung und Aufbruch ihre Wege. Die vier Tulpenbäume im Neuen Garten, beheimatet im Fernen Osten, blühten orange mit feinen gelben Blütenkrallen, als in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens von den Studenten ausgetragen wurde, was doch auch uns betraf. Die Agave Doryanthes palmeri, die nur ein einziges Mal blüht, stand vor der Orangerie im Park. Seit Wochen, seit Tagen wuchs – schmerzhaft anzuschauen – die Knospe, ein Bündel aus lebenden Speerspitzen. Als sie endlich aufbrach, war es, als quölle Blut aus ihnen. In dieser einzigen aufbrechenden Blüte schien sich das Aufbegehren jenes Sommers zu sammeln. Unzählige Samen fielen auf die Erde.

Der Aufruf des Neuen Forums geht von Hand zu Hand. Argus bringt sich mit seinem Anliegen ein. Bob Bahra fotografiert seit Tagen und sucht Verbündete für den Erhalt des Hauses in der Dortustraße 68, in dem Theodor Storm von 1854 – 1856 gelebt hat. Wie bei anderen Häusern der Dortustraße steht der Abriß bevor. Im Bemühen, gerade dieses Haus zu retten, kulminieren die Unternehmungen für den Abrißstopp. Junge Leute wollen es besetzen und die Fotografien verbreiten. Jemand denkt an Hungerstreik. An einem Sommerabend sitzen wir bei Bob Bahra zusammen und beraten über den Erhalt des Hauses: Carola Stabe, Norbert Bluemert, Matthias Platzeck, die Buchhändlerin aus der Stiftungsbuchhandlung.

Ein Schaukasten entsteht. Doch niemand, auch nicht die feine, große Bibliothek am Platz der Einheit, findet den Mut, das arglose Gebilde, das an Storms Leben in Potsdam erinnert, in sein Fenster zu holen, bis auf die kleine Stiftungsbuchhandlung in der Gutenbergstraße.

Alle Bemühungen retten das Haus nicht. Aber auch als in der Dortustraße eine Baugrube gähnt, gehen die Versuche weiter, die Innenstadt mit den denkmalgeschützten Häusern zu retten. Sterile Wohnstraßen sollen nicht das alte architektonisch komponierte Gebiet ersetzen! Während die Erinnerungen an die historische Stadt getilgt werden sollen, preist das „Neue Deutschland“ in jenen Augusttagen den „Aufstieg der DDR als die größte revolutionäre Tat in der deutschen Geschichte“.

Das zweite DDR-weite Treffen steht an. Da ähnliche organisatorische Hürden genommen werden müssen wie beim ersten, deklariert Carola das Treffen kurzerhand als Feier zum 40. Jahrestag der DDR. Am 7. Oktober nachmittags beginnt die erste öffentliche Demo in Potsdam: „Wir bleiben hier, verändern wollen wir!“ Zum ersten Mal laut in aller Öffentlichkeit. Später, auf dem Weg ins Kulturbundhaus Bernhard Kellermann, das die Umweltaktivisten, inzwischen aus Nord und Süd nach Potsdam angereist, bevölkern, hören wir: Die Polizei hat junge Leute aus dem Café Heider „zugeführt“.

Nur die Leipziger sind nicht beim Treffen anwesend. Ihnen steht die große Montagsdemonstration am 9. Oktober mit ungewissem Ausgang bevor. Rolf Caspar, aus Berlin gekommen, beginnt: „Ich bin heute gern hier, denn in der Umgebung von Panzern und Soldaten fühle ich mich nicht wohl, kann ich mich erst recht nicht freuen!“ Er übermittelt die Nachricht von dem brutalen Einsatz der Sicherheitskräfte gegen die Demonstranten in Berlin, von dem wir voller Entsetzen und Angst gehört haben.

Leidenschaftlich widerspricht er dem zynischen Satz Honeckers, man weine den Weggegangenen keine Tränen nach. „Soviel Tränen haben wir gar nicht, wie wir weinen müßten, und wir wissen nicht, wie wir die Lücke schließen sollen.“ In einem mitreißenden, von Beifall unterbrochenen Referat erinnert er an die schöpferische Arbeit, die Würde des Menschen, die Umweltkultur und die politische, an die Fähigkeit zur Demokratie. „Die Ökonomie“, so beschwört Rolf Caspar die Zuhörer, könne nicht zum Sinn der Geschichte werden, nur eines ihrer strategischen Mittel sein.

Die Stasi kommentiert den Abend: „Der Ablauf der Veranstaltung wurde wesentlich durch ständige Eingriffe der hinlänglich charakterisierten Personen Stabe, Carola und Platzek, Matthias politisiert, weshalb es zu einer Eskalierung der Situation kam ... Durch die vordergründige Einbeziehung von ‚Vor-Ort‘-Berichten aus Leipzig und über die Zusammenrottungen in der Potsdamer Innenstadt forcierten diese feindlich negativen Kräfte die Atmosphäre, um den Boden zu bereiten für eine sogenannte Willenserklärung.“ Diese Willenserklärung, in der es hieß: „Wir sollten den Kulturbund zum Boden für Veränderungen machen,

Entwürfe liefern und Akteure sein“, wurde indes mit starkem Beifall aufgenommen und von 58 Teilnehmern aus 25 Interessen- und Arbeitsgemeinschaften in der DDR unterzeichnet. Die versammelten Gruppen sagen sich an jenem Abend vom Kulturbund los und bilden den Grundstein für die sich entwickelnde „Grüne Liga“ mit Carola Stabe als Vorsitzender.

Carola Stabe versucht, Diskussionen im Humboldt-Klub in Gang zu setzen, u. a. die mit Markus Wolf am 9. November 1989. Seine „Troika“ ist eben erschienen. Manch einer, auch Erstunterzeichner des Neuen Forums, halten Wolf für einen Hoffnungsträger, für einen „Zeugen des Aufbruchs“. Braungebrannt und geschmeidig springt der Ex-Stasi-Chef aufs Podium inmitten des dicht besetzten Saales. Ein plaudernder Bestsellerautor in Taubengrau. Wie steht er rückblickend zu den Ereignissen 1968 in Prag? Natürlich stand und steht er zu den alten Beschlüssen. Im übrigen hatte er „keine Probleme mit den ihm gestellten Aufgaben“. Ohnehin sei er nur zuständig gewesen für ausländische Gäste, die ins Land kamen. Ein lächelnder Wolf im Schafspelz!

Da reißt jemand die Tür auf und sagt sehr leise:

„Ihr könnt aufhören. Die Mauer ist offen.“

Warum haben wir nicht früher begonnen?

Die Rettung des Pfingstberges

Immer, wenn ich den zugewachsenen Pfad vom Kapellenberg entlang des jüdischen Friedhofs zum Pfingstberg ging, war ich wie jeder Besucher, den ich auf diesen verschlungenen Wegen führte, sprachlos angesichts der sich gigantisch auftuenden Kulisse, die in völliger Einsamkeit über der Stadt thront. Wenn man dann durch eine der offenen Luken ins Innere des Belvedere eindrang, waghalsig auf steil abfallenden Mauerabsätzen emporkletterte und, oben angekommen, endlich den Blick vom Westturm des Belvedere auf Potsdam genoß, konnte man sich der Magie des Ortes nicht mehr entziehen. Die Schönheit dieser Aussicht ist nicht zu beschreiben. Man erlebt sie so intensiv, daß diese Bilder nie mehr verloren gehen.

Die ins Grün eingebetteten Grundmauern des Pomonatempels, innen und außen bewachsen, das Belvedere wie Dornröschens Schloß, zwar nicht mit Rosen, aber doch wild zugewuchert – kaum noch erkennbar die alten Strukturen der Gartenanlage. Es ist ein Ort, der die Seele anspricht: die Ruhe des Innenhofes, die Spiegelungen der Arkadenbögen im Wasser des Bassins, das Gefühl der Geborgenheit innerhalb der hohen Umfassungsmauern, das Zwitschern der Vögel, das ruhige Kreisen des Turmfalken.

Man war zum Eindringling in einen Ort geworden, der ausgelöscht werden sollte. Überlegungen, das in seiner Funktion für die Wasserversorgung des Neuen Garten bestimmte Bassin im Inneren des Belvedere durch ein neues aus Beton zu ersetzen und damit die letzte Notwendigkeit zum Erhalt des Gebäudes zu beseitigen, konnten nur Köpfen entspringen, die stumpfsinnig „Planerfüllung“ betrieben.

Warum gründete sich eine „Arbeitsgemeinschaft Pfingstberg“? Warum entstand „Argus“? Warum entstanden zeitgleich und voneinander unabhängig in vielen Städten der DDR Initiativen, die gesellschaftliche Zustände verändern wollten? Nicht aus purer Lust an der Opposition, sondern aus der Erkenntnis,

daß die herrschenden Zustände nicht länger hinnehmbar waren, und aus dem Wissen, daß Änderung gelebt werden mußte und von den Regierenden nicht zu erwarten war. Wir waren keine Regimegegner wie jene, die im Gefängnis oder durch Ausbürgerung tatsächlich gelitten haben. Wir waren Kritiker, deren Bereitschaft, auf die vom Staat gewünschte Anpassung einzugehen, aufgebraucht war. Die vielfach benutzte Vokabel „Widerstand“ wäre eine Anmaßung gegenüber all denen, die in nicht vergleichbaren Situationen tatsächlich Widerstand geleistet haben. Wir wollten die Staatsmacht einfach nur beim Wort nehmen, ein paar der zahlreichen politischen Luftblasen mit Inhalt erfüllen.

1987 sollte ich eine Belegarbeit im Studienfach Kulturtheorie/Ästhetik schreiben. Ich konnte das Thema frei wählen und entschied mich für den Potsdamer Pfingstberg. Der nahezu völlig in Vergessenheit geratene Ort war mir Sinnbild für Kultur ebenso wie für Theorie und Ästhetik einer Epoche. „Der Pfingstberg: Gestern – Heute – Morgen?“ nannte ich meine kleine Belegarbeit, die sich nach kurzer Darstellung der historischen Bezüge mit dem damals verwahrlosten Zustand und mit Überlegungen zur Zukunft des Berges befaßte. Die Frage, wer Verantwortung für den Verfall trug, ließ sich so konkret nicht beantworten, es wäre auch müßig gewesen, mit Überlegungen darüber Zeit zu verschwenden. Es war sinnvoller, etwas zu tun.

Der Hausherr des Pfingstberges und seiner Anlagen, die Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam Sanssouci, besaß eine nur eingeschränkte Selbständigkeit in der Festlegung von Prioritäten und keine ausreichenden Finanzen, um den Pfingstberg der Verwahrlosung zu entziehen. Die Stadt – sprich: die Parteizentrale – schenkte dem Pfingstberg keine Aufmerksamkeit.

Als ich Prof. Hans-Joachim Giersberg, dem damaligen Schlösserdirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam Sanssouci, heute Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, im Oktober 1987 meine Belegarbeit vorstellte und vorschlug, gemeinsam etwas für den Pfingstberg zu unternehmen, war er skeptisch ob der Realisierbarkeit, aber begeistert von der Idee. Wir einigten uns zu beginnen, wenn ich 20 Mitstreiter gefunden haben würde.

Ständig stärker gärender Unmut über die allgemeinen Zustände, wachsendes Fernweh, Unverständnis für dogmatisches Abwiegen auch von bescheidensten Wünschen nach persönlicher Selbstbestimmung öffneten mir im Freundes- und Bekanntenkreis Ohren und Herzen für mein Anliegen. Schnell fanden sich Menschen, die bereit waren, mit anzupacken und ihre eigene kleine Freiheit zu verwirklichen, indem sie diesen Ort zu dem ihren machten.

Wir mußten eine Organisationsform finden, die zwar angepaßt war an die Bedingungen des Systems, aber doch den erwünschten Freiraum schuf. Auf Vorschlag von Prof. Giersberg nahmen wir Kontakt mit dem Kulturbund auf und gründeten dann nach einigen Gesprächen und Überlegungen die „Arbeitsgemeinschaft Pfingstberg im Kulturbund“ als ausdrücklich selbständige Arbeitsgemeinschaft. Giersberg hielt schützend seine Hand über uns. Am 20. Februar 1988 fand die erste Zusammenkunft der AG Pfingstberg statt. Wir besuchten die Plankammern der Stiftung Schlösser und Gärten und ließen uns anhand von alten Plänen, Fotos, Zeichnungen und Modellen über den Pfingstberg und seine Vergangenheit unterrichten.

Mit einem geliehenen Leiterwagen voller Gartengeräte zogen wir gemeinsam auf den Berg, im Fahrradanhänger Getränke, Brötchen, Schmalzfleisch, Bockwürste. Alle vierzehn Tage fanden diese Arbeitseinsätze statt, ohne Anwesenheitslisten, ohne irgendeinen Zwang. Man mußte sich nicht entschuldigen, wenn man fernblieb. Diese Ungezwungenheit hielt uns zusammen. Ob Student, Doktor, Tischler, Hebamme oder Lehrer – uns alle verband der Geist des Ortes. Da rotteten sich keine Staatsfeinde zusammen, wie man offiziell argwöhnte – wir wollten einfach leben und uns dafür einen Freiraum schaffen. Wir genossen das Gefühl, gemeinsam die gerodeten Äste zu verbrennen und vor der historischen Schloßanlage im offenen Feuer zu grillen. Dabei wunderten wir uns ein bißchen, daß das möglich war. Warum hatten wir nicht früher begonnen?

Wir fanden schnell Verbündete. Mit Herrn Feiler, dem Abteilungsleiter der Abteilung Natur und Umwelt des Potsdam-Museums, unternahmen wir mehrfach Spaziergänge, damit wir bei den Rodungsarbeiten nicht unwissentlich Lebensräume zerstörten. Wir lernten, daß die Kombination von Freiflächen, Sträuchern, Hecken und kurzgeschorenem Rasen wesentlich mehr Freiraum für eine Vielfalt von Lebewesen bietet, als der im Laufe der Jahrzehnte entstandene Urwald, dem wir zu Leibe rücken wollten.

Otto Raudenski, der zuständige Gartenabteilungsleiter für den Neuen Garten, betrachtete unseren ehrenamtlichen Eifer anfangs skeptisch. Aber er machte den alten Leiterwagen flott, gab uns ein paar alte Spaten, Spitzhacken und Äxte und vor allem die notwendigen Anleitungen zum Beschneiden der Linden des Laubenganges.

Natürlich wurden wir beobachtet. Man versuchte, unsere „eigentliche“ Motivation zu ergründen. Wollte diese Gruppe wirklich nur die alte Schloßanlage gegen wieder zu neuem Leben erwecken? Bei einem unserer Arbeitseinsätze er-

schienen zwei junge Männer, die sich als Betriebszeitungs-Redakteure einer größeren Baugesellschaft in Potsdam ausgaben und unsere Arbeitsgemeinschaft in ihrer Zeitung näher vorstellen wollten. Bereitwillig gaben wir Auskunft über das, was wir taten und vorhatten. Auf ihre Fragen nach Namen und Adressen baten wir sie, sich doch an jeden einzelnen zu wenden. Sie verschwanden schnell, ein Artikel erschien nicht und bei unserer telefonischen Anfrage bei der Baugesellschaft stellte sich heraus, daß es die genannte Zeitung nicht gab.

Ein weiterer Versuch der Staatssicherheit, in unsere Gruppe einzudringen, war das Angebot an Sebastian Funke, als Gegenleistung für Informationen Einfluß darauf zu nehmen, an welchem Ort und zu welcher Zeit er seinen Armeedienst als Bausoldat ableisten müßte, damit er sein Studium nahtlos anschließen könne. Er hat abgelehnt und über die Offerte beim nächsten Arbeitseinsatz ausführlich berichtet. Er hat keine weiteren Angebote erhalten.

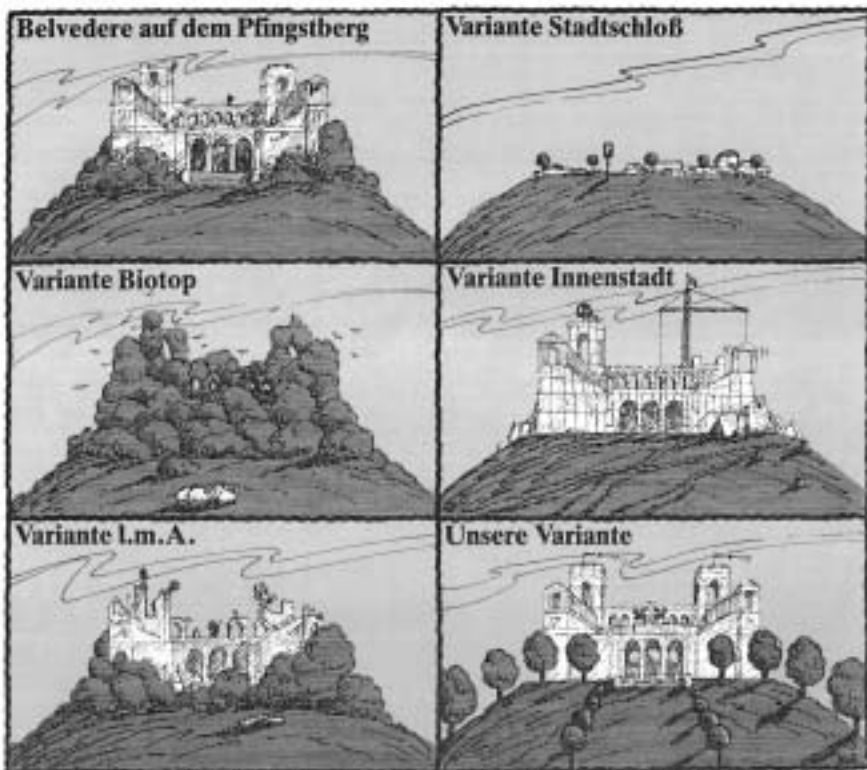
Eine Journalistin bat mich um die Anschriften der Gruppenangehörigen, damit sie sich für ihre Reportage über die AG an die einzelnen Mitglieder wenden könne. Ich lud sie statt dessen zu unserer Weihnachtsfeier ein, dort könne sie sich mit allen Vereinsmitgliedern unterhalten. Angeblich fand sie unsere hellerleuchtete offene Wohnung nicht.

Juliane Nitsche war seit 1987 erster Sekretär des Kulturbundes des Kreisvorstandes Potsdam und für die Arbeit von Interessengemeinschaften des Kulturbundes zuständig. Sie hat sowohl der AG Pfingstberg als auch Argus stets geholfen. Unsere Zusammenarbeit mit ihr war vertrauensvoll und durch nichts beeinträchtigt. Sie berichtete uns von ihren Gesprächen mit Stasi-Major Claus Tuda, dem auf sie angesetzten Mitarbeiter der Kreisdienststelle. Wir haben mit ihr besprochen, was auch öffentlich bekannt war. Und wir weihten sie in Interna zum Pfingstbergfest und zu Argus-Versammlungen ein. Daß Juliane Nitsche innerhalb des Kulturbundes nicht als „sichere Bank“ galt, war in der akuten Vorbereitungsphase des Pfingstbergfestes zu spüren. Das Plakat zum ersten Pfingstbergfest am 10. Juni 1989 war letztlich der Anlaß dafür, daß Juliane Nitsche Verantwortung entzogen wurde. Uns wurde lapidar mitgeteilt, daß sie fortan nicht mehr für uns zuständig sei.

Vor dem ersten Pfingstbergfest und in den anschließenden Wochen stand permanent ein Auto mit männlichen, Zeitung lesenden Insassen vor unserem Haus in der Posthofstraße 2. Dort gab es in einer anderen Wohnung auch immer wieder Treffen von Mitgliedern der Gruppe „Kontakte“. Offensichtlich war das Haus von besonderem Interesse.

1. POTSDAMER PFINGSTBERGFEST

Sa. 10. Juni '89
15-22 Uhr



AG 'Pfingstberg' und
AG 'Umweltschutz Stadtgestaltung'
stellen sich vor und laden ein zu

KULTUR IN DER NATUR

für Groß und Klein
Wir warten auf den Zauberer
Wolfram von Bodecker, den
Liedermacher Hans-Eckard Wenzel,
die Pantomime Barbara Krippendorf,
Schriftstellerin Brigitte Burmeister,

das Petersen Streichquartett,
die Grafikerin Ute Laux, das Kabarett
'Die Bücherwürmer', e. Spielgruppe
und die 'Pampelmuse', die Folklore-
Dickband und 'Rotdorn' und viele
andere.

Eintritt 5 Mark

Schüler 1 Mark

Picknick bitte mitbringen!

Tee wird von uns gekocht!

Plakat zum Pfingstbergfest 1989

Schon bald war uns klar geworden, daß wir mit Arbeitseinsätzen nicht die breite Öffentlichkeit erreichen würden. Die wenigen Artikel in den Zeitungen, die uns schon ganz besonders wertvoll erschienen – drangen wir doch in die parteigesteuerte Medienwelt vor –, reichten nicht, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Wir mußten etwas bieten, um mehr Besucher anzuziehen. Gemeinsam mit der Gruppe Argus organisierten wir für den 10. Juni 1989 das erste Potsdamer Pfingstbergfest unter dem Motto „Kultur in der Natur“. Bekannte Künstler sagten spontan ihre Teilnahme zu. Verschiedene Umweltschutzinitiativen folgten unserer Einladung und bauten Informationsstände auf. Der sowjetische Stadtkommandant stellte eine Gulaschkanone zur Verfügung, die die Besucher mit Erbsensuppe versorgte. Ein deutliches Signal der Perestroika. Die zahlreichen kyrillischen Inschriften am Belvedere, der die Suppe austeilende Soldat – inzwischen sind diese Bilder Geschichtsdokumente.

Mit Unterstützung der Schlösserverwaltung gestalteten wir eine Foto-Ausstellung. Nur kommentiert durch Jahreszahlen, schilderte sie eindrücklich den Verfall des Pomonatempels und des Belvedere. Das Fest war eine Art erste „Leistungsschau“ der Bürgerinitiativen in Potsdam. Dreitausend Besucher erlebten eine Atmosphäre, die ahnen ließ, daß gesellschaftliche Veränderungen möglich sind. Der zuständige Stadtrat für Kultur, Herr Pacziepny, hatte den Parteauftrag, unser Fest zu beobachten. Die Unsicherheit war ihm zunächst deutlich anzumerken, am Abend schließlich sah man ihn mit Freunden bei einer Flasche Wein entspannt auf einer Decke sitzen.

Der Zwiespalt, in dem sich viele Personen in jener Zeit befanden, zeigte sich auch darin, wie wir zur Druckgenehmigung für unser Plakat kamen. Carola Stabe, in Lederjacke und mit Gorbi-Sticker, ging zur zuständigen Stelle für Druckgenehmigungen im „Kreml“ auf dem Brauhausberg. Die Dame dort war fasziniert von dem Sticker und wollte wissen, woher Carola ihn hätte und welche Möglichkeiten es gäbe, selbst einen zu bekommen. Dabei schenkte sie offensichtlich dem Inhalt des Plakates, das ihr zur Druckgenehmigung vorgelegt wurde, nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Wir konnten es mit offizieller Genehmigung in Druck geben. Als es schon an vielen Stellen in der Stadt angebracht war, schreckte die Obrigkeit auf. Krisensitzungen auf Kreis- und Bezirksleitungsebene fanden statt, wir wurden aufgefordert, das Plakat wieder einzusammeln und zu vernichten. Wir „bedauerten“, nicht mehr nachvollziehen zu können, wieviele Plakate bislang wohin verteilt worden waren. Das Verbot des Plakates politisierte die Veranstaltung endgültig und war ein Eigentor derjenigen, die das Fest noch kurzfristig verhindern wollten.

Anfang August 1989 brannte das Ostarkadendach des Belvedere auf dem Pfingstberg. Die Ermittlungen durch die Kripo ergaben gezielte Brandstiftung mit einem professionellen Brandsatz. Der oder die Täter wurden nie ermittelt. Wir setzten unsere Arbeit fort.

Unser Bestreben war, durch Taten zu überzeugen. Wir suchten die Diskussion lieber im Stillen, als laut Konflikte aufzubauen. So waren wir Bestandteil der sanften, stillen, unblutigen und aus dieser Sicht eigentlich selbstverständlichen Wende.

Rainer Roczen
Henry Klix

Unser Zentrum liegt in Rom Die Potsdamer „Arche“

Aus der Stasi-Akte Nr. 28/89, Potsdamer Bezirksverwaltung:

Am 30. 9. 1986 konstituierte sich aus dem bereits in Potsdam existenten „Kreis Junger Erwachsener“ (KJE) die Basisgruppe „Arche“. Für ihre Aktivitäten nutzt die Gruppe in Eigeninitiative ausgebaute Kellerräume des Katholischen Kindergartens „St. Georg“, Potsdam, Hebbelstr. 9. Bei der „Arche“ handelt es sich entsprechenden Selbstdarstellungen zufolge um eine überkonfessionelle „Basisgruppe“, die allen interessierten, auch konfessionell nicht gebundenen Personen offensteht. Ihr gehe es darum, zu aktuellen Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR Stellung zu nehmen, ohne direkte, öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen. Als Initiator, Organisator und Leiter der „Arche“ profilierte sich zunehmend der Roczen, Rainer ... Der Genannte trat in der Vergangenheit wiederholt ins Blickfeld des MfS ...

Interview mit Rainer Roczen, dem Begründer der „Arche“

Der Stasi-Bericht liest sich, als hätte man eure Arbeit recht genau registriert. Was war die Arche, und wie hielt sie sich in DDR-Zeiten über Wasser?

Das Arche-Angebot bestand im wesentlichen aus thematischen Abenden mit sachkundigen, kritischen Referenten und anschließender Diskussion. Wir haben versucht, uns entsprechend unseres Selbstverständnisses als Christen zu begründen. Unser Name sollte im Sinne der biblischen Geschichte von Noah Programm sein. Als Gruppe innerhalb der St. Peter und Paul-Gemeinde konnten wir uns auf die katholische Weltkirche berufen. Deren Zentrum liegt in Rom.

Am 15. Oktober 1986 und am 21. Mai 1987 kam der Liedermacher Stephan Krawczyk in die Arche, und ihr wurdet bekannt in oppositionellen Kreisen in Potsdam. Konntet ihr euch überhaupt mit Krawczyk identifizieren?

Krawczyk war kein Christ, und an der Stelle ging es völlig auseinander mit uns. Wir haben ihn in der Arche aber als willkommenen Gesprächspartner akzeptiert und gewollt. Und auch hier konnten wir uns auf das II. Vatikanische Konzil berufen: „Auf ihre Weise sind auch Literatur und Kunst für das Leben der Kirche von großer Bedeutung, denn sie bemühen sich um das Verständnis des eigentümlichen Wesens des Menschen, seiner Probleme und seiner Erfahrungen bei dem Versuch, sich selbst und die Welt zu erkennen und zu vollenden.“ Ich glaube, daß wir die religiöse Orientierung für wichtig erachteten, ist mit ein Grund dafür, daß es uns in dieser Form noch gibt.

Es waren meines Wissens selten so viele Leute in der Arche wie an den Abenden mit Krawczyk. Gab es organisierte Störungen?

Es kamen etwa 60 bis 70 Besucher, und unsere Räume waren rammelvoll. Es war eine gute Atmosphäre, es gab keine initiierten Störungen, wie wir überhaupt nie offensichtliche Stasi-Provokationen hatten. Dem ist aber etwas hinzuzufügen: Es gibt gegenüber der Arche ein Haus, in dem damals das Polizeimusikorchester probte. Die Probenräume im Erdgeschoß wurden von den Musikern nicht genutzt, wenn unsere Veranstaltungen stattfanden. Wir wissen, daß die Stasi von dort aus unsere Besucher fotografierte. Ein Arche-Mitstreiter wurde auf seiner Arbeitsstelle aufgesucht. Er sollte als Informeller Mitarbeiter geworben werden, übrigens erfolglos, weil er sich weigerte und dem Gemeindegaplan von dem Anwerbeversuch berichtete. Bei dem Versuch wurde ihm ein Foto mit einer Ansicht der Arche gezeigt, das nur von gegenüber aufgenommen worden sein konnte.

Aus welchen Kreisen kamen eure Besucher?

Im festen Kern gab es etwa 15 Aktive beider großer Konfessionen, die dafür sorgten, daß die Arche schwamm. Die Gruppendynamik läßt sich mit einem Atommodell mit Kern und Elektronenbahnen vergleichen. Der Abstand zum Kern war unterschiedlich groß, und es gab auch regelmäßige Besucher, die sich bewußt in den äußeren Bahnen bewegten. Wir hatten ja den Ruf, gesellschaftskritisch zu sein. Zu nennen wären auch die Gäste mit Ausreiseantrag. 1988 hat-



Erzbischof Alfred Kardinal Bengsch zu Gast bei der 100-Jahrfeier der katholischen Kirche St. Peter und Paul, am 4. Oktober 1970

ten wir sogar Leute aus kritischen SED-Kreisen da und Zehn-Ender, Bürger mit zehnjähriger Dienstverpflichtung bei der NVA, die am Dialog interessiert waren. Nach der Rosa-Luxemburg-Demo und dem Sputnik-Verbot brannte ja auch bei einigen Kommunisten die Luft.

Ihr habt in der Arche die Grenzen immer nur getestet, aber nie überschritten.

Für uns war es wichtig, den Kahn über Wasser zu halten. Wir haben damit gerechnet, daß es lange dauern kann, bis es zu Veränderungen kommt, und wollten taktisch klug vorgehen. Es war eine Gratwanderung. Das Schlimmste für mich, und ich glaube, da kann ich auch für die anderen Arche-Mitstreiter sprechen, wäre damals die Abschiebung gewesen. Keiner wollte dahin, wo Krawczyk hingekommen ist. Die Arche-Leute waren religiös eingebunden und in Potsdam verwurzelt. Keiner wollte Karriere oder großen Wohlstand. Wir hatten eher die Wahrheit und Freiheit im religiösen Sinn im Blick – mit privaten und politischen Konsequenzen.

Wie hat sich eure Systemkritik geäußert?

Durch die Themen- und Referentenauswahl unserer Abende und durch Ironie. Am 17. Juni 1989 hatten wir zum Beispiel eine Ausstellung mit dem Titel „Menschliches“, wo skurrile Objekte von befreundeten Künstlern ausgestellt wurden – etwa ein Vogelkäfig, in dem eine Puppenstube eingerichtet war. Das Thema der Luxemburg-Demo, „Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden“, tauchte immer wieder auf. Aber auch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl war ein Thema.

Gab es eine religiöse Reflektion dieser Themen?

Wir hatten Friedensgebete in der Peter- und Paul-Kirche oder der Hebbelstraße. Die waren vielleicht nicht so spektakulär wie in Leipzig, hatten aber denselben Ansatz. Seit Mitte der achtziger Jahre gab es auch kontemplative Montagsgebete bei mir zu Hause in der Lennéstraße 76. Ein Auslöser dafür war die Aktion „Schweigen für den Frieden“ 1983 am Brandenburger Tor in Potsdam. Damals hatte sich eine Gruppe von Leuten im Kreis aufgestellt und bekundet, daß sie für den Frieden schweigt. Es ging um die Aufrüstung in Ost und West.

Gab es 1989 von euch organisierte, öffentliche Aktionen außerhalb der Arche-Räume ?

Am 14. April 1989 führten die Arche-Leute eine Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in der Heinrich-Mann-Allee durch, wo die Opfer der Potsdamer Bombennacht liegen. Ich kann mich erinnern, daß da ganz auffällig Stasi-Leute in den

Büschen herumstanden. Aber damals haben wir das schon nicht mehr ernst genommen und den Spieß umgedreht, indem wir sie sozusagen zurück beobachteten.

Einer der Höhepunkte des Arche-Jahres 1989 war die Lesung von Lutz Rathenow.

Ich kann ja mal aus dem Stasi-Bericht zitieren: „Am 18.4.1989 (19.30 - 21.00 Uhr) führte der als feindlich-negativ bekannte Schriftsteller Rathenow, Lutz (Berlin) in den Räumen der ‚Arche‘ vor ca. 35 Zuhörern eine Lesung unter Leitung von Roczen durch. Die von ihm vorgetragenen Texte richteten sich in der Grundtendenz gegen unsere gesellschaftliche Entwicklung, bestehende Moralauffassungen sowie speziell gegen die Sicherheitsorgane. Dies wurde besonders deutlich beim Vortrag einer unveröffentlichten Geschichte über einen Spion (gemeint ist damit ein Mitarbeiter des MfS). Nach der Lesung wurden zum Preis von 10,00 Mark fünfzig im NSA verlegte Bücher des Rathenow zum Verkauf angeboten. Dabei handelt es sich um die Titel ‚Zangengeburt‘ und ‚Mit dem Schlimmsten wurde schon gerechnet‘. Die Nachfrage war groß; alle vorhandenen Exemplare wurden abgesetzt. Der überwiegende Teil der Anwesenden reagierte betroffen auf das Vorgetragene und verließ nach Lesung und Verkauf die Veranstaltung. In persönlichen Gesprächen wurde zum Ausdruck gebracht, daß sie den Eindruck hätten, Rathenow würde unsere Gesellschaft bewußt negativ, pessimistisch und boshaft darstellen.“

Wie sich nach der Wende zeigte, hat die Stasi genau und gründlich gearbeitet.

Ja, bis auf die geschilderte Betroffenheit ist der Bericht inhaltlich auch korrekt. Ich habe den Eindruck, die Stasi hat die Reaktionen auf Rathenow bewußt fehlinterpretiert. Sicher sollte der Bericht aber Argumente gegen Rathenow liefern. Er ging an die Bezirksleitung der SED.

Welche Kontakte hattet ihr zu anderen, oppositionellen Gruppierungen in Potsdam?

Es gab vor allem persönliche Verflechtungen. Engen Kontakt hatten wir zu Mitgliedern der Gruppe Argus, und wir haben für deren Veranstaltungen geworben. Ähnlich geartete Kontakte gab es zum Beispiel zur „Schmiede“ in Babelsberg und dem Hauskreis um Klaus Hugler. Kontakte waren vor allem für die

Werbung wichtig, denn wir konnten nur an einigen Stellen in der Stadt Plakate aufhängen: meistens in der evangelischen Buchhandlung in der Gutenbergs-
straße, in der Peter-und-Paul-Kirche und im St. Josef-Krankenhaus. Die Plakate mußten in der Regel von Hand gemalt werden, vervielfältigen war etwas kompliziert.

Wie habt ihr euch von den oppositionellen Gruppen innerhalb der evangelischen Kirche unterschieden?

Viele Gruppen, die im evangelischen Spektrum angesiedelt waren, haben sich in die Politik hinein aufgelöst. Die Gründe dafür seien dahingestellt. Das war bei uns anders. Der christliche Glaube spielte immer eine zentrale Rolle. Wir betrachteten die politischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Themen immer in seinem Licht. Auf diesem Weg brauchten wir keine Angst zu haben, parteipolitisch verschluckt zu werden, noch brauchte ein anderer Angst zu haben, daß wir ihn schlucken.

Was hattet ihr für ein Verhältnis zum politischen System in der DDR?

Die meisten Leute hatten ja aufgrund ihres Alters nichts anderes als die DDR kennengelernt. Wenn ich über unsere Vorstellungen bis 1989 sprechen soll, denke ich: Die meisten blieben gedanklich innerhalb des sozialistischen Systems im Sinne von Glasnost und Perestroika. Wir hatten aber auch Leute, die das aus philosophischer oder religiöser Sicht ablehnten und weitergingen. Wir haben zumindest alle das gesellschaftliche Ideal gelten lassen, das sich später als Illusion herausstellte, aber niemand war wirklich eng mit dem bestehenden System verbunden, so daß es nach der Wende auch keine persönlichen Zusammenbrüche bei uns gab.

Wir sind bis heute politisch wach geblieben, auch wenn Parteipolitik zu machen nicht unser Anliegen ist. Es gibt da diese berühmte Verdrehung einer SED-Kampflösung von Pfarrer Brüsewitz. Die ursprüngliche Losung lautete: „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein.“ Brüsewitz konterte: „Ohne Sonnenschein und Gott geht die ganze Welt bankrott.“ Das behalten wir im Blick.

Wir bitten um eine Korrektur des Wahlergebnisses

Die Wahlfälschungen in Potsdam

Die jungen Leute der Gruppe „Kontakte“, die sich einmal wöchentlich in den Jugendräumen der Friedrichsgemeinde in der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg trafen, wollten aktiv die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 1989 erleben. Die Veränderungen im politischen System der Sowjetunion und die Hoffnung vieler Menschen, daß diese Veränderungen auch in unserem Land Aufbrüche bringen würden, machten den jungen Leuten Mut, die Wahlen zu „begleiten“. Sie luden Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung ein und diskutierten mit ihnen. Am Wahltag wollten sie (ich wurde von meiner Tochter, die in der Gruppe mitarbeitete, dazugebeten) in Wahllokalen bei der Auszählung der Stimmzettel dabei sein, um sich einen Überblick über das Wahlverhalten der Potsdamer zu verschaffen. Wir hofften, daß sich bei diesen Wahlen die „Stimmung im Volk“ zeigen würde: Wie groß würde die Wahlbeteiligung sein, wieviele würden mit Ja, wieviele mit Nein stimmen?

Die Wahlen fanden am 7. Mai 1989 statt. Ein Tag, der mein Leben für einige Zeit bestimmen sollte. In 28 Wahllokalen machten die Mitglieder der Gruppe Kontakte von ihrem Bürgerrecht Gebrauch und beobachteten die Auszählung und notierten die Ergebnisse. Am Abend trafen wir uns im Jugendraum und trugen die Zahlen zusammen. Etwa acht Prozent der Potsdamer hatten den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgelehnt. Wir warteten gespannt auf die Nachrichten mit dem vorläufigen Wahlergebnis für Potsdam. „Das kann doch nicht wahr sein!“ rief jemand laut, als das offizielle, übliche Wahlergebnis von mehr als neunundneunzig Prozent bekanntgegeben wurde. Dreist belog man die Bevölkerung der Stadt.

Nachdenklichkeit, Empörung und Triumph – das waren unsere Gefühle und Reaktionen.

Daß auch in anderen Städten Wahlfälschungen nachgewiesen wurden, wußten wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Später erinnerte mich ein Kollege daran, daß ich kurz nach der Wahl gesagt hatte, mit diesem Betrug werde sich das Überleben oder das Zerschlagen des Systems in unserem Land entscheiden, und für unser Tun drohe uns unfreiwillige Ausreise oder Gefängnis.

Als am nächsten Tag das vorläufige Endergebnis für die Stadt Potsdam im „Neuen Deutschland“ bestätigt wurde, begann für uns alle eine angespannte Zeit. Zahlen aus weiteren Wahllokalen bestätigten uns die acht Prozent Nein-Stimmen. Die Jugendräume der Friedrichsgemeinde faßten die Menschen nicht mehr, die zu uns kamen und sich für die Aufklärung des Wahlbetrugs interessierten. So zogen wir in die Friedrichskirche um.

Wir beschlossen, dem Leiter der Wahlkommission, Oberbürgermeister Seidel, den Wahlbetrug zu melden und uns auch an den Leiter der Bezirkswahlkommission zu wenden. In der Nacht zum 9. Mai schrieb ich an den Oberbürgermeister: „Da die Auszählung der Stimmen öffentlich war und die Bekanntgabe in dieser Öffentlichkeit geschah, kann der Fehler der Auszählung nur an der den Wahllokalen übergeordneten Stelle liegen. Wir bitten um eine Überprüfung und Korrektur des Wahlergebnisses.“ Noch sprachen wir nicht von Wahlfälschung oder Betrug.

Am nächsten Tag wurden wir zu einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister eingeladen. Seidel teilte uns mit, daß er für unsere Eingabe nicht zuständig sei und verwies uns an den Wahlausschuß. Zu unserer Überraschung forderte er während der Zusammenkunft die Unterlagen aus einem Wahllokal an, um sie mit den von uns vorgelegten Zahlen zu vergleichen. Sie stimmten überein.

Bis heute habe ich nicht verstanden, warum er das tat. Dieses Vorgehen war unüblich. Lag darin ein Grund für die plötzliche Entlassung von Oberbürgermeister Seidel aus seinem Amt?

Nach dem Wahlgesetz konnte Einspruch bei den Volksvertretungen nur von den zuständigen Ausschüssen der Nationalen Front erhoben werden. Also übergaben der Bürgerrechtler Detlef Kaminski und ich unseren Protest gegen den Wahlbetrug dem Wahlausschuß. Wir bestanden darauf, uns die Durchschrift des Schreibens mit dem Eingangsstempel bestätigen zu lassen. „Zweifeln Sie etwa daran, daß wir Ihre Eingabe behandeln?“, wurden wir gefragt.

Die Gespräche mit den Vertretern des Wahlausschusses brachten keine Ergebnisse. Der Betrug wurde nicht zugegeben. Deshalb entschieden wir uns, die Auszählungsergebnisse einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Superintendent des Kirchenkreises Potsdam lehnte es ab, den Wahlbetrug in den

Gottesdiensten am Pfingstsonntag bekanntgeben zu lassen. So verteilte ich die Informationen an die Pfarrämter mit der Bitte, sie zu verbreiten.

Beim ökumenischen Friedensweg am Pfingstmontag, dem 15. Mai 1989, trafen sich in Caputh etwa 200 Teilnehmer. Detlef Kaminski bat die Anwesenden, die Informationen über die Wahlfälschung unter die Leute zu bringen. Gleichzeitig luden wir zu den alle vierzehn Tage stattfindenden Treffen in der Friedrichskirche ein, wo wir über den weiteren Verlauf unseres Protestes informieren wollten. Diese Mittwochveranstaltungen sollten auch dem staatlichen Druck begegnen, dem einige Mitglieder aus der Gruppe Kontakte ausgesetzt waren. Ich erklärte mich bereit, daß sich all jene an mich wenden könnten, die in ihren Betrieben und durch die Sicherheitsorgane erpreßt und bedrängt wurden.

Inzwischen liefen die Gegenmaßnahmen des Parteiapparates. Ein Parteisekretär aus dem Bezirkskrankenhaus besuchte mich und bat um Auskunft. Von Vertretern der Bezirksleitung der SED sei er informiert worden, daß „die Kirche“ die Bevölkerung der DDR mit falschen Wahlergebnissen betrüge.

In Betrieben bestellte man Jugendliche und Erwachsene zu „Gesprächen“, damit sie von weiteren Aktivitäten abließen. Einem Jugendlichen bot man mit unmißverständlichen Drohungen die Ausreise in die Bundesrepublik an. Er ging bald darauf auf dieses „Angebot“ ein. Bei einem Treffen der Pfarrer sprach mich der Generalsuperintendent in Potsdam an: Wir hätten viel erreicht, ich könne mich doch damit zufrieden geben. Ansonsten wüßte er nicht, wie ich weiter geschützt werden könnte. Wie andere diese Situation erlebten, welchen Druck sie verspürten, welche Angst in ihnen aufkam, kann ich nur ahnen. Ich habe den Mut der jungen Leute bewundert, weil ich die Zaghaftigkeit der Erwachsenen erlebte.

Der Wahlausschuß der Nationalen Front erhob keinen Einspruch gegen die Wahlfälschungen. Nachdem die vierzehntägige Frist dafür überschritten war, entschloß ich mich, jedem einzelnen der durch Betrug gewählten Stadtverordneten einen eingeschriebenen Brief zu schicken. In ihm bat ich die Stadtverordneten, „Ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die Unstimmigkeiten bei Ihrer Wahl zu verhandeln.“ Auf der Rückseite konnten sie den Brief an den Wahlausschuß zur Kenntnis nehmen.

Die Reaktionen der Volksvertreter waren beschämend. Einige nahmen das Einschreiben nicht an, die Briefe kamen ungeöffnet zurück. Nur zwei Abgeordnete setzten sich mit mir in Verbindung. Zu einer öffentlichen Auseinandersetzung ist es, soweit mir bekannt, nicht gekommen. Gleichzeitig mit dem Brief an

die Stadtverordneten schickte ich, wie wir vereinbart hatten, einen Brief an den Generalstaatsanwalt.

In dieser Phase habe ich nicht mehr daran geglaubt, daß der Wahlbetrug noch zugegeben würde. Zu sehr waren die Staatsanwälte in dieses System verstrickt. Beim späteren Prozeß gegen die Generalstaatsanwälte der DDR wegen Wahlbetrugs, zu dem ich als Zeuge geladen war, hatte ich das Gefühl, daß meine Aussagen zur Entlastung der Wahlfälscher genutzt wurden. Kein Zeichen von Reue oder Mut, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen.

Im Juni 1989 wurden wir von der Staatsanwaltschaft der Stadt Potsdam einzeln zu Gesprächen geladen. Mir wurde die Entscheidung der Staatsanwaltschaft auch schriftlich überreicht. Darin hieß es: „Nach Prüfung Ihrer Anzeige vom 14. 06. 1989 an den Generalstaatsanwalt der DDR teile ich Ihnen mit, daß sich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat ergeben haben. Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wurde gem. 96 StPO abgesehen.“ Damit hatte sich die letzte Möglichkeit, die Wahlfälschung juristisch zu verfolgen, erschöpft.

Wir hielten an den Informationsveranstaltungen fest. Anfang September 1989 kamen nur noch zwanzig bis dreißig Leute. Sollten wir weitermachen? Die Antwort fiel uns durch die Gründung des Neuen Forum leicht. Wir machten weiter. Als sich Gruppen des Neuen Forum gegen eine Demonstration in Potsdam ausgesprochen hatten, bereiteten wir mit einigen Freunden diese erste Demonstration in Potsdam vor. Sie fand am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, in der Brandenburger Straße – damals noch Klement-Gottwald-Straße – statt. Danach war es nur noch ein kleiner Schritt zur großen Demonstration am 4. November 1989 auf dem Platz der Nationen, heute Luisenplatz.

Wir wollten den Ton nicht abbrechen lassen

Die Klagetrommel in der Erlöserkirche

Als im Juni 1989 die chinesischen Studentenproteste auf dem Platz des Himmlichen Friedens blutig beendet wurden, ging ein Ruck durch die oppositionellen Gruppen der DDR.

China war weit weg, doch Ferne war relativ in dieser Zeit, da uns die Industriegebiete im Donezkbecken vertrauter erschienen als das andere Ufer der Havel. China war ein sozialistischer Staat, immer ein wenig anders als die anderen Bündnispartner, unerreichbar als Reiseland, doch immer gut für die SED-Führung, diesen Staat als Beispiel zu preisen. Besonders, was die „sozialistische Menschenführung“ betraf. Das spiegelte sich in den Kommentaren der Aktuellen Kamera wider: Den Konterrevolutionären wurde das Handwerk gelegt, die Volksdemokratie schützt sich vor ihren Feinden ... Menschenrechtsverletzungen gab es im Westen, hier redete man von gerechter Strafe.

Doch nicht das Schicksal der jungen, mutigen Chinesen auf dem Tiananmen-Platz war es, das uns zu allererst beschäftigte, sondern unser eigenes. Erst einige Monate später sollte der Begriff „chinesische Lösung“ geprägt werden; mit ihm warnte man uns vor der Vorbereitung und Durchführung der ersten Demonstrationen. Einige Leute sahen ein Blutbad voraus, und ihre Furcht rührte auch von der offiziell verkündeten Haltung der Staatsführung der DDR zu dem Massaker in China.

Aufgewühlt von den Fernsehbildern und den zynischen Kommentaren trafen sich in Berlin junge Leute, wachten drei Tage und Nächte, schlugen die Klagetrommel nach dem Vorbild fernöstlicher Trauerriten. In Potsdam erfuhren wir davon.

Wir wollten den Ton nicht abbrechen lassen und setzten in Windeseile alle Hebel in Bewegung, um die Klagetrommel auch bei uns aufzustellen und sie zu schlagen, wenn der letzte Ton in Berlin verklungen war. Welche Bedeutung lag

in diesen Symbolen! Es scheint, daß sie dem Widerstand auf allen Ebenen ein Gerüst gegeben haben.

Ohne viel Bedenkzeit erklärten sich die Pfarrer der Erlösergemeinde bereit, die Klagetrommel aufzunehmen. Ein Bettuch, damals Mangelware, hängten wir an die Kirche, es trug die Aufschrift: „Wir trauern um die Opfer Chinas“. Wir dachten, das sei klug, weil neutral formuliert. Es waren ja auch chinesische Soldaten verletzt worden.

Deutsche Polizisten hielten dieses Plakat nicht nur keineswegs für unparteiisch, sondern sogar für illegal, da es außen an der Kirche hing. Auf diese Grenzüberschreitung wurden wir mit Nachdruck aufmerksam gemacht. Um weiterhin sichtbar zu bleiben, den Behörden aber neue Einwände unmöglich zu machen, hängten wir das Tuch in die weit geöffneten Kirchentüren, einige Zentimeter hinter den Türbogen. Öffentlichkeit war notwendig, wenn die drei Tage des Trommelns nicht eine private Trauerversammlung werden sollten, sondern ein deutlich sichtbares Zeichen des Protestes. Aus heutiger Sicht erscheint es ungewöhnlich, aber damals funktionierten Informationskanäle auf geheimnisvolle Art; es war, als besäßen die Menschen, deren Kommunikationsdrang durch die Pressezensur gehemmt wurde, eine unsichtbare Antenne für wichtige Nachrichten.

Darauf vertrauten wir in der ersten Nacht, am 28. Juni 1989, als wir nur wenige waren, die die Trommel schlugen. Doch schnell sollte sich dieses Bild ändern. Im Morgengrauen kam eine alte Frau, eine Nachbarin wahrscheinlich, in die Kirche und brachte uns Obst und Kaffee. Sie machte den Anfang, dann strömten drei Tage lang Menschen in die Kirche, junge wie alte, wechselten sich beim Trommeln ab, brachten Blumen und Kerzen, die wir auf die Eingangstreppe stellten, setzten sich in die Kirchenbänke, meditierten, redeten, sahen dem Treiben zu. Oder sie kamen zu den Andachten, die wir jeden Tag gestalteten. Bald war mehr Organisation nötig. Listen wurden ausgelegt, in denen sich die Menschen für einen Platz an der Trommel eintragen konnten. Die Trommelnden wechselten im 15-Minuten-Rhythmus, denn es waren viele, die ihrer Wut, ihrer Angst, ihrem Zweifel, ihrer Hoffnung Ausdruck verleihen wollten. Und wie sie trommelten: drängend, aggressiv und zaghaft, voll ruhiger Überzeugung oder rasendem Zorn. Jeder Ton sprach von seinem Schöpfer.

Aber nicht nur die Bewegten kamen, es kamen auch die Unbewegten. Eines Nachts machten sich das Gerücht und die Angst breit, die auf dem Kirchenvorplatz stationierten Polizisten würden in die Kirche eindringen. Es war schon weit nach Mitternacht, die Kirchenoberhäupter, die wir alarmierten, schreckten wir



Erlöserkirche im Juni 1989 mit dem Transparent der Gruppe „tierra unida“

aus dem Schlaf. So auch den ehemaligen Konsistorialpräsidenten Stolpe, der, herbeigeeilt, die Polizeikräfte geradezu von der Kirche wegdiskutierte.

Auch die unauffälligen Unbewegten kamen. Später lasen wir in einer Akte: „Als der IM kurz nach 19.00 Uhr in die Kirche kam, waren die Anwesenden gerade dabei, ein Bettlaken zu beschriften. Die G. erklärte dem IM, daß man in Potsdam genauso wie in Berlin eine Klagetrommel einrichten will, um der ermordeten Studenten in China zu gedenken. ... Der IM betonte, daß die Aktion erst kurzfristig geplant war, denn bei einer Zusammenkunft zwei Tage vorher im Rahmen eines Gemeindefestes der Erlösergemeinde wurde nichts bekannt gegeben. Um zu gewährleisten, daß die Trommel ständig geschlagen wird, sollen alle Potsdamer Basisgruppen informiert werden. Direkt angesprochen wurde die Gruppe ‚Kontakte‘, die G. führte dann aus, daß sie einige Mitglieder der Gruppe schon erwartet habe.“

Der IM selbst hat sich für die Zeit von 15.30 Uhr bis 16.00 Uhr zum Trommeln eingetragen ...“

Briefe kamen, andere Städte wollten das Trommeln weiterführen. Solidarität von allen Seiten. Die Potsdamer Schriftstellerin Sigrid Grabner schrieb ein Gedicht, das wir stündlich verlasen:

Ich trommle
in dieser Nacht der Einsamkeit und Ohnmacht
der Angst, Gleichgültigkeit und Lüge

Ich trommle
den Mut der Studenten auf dem Tienanmen
das Entsetzen der Soldaten
die Schreie der Sterbenden
die Verzweiflung der Fliehenden
die Seufzer der Gedemütigten
das Weinen der Mütter

Ich trommle
den Herzschlag der Ermordeten und Hingerichteten
den Herzschlag der Gefangenen
meinen eigenen Herzschlag

Ich trommle
den Herzschlag der Welt.

Drei Tage voller Bewegung waren es, gute Tage, denn wir spürten unsere Kraft. Was kommen würde, wußten wir nicht, dennoch waren wir voller Mut.

Es hätte jede Potsdamer Basisgruppe sein können, die für das Klagetrommeln die Initiative ergriff. Thematische Abgrenzungen waren weniger wichtig als der Blick aufs Ganze. In diesem Fall war es der Lateinamerika-Arbeitskreis „tierra unida“, der den Protest in Gang brachte, eine Gruppe also, die sich – geographisch gesehen – mit dem anderen Ende der Welt beschäftigte.

Gegründet hat sich „tierra unida“ im Jahr 1983, ein Dach fanden wir in der Erlösergemeinde. Von dort aus agierten wir im innerkirchlichen Schutzraum, versuchten es auch außerhalb, was zu Bruchlandungen, vielen Schwierigkeiten und unvergeßlichen Erlebnissen führte. Die Hoffnung auf eine solidarische Weltord-

nung bewegte uns, und da wir die ganze Welt schwer zu fassen bekamen, blieben wir im Lande, fragten nach der staatlich verordneten Solidarität, nach den Handelsabkommen und Bündnissen, bemühten uns, vom alternativen Weg Nicaraguas zu erfahren und zu berichten. Im Jahr 1989 aber gab es außer der DDR und ihrer Veränderung kaum ein anderes Thema für uns: Demonstrationen, Mahnwachen und gemeinsam mit anderen endlose Gespräche und Pläne über unsere Zukunft.

Zehn Jahre später arbeitet „tierra unida“ immer noch in Potsdam. Das mit der gerechten Weltordnung scheint doch eine längerfristige Aufgabe zu sein. Die Welt aber, und das ist gut, haben wir inzwischen kennengelernt.

Senfkorn Hoffnung

Über die Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen

Senfkorn Hoffnung – oft haben wir dieses Lied gesungen. In Potsdam stand auf einer kleinen Insel in der Dieckmannallee 5/6 (heute: Alleestraße), umgeben vom wogenden Straßenverkehr, ein kleiner Senfbaum, der vielen Ermutigung war: unsere evangelische Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik (GPA).

Wir verstanden uns als Lehr- und Lerngemeinschaft. Wir lebten das mit Haut und Haar, was im Westen zumeist nur als Zielvorstellung in Büchern vor allem der sogenannten 68er stand. Wir erlebten Kirche, die in ihrer kritischen Distanz zum Staat wenigstens in Teilen glaubwürdig sein konnte und dafür bei vielen Nichtchristen Achtung und Anerkennung genoß.

In der Ausbildungsstätte landeten viele Leute an, die in der Kirche und eben oft auch in der Gesellschaft etwas verändern wollten. Nicht wenigen waren andere Studienplätze verwehrt. Manche nahmen in der GPA einfach die Chance und das Menschenrecht auf Bildung ihrer Persönlichkeit wahr.

Die Stasi notierte: „Die GPA ist eine zentrale Ausbildungsstätte des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR, an der Jugendliche/Jungerwachsene im Alter von 20-35 Jahren eine kirchliche Ausbildung zum Gemeindepädagogen absolvieren. ... Bei der Mehrzahl der Studenten handelt es sich um Personen, die bereits vor der Studienaufnahme wegen aktiv feindlich-negativer Handlungen in das Blickfeld des MfS gelangten. Auch während des Studiums setzt sich diese Tendenz fort, da die feindlich-negative Haltung durch die Rektorin der GPA, (M.H.), und die Mehrzahl der Dozenten toleriert bzw. unterstützt wird. Ergebnis ist eine Konzentration von Personen mit feindlich-negativer Grundhaltung.“

Die Adresse der GPA war in Potsdam und über die Stadtgrenzen hinaus einschlägigen Kreisen gut bekannt. Veranstaltungen benötigten keine Hochglanzwerbung. Die Mund-zu-Mund-Propaganda und gelegentlich ein Aushang in der Stiftungsbuchhandlung sorgten stets für ein interessiertes Publikum.

Die „Wende“ hat in der GPA schon früh begonnen. Hier lernten viele, auf ihr Herz zu hören und den Kopf zu gebrauchen. Konflikte wurden demokratisch, bei Anerkennung abweichender Positionen geregelt. Feminismus war kein Fremdwort. Die Bibel sprach zu uns oft sehr politisch. Und wir standen fest auf Potsdamer Boden und damit in der Gesellschaft. Wir waren für das, was 1989-1990 geschah, innerlich gerüstet und wurden dennoch von mancher Entwicklung überrascht. Mir drängt sich dabei folgendes Bild auf: Wir haben jahrelang mit einem Hämmerchen an eine Staumauer geschlagen, wohl oft selbst nicht daran geglaubt, sie zum Einsturz zu bringen. Als es dann geschah, merkten wir bald in all unserem Aktionismus, daß wir nicht das Bett für die hereinbrechenden Wassermassen gegraben hatten, es wohl auch nicht hätten graben können.

Gemeindepädagogen hatten gelernt, sich einzumischen und sich nicht mit noch so übermächtig erscheinenden Strukturen in Kirche und Gesellschaft abzufinden. Vor der Kommunalwahl im Mai 1989 luden wir zwei Kandidaten ein, befragten sie und zogen die Rechtmäßigkeit ihrer Kandidatur in Zweifel. Am Wahltag gingen wir in die Wahllokale, um bei der Auszählung dabei zu sein. Hans-Georg Baaske, ein ehemaliger Student, hat später maßgebend den Protest gegen den Wahlbetrug mit organisiert.

Zum IX. Pädagogischen Kongreß 1988 entwickelten wir in einem Papier unsere eigenen Vorstellungen von Bildung und schickten es an die Organisatoren des Kongresses. Außerdem organisierten wir eine Tagung zu Bildungsfragen. Es kamen immerhin 60 Gäste, die etwa 30 Friedens-, Menschenrechts-, Frauen- und Ökologiegruppen repräsentierten. Wir analysierten das Frauenbild im Le-sebuch und die Lehrpläne, es wurden Schulmodelle entwickelt, das herrschende Menschenbild in Frage gestellt. Der Traum von einer neuen Schule lebte. Kein Wunder, daß sich viele Diskutanten von damals später am zentralen Runden Tisch in Berlin im Ausschuß „Bildung, Erziehung und Jugend“ wiedertrafen. Eine Teilnehmerin, Marianne Birthler, sollte später als Ministerin unsere bildungspolitischen Träume an der Realität prüfen und mithelfen, das Schulsystem in Brandenburg umzugestalten.

Die im September 1989 nachfolgende bildungspolitische Tagung spürte schon den Hauch der Wende. Zur gleichen Zeit machte mit Michael Heimroth ein ehemaliger Student in einer Ausstellung auf die Zerstörung der barocken Innenstadt aufmerksam. Die Entwicklung gewann an Tempo. Auf Ormig abgezogene Aufrufe von Sammlungsbewegungen und Parteien bedeckten unsere Wände. Einer der letzten Besuche des Sekretärs für Kirchenfragen der Stadt Potsdam galt der Unterschriftensammlung für das Neue Forum im Studentenwohnheim.

Für den 5. und 6. Oktober 1989 hatte die GAP Monsignore Biancucci zum Thema „Theologie der Befreiung“ eingeladen. Von jeher haben viele unserer Studenten die befreiende Botschaft des Evangeliums durch diese Theologie und ihre Praxis in Südamerika buchstabieren gelernt. Biancucci wurde in Argentinien verfolgt und reiste nun aus der Bundesrepublik an. Die Diskussion wurde noch am selben Abend in die Tat umgesetzt, als wir in der Friedrichskirche für die Annullierung der Kommunalwahl und für Veränderungen in unserem Land eintraten. Diese Versammlungen mußten wegen des Andrangs mehrmals wiederholt werden. In den Nebenstraßen warteten derweil Einsatzkräfte der Polizei auf den Befehl zum Einschreiten.

Einen Tag nach der großen Demonstration vom 4. November 1989 in Potsdam machten wir unsere Ausbildungsstätte zu einem offenen Haus. In einem eigens eingerichteten Café wurde debattiert, und von 13 Uhr bis 21 Uhr fanden Podiumsveranstaltungen statt. Die wankende Staatsmacht (Herr Müller, der zuständige Mann der Stadt für das Ressort Inneres) traf jetzt direkt auf die Opposition (Reinhard Meinel, Lonny Neumann, Steffen Reiche, Rudolf Tschäpe, Wolfgang Ullmann u.a.). Ein nahezu euphorisches Gefühl begleitete uns durch diese Tage, wir schienen den Veränderungen hin zu einer offenen Gesellschaft so nahe. Gesamtdeutschland hatten wir dabei erstaunlich wenig im Blick. Viele Studenten und auch ich engagierten sich in allen nur denkbaren Initiativen, Plattformen und Parteien. Was wir auf unserer kleinen Insel exemplarisch lebten, wurde hoffähig. Doch nach dem Mauerfall gesellten sich zu der Euphorie auch erste Schatten.

Würde die Ausbildungsstätte die Wende überstehen? Würden wir auch in der Kirche westliche Strukturen bekommen? Ist unsere kleine Einrichtung stark genug, sich gegen die vielen beharrenden Kräfte in der Kirche zu behaupten?

Heute gibt es die Ausbildungsstätte nicht mehr. Die Gemeindepädagogen studieren jetzt in Berlin. Doch die Keime, die wir einst im Haus in der Alleestraße gelegt haben, blühen in vielfältigem gesellschaftlichem Engagement immer wieder auf. Mindestens der Kirche täten auch heute solcherart Pflanzen gut.

An der Protokollstrecke Das Civil-Waisenhaus

Das Civil-Waisenhaus in Potsdam geht auf eine Stiftung des Pädagogen Wilhelm von Türk zurück, der 1820 seine Ölgemälde verkauft haben soll, um für verwaiste Kinder von Predigern, Lehrern, Ärzten, Apothekern und Künstlern eine „Versorgungsanstalt“ bauen zu lassen, in der ihnen freier Unterhalt und „eine möglichst vollkommene Erziehung“ gewährt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Wilhelm-von-Türk-Stiftung unter die Obhut des Landesausschusses für Innere Mission. Nun wohnten in der Berliner Straße 148 Handwerkslehrlinge und Orgelbauer.

Ab 1962 wurde hier eine Ausbildungsstätte für Kirchliche Fürsorgerinnen und Fürsorger eingerichtet, die sich nicht Fachschule nennen durfte, weil der sozialistische Staat es nicht zuließ. So fanden neunzehn mehrjährige „Qualifizierungskurse“ statt, ehe 1983 die „Ausbildungsstätte für Gemeindediakonie und Sozialarbeit“ ihre Tätigkeit aufnahm.

Donnerstags traf sich seit Jahren in meinem Arbeitsraum eine Antifa-Gruppe, deren Mitglieder der Punk-Szene nahestanden. Sie beschäftigten sich mit der Frage, wieso es unter Jugendlichen der DDR neofaschistische Tendenzen gab, und hielten selbst erarbeitete Vorträge über Faschismustheorien. Es gab Zusammenkünfte, bei denen sie, von der Theorie weg, nach draußen stürmten, weil jemand, der vor dem Haus Wache hielt, sie mit dem Schlachtruf „Die Glatzen kommen“ ins „Getümmel von Links und Rechts“ rief.

Von Zeit zu Zeit fanden bei uns Soziale Nachtgebete statt. Wir wollten das, was uns an Unfreiheit, an sozialen Mißständen, an politischem Starrsinn begegnete, ins „Gebet nehmen“, was auch gleichzeitig Öffentlichkeitsarbeit war. Anlässlich dieser Nachtgebete gab es Konzerte und Auftritte von Freya Klier und Stephan Krawczyk. Im Lichthof des Civil-Waisenhauses kam es auf diese Weise zu zahlreichen solcher „konspirativen“ Gebete. Einige kirchliche Vorgesetzten

lächelten finster, wenn sie davon erfuhren. Die Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Potsdam reagierte mit Ordnungsstrafverfügungen.

Am 6. Juni 1989 gestaltete ich morgens im Civil-Waisenhaus eine „Solidaritätsandacht für die chinesischen Studenten“. Ich hatte das demolierte Vorderrad eines Fahrrades, Blütenblätter einer Rose, einen gerissenen roten Faden in die Mitte des Raumes gelegt. In den Texten der Andacht tauchte der Begriff „Lipengpengpeng“ auf. Auch „Drei Chinesen mit dem Kontrabaß saßen auf der Straße und erzählen sich was, kam die Polizei, ja, was ist denn das ...“. Als „Eine Geschichte für Li-Pengpeng“ las ich aus der Bibel, 2. Chronik 18, und äußerte dazu sieben Sätze. Satz 6: „Gottes Beitrag – mythologisch betrachtet – ist, daß er die Mächtigen sich so lange in die Tasche lügen läßt, bis sie daran zugrunde gehen.“ Ein Satz der Hoffnung.

Mittags kamen Studenten mit der Frage zu mir, ob sie ein Plakat am Zaun der Berliner Str.148 anbringen könnten: „Wir trauern um die Ermordeten in Peking“. Wir berieten diese Anfrage, wie alle wichtigen Dinge, in einer Dozentenkonferenz. Es gab keine Mehrheit dafür. Ich hatte ein paar Tage zuvor das Stück „Diktatur des Gewissens“ von Michail Schatrow in einer Aufführung einer Potsdamer Oberschulklasse gesehen. So sagte ich den Studenten, obwohl wir im Kollegium keine Mehrheit für die Aktion erreicht hatten, daß sie tun müßten, was ihnen ihr Gewissen gebiete. Am Mittwoch, dem 7. Juni, brachten sie das Plakat am Zaun an.

In meinem Tagebuch steht dazu: „Reichlich 30 Minuten später ist der Beauftragte für Kirchenfragen bei mir. ‚Sie wissen, warum ich komme?‘ Er war nervös und nicht so siegesgewiß wie sonst. Ich solle veranlassen, daß das Plakat entfernt würde. Ich erklärte ihm, daß es sich um eine Aktion der Studenten handle ... Es seien mündige und erwachsene Menschen. Er fragte nach meinem Vorgesetzten. Gegen 14 Uhr kam ein Anruf von der kirchlichen Dienststelle in Berlin, die mich veranlassen wollte, die Sache einzustellen ...

Dann hieß es, zwei Männer entfernten das Plakat. Ich war ganz sicher, daß sie von der Staatssicherheit waren, und fiel aus allen Wolken, als sich herausstellte, daß es sich um zwei Kirchenleute vom Landesausschuß für Innere Mission handelte: Spree und Wulff-Woesten. In meiner Erregung beschimpfte ich sie derb. Die Studenten hatten die Ausfahrt zur Berliner Straße gesperrt und die Herausgabe des Plakates gefordert, um es von da an mit den Händen hochzuhalten. Vorübergehende legten Blumen an der Stelle nieder, wo das Plakat befestigt gewesen war, und zeigten mit Fingern das V-Zeichen. Ich saß in meinem Zimmer, als der Stadtrat für Inneres zu mir kam, mit der Bitte (!), die politische



Das Civil-Waisenhaus in der Berliner Straße

Aktion zu beenden. Ich bat um ein Gespräch zwischen ihm und den Studenten, und er ließ sich darauf ein. Er legte seine Position dar: Einhaltung der öffentlichen Ordnung; Zurückweisung des Wortes ‚Ermordung‘; es dürften keine falschen Vorstellungen bei Diplomaten erweckt werden, denn die Berliner Straße sei Protokollstrecke ... Am Abend hatten Frauen die Blumen in Vasen gestellt. Am nächsten Tag kam der Stadtrat noch einmal mit einem ‚Herrn von der Stadtordnung‘ und forderte uns auf, die Blumen zu entfernen, weil sie zu der ‚politischen Aktion‘ gehörten ...“

Wir hatten in der Ausbildungsstätte ein Kopiergerät. Auf irgendeinem kirchlichen Kanal war es aus dem Westen zu uns gelangt. Wir verehrten es wie eine Reliquie. Ich mußte jeden Kopiervorgang genehmigen und darüber Buch führen lassen, es durfte nur für „innerkirchlichen Dienstgebrauch“ verwendet werden. Wir gefährden sonst alles, hieß es.

Am Tage nach der Veröffentlichung von „Aufbruch 89 – Neues Forum“ kam Reinhard Meinel als Potsdamer Erstunterzeichner mit Pfarrer Stephan Flade ins Civil-Waisenhaus. Sie baten mich, den Aufruf zu vervielfältigen. Ich entschloß mich zu gemindertem Ungehorsam, kopierte einige Exemplare und schlug vor, daß möglichst viele selbst Hand anlegen und den Aufruf mit ihren Schreibmaschinen abschreiben sollten, was auch umgehend geschah.

Anfang Dezember 1989 erreichte uns vormittags ein Anruf vom Neuen Forum, die Bezirksbehörde des Ministeriums für Staatssicherheit werde besetzt. Wir unterbrachen alle Lehrveranstaltungen und waren binnen einer halben Stunde in der Hegelallee. Auch die Studierenden der Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik kamen. Unterwegs kaufte ich eine Schere und weißen Stoff, den wir zu Armbinden zerschnitten. Wir warteten fröstelnd auf dem Hof. Dann erhielten wir Einlaß und trafen nicht wenige Potsdamer Mitbürger bei ihrem letzten tschekistischen Gefecht, beim Packen von Säcken mit unendlich viel beschriebenen Papier.

Nach dem Fall der Mauer hatten uns Freunde aus dem Westen ermuntert, in Potsdam eine Kirchliche Hochschule zu gründen. Aber die Ausbildungsstätte wurde abgewickelt, die Studentenschaft östlich von Potsdam, in West-Berlin, untergebracht. Der Landesausschuß für Innere Mission meldete für das Civil-Waisenhaus Eigenbedarf an.

*Reinhard Meinel
Rudolf Tschäpe*

Aufbruch in die Demokratie

Das Neue Forum

Nach einem Besuch bei Bärbel Bohley am 23. August 1989 wurden wir für den 9. und 10. September nach Grünheide eingeladen. In der Wohnung von Katja Havemann trafen sich Bürgerrechtler aus der ganzen DDR. Resultat des Treffens war der Aufruf zur Gründung des Neuen Forum. Schon am nächsten Tag meldete die 20-Uhr-Tagesschau, daß sich die erste unabhängige politische Vereinigung Neues Forum in der DDR gegründet habe.

Der Kern des Aufrufes „Aufbruch 89“ stammte aus Beiträgen von Rolf Henrich und von Jens Reich. Der Aufbruch 89 traf, wie die Folgezeit zeigte, den Nerv dieser Zeit. Es war wohl damals das meist kopierte, diskutierte und gelesene Papier in der DDR. Mit diesem Aufruf führte sich das Neue Forum in die Politik des Herbstes 89 ein und formierte sich als wesentlicher Teil der Volksrevolte gegen die SED-Diktatur. In Grünheide wurde zunächst diskutiert, ob sich für die Idee einer unabhängigen politischen Vereinigung Unterstützung finden ließe. Wir vereinbarten, daß nach zehn Tagen in den Bezirkshauptstädten der DDR der Antrag auf die Zulassung des Neuen Forum gestellt werden sollte. Bis dahin wollten wir Namen von Befürwortern sammeln. Das Neue Forum strebte nicht danach, eine Partei zu sein, sondern eine politische Sammelbewegung. Das politisch etwas unscharfe Stichwort Basisdemokratie kam in diesem Zusammenhang auf. Eine eigentümliche Ambivalenz trat aber schon seit dem ersten Treffen zutage: Wir wollten zwar die Menschen politisch aktivieren, aber die Macht sollten andere gebrauchen. Während des Treffens erreichte uns die Nachricht, daß Ungarn seine Grenzen zum Westen geöffnet hatte.

In dem Aufbruch-Papier wurde bewußt darauf verzichtet, das Wort Sozialismus überhaupt zu erwähnen. Die Mehrheit sah den Sozialismusbegriff als verbraucht an. Eine wichtige Weichenstellung. Dennoch verstand keiner der Versammelten diesen Verzicht als eine ideologische Vorgabe, in der Folgezeit sahen

viele Anhänger des demokratischen Sozialismus ihre vorläufige Plattform im Neuen Forum.

Natürlich wußte die Staatssicherheit vom Treffen in Grünheide. Aber offenbar widmete sie der Gruppe um Eppelmann, Schorlemmer etc. mehr Aufmerksamkeit, dort hatte sie auch Spitzel vom Range des Rechtsanwalts Schnur. Am Ende des Grünheide-Treffens standen die persönlichen Unterschriften der Teilnehmer unter dem Aufruf Aufbruch 89 und ein Protokoll-Foto.

Reinhard Meinel besuchte noch am Abend des 10. September das Potsdamer Pfarrerehepaar Flade. Gemeinsam fuhren sie zu Frieder Burkhardt und fertigten „Sicherheitskopien“ des Aufrufes an und ein paar Exemplare mehr zum Verteilen. Die erste, die ohne Zögern ihren Namen auf die Liste setzte, war Mareile Manthey, eine stadt- und DDR-bekannte Schmuckdesignerin. Nachdem sie ihre Tasse Tee ausgetrunken hatte, lächelte sie, sagte „na klar“ und unterschrieb.

Wir sprachen vor allem Personen an, die wir kannten. Zuerst Kollegen, denen man vertraute, dann Schauspieler wie Ecke Becker, Roland Kuchenbuch und Torsten Bauer, Schriftsteller wie Christa Wolf, Pfarrer, die Leute von der Gruppe Argus und vom Friedenskreis. Die meisten unterschrieben. Viele sammelten selber weitere Unterschriften. Die Unterschriften mußten vor dem Zugriff der Staatssicherheit bewahrt werden. Marianne Otto erstellte nachts im Computer die immer länger werdenden Listen: 2.084 Befürworter des Neuen Forum konnten wir bis zum 24. Oktober 1989 in Potsdam gewinnen.

Sehr schnell öffneten sich die Friedrichskirche und der dazugehörige Gemeinderaum für ein provisorisches Büro des Neuen Forum. In der Friedrichskirche gab es schon die Gruppe „Kontakte“ um Detlef Kaminski, Hartmut Mechtel, Gabriele Grafenhorst, Elfi Wiedemann, die den Wahlbetrug vom Mai '89 untersuchte. Anette und Stephan Flade gaben ihre Telefonnummer als Kontaktadresse bekannt, um Informationen über das Neue Forum weiterzuleiten.

Auch die Erlöserkirche öffnete sich durch das Engagement von Pfarrer Martin Kwaschik für wichtige Veranstaltungen. In der Erlöserkirche hatte Ende Juni 1989 das Trommeln gegen die Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking stattgefunden. Unser Wunsch, in der Hauptkirche Potsdams, der Nikolaikirche, Veranstaltungen zu organisieren, erfüllte sich nicht. Die Kirche stünde nur für religiöse Veranstaltungen zur Verfügung, ließen uns die Verantwortlichen wissen.

Bei der Versammlung des Neuen Forum am 4. Oktober war die Friedrichskirche überfüllt. Die Menschen demonstrierten ihre Entschlossenheit, sich öffentlich und organisiert für die Demokratisierung im Lande einzusetzen. Vor der

Kirche warteten noch einmal so viele Menschen, wie drinnen versammelt waren. In den dunklen Nebenstraßen und auf dem Sportplatz harnten die bewaffneten Einsatzkräfte ihrer Befehle.

„Keine Gewalt!“ riefen Hans-Georg Baaske und Stephan Flade den Versammelten immer wieder zu. Und die SED-Machtverwalter haben damals hier in Potsdam so wie in Leipzig oder anderen Städten tatsächlich nicht geschossen, aus welchen Gründen auch immer.

Wer diesen Herbst '89 erlebt hat und sich heute daran erinnert, dem kommen die für die damalige Zeit typischen Bilder in das Gedächtnis zurück. Bleiben werden die Erinnerungen an Diskussionen in Betrieben, der Pädagogischen Hochschule, in kirchlichen Gruppen, in der Filmhochschule, an Runden Tischen, die Interviews, die persönlichen Gespräche mit Nachbarn – oder solchen, die es sein wollten, wie jene „PH“-Studenten, die aber Studenten der Stasi-Hochschule von Golm waren. Wir erinnern uns an Sprecherratssitzungen, an chaotische Treffen mit den Vertretern des Neuen Forum aus anderen Kreisen des Bezirkes Potsdam, an die erste Vollversammlung des Neuen Forum in der Erlöserkirche, bunt geschmückt mit frechen Plakaten (Allmut Jungnickel hat viele von ihnen gemalt). Hier wurden der erste Sprecherrat bestimmt und Arbeitsgruppen gegründet. Wir erinnern uns an Diskussionen über Programm, Statut, über Sozialismus und Marktwirtschaft, über die Deutsche Frage, über Pazifismus mit Offizieren der NVA (Oberst Priemer: „Wir haben immer gesagt, daß wir den Dienst mit der Waffe nur als notwendiges Übel ansehen, und wir sind bereit, unsere Uniform wieder auszuziehen, wenn es dann gewünscht wird.“).

Telefonate und Treffen mit Lea Rosh, Christa Wolf oder Günther Jahn und Heinz Vietze. SED-Bezirkssekretär Jahn sagte, Egon Krenz erkundigte sich bei seinen Telefonaten nach jedem dritten Satz, was denn das Neue Forum mache. Der Bericht über das SED-interne Papier, der das Neue Forum als konterrevolutionär und von westlichen Kreisen gesteuert abkanzelte, ließ uns bereits völlig kalt.

Eine bunte Welt von Initiativen entstand. Noch fehlte ein Signum für das Neue Forum. Viele Künstler schufen Entwürfe. Ein Jugendlicher aus Rostock, J.-G. Jäger, legte irgendwann einen eigenwilligen Regenbogen auf den Tisch. Er stand für Buntheit und Hoffnung. Ja, das war's.

Die Stärke des Neuen Forum bestand zu jener Zeit in der Vielfalt und Breite seines basisdemokratischen Ansatzes, der den Menschen ohne die Verbindlichkeit von Parteizugehörigkeit und Disziplin eine Plattform bot. Das Neue Forum war eine geeignete Trainingsstätte für Politik, bei der es nicht um Machtspiele und Machtgewinn ging. Das wird eine seiner geschichtlichen Leistungen blei-



Demonstration am 4. November 1989 vor der Stasi-Bezirksverwaltung, Hegelallee 8

ben. Aber genau diese Basisdemokratie offenbarte später seine Schwäche. Als die Demokratisierung gelungen schien und die politischen Ansichten auseinanderdrifteten, stellte am 27. Januar 1990 Reinhard Meinel auf einer Versammlung in Berlin den Antrag, das Neue Forum aufzulösen. Das hatte eine gewisse Logik. Der Antrag wurde abgelehnt, und das langsame Sterben begann.

Bei der Auflösung des DDR-Geheimdienstes war das Neue Forum ein wichtiger Motor. Die Rolle der Staatssicherheit als Werkzeug, eben als „Schild und Schwert der Partei“, war uns in diesem Prozeß immer bewußt.

Einer von uns wurde am 29. September in die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in die damalige Otto-Nuschke-Str. 54 „zugeführt“, wie es damals hieß. Bei dem Verhör ging es vorrangig um „unerlaubte Propaganda für die Zulassung einer nicht genehmigten Vereinigung“. Es wurde ein Redeverbot verhängt. Großes Interesse hatte der Stasi-Vernehmer an Kontakten, Freunden und Sympathisanten des Neuen Forum. Bis zu ihrem Ende widmete sich die „Firma“ den Aktivitäten des Neuen Forum durch Observation und Überwachung. Am 3. Dezember 1989 überraschte uns Reinhard Schult, in seiner Begleitung Wolf Biermann und Jürgen Fuchs, nachmittags mit der Nachricht, daß Gewerkschaften, Parteien und die Staatssicherheit ihre Akten vernichten würden. Am Tag dar-



Im Dienstzimmer des Leiters der Stasi-Bezirksverwaltung, Dezember 1989

auf beschloß der provisorische Sprecherrat in Potsdam, von Oberbürgermeister Bille Aufklärung zu verlangen. Bille erklärte sich für nicht zuständig. Daraufhin forderten wir die Staatsanwaltschaft auf, die Amtsräume der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit zu kontrollieren. Polizeichef Griebisch bot sich seltsamerweise schon vorher telefonisch bei einem unserer Sprecher dazu an.

Gegen 11 Uhr wurde der Sprecherrat, gemeinsam mit Ute Samtleben, damals als Journalistin tätig, und dem Fotoreporter Frank Buschner, auf das Gelände an der Hegelallee eingelassen. Der Stasi-Generaloberst Schickart wirkte larmoyant, der Chef der Staatsanwaltschaft war offenbar sein Duzfreund, der schneidige Kreisdienststellenleiter Oberst Puchart gab sich zurückhaltend, und Polizeichef Griebisch versuchte, die Aktion abzuwiegeln. Wir erreichten im Gespräch dennoch die Einstellung der Aktenvernichtung, die Versiegelung von Räumen und die Zulassung von Bürgerkontrollen.

Es entstand eine unübersichtliche Situation. Die militärische Bewachung der Hegelallee erklärte uns, nicht zur Stasi zu gehören, und ließ den ganzen Tag die Bürger das Gelände passieren. Wir klopfen an jede Tür und erkundigten uns nach den Aufgaben der dahinter angetroffenen Personen. Wir gingen in die Telefonabhörszentrale, wo – wie man uns versicherte – nie abgehört worden war,

wir diskutierten im Chefzimmer. In der Spionageabwehr in den obersten Etagen des Neubaus der Hegelallee nannte uns eine junge Frau als Grund für ihre Dienste in der Staatssicherheit ihre Sprachkenntnisse. Ein Raum war bis an die Decke vollgepackt mit leeren Aktendeckeln, deren Inhalte bereits durch den Reißwolf gewandert waren. Im Stasiobjekt in der Geschwister-Scholl-Straße entdeckten wir Wochen später im Freien riesige Papierschnitzelhaufen. Die Räume, in denen die Stasi die Post öffnete (das jetzige Kulturamt) oder die Waffenkammern (auf dem Hof im Gelände der Hegelallee) sahen wir erst sehr viel später.

An jenem 5. Dezember 1989 kämpften wir uns zusammen mit den Staatsanwälten Raum für Raum durch Häuser und Büroräume. In einem Keller des jetzigen Amtsgerichts wurden offenbar Akten gelagert, die zur Vernichtung bestimmt waren. Ein Stasi-Offizier verhinderte, daß wir uns den Inhalt der Papiersäcke näher ansehen konnten. Der Raum wurde versiegelt. Doch zwischen dem 15. Dezember 1989 und dem 10. Januar 1990 wurden die Siegel erbrochen und die Säcke entwendet. Die Stasi funktionierte also noch.

Gerüchten zufolge sollte von diesem Haus eine direkte unterirdische Verbindung zum Stasigefängnis in der Lindenstraße 54 existieren. Solche Gerüchte gab es auch in anderen Städten um Stasiobjekte. Die Stasi-Offiziere mögen gezeift haben, als wir die Kellerräume in der Hegelallee nach zugemauerten Gängen oder Bunkern untersuchten.

An jenem Abend des 5. Dezember verlangten wir mit den Worten „Wir kommen vom Bürgerkomitee“ Einlaß in die U-Haftanstalt des MfS. Das Gefängnis war bis auf vier weibliche Häftlinge, die ihren Dienst in der Küche versahen, bereits leer. Die Frauen zeigten uns ihre Zellen, die relativen Komfort und Freiraum boten. Sogar Westkakao-Büchsen zierten die Bretter an der Wand. Schon in den nächsten Tagen verlegte man die Frauen nach Brandenburg, und das Haus stand leer. Der Potsdamer Sprecherrat stellte den Antrag, dort Räume für unsere politische Arbeit einzurichten. Die anderen „Neuen“ in der Politik zogen mit: die SPD, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch und mit ihnen die interessierten Bürger und Bürgerinnen Potsdams.

Die Auflösung des MfS, von der Modrow-Regierung in AfNS (Amt für Nationale Sicherheit) umbenannt, war noch nicht beendet. Der inzwischen in Berlin eingesetzte Runde Tisch beschloß, den DDR-Geheimdienst komplett aufzulösen. Der Sprecherrat des Neuen Forum führte Gespräche mit einer Regierungskommission, der diese Aufgabe für den Bezirk Potsdam übertragen wurde. Deren Leiter, Herr Splett, war ein OibE (Offizier im besonderen Einsatz) der Staatssicherheit.

Wir taten unser Bestes. Wir mischten uns ein im Rahmen von Bürgerkomitees und in der Arbeitsgruppe Sicherheit des Rates des Bezirkes, die später auf Initiative von Christian Grauer (SPD) zustande kam: Was geschah mit den Waffen, was mit den konspirativen Wohnungen? Welche Nutzung sollten die Stasi-Objekte erhalten? Wir inspizierten die Waffenkammern und die Bezirkseinsatzbunker in Golm, wir ließen uns das Prinzip der abhörsicheren Telefonleitungen in der Juristischen Hochschule in Golm erklären und die Labors in der Hegelallee. Wir waren überfordert, aber wir waren dabei. Bei einem dieser Gespräche mit dem Neuen Forum sagte der MfS-Offizier Fremde, einige der Anwesenden müßten rote Köpfe bekommen, weil sie mit ihrer Vergangenheit kein Recht hätten, die Auflösung der Stasi zu betreiben. Er wußte, wovon wir nicht wissen konnten: der IM-Tätigkeit einiger Mitglieder des Neuen Forum. Das Herrschaftswissen war noch nicht gebrochen, und man unterließ keinen Versuch, uns auseinander zu dividieren.

Trotzdem, der Aufbruch in die Demokratie gelang. Wenn auch nicht jede Hoffnung in Erfüllung ging.

Genug geschwiegen Die letzten Tage der DDR

Dem von allgemeiner Lähmung und Ohnmacht geprägten Sommer des Jahres 1989 und der Massenflucht von DDR-Bürgern über die ungarische Grenze nach dem Westen folgte ein turbulenter Herbst. Die Gründung des Neuen Forum, die Besetzung der Botschaften in Warschau und Prag durch ausreisewillige DDR-Bürger, die Abriegelung der DDR auch nach Osten und die Montagsdemonstrationen in Leipzig mobilisierten die Widerstandskräfte der im Staat DDR Eingesperrten. Auch in Potsdam. Unerträglich der Gedanke an die bevorstehenden Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989.

Martin Kwaschik, Pfarrer an der Erlöserkirche und einer der Initiatoren der Demonstration am 7. Oktober 1989 in der Brandenburger Straße (damals Klement-Gottwald-Straße), schrieb in einem Zeitungsbeitrag im Januar 1991 über die Dokumentation „Mit tschekistischem Gruß, Berichte der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit/Potsdam 1989“: „So wertvoll und lesenswert diese Dokumentation auch ist, man müßte ein zweites Buch schreiben und es den Freunden widmen, die mutig die wirklich ersten Schritte am Brandenburger Tor planten und realisierten. Ich denke an Jeanne Grabner, Olaf Grabner, Udo Kreschel, Andreas Ortlieb, Gabi Grafenhorst, Hartmut Mechtel, Silke Führich und Hans Schalinski.“ Keiner der Genannten ist später in die Politik gegangen, keiner mit Anerkennungen bedacht worden, keiner hat sich je als Bürgerrechtler bezeichnet.

Als Willy Brandt 1990 in Potsdam auf dem Luisenplatz (vormals Platz der Nationen) zu den Potsdamern sprach, erwähnte er die Demonstration vom 4. November 1989 als erstes öffentliches Aufbegehren in dieser Stadt und befand, spät seien die Potsdamer gekommen, aber nicht zu spät. Von den Ereignissen des 7. Oktober in Potsdam wußte er offensichtlich nichts.

Die Vorbereitung der Demonstration vom 7. Oktober 1989 lag vor allem in den Händen von zwei Pfarrern (Martin Kwaschik und Hans Schalinski), zwei

Schriftstellern (Gabriele Grafenhorst und Hartmut Mechtel), zwei Studenten (Jeanne Grabner und Andreas Ortlieb), einem Tischler im Oberlinhaus (Udo Kreschel) und einem Gärtner bei den Bornimer Staudenkulturen (Olaf Grabner). Keine Organisation, keine Institution bot ihnen Schutz, allein ihr Gewissen drängte sie zum Handeln, welche Folgen das für sie auch haben mochte. Die Kirchenbehörden schlugen die Bitte ab, den Protestmarsch nach einem Gebet in einem Gotteshaus beginnen zu lassen. Dem Schriftstellerverband und der Pädagogischen Hochschule lag nichts ferner als ein öffentlicher Protest. Das Neue Forum verdächtigte in dieser gespannten Atmosphäre, die von der Staatssicherheit noch mit Gerüchten aufgeladen wurde, die Organisatoren oder zumindest einige von ihnen als Stasispitzel und lehnte eine Teilnahme rundweg ab. So blieben sie auf sich allein gestellt. Auf unscheinbaren Zetteln riefen sie auf:

„40 lange Jahre
Wir haben genug
geschwiegen!
In diesen Tagen wird an
vielen Orten das Schweigen gebrochen.
Wir treffen uns am 7.10. um 14 Uhr
in der Klement-Gottwald-Str.
am Brandenburger Tor.
Bringt als Zeichen der Hoffnung
eine Blume mit!
GEGEN RESIGNATION
UND ANGST!“

Einer sagte es dem anderen weiter, und nicht selten passierte es den Organisatoren, daß ihnen auf der Straße von Unbekannten zugeflüstert wurde: „Am 7. Oktober, 14 Uhr, am Brandenburger Tor.“

Wir wußten nicht, wie viele kommen würden, wir wußten nur, die Stasi würde da sein, denn es gingen Gerüchte um, von der Staatssicherheit verbreitet, Auflehnung gegen die Staatsgewalt würde mit dem Einsatz von Waffen beantwortet werden. Stasileute versuchten, die Organisatoren mit unverhüllten Drohungen einzuschüchtern. Der psychische Druck war kaum noch erträglich, je näher der 7. Oktober heranrückte. Zu Jeanne Grabner kam eine Mutter und beschwor sie, ihre sechzehnjährige Tochter von einer Teilnahme abzuhalten. Wenn ihrer Tochter etwas zustoße, sei sie verantwortlich dafür. Ein Klempnermeister

erzählte mir später, er und seine Frau hätten, ehe sie sich zum Brandenburger Tor aufmachten, ihre Kinder in sichere Obhut gebracht, weil sie damit rechneten, nicht so bald nach Hause zurückzukehren. Heute kann sich kaum noch jemand vorstellen, welcher Mut dazu gehörte, mit einer Blume in der Hand zum Brandenburger Tor zu gehen. Den Älteren steckten vierzig Jahre DDR in den Knochen, und auch die Jüngeren wußten aus eigener Erfahrung, daß die Stasi nicht zimperlich mit Verhafteten umging, ganz zu schweigen von den lebenslangen Nachteilen, die aus der Teilnahme an einer solchen Aktion erwachsen konnten. Jeder trug Verantwortung für Angehörige, jeder hatte Angst vor der Ungewißheit, und dennoch wußten alle, die sich an diesem Sonntag auf den Weg machten, daß sie so wie bisher, von den Herrschenden gedemütigt und verhöhnt, nicht weiterleben konnten. Manch einem mochte Lenins Spruch, den er in der Schule gepaukt hatte, durch den Sinn gehen: Eine revolutionäre Situation bestünde dann, wenn die Unterdrückten nicht so weiterleben wollten wie bisher und die Unterdrücker nicht so weiterleben könnten wie bisher.

Auf der Brandenburger Straße herrschte ein reges Treiben. Jene, die dem vereinbarten Treffpunkt zustrebten, erkannte man an ihren vor innerer Anspannung grauen Gesichtern. Am Glockenspiel stellten wir uns im Kreis auf, etwa zehn, fünfzehn Leute, faßten uns bei den Händen und begannen zu skandieren: „Wir bleiben hier, verändern wollen wir!“, „Wir bleiben hier, gestalten wollen wir!“, sangen „Brüder zur Sonne zur Freiheit“, „... die Internationale erkämpft das Menschenrecht“, „We shall overcome“.

Wir wollten die Staatsmacht nicht provozieren, wir wollten sie beim Wort nehmen. Um uns herum Schaulustige und viele wohlbekannt unbekannte Männer im Anorak, am Brandenburger Tor ein Polizeiauto und, was mich am meisten erstaunte, am Fußgängerüberweg ein alter Mann, der Blumen verkaufte, den Strauß für drei Mark. Zufall, Absicht oder Geschäftssinn in diesem an Blumen armen Land?

Mehrmals wiederholten wir unser bescheidenes „Programm“, aber nichts geschah. Die Stasileute beobachteten uns schweigend und untätig. Damit hatten wir nicht gerechnet. Wir wußten nicht weiter. Schließlich konnten wir nicht stundenlang dieselben Sprüche rufen. In die uns endlos erscheinende Minute der Hilflosigkeit hinein sagte Hans Schalinski: „Dann gehen wir doch einfach los.“

Mit zaghaften Schritten wandten wir uns in Richtung der katholischen Kirche am anderen Ende der Straße, skandierten unsere Losungen, sangen unsere Lieder mit belegten Stimmen. Jeder spürte den anderen neben sich, spürte, wie er sich mit jedem Schritt ein wenig aufrichtete, die Angst unter die Füße trat, wie



7. Oktober 1989 in der Friedrich-Ebert-Straße

seine Stimme heller wurde. Wir liefen, ohne Ziel, ohne Absicht. Wir waren uns selbst genug. Ein junger Mann in der ersten Reihe drehte sich um und stieß einen Schrei aus. Jetzt ist es soweit, dachte ich, sie kommen. Ich schaute mich um und sah – eine unüberschaubare Menschenmenge; Alte, Junge, Väter trugen ihre Kinder auf den Schultern. Das konnten nicht alles Mitarbeiter der Stasi sein. Ein unbeschreibliches Glücksgefühl durchströmte uns. Jemand stimmte „Freude schöner Götterfunken“ an, jubelnd fielen alle ein. Die Anspannung löste sich. Stasileute versuchten vergeblich, Fotografierenden die Fotoapparate zu entreißen, lachend warf man sich die Fotoapparate zu, sang, redete ... Wir waren wie Kinder. Uns lag der Gedanke fern, einen Staat zu stürzen, fern der Gedanke an Sozialismus und Kapitalismus. Wir dachten auch nicht, daß wir das Volk oder daß wir ein Volk sind. In diesem Augenblick lebten wir von der Haarspitze bis zu den Zehen. Jeder besaß sein eigenes Gesicht, endlich, zeigte Angst, Hoffnung, Stolz, Mut, verkroch sich nicht – nicht mehr und noch nicht wieder – in einer anonymen Masse, hinter Prinzipien und Schlagworten. Nicht für oder gegen einen Staat ertrotzten wir uns diesen Weg. Wir taten es um unserer Würde willen.

Am Ausgang der Brandenburger in die Friedrich-Ebert-Straße entrollte sich wie aus dem Nichts eine Polizeikette, gleichzeitig wurden alle Nebenstraßen abgeriegelt. Durch Lautsprecher forderte die Polizei die Demonstranten auf, die Straße in Richtung Platz der Nationen zu verlassen. Die ersten Reihen kamen zum Stehen, von hinten drängte die Menge nach. Wir sahen die Nervosität der jungen Polizisten, einer griff nach dem Schlagstock, sein Nebenmann beruhigte ihn durch eine Geste.

Wir wollten keine Gewalt, aber wir wollten auch nicht auf Befehl umkehren. Also schlossen wir noch einmal fest die Reihen und sangen eins unserer Lieder, dann forderten wir die Menge auf, friedlich auseinanderzugehen. „Wir haben heute viel erreicht“, riefen wir, und: „Wir machen weiter!“ „Keine Gewalt!“ „Laßt euch nicht provozieren!“ Unvergessen wird mir der Anblick einer Frau bleiben, etwa Mitte Fünfzig, in einem hellen Übergangsmantel, die vor meinem Sohn stand und mit glücklichen Augen sagte: „Das war schön! Wann machen wir das wieder?“

Bis auf einen Kern von etwa achtzig Jugendlichen, die sich als Antifa bezeichneten, zerstreuten sich schließlich die etwa zweitausend Menschen. Gegen die Jugendlichen setzte die Polizei später eine Art motorisierte „Schneeschieber“ ein, trieb sie damit vor sich her, und als sie sich endlich zum Gehen wandten, setzte sie ihnen nach und verhaftete auf der Friedrich-Ebert-Straße und im Café Heider wahllos Beteiligte und Unbeteiligte, insgesamt 103 Jugendliche.

In der „Märkischen Volksstimme“ verurteilten in den nächsten Tagen „Potsdamer Bürger“ die „Zusammenrottung randalierender Provokateure in der Klement-Gottwald-Straße“, deren Ziel es gewesen sei, „die Volksfeste am Tag der Republik zu stören, Bürger zu verunsichern, Familien zu verängstigen“.

In der Erlöserkirche versammelten sich Gläubige und Nichtgläubige zu Fürbittgottesdiensten für die Verhafteten, während Generalsuperintendent Krusche im Rundfunk die Demonstranten in der DDR zur Einsicht aufforderte, denn die Regierung würde keine Schritte auf das Volk zu unternehmen, solange es auf den Straßen demonstriere. Auch Pfarrer Eppelmann bat, mit den Demonstrationen aufzuhören. Die Sprecher der sogenannten Opposition, vorwiegend in den Kirchen und im Neuen Forum konzentriert, versicherten den Funktionären des Staates und der Partei immer wieder, daß niemand den Sozialismus zur Disposition stellen wolle. Besorgt und verständnislos registrierten sie, daß die Menschen ihren Ratschlägen nicht folgten und trotz drohender Verhaftung weiter auf die Straße gingen. In diesem frühen Stadium schon, als die Demonstranten noch für die Legalisierung des Neuen Forum eintraten, tat sich zwischen den mutigen Idealisten

der Bürgerbewegung und der Mehrheit der Bevölkerung eine Kluft auf: Die Menschen auf der Straße stellten den Sozialismus zur Disposition.

Am 9. Oktober 1989 wurde in Leipzig das Schicksal der DDR besiegelt. Was nach dieser entschlossenen und zugleich friedlichen Demonstration von fast hunderttausend Menschen geschah, war nur noch ein Abgesang auf den vierzigjährigen Staat. Die Demonstrationen schwollen an wie der Flüchtlingsstrom über Ungarn, und als Erich Honecker seinen Stuhl für Egon Krenz räumen mußte, bebte in San Francisco tatsächlich die Erde.

„Dialog“ hieß das neue Zauberwort, das die SED von der Kirche übernommen hatte. Von den ersten Bezirkssekretären der Partei bis zum kleinsten Amtsträger der SED-Stadtleitungen hetzten nun die Funktionäre mit aufgesperrten Ohren von Betrieb zu Betrieb, um mit den Werktätigen zu sprechen. Fürsorglich erkundigten sie sich nach den „Sorgen und Nöten“ der Menschen. Ihre Stimmen klangen sanft wie die des Wolfes, der Kreide gefressen hat. Man brauche doch kein Neues Forum, es gebe genügend „demokratische Foren“ in diesem Land. Man hörte ihnen zu und – mißtraute ihnen.

Im Babelsberger Pfarrhaus trafen sich am 19. Oktober zwölf Leute, um über eine nächste Demonstration in Potsdam am 4. oder 19. November zu beraten. Nach langem Für und Wider wurde mehrheitlich beschlossen, daß der Pfarrer Martin Kwaschik und der Physiker Reinhard Meinel im Auftrag des Neuen Forum eine Demonstration bei der Polizei anmelden sollten. Die Beamten reagierten freundlich, aber ratlos, bis sich endlich ein Vorgesetzter fand, der den Antrag annahm und einen Bescheid für den 25. Oktober versprach.

Schon damals empfanden einige von uns, vor allem die Organisatoren der Demonstration vom 7. Oktober, dieses Vorgehen als lächerlich und überflüssig. Aber wer kann schon aus seiner deutschen Haut! Auf der Heimfahrt aus dem Pfarrhaus witzelten Martin Kwaschik und ich, die Deutschen fragten erst bei den Behörden an, ob sie den Staat aus den Angeln heben dürften. Er erzählte, wie er sich am 7. Oktober vergeblich bemüht hatte, durch die Menschenmenge rechtzeitig zu unserem Kreis vorzudringen. Dabei traf er zu seinem großen Erstaunen – und Erschrecken – seine alte Mutter, die im Predigerwitwenhaus lebte. Auf seine Frage, was sie hier mache, erwiderte sie einfach, sie hätte ihren Sohn in dieser gefährlichen Stunde doch nicht alleine lassen können.

Wir wußten, die Proteste würden weitergehen, ob mit oder ohne Genehmigung der Behörden. Je mehr Menschen über die ungarische Grenze und die westdeutschen Botschaften in Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland flohen, um so mehr würden in den Städten der DDR, bis aufs Äußerste erbittert, auf die Straße



Demonstration in der Wilhelm-Külz-Straße (Breite Straße) am 4. November 1989

gehen. Die wenigsten von ihnen wollten den Sozialismus retten, die meisten wollten den Zorn über ihr Eingesperrtsein hinausschreien, sie wollten die Demütigungen durch eine verlogene, menschenverachtende Propaganda nicht länger ertragen, sie hatten diesen Staat und seine Bevormundung nach vierzig Jahren einfach satt. Unsagbar litten die Eltern, deren Kinder verhaftet worden waren oder sich in Richtung Westen aufgemacht hatten. Würde man sich noch einmal wiedersehen? Die Stimmung schwankte zwischen Verzweiflung und grimmigem Zorn. Alles war Abschied, und ungewiß blieb die Zukunft. Für viele geriet das Weltgefüge ins Wanken. Mochten Regierung und Politbüro tagen, soviel sie wollten, man erwartete nichts von ihnen. Die privaten Diskussionen schienen sich im Kreise zu drehen, auch wenn man bisher Undenkbbares aussprach, wie etwa, daß die SED ihren Führungsanspruch aufgeben müsse. Es schien, als halte die Geschichte den Atem an.

Ich erinnere mich nicht, ob die Potsdamer Polizeibehörden der Demonstration vom 4. November eine Genehmigung erteilten. Mein Tagebuch vermerkt nur, daß das Neue Forum als Antragsteller nicht zugelassen wurde und die Generalsuperintendentur als Träger fungierte.

Am Morgen des 4. November ab 9.30 Uhr schauten sich wahrscheinlich die meisten Potsdamer im Westfernsehen die große Demonstration der Berliner auf dem Alexanderplatz an, um sich dann auf den Weg in die Potsdamer Innenstadt zu machen. Vom Balkon der Stappenbeckschen Wohnung auf dem Platz der Nationen sprachen die Pastorin Anette Flade, der Gärtner Olaf Grabner und der Physiker Reinhard Meinel gegen 14 Uhr zu den mehr als hunderttausend Versammelten.

Im Gegensatz zu den Berlinern hatten die Potsdamer wohl überlegt auf „Glanzlichter“ aus Partei, Kultur und Kirche verzichtet und jene reden lassen, die den Zug in Fahrt gebracht und nicht in letzter Minute aufgesprungen waren, aus welchen Gründen auch immer. Aus der Menge ragten Transparente mit Aufschriften wie „Mauerland in Bauernhand“, „Die Karre aus dem Dreck ziehn nicht die alten Pferde“, „Stasi raus aus den Betrieben“. Dann schob sich der Zug über die Schopenhauerstraße, die Breite Straße, die Friedrich-Ebert-Straße zur Hauptpost auf dem Platz der Einheit, wo der Schriftsteller Hartmut Mechtel zu der Menge sprach. Im Gegensatz zum 7. Oktober war diesmal die Stimmung schon von Anfang an gelöst, keiner fürchtete mehr Polizei und Staatssicherheit. Eine Art entschlossener Freude hatte sich der Menschen bemächtigt. Man wollte und würde so lange auf die Straße gehen, bis die Staatsmacht so oder so reagierte. Seit der großen Demonstration am 9. Oktober in Leipzig waren die Regierenden – eine neue Erfahrung – immer nur zurückgewichen, und niemand konnte sich vorstellen, daß Panzer auffahren würden wie am 17. Juni 1953.

In den zurückliegenden vier Wochen hatten die Menschen verwundert die Ohnmacht des doch so allgegenwärtigen und sich allmächtig gebenden Staats- und Sicherheitsapparates registriert. Das Staatsgebilde DDR ruhte seit jeher auf drei Grundpfeilern: der Angst, der Lüge und der Unterdrückung. Die Angst war verschwunden, die Lüge zerbröckelte, also konnte auch der Repressionsapparat kaum noch eine Bedrohung darstellen, zumal im Zeichen der Perestroika des Michail Gorbatschow eine bewaffnete Intervention der Sowjetarmee wie einst in Berlin 1953, in Budapest 1956 und in Prag 1968 als unwahrscheinlich galt. Aber kaum jemand in Ost und West fand in diesen aufregenden Tagen die Zeit und die Muße, sich darüber klar zu werden, daß mit dem Wegfall der Angst und der Lüge die Tage des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ gezählt waren. Das Ende der DDR stand unmittelbar bevor, und niemand sah es. Immer noch waren alle befangen in der vierzig Jahre gepredigten Vorstellung, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Immer hatte es in Potsdam Menschen gegeben, die der sozialistischen Indoktrination widerstanden und deren Bürgersinn stärker gewesen war als die Angst. Sie verließen in Scharen das Land, als noch keine Mauer sie daran hinderte, oder sie wurden inhaftiert und von Richter Wohlgetan zu langjährigen Strafen verurteilt. Nach dem Machtantritt Gorbatschows 1985 und mit der zunehmenden Versteinerung der Herrschenden in der DDR faßten immer mehr Menschen Mut zum offenen Widerspruch, selbst in der SED. Die Mutigsten demonstrierten mit dem Rosa-Luxemburg-Wort von der Freiheit des Andersdenkenden, sie protestierten gegen die Wahlfälschungen, gegen den Verfall der Potsdamer Innenstadt, gegen die Massaker in Peking. Sie wollten den Sozialismus nicht abschaffen, sie wollten einen besseren Sozialismus. Die noch schweigende Mehrheit der Bevölkerung wollte nicht länger in einem Lager leben, auch nicht in einem sozialistischen Lager. Dies nicht erkannt zu haben, sollte für viele Bürgerrechtler eine tiefgreifende Enttäuschung zu Folge haben, die in Stefan Heyms Äußerung gegen die in westdeutsche Kaufhäuser strömenden DDR-Bürger ihren Ausdruck fand. Nicht erst nach dem Mauerfall, sondern schon immer hatte die Mehrheit der Ostdeutschen, Generation auf Generation, davon geträumt, sich in Deutschland und darüber hinaus in der Welt frei bewegen zu können, auch in Kaufhäusern, aber sie hatte es nicht ungestraft artikulieren dürfen. Schriftsteller wie Stefan Heym und andere ignorierten solche Wünsche. Sie selber durften ja in alle Welt reisen.

In den letzten Oktober- und ersten Novembertagen des Jahres 1989 machte in der Bevölkerung ein Goethe-Wort die Runde, abgeschrieben oder bei Westbesuchen kopiert: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde ... Vor allem sei es eins in Liebe untereinander. Und immer sei es eins, daß der deutsche Thaler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Wert habe, eins, daß mein Reisekoffer durch alle deutschen Länder ungeöffnet passieren könne.“

Am 26. Oktober unterhielt ich mich mit dem Journalisten Klaus Büstrin, und wir sprachen davon, was wir tun würden, wäre die Grenze offen. Erstaunt hörte ich ihn sagen, ihn ziehe es nicht in die Ferne, nur über die Glienicker Brücke wolle er wieder gehen und von der Pfaueninsel auf Potsdam schauen.

Vier Monate zuvor, an einem warmen Juniabend, war ich mit der Schriftstellerin Ursula Höntsch durch den Neuen Garten in Richtung Glienicker Brücke gegangen. Schon in der Tizianstraße hefteten sich zwei Volkspolizisten an unsere Fersen. Eingedenk des Wortes von Seneca, daß der Ängstliche, der vor einem Hund davonläuft, ganz bestimmt eingeholt und gebissen wird, setzten wir unseren Weg in Richtung Glienicker Brücke gemächlichen Schrittes fort. Die Berli-

ner Straße lag gespenstisch leer im Sonnenschein. Etwa zweihundert Meter vor der Absperrung überholten uns die Polizisten, nun schon drei, und versperrten uns den Weg. Der Ranghöchste herrschte uns an, was wir hier zu suchen hätten. Die wahrheitsgemäße Auskunft, wir gingen spazieren, befriedigte ihn nicht. Wo ich wohne? Auf der anderen Seite des Heiligen Sees? Warum ich dann nicht dort bliebe und hier herumliefe? Die Frage brachte mich für einen Moment aus der Fassung. Rechtzeitig fiel mir ein, daß ich keinen Ausweis bei mir hatte, und ich verlegte mich auf die Manier des braven Soldaten Schwejk: „Ach wissen Sie, meine Freundin aus Berlin war seit der Grenzziehung nicht mehr in Potsdam, und sie ist doch hier aufgewachsen. Heute wollte sie mir zeigen, wo sie früher immer über die Brücke nach West-Berlin geradelt ist. Können Sie sich das vorstellen? Einfach mit dem Fahrrad hier so rüber?“ Der Polizist nahm wohl an, meine Freundin sei West-Berlinerin, und wollte wohl keine deutsch-deutsche Verwicklung riskieren. So sagte er nur barsch: „Weitergehen! Weitergehen!“ Natürlich in die entgegengesetzte Richtung. Was wir auch taten, innerlich kochend vor Wut. Ich war noch nie über die Glienicker Brücke gegangen, kannte von der Pfaueninsel nur das, was man von der Marmorbank im Neuen Garten über die Mauer hinweg erspähen konnte. Ich konnte mir also nicht vorstellen, warum Klaus Büstrin von der Pfaueninsel träumte. Mich zog es eher nach Italien, nach England oder Frankreich. Gänzlich außerhalb meines Vorstellungsvermögens lag der Gedanke, daß ich nur sechzehn Tage später vom Uferweg zwischen dem Glienicker Jagdschloß und Moorlake auf die Sacrower Heilandskirche, den Pfingstberg und den Neuen Garten schauen und begreifen würde, warum sich Klaus Büstrin nach diesem Stück Erde sehnte.

Der 10. November 1989 war ein sonniger Tag. In den Straßen von Potsdam vibrierte allenthalben eine freudige Erregung. „Ab 18 Uhr ist auch die Glienicker Brücke geöffnet“, rief einer dem anderen zu und konnte es selbst nicht oft genug hören. Jene, die schon nachts in West-Berlin gewesen waren und jene, die nicht bis zum Abend warten wollten, standen wild gestikulierend beieinander und lachten, schrien, weinten: „Wahnsinn!“

Die Grenze zu West-Berlin war offen, und keiner fragte, warum. Das Zusammentreffen von Gesetzmäßigkeit und Mißverständnis überstieg jegliches Denkvermögen. Das Wort Wahnsinn war das einzig angemessene für diese Situation.

Am Abend des 10. November 1989 stand ich mit Lonny Neumann an der Glienicker Brücke und schaute auf den dunklen Strom von Menschen und Fahrzeugen, der dort hinüberwogte. Wie gelähmt verharrten wir hinter den Absperrgittern. Es war so unglaublich, was hier geschah, so unvorstellbar, mein Ver-

stand verarbeitete nicht, was meine Augen sahen. Irgendwann kehrten wir um, wie im Juni auf Geheiß des Polizisten, und gingen gegen den Strom nach Hause. War es die Angst, nach einer langen Gefangenschaft durch die offene Tür zu gehen, oder war es der Wunsch, es nicht so zu tun – halb bewußtlos und in der Dunkelheit?

Am nächsten Morgen, dem 11. November, trabte ich zur Polizei in der Bauhofstraße und erhielt innerhalb von drei Minuten von freundlich-willigen Beamten einen Stempel in den Ausweis, gültig zur mehrmaligen Ausreise in das kapitalistische Ausland bis zum 11. Mai 1990. Mir war die Absurdität meines Tuns bewußt. Während Hunderttausende von Menschen seit vierunddreißig Stunden über die Grenzen in Richtung Westen strebten und sich einen Teufel um Pässe und Visa scherten, holte ich mir einen Stempel bei der Volkspolizei. Aber alles war in diesen Tagen absurd. An diesem 11. November hatte auf der Freundschaftsinsel eine Ausstellung der Plakate von der Demonstration des 4. November stattfinden sollen. Auf der Freundschaftsinsel waren weder Menschen noch Plakate zu sehen. Die Straßen zwischen der Langen Brücke und dem Bassinplatz lagen menschenleer in der Novembersonne, während die sonst so verlassene Berliner Vorstadt einem Aufmarschgebiet glich. Parkende Autos verstopften die Straßen. Zwei zehnjährige Jungen tobten zwischen den Fahrzeugen, und einer rief begeistert: „Mensch, eben waren wir noch am Arsch der Welt, jetzt sind wir mittendrin.“ Der Menschenstrom zur Brücke glich einer Demonstration. Er sog uns auf, kaum merkten wir, wie wir auf die Brücke gelangten. Ich registrierte die lächelnden Grenzer mit der Blume an der Uniform. Ein russischer Soldat, der die für die Alliierten noch abgesperrte Straßenseite bewachte, schaute mit großen Augen auf das Durcheinander von Menschen und Fahrzeugen. Eingezwängt zwischen Leibern, geschoben und gedrängt, erhaschte ich keinen Blick auf die unbekannte Landschaft, ich spürte nur die Menschen um mich herum, ich spürte das Schwanken der Brücke, die sich mit äußerster Anstrengung der ungewohnten Last entgegenzustemmen schien. Auf der anderen Seite empfingen West-Berliner den sich vorbeiwälzenden Strom mit Jubel und Klatschen.

Während die meisten die bereitstehenden Busse zur Innenstadt von West-Berlin bestiegen, bogen wir in den Uferweg am Jungferensee ein. Die plötzliche Stille toste in den Ohren, mich fröstelte auf dem menschenleeren Waldweg. Durch das gelbe Buchenlaub öffnete sich der Blick immer wieder auf den See, wo sich noch vereinzelt Segelboote tummelten, auf die bewaldeten Ufer und Hügel. Majestätisch grüßten die Ruinen vom Pfingstberg. Der Himmel leuchtete hüben wie drüben, das Wasser glitzerte hüben wie drüben, hier wuchsen die

gleichen Bäume wie dort. Eine Schwäche überkam mich. Wir setzten uns auf eine Bank am Wasser, hinter uns kamen ab und zu West-Berliner Spaziergänger und Radfahrer vorbei, als sei dies ein ganz normaler Spätherbsttag, so recht geeignet zu einem Ausflug ins Grüne. Ich fühlte mich plötzlich alt, müde und verbraucht. Als sei ich nach jahrzehntelanger Haft plötzlich in die Freiheit entlassen worden und befände mich in einer total veränderten Welt. Beim Bau der Mauer war ich jünger gewesen als meine erwachsenen Kinder jetzt. Vor mehr als achtundzwanzig Jahren trennte von einem Tag auf den anderen die Mauer Menschen und Landschaften, die seit jeher zusammengehört hatten. Der Schock saß tief und war mit jedem Jahr mehr schmerzlich ins Bewußtsein gedrungen. Täglich war ich im Neuen Garten an der Mauer entlang gegangen, hatte die Enten und Schwäne beneidet, die sie ungehindert überflogen. Wie hatte ich das nur so lange ausgehalten? Der Mensch ist ein Wunder der Anpassung. Eingesperrt, ohnmächtig, zimmerten wir uns aus den Lügen, die wir nicht glaubten, ein Gerüst von Selbstsicherheit. Wir hatten die Mauer verinnerlicht, bis sie zu einem Teil von uns selbst geworden war.

Betonmauern, Stacheldrahtreiter, Metallgitterzäune konnten so schnell beseitigt werden wie sie einst errichtet wurden, aber die Prägungen, die sie in der Seele hinterlassen hatten, waren nicht mit Hämmern oder Bulldozern wegzuräumen. Die Euphorie überdeckte den Schock der unerwarteten Maueröffnung. Das Schwerste stand uns noch bevor.

Als wir über die Glienicker Brücke zurückgingen, leuchtete ein voller Mond am Himmel, über Potsdam lag eine brennende Abendröte. Aufmerksam betrachtete ich die Grenztürme, den glatt geharkten Sicherheitsstreifen, die Betonpiste für die Fahrzeuge der Grenzer und den Stacheldraht auf der Mauer an der Schwanenallee. Von dieser Seite hatte ich die Grenzanlagen nie gesehen. Sie erinnerten mich an Fotos von Konzentrationslagern. Schauernd wandte ich mich ab.

Potsdam 1945-1989

Stationen einer gescheiterten Gesellschaftsutopie

Nach fast sechs Jahren Krieg war Potsdam im Mai 1945 eine gezeichnete Stadt. Von 1.656 Gebäuden der Innenstadt waren 509 völlig zerstört, 103 teilzerstört, 989 „bewohnbar“ und nur 55 unbeschädigt. Die Infrastruktur Potsdams, die Elektrizitäts- und Wasserversorgung, lag danieder. Fast 3.800 Kubikmeter Schutt machten die Straßen unpassierbar.¹

Der Alltag der Potsdamer in den ersten Friedenswochen bestand aus täglicher Suche nach Nahrung und panischer Angst vor willkürlichen Übergriffen der Besatzungsmacht. Gemäß alliierter Vereinbarungen galt Meldepflicht für alle Wehrmachts- und Waffen SS-Angehörigen und Abgabepflicht für Waffen, Munition, Radios, Autos, Motor- und Fahrräder, Treibstoffe, Fotoapparate, Schreibmaschinen und andere Vervielfältigungsgeräte.² Sämtliche Nazi-Organisationen wurden verboten.

Ein erstes Trauma für die Potsdamer wurde die Angst der Roten Armee vor sogenannten „Werwolf“-Aktivitäten. Der Glaube an diese, von wenigen Einzeltätern abgesehen, fiktive NS-Untergrundarmee³ führte zu wahllosen Verhaftungen Jugendlicher zwischen vierzehn und achtzehn Jahren durch die sowjetische Geheimpolizei NKWD.⁴ Minderjährige verschwanden durch Willkür und Denunziationen in den sowjetischen Lagern und Gefängnissen oder wurden zu jahrzehntelanger Haft, nicht selten zum Tode nach dem berüchtigten politischen Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik (RSFSR) verurteilt. Ihr Schicksal wie das der zahllosen vergewaltigten Frauen gehörte zu den ersten Tabuthemen der neuen Zeit.

Das später zum Mythos erhobene Wirken antifaschistischer Komitees in Potsdam und Babelsberg im Mai/Juni 1945 blieb ein Intermezzo. Initiiert wurden die Komitees von aus Zuchthäusern und Gefängnissen befreiten Sozialdemokraten und Kommunisten oder solchen, die die Nazi-Diktatur in der inneren Emigration überstanden



Rathaus und Bürgerhäuser am Alten Markt, 1946

hatten. Die KPD-Führung verhielt sich äußerst mißtrauisch gegenüber den von unten entstandenen und von ihr nicht vollständig kontrollierten Ausschüssen. Auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD für die Provinz Brandenburg am 27. Juni 1945 ließ sich Walter Ulbricht, nachdem er den Genossen noch einmal den dialektischen Grundsatz „Wir müssen einen Unterschied machen zwischen dem, was wir in den öffentlichen Versammlung sagen, und dem, was wir in der Partei machen“ eingeschärft hatte, zu den Worten hinreißen: „Das liegt an der Rummurkserei mit der Antifa.“⁵

Die KPD nahm aus machtpolitischen, aber auch aus psychologischen Gründen zunehmend eine Frontstellung zur Stadt Potsdam und ihren Bewohnern ein. Am 17. Juli 1945 wurde in der Potsdamer KPD-Gruppe 4 (Brandenburger Vorstadt) eine Rede von Edwin Hoernle verlesen, in der diese Haltung deutlich zum Ausdruck kam: „Der Geist des preußischen Militarismus und Bürokratismus. Das war doch hier in Potsdam zu Hause. Hier saßen doch die ganzen Militaristen und Bürokraten und höfischen Kreise, das ging doch herunter bis in das ganze Kleinbürgertum. Genossen, jetzt handelt es sich darum, diesen alten Potsdamer Geist auszufegen und einen neuen Geist der Potsdamer Arbeiterbewegung zu schaffen.“⁶



Stadtschloß Ecke Lustgarten/Humboldtstrasse, 1949

Mit dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 ließ die Sowjetführung in ihrer Besatzungszone wieder ansatzweise das deutsche Parteiensystem zu. Die Antifa-Ausschüsse mußten ihre Tätigkeit einstellen.

Um im heraufziehenden Ost-West-Konflikt der KPD als politischen Arm der Besatzungsmacht die bestimmende Rolle in der SBZ zu sichern, gründete man Mitte Juli 1945 die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“. Je fünf Mitglieder der vier Parteien KPD, SPD, CDU und LDP bildeten einen gemeinsamen Ausschuß, der die Arbeit der Parteien koordinieren sollte. Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden. Dieses Gremium des „Antifa - Blocks“ wurde auf allen Ebenen installiert.

Das wichtigste weltpolitische Ereignis der Nachkriegszeit, die alliierte Siegerkonferenz der „Großen Drei“, später die Potsdamer Konferenz genannt, machte die Stadt zum Sinnbild für die europäische Nachkriegsordnung. Am 2. August 1945 wurde das Kommuniqué über die Potsdamer Konferenz veröffentlicht. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehörten die vier D's: Demilitarisierung, Denazifizierung, De-

mokratisierung und Dezentralisierung des besetzten Deutschlands. Weitere Beschlüsse betrafen die Errichtung eines Rates der Außenminister, die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze für die Besetzung Deutschlands, die Bestimmungen über die Reparationen, die Behandlung von Kriegsverbrechern, die Regelung territorialer Fragen (Königsberg, Österreich, Polen), den Abschluß von Friedensverträgen und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen und schließlich die Ausweisung Deutscher aus den Ostgebieten. „Zur Teilung der Beute waren die Großmächte nach Potsdam zusammengekommen, als sie auseinander gingen, hatten sie nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und die Welt geteilt.“⁷

Die der Konferenz folgende „Entnazifizierung“ der deutschen Bevölkerung, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) festgelegt in den Befehlen der SMAD und den Direktiven und Gesetzen des Alliierten Kontrollrates, gaben der machtpolitischen Zielsetzung der sowjetischen Besatzungsmacht, der Übertragung ihres politischen Systems, genannt „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“, eine weit auslegbare Legitimation. Für die damit beauftragten deutschen Verwaltungen erließ die SMAD 1945/46 keine gültige Entnazifizierungsdirektive. So hatten diese bei ihren politischen Entlassungen einen großen Spielraum; eine einheitliche Säuberungspolitik, wie sie der Antifa-Block in seiner Entschließung vom 30. Oktober 1945 anstrebte, kam nicht zustande. In Hinblick auf das Kontrollratsgesetz (KG) Nr. 10 wurden in den Dienststellen der Volkspolizei politische Kommissariate gebildet. Sie funktionierten als Hilfsorgane der sowjetischen NKWD-Dienststellen für Ermittlungen, Fahndungen und Festnahmen bei der Verfolgung und Überprüfung von tatsächlichen und unterstellten Verbrechen nach KG Nr. 10. In Potsdam hieß dieses Kommissariat „Gruppe Ullrich“, benannt nach ihrem Leiter. Offiziell wurden die politischen Kommissariate mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 31 vom 1. Juli 1946 in ganz Deutschland aufgelöst.

Die SMAD setzte sich mit der Gründung der „Deutschen Verwaltung des Innern“ (DVdI) am 30. Juli 1946 über dieses von ihr mitunterzeichnete Gesetz hinweg. Zur Struktur der DVdI gehörten politische Polizeiabteilungen. Mit dem Befehl 201 der SMAD vom 16. August 1947 zur sogenannten „beschleunigten Entnazifizierung“ wurden einheitliche Entnazifizierungsrichtlinien für die SBZ erlassen. Mit diesem Befehl entstanden wieder auf Landes- und Kreisebene der Polizei politische Kommissariate (K5). Sie waren der Grundstein für das spätere Ministerium für Staatssicherheit.

Die von den Alliierten in Potsdam beschlossene Aussiedlung sämtlicher Deutscher aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und dem Sudetenland löste die größte Völkerwanderung des 20. Jahrhunderts aus. Die Flüchtlinge, euphemistisch „Umsiedler“ genannt, wurden für die Stadt ein kaum zu bewältigendes

Problem. Der Hauptstrom setzte im September bis Oktober 1945 ein. Bis zum 1. Juli 1946 wurden 52.391 Flüchtlinge durch Potsdam geschleust.⁸

Am Ende des Krieges befanden sich mehr als acht Millionen Männer und Frauen im Gewahrsam der Siegermächte, die sich auf ihren Konferenzen über Wiedergutmachungsleistungen durch kriegsgefangene Deutsche verständigt hatten. Im Sommer 1946 kamen die ersten Heimkehrer aus alliierter Gefangenschaft zurück. Das steigende Mißtrauen der Sowjets gegen die Westalliierten und alles, was aus ihren Zonen kam, führte dazu, daß viele aus dem Westen heimgekehrte Kriegsgefangene oft eine zweite, sowjetische Gefangenschaft antreten mußten. Eine besondere Kategorie der frühzeitigen Heimkehrer aus sowjetischem Gewahrsam waren die Absolventen der „Antifa-Schulen“. Ihnen war von Seiten der Sowjets die Besetzung der unteren und mittleren Ebene des entnazifizierten Staatsapparates in der SBZ zudedacht.

Im Frühjahr 1946 wurden weitere machtpolitische Weichen gestellt. Am 3. April vereinigte sich unter enormem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht, als letzte Kreisorganisation in Brandenburg, die Potsdamer SPD mit der KPD zur SED. Viele Potsdamer SPD-Mitglieder erkannten das taktische Kalkül von KPD und SMAD, das hinter dem Einheitsstreben stand, hofften aber auf eine Demokratisierung der SED. Ein großes Motiv der Befürworter war das Gefühl der wesentlichen Mitschuld an den Ereignissen der zwölf Jahre Naziherrschaft, verursacht durch die organisatorische „Spaltung der Arbeiterklasse“ in der Weimarer Republik.

Am 15. September 1946 gestattete die sowjetische Militärverwaltung für die Provinz Brandenburg Gemeindewahlen, am 20. Oktober folgten Kreis- und Landtagswahlen. Die Polizei verfolgte aufmerksam die Wahlkampfveranstaltungen. Auf Kundgebungen der SED in Babelsberg und Potsdam registrierte man die antiso-wjetische Stimmung der Besucher und hielt im Bericht fest, „daß schon das Wort Rote Armee oder Sowjet-Union genügte, um durch Schreien und Pfeifen dem Diskussionsredner seine Antipathie zum Ausdruck zu bringen.“⁹ Weiter wurde der SMA Brandenburg zwei Tage nach der Wahl von der brandenburgischen Polizei mitgeteilt: „In wenigen Tagen werden wir imstande sein, konkretes Material über jene Referenten zu sammeln, die besonders aggressiv gegen die SED aufgetreten sind.“

Dennoch kam es bei den Wahlen in Potsdam zu einer Mehrheit für die SED von 25 Sitzen, ihr folgten die CDU mit 20 Sitzen, die LDP mit 14 Sitzen, und ein Sitz ging an den Frauenausschuß, deren Vertreterin sich der SED-Fraktion anschloß. Eine Koalitionsbildung der beiden bürgerlichen Parteien gegen die SED war durch die Blockpolitik ausgeschlossen und hätte zu einer sofortigen Intervention der sowjetischen Besatzungsmacht geführt.

Um die Wahl des Oberbürgermeisters und des Magistrats in der Stadtverordnetenversammlung führten CDU und LDP zähe Verhandlungen mit der SED.¹⁰ Damals konnten die beiden Verhandlungsführer der CDU, der Fraktionsvorsitzende Franz Schleusener und der zukünftige Bürgermeister Erwin Köhler, nicht ahnen, daß sie ihr politisches Engagement nur wenige Jahre später mit dem Leben bezahlen würden. Wichtigstes Anliegen der CDU war es, den durch die sowjetische Besatzungsmacht protegierten Oberbürgermeister Walter Paul durch den ehemaligen Sozialdemokraten Georg Spiegel zu ersetzen. Damit scheiterten sie allerdings an den realen Machtverhältnissen. Man einigte sich auf folgende Postenverteilung: Oberbürgermeister Walter Paul (KPD/SED), Bürgermeister Erwin Köhler (CDU), Stadtkämmerer Max Brauer (LDP), Stadtbaurat Karl Stützel (CDU), Stadtrat für Wirtschaft Wilhelm Vahle (SPD/SED), Stadtrat für Volksbildung Hans Riebau (KPD/SED), Stadtrat für Arbeit und Sozialwesen Adolf Hausmann (KPD/SED), Stadtrat für Handel und Versorgung Werner Grasshoff (CDU) und Stadtrat für Gesundheitswesen Dr. Karl Mühlmann (LDP).¹¹ Die Aufzählung verdeutlicht noch einmal, wie die KPD innerhalb der SED selbst die ihren ehemaligen SPD-Mitgliedern bei der Vereinigung zugesagte Parität bei der Besetzung der ihr zustehenden Posten unterlief.

Der Kernbereich der Gesellschaftstransformation in der SBZ war die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse. Mit dem Sequester-Befehl 124 (Sequester: behördlich eingesetzter Verwalter/Besitzer) vom 30. Oktober 1945 verfügte die SMAD die Beschlagnahme allen Eigentums des deutschen Staates, der NSDAP und aller jener Personen, die durch sowjetische Listen bezeichnet wurden. Länder- und Provinzialverwaltungen wurden angewiesen, „herrenlose Handels-, Industrie- und landwirtschaftliche Unternehmen“ zu registrieren und provisorisch zu verwalten. Diese sequestrierten Betriebe wurden mit Ausnahme der Sowjetischen Aktiengesellschaften mit dem Befehl 154/181 vom 21. Mai 1946 den Landesverwaltungen zur Verfügung gestellt.

Trotz des sächsischen Volksentscheids vom 30. Juni 1946 über die „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“ und der sich anschließenden rechtlichen Regelungen der Länderverwaltungen verlor sich bei den deutschen Verwaltungen nicht das Gefühl der Unsicherheit über das sowjetische Handeln. Am 12. November 1947 hieß es in einer Beratung des brandenburgischen Justizministeriums: „Die Regeln, nach denen die Besatzungsmacht Beschlagnahmen und Enteignungen durchführt, sind uns nicht bekannt. An die deutsche Gesetzgebung ist die Besatzungsmacht nicht gebunden. Namentlich gilt die Haager Landkriegsordnung nicht, da Deutschland als Völkerrechtssubjekt untergegangen oder mindestens zur Zeit völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist und die Sowjetunion überdies der Haager

Konvention nicht beigetreten ist. Für die Enteignung von Grundstücken hat die Rechtsabteilung der SMA (Brandenburg, d.Verf.) entschieden, daß Enteignungsverfügungen örtlicher Stellen nur wirksam sind, wenn sie unmittelbar auf einen Befehl der SMA (Brandenburg, d.Verf.) zurückgehen.“¹²

Mit der 1947 für die SBZ gegründeten Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) wurden planwirtschaftliche Weichen nach sowjetischem Vorbild gestellt. Die DWK faßte mit Billigung der SMAD am 31. März 1948 den Beschluß zur Beendigung der Sequestrierung. Der Befehl 64 der SMAD vom 17. April 1948 bestätigte die mit Befehl 124 aufgestellten Enteignungslisten. Anhand der Potsdamer Listen erhärtete sich Otto Nuschkes (CDU) Polemik im Brandenburgischen Landtag gegen die Sequestrierungen. Ihr Sinn bestand seiner Meinung nach darin, Friseure, Gastwirte und Schuhmacher zu enteignen und jeden zum Faschisten zu stempeln, „der etwas besitzt, was andere gerne haben möchten.“

Im Zusammenhang mit der Bildung der demokratisch nicht legitimierten DWK wurde ein erstes politisches Strafrecht in der SBZ eingeführt, die „Wirtschaftsstrafverordnung“ vom 23. Oktober 1948. Mit ihr konnte wirtschaftlich mißliebiges Handeln mit Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren und Vermögenseinzug geahndet werden. Diese auf dem Verordnungswege erlassenen Bestimmungen für die Gerichte entmündigte die Landtage, deren Angelegenheit die Justiz war. Zum Instrument der politischen Verfolgung schuf die DWK schon ab dem 5. Mai 1948 sogenannte Ausschüsse zum Schutz des Volkseigentums, deren Aufbau Erich Mielke leitete. Ab Juni 1948 war auch ein solcher Ausschuß für das Land Brandenburg in der Hebbelstraße 39 tätig.¹³

Die laut SBZ-Gemeindeverfassung vorgeschriebene Neuwahl der Gemeindevertretungen 1948¹⁴ wurde unter dem Druck der SED vom „Antifa-Block“ immer wieder verschoben. Statt Wahlen abzuhalten, wurden im Januar 1950 Vertreter der 1948 auf Initiative der SED gegründeten Parteien NDPD und DBD in die Stadtverordnetenversammlung kooptiert. Sie veränderten die Mehrheitsverhältnisse ohne Wählervotum zugunsten der SED. Anlaß für Auseinandersetzungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung war die Denkschrift des Stadtbaurates Heinrich Richard (CDU) an den Oberbürgermeister vom 30. Juli 1949, in der er trotz des laufenden Zweijahrplanes ein Plädoyer für die private Bauwirtschaft hielt, ohne die seiner Meinung nach der Aufbau der Stadt nicht zu vollbringen war. Im November 1949 vergab die brandenburgische Landesregierung per Verordnung Investmittel vorrangig an „volkseigene“ Betriebe. Richard suchte daraufhin Kontakt zu seinem Cottbuser Amtskollegen, Stadtbaurat Stachura, und empfahl eine Beschwerde an die DDR-Regierung, was ihm als Sabotage ausgelegt wurde.

In einer stürmisch verlaufenden Stadtverordnetenversammlung, zu der die SED „Arbeiterproteste“ organisiert hatte, kam es zum Eklat. Richard wurde unterstellt, einen städtischen Bagger nach West-Berlin verschieben zu wollen.¹⁵ Ende März 1950 folgte in Abwesenheit gegen Richard das politische Justizurteil von zwei Jahren Zuchthaus und Vermögenseinziehung nach der Wirtschaftsstrafverordnung. Sein Vorgänger Karl Stützel wurde verurteilt zu einem Jahr Gefängnis und 5.000 DM Geldstrafe. Den politischen Säuberungen in der Stadt Potsdam fielen u.a. der ehemalige Mitbegründer der CDU in Brandenburg Franz Schleusener, der Bürgermeister Erwin Köhler und seine Frau Charlotte zum Opfer, die wegen angeblicher Spionage durch ein sowjetisches Militärtribunal in Potsdam zum Tode verurteilt wurden. Verhaftet wurden die Stadtverordneten Ludwig Baues, Willi Niermann, Else Dau, Erich Ebert, Robert Wiele und der Kirchenbaurat Friedrich Bolle. Baustadtrat Richard, Stadtrat Grasshof, die Stadtverordneten Arno Voigt und P. Rautenberg konnten rechtzeitig fliehen. Mit ihnen flohen auch die Brandenburger Minister der CDU Schwob (Gesundheit) und Stargard (Justiz).

Mit der Wahl Artur Winters aus Kleinmachnow zum letzten von der CDU gestellten Baustadtrat am 21. Februar 1950¹⁶ war der Widerstand der „bürgerlichen“ Parteien gegen die zentralistische Bauplanung gebrochen. Drei Tage nach seiner Wahl traf Winter sich mit dem Aufbauminister Lothar Bolz in Potsdam zu einer ersten Besprechung über den Stadtbebauungsplan.¹⁷ Für die Zentrumsplanung wurde der sechste Grundsatz des „sozialistischen Städtebaus“ maßgebend. Sein Kernsatz: „Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern statt. Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut ... und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt“, bildete die Rechtfertigung für kommende Abrisse und die Neuplanungen für ein „sozialistisches Stadtzentrum“.¹⁸

Diese angebliche Planmäßigkeit des Aufbaus hebelte die SED durch Kampagnen gegen die Potsdamer Bauwerke, in denen sie Symbole des „preußischen Militarismus“ sah, immer wieder aus. Einer der Initiatoren war der Chef der Polizeiabteilung im brandenburgischen Innenministerium, Richard Staimer (KPD/SED). Staimer hatte in der Manier eines Duodezfürsten den Bau eines Polizeisportstadions im Lustgarten durchgesetzt, die Ruine des Potsdamer Stadtschlusses sollte dafür als „Steinbruch“ dienen. Unter denen, die damals den Mut hatten, gegen diese Pläne zu protestieren, war auch der Potsdamer Baurat Bernhard Lehmann. Er schrieb im Januar 1949 an Staimer: „Ich bin kein Potsdamer, sondern ein Arbeiterkind aus der Umgebung. Anlässlich eines internationalen Arbeiter-Esperanto-Kongresses in London 1930 lernte ich Potsdam richtig sehen und dadurch meine englischen Kame-

raden erst richtig schätzen. Potsdam ist keine Angelegenheit der Potsdamer! Potsdam ist eine Angelegenheit der Welt! Sie werden siegen – und dabei unendlich viel verlieren. Mein Urteil mag Ihnen nichts bedeuten – aber die gesamte Fachwelt ist mobilisiert – das Urteil eines Scharouns, Henselmann, Hertlein o.a. wird in der Welt eine beredete Sprache sprechen.“¹⁹ Die Fachwelt erreichte eine Rücknahme der Abrißpläne, das Stadtschloß war vorläufig gerettet.

In dem Jahrzehnt bis zum Mauerbau verlor Potsdam durch Flucht und Vertreibung sein eingesessenes Bürgertum. Waren 1947 von 71 Betrieben nur zwei „volkseigen“, ein Betrieb genossenschaftlich, drei kommunaler Besitz und 65 in Privatbesitz, so war das Verhältnis 1960 schon ein anderes: Von den noch existierenden 65 Betrieben waren 27 „volkseigen“, neun „halbstaatlich“ und nur noch 29 in Privatbesitz.²⁰

Potsdam blieb Verwaltungs- und Garnisonstadt unter neuen ideologischen Vorzeichen. Mehrere Hochschulen wurden auf sowjetischen Befehl gegründet, darunter die Brandenburgische Landeshochschule (1948) mit angeschlossener „Arbeiter- und Bauernfakultät“ (ABF) für die Lehrerausbildung und die Deutsche Verwaltungsakademie (1947, ab 1952 in Babelsberg), 1953 zusammengelegt mit der Deutschen Hochschule der Justiz zur Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“ für die „Ausbildung und Erziehung der Kader für den Staatsdienst“. Die SED unterhielt eine Kreisparteischule, nach der Auflösung der Länder 1952 zur Bezirksparteischule „Julian Marchlewski“ umgewandelt, an der in Einjahreslehrgängen Sekretäre der Grundorganisationen und „Kader der Bezirks- und Kreisleitungen“ ideologisch geschult wurden.

Die verdeckte Wiederaufrüstung der SBZ/DDR im Rahmen der Deutschen Grenzpolizei/Bereitschaften (gegründet 1948), der Hauptverwaltung Ausbildung (1950) und Kasernierten Volkspolizei (1952) verwandelte Potsdam in eine „sozialistischen Garnisonstadt“. Die Kommissariate 5 der Volkspolizei und die Ämter zum Schutz des Volkseigentums der DWK fusionierten 1950 zu Dienststellen (Kreis-, Landes- bzw. Bezirksebene) der Staatssicherheit. In Potsdam-Eiche entstand 1951 die Schule des Ministeriums für Staatssicherheit, die 1965 den Status einer Hochschule bekam und sich fortan „Juristische Hochschule Potsdam“ nannte. Unübersehbar im Stadtgebiet waren die Militäranlagen der sowjetischen Besatzungsmacht und das hinter einem Bretterzaun verborgene Gefängnis der sowjetischen Geheimpolizei in der Lindenstraße 54.

Der sowjetische Geheimdienst NKWD entfaltete über die SBZ/DDR ein eigenes Netz aus Konspiration, Bespitzelung, Willkür und Terrorherrschaft. Menschen, die aus Gewissensgründen oder wegen ihrer politischen Überzeugung in den Nach-

kriegsjahren mit der fortschreitenden Sowjetisierung in Konflikt gerieten, traf die ganze Härte der politischen Verfolgung. Dazu zählte das NKWD jugendliche Opposition, Widerstand ehemaliger Sozialdemokraten und bürgerlicher Politiker, SED-interne Fraktionskämpfe, angebliche Spionage und Sabotage.

Die meisten Urteile wurden nach dem Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches (STGB) der RSFSR²¹ für „Spionage“ (§ 58, 6), „Antisowjetische Propaganda und Agitation“ (§ 58, 10), „Organisatorische Tätigkeit“ (§ 58, 11) und „Konterrevolutionäre Sabotage“ (§ 58, 14) verhängt. Nicht selten gab es auch sogenannte Fernurteile von einem dreiköpfigen Militärkollegium aus Moskau (Troika-Urteil), einer „Verurteilung im Verwaltungswege“ (Erlaß vom 5. November 1934). Die Verhaftung und Auslieferung von Deutschen durch die Staatssicherheit an das NKWD, wie mit Bürgermeister Erwin Köhler und seiner Frau geschehen, war ein klarer Verfassungsbruch. Artikel 10 der ersten DDR-Verfassung besagte: „Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden.“

Die politische Justiz der SED erfuhr ihre „Bewährungsprobe“ nach dem gescheiterten Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der ersten Freiheitsbewegung in Stalins Satellitenstaaten. Am 21. Juni befanden sich wegen der Ereignisse am 17. und 18. Juni 106 Menschen in Untersuchungshaft des MfS in der Lindenstraße 54/55.²² Am 24. Juni ging vom MfS ein Telegramm an alle Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit, in dem es hieß: „Nach Abschluß der Untersuchungen und Übergabe der Akten an den Staatsanwalt wird Anklage und Hauptverhandlung nach einer speziellen Direktive des Obersten Gerichts durchgeführt. Die Strafzumessung der dem Gericht übergebenen Angeklagten ist dem Staatsanwalt und den Gerichten zu überlassen. Nur in besonderen und ganz seltenen Ausnahmefällen und vor allem in solchen Fällen, die schwere Delikte zum Inhalt haben, ist von Seiten der Staatssicherheit auf die Strafzumessung einzuwirken.“²³

Einer der von dieser politischen Strafjustiz Betroffenen war Karl-Heinz P., der zu den Streikführern der Bau-Union in Niemegk gehörte. Das Bezirksgericht Potsdam unter Vorsitz von Richter Wohlgetan verurteilte ihn im Oktober 1953 zu zehn Jahren Zuchthaus. Von seiner U-Haft bei der Staatssicherheit in Potsdam berichtete er: „Vernehmungen wurden grundsätzlich in der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr morgens durchgeführt. Sie dauerten stundenlang“ und „wurden abwechselnd von sowjetischen und Offizieren der Staatssicherheit durchgeführt.“²⁴ Im August 1953, auf dem Höhepunkt der Terrorwelle, kam es sogar zu Protesten in der Offizierschule des MfS in Potsdam-Eiche. Drei der protestierenden Offizierschüler gelten seitdem als vermißt.²⁵

Die Niederschlagung des Aufstandes entlarvte endgültig den „Neuen Kurs“ vom 9. Juni 1953 als taktischen Trick der SED, der die Gemüter beruhigen sollte, ohne vom „Aufbau des Sozialismus“ abgehen zu müssen. Befohlen worden war der „Neue Kurs“ zwischen dem 2. und 4. Juni in Moskau. Grotewohls dort gemachte Notizen offenbarten den Bankrott der SED-Politik seit der II. Parteikonferenz vom Juli 1952: In der gesamten DDR waren zwischen dem Januar 1951 und dem April 1953 „447.000 Personen nach Westdeutschland geflüchtet, darunter über 120.000 lediglich während der vier Monate des Jahres 1953. ... Unter den 1953 Geflüchteten befinden sich: Arbeiter etwa 18.000, Mittel- und Kleinbauer, Handwerker und Rentner – etwa 9.000, Angestellte und Angehörige der werktätigen Intelligenz – etwa 17.000, Hausfrauen über 24.000. Von den Einheiten der kasernierten Volkspolizei sind nach Westdeutschland 8.000 Mann geflüchtet.“ Zu der Vielzahl befohlener Schritte, die die SED einzuleiten hatte, gehörte auch die für Potsdam bedeutsame Einstellung des Kirchenkampfes. „Mit dem nackten Administrieren in Bezug auf die Geistlichen ist Schluß zu machen und die schädliche Praxis der groben Einmischung der Behörden in die Angelegenheiten der Kirche einzustellen. ... Die Verfolgung der einfachen Teilnehmer der kirchlichen Jugendorganisation ‚Junge Gemeinde‘ ist einzustellen und die politische Arbeit unter ihnen zum Schwerpunkt zu machen.“²⁶ Der Potsdamer Baupolitik bescherte der „Neue Kurs“ eine kurze Phase des Wiederaufbaus der Innenstadt zwischen Charlotten-, Wilhelm-, Staab- und Yorckstraße. Hier wuchsen in Anlehnung an die friderizianischen Vorgänger Häuser empor, die noch heute als gelungenstes Beispiel für den Wiederaufbau in Potsdam gelten können.

Diese Baupolitik fand ihr abruptes Ende mit dem V. Parteitag der SED vom 10. - 16. Juli 1958. Knapp zwei Jahre nach der Unterdrückung des Freiheitswillen der Ungarn²⁷ und Polen²⁸ verkündete die SED den Deutschen in der DDR das Ziel der „Schaffung des neuen Menschen“, niedergelegt in dem Kodex der „10 Gebote für den sozialistischen Menschen“ und dem damit verbundenen „Sieg des Sozialismus“. In einem politischen Klima zwischen sowjetischem Berlin-Ultimatum (27. November 1958) und Konförderationsangeboten der DDR an die Bundesrepublik beschloß die SED, den schon laufenden „Fünfjahrplan“, dem sowjetischen Vorbild folgend, in einen „Siebenjahrplan“ (1. Oktober 1959) umzuwandeln. Mit ihm sollte unter dem Motto „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch eingeholt und überholt werden.

Als Kernsätze für die Baupolitik galten nun Ulbrichts Ausführungen, die er im Vorfeld des V. Parteitages auf dem 33. Plenum des ZK der SED machte. Er hob dort den in industrieller Bauweise zu errichtenden „sozialistischen Wohnkomplex“ aus der



Abrißarbeiten an der Marktseite des Stadtschlusses, 1960

Taufe, der in der Gruppierung der Gebäude „von der Zusammengehörigkeit der sozialistischen Gemeinschaft ausgeht“. ²⁹ Hier wurde, ideologisch verbrämt, versucht, Anschluß zu finden an den industrialisierten Wohnungsbau in Nord- und Westeuropa, in dem man den Schlüssel für die Behebung der Wohnungsnot der Nachkriegszeit sah. Gleichzeitig erließ Walter Ulbricht in der bereits zitierten Rede eine Art Generalklausel zur Rechtfertigung politisch motivierter Gebäudeabrisse: „Stark beschädigte Gebäude sollten nur wiederhergestellt werden, wenn ihr Ausbau billiger ist als der Neubau entsprechender Gebäude. Nur bei kunstgeschichtlich wirklich wertvollen Bauten kann man eine Ausnahme machen. Aber das soll der Rat des Bezirkes beschließen.“ ³⁰

Höhepunkt der nun in Potsdam rollenden Abrißwelle war der endgültige Angriff auf die Ruine des Stadtschlusses. An der Fassade prangte plötzlich ein Transparent mit der Aufschrift: „Fort mit dieser Brutstätte des Feudalismus!“ Laufende Wettbewerbe für Potsdams Stadtzentrum wurden dahingehend propagandistisch beeinflusst, Varianten des Wiederaufbaus nicht in den Vordergrund zu stellen. Im Februar 1959 scheiterte ein letzter Versuch von Baufachleuten des Bundes der Architekten in Potsdam, mit einem Hotelprojekt das Stadtschloß zu retten. Am 12. Mai 1959 faßte das Politbüro der SED den endgültigen Abrißbeschluß mit dem Hinweis: „Über den Abriß des Schlusses ist in der Stadtverordnetenversammlung ein Beschluß



Der Grenzübergang Glienicker Brücke, 1985

herbeizuführen und mit dem Abriß zu beginnen.“³¹ Am 13. November 1959 vollzogen die Abgeordneten diese Weisung. Mit der 17. und letzten Sprengung am 28. April 1960 hatte Potsdam sein bauliches Herzstück, das Stadtschloß, verloren.

Wieder einmal mußte zur Begründung der „preußische Militarismus“ herhalten. Bei der Übergabe der neuen Langen Brücke im Dezember 1961, deren Bau ursächlich mit dem Abrißbegehren des Schlosses zusammenhing, hörten die Potsdamer von der neuen Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke: „Diese Brücke verkörpert den Beginn eines neuen, sozialistischen Stadtzentrums. Unsere Stadt wurde aus einer Hochburg des preußischen Militarismus zu einer Stadt des Friedens und der Menschlichkeit.“

Welch ein Zynismus angesichts des gerade erfolgten Mauerbaus. In der offenen Grenze zu den Berliner Westsektoren sah die SED von Anbeginn eine Destabilisierung ihrer Macht. Sie versuchte den Eindruck zu erwecken, daß die andauernden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten nicht Folge des Wirtschaftssystems waren, sondern ihre Ursache in der offenen Grenze hätten. „Grenzgängertum“ und „Republikflucht“ bildeten daher aus der Sicht der SED die Hauptschwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau der DDR. Ersteres war ein kompliziertes Problem, entstanden aus den historischen Beziehungen des Umlandes zu Berlin und seit 1948 gefördert durch das Währungsgefälle von bis zu 1 : 6 zwischen West- und Ostmark.

Stetig stieg die Zahl der Arbeitspendler. In der nie abbreißenden Massenflucht der Menschen aus der DDR aber, seit 1952 nur noch über Berlin gefahrlos möglich, sah die SED den größten Unsicherheitsfaktor.

Am 8. Februar 1961 begann eine öffentliche Kampagne gegen die „Grenzgänger“, während unter strengster Geheimhaltung unter Leitung Erich Honeckers schon die Planungen zur Grenzschließung anliefen. Am 5. August 1961 segnete der Warschauer Pakt das Vorhaben ab. In der Nacht vom 12. zum 13. August wurde das Stadtgebiet Potsdams durch eine 13,1 km lange Grenze vom Westen abgeschlossen. 2.804 Menschen wurden so plötzlich zu Grenzbewohnern.³²

Auflehnung gegen den Mauerbau gab es vor allem von jungen Leuten. Für Potsdam sah die Staatssicherheit einen Schwerpunkt des Protestes in der Jungen Gemeinde und der Evangelischen Studentengemeinde. In einer ersten Analyse vom September 1961 teilte die Bezirksverwaltung Potsdam dem „Genossen Minister“ mit, daß „einen besonderen politisch-ideologischen Schwerpunkt im Bezirk die Personen bis zu 25 Jahren“ darstellten und sie „den Hauptteil aller wegen feindlicher Handlungen inhaftierten Personen“ ausmachten. Gründe für ihre Verhaftungen waren aus der Sicht des MfS „provozierende und negative Beeinflussung der Sicherungskräfte, Beschädigung von Grenzbefestigungen, versuchte Grenzdurchbrüche und allgemein negative Reaktion auf die eingeleiteten Maßnahmen“.³³ Im Juni 1963 erging der Befehl 37/63 des Ministers des Innern der DDR zur Registrierung der „im Grenzgebiet wohnhaften Bevölkerung“ in der Zeit zwischen dem 22. und 24. Juni 1963.³⁴ Schon drei Tage nach dem Beginn des Mauerbaus war die „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen für politisch labile und asoziale Elemente“ in Kraft getreten, die zu willkürlichen Vertreibungen von Bewohnern der Grenzgebiete führten.³⁵

Für Potsdam bedeutete der Mauerbau die Kappung aller historischen Verkehrswege Richtung Berlin. Der Vorortverkehr nach Ost-Berlin verlief nun auf dem Südring der Deutschen Reichsbahn vom neuen Bahnhof Potsdam-Süd (ab 2. Oktober 1960 „Hauptbahnhof“).³⁶ Schon seit dem 26. April 1958 verband die Straßenbahn den neuen Bahnhof mit der Innenstadt.³⁷

Die ehrgeizigen Ziele des Siebenjahresplanes, besonders den auch für Potsdam versprochenen Wiederaufbau der Stadtzentren, mußte die SED auf ihrem VI. Parteitag im Januar 1963 revidieren. Im Juni folgte eine Wirtschaftsreform, das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL). Der unter großen technischen Schwierigkeiten einsetzende industrielle Wohnungsbau in Potsdam ging einher mit einer umfassenden Abrißwelle: Mit der im Juni 1961 erfolgten Sprengung der Nauener Brücke begann die Vernichtung des Stadtkanals. Fünf Jahre später fiel die Ruine

*Besuch Walter Ulbrichts
in Potsdam am 22. Juni
1967*



des Schauspielhauses. Einzig das Rathaus auf dem Alten Markt und seine Nachbarhäuser wurden aus Anlaß der „Arbeiterfestspiele“ des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) 1966 zum Kulturhaus „Hans Marchwitza“ ausgebaut.

Nach dem Sturz Nikita Chruschtschows in Moskau mußte Ulbricht die bescheidenen Wirtschaftsreformen des NÖSPL stoppen. Im Januar 1966 wurde wieder die zentrale Planung der Wirtschaft durch Industrieministerien eingeführt, und diese erneuten ökonomischen Turbulenzen hatten in Potsdam den Stillstand im Wohnungsbau zur Folge. Der angeordnete Baustopp für den Wiederaufbau der Garnisonkirche vom 29. September 1966³⁸ ließ neue ideologische Auseinandersetzungen ahnen.

Dieser Baustopp der Stadt Potsdam ging zurück auf einen Beschluß der SED-Bezirksleitung vom 1. August 1966.³⁹ Am Reformationstag 1966 fand in der seit 1950 als Gottesraum genutzten Turmkapelle (Heilig-Kreuz-Kapelle) der letzte Gottesdienst statt, danach untersagte die staatliche Bauaufsicht das Betreten des Turmes.⁴⁰ Zum Ende des Jahres forderte auch der Vorsitzende des Rates des Bezirkes den Abriß der Kirche, „um dieses Symbol des preußischen Militarismus aus dem Gedächtnis der Bürger der Stadt zu tilgen“.⁴¹ Ein im Rahmen der bevorstehenden „Volkskammerwahlen“ inszenierter Besuch Walter Ulbrichts am 22. Juni 1967 in Potsdam gab den Startschuß für die geplante Zerstörung der Stadt.⁴² Ulbrichts städtebauliches Interesse galt den Wiederaufbauplänen der Stadtzentren, in dessen Rahmen Potsdam ein „neues Gesicht“ bekommen sollte. Sein Besuch desillusionierte auch



Blick durch die Wilhelm-Külz-Strasse (Breite Strasse) zur Garnisonkirche, 1968



Sprengvorbereitung am Turm der Garnisonkirche im Juni 1968

die Gutgläubigen in ihrer Hoffnung auf Bestand oder sogar den Wiederaufbau der Garnisonkirche.

Ein weiteres propagandistisches Lieblingskind Walter Ulbrichts, die Kybernetik⁴³ und die damit an Bedeutung gewinnende elektronische Datenverarbeitung, gab den konkreten Anlaß zur Sprengung der Kirchenruine. Anfang Januar 1968 beschloß der Rat der Stadt den Bau eines „Rechenzentrums“ auf der Plantage, dem Platz nördlich der Garnisonkirche. Ein zweiter vorgeschobener Grund war die städtebauliche Gestaltung Potsdams, die die Verlängerung zur Zeppelinstraße und den dreispurigen Ausbau der Breiten Straße vorsah. Das Politbüro des ZK der SED genehmigte diese Planung am 16. April 1968 mit ausdrücklichem Hinweis auf den erforderlichen Abriß der Garnisonkirche.⁴⁴

Der stand am 26. April 1968 auf der Tagesordnung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung.⁴⁵ Die Frage des Abgeordneten Siegfried Lachmann (SED) an die Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke, ob es bei der zu beschließenden Enteignung eines städtischen Flurstückes nach dem Aufbaugesetz um die Garnisonkirche handele, mußte die Oberbürgermeisterin bejahen. Es kam zum Eklat, der Abrißbe-



Architekturmodell für die Innenstadt Potsdams. Bebauungspläne Heinrich-Rau-Allee (Am Kanal), zweiter Havelübergang, Zentrum-Ost, 1970

schluß konnte nicht mehr getarnt vollzogen werden. Vier Stadtverordnete, darunter Siegfried Lachmann und Dr. Gebhard Falk (LDPD) stimmten gegen den Abrißbeschuß. Mit der Sprengung der Königsgruft im ausgebrannten Kirchenschiff am 14. Mai 1968 begann das Sterben der Garnisonkirche.

Zehn Tage später beschlossen die Stadtverordneten die „Städtebauliche Konzeption für den beschleunigten Aufbau des Stadtzentrums von Potsdam“.⁴⁶ Aus diesem Anlaß brach die Bezirks-Zeitung der NDPD, die „Brandenburgische Neueste Nachrichten“, das öffentliche Schweigen und teilte ihren Lesern mit, daß schon vor vier Wochen die Entscheidung über die Sprengung der Garnisonkirche gefallen war und die Abrißarbeiten begonnen hatten. Noch stand der Turm! Trotz internationalen Protestes wurde er aber am 19. Juni 1968 gesprengt. Das Vorhaben mißlang im ersten Anlauf. Der Turm fiel mit der zweiten Sprengung am Sonntag (!), dem 23. Juni 1968, um 10.20 Uhr. Während ihres Gottesdienstes im Gemeindehaus verlor die Heilig-Kreuz-Gemeinde ihre Kirche.⁴⁷ Die Räumung und der Abtransport des gesprengten Turmes (ca. 10.000 m³ Mauerwerk) dauerten noch bis in den August.

Politisch sah sich die evangelische Kirche in diesem Jahr 1968 durch die neue DDR-Verfassung gezwungen, ihre gesamtdeutsche Struktur aufzugeben, sie gründete 1969 den Bund der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR. Er erhielt im Februar 1971 sei-

ne offizielle Anerkennung als Zentralvertretung der Kirchen gegenüber dem Staat. Damit vollzog die Kirche die keineswegs unumstrittene Anpassung an die neue Politik der Entspannung, die von Seiten der SED verbunden war mit einer politischen und ideologischen Abgrenzung.⁴⁸

In Potsdam wuchsen in den ersten Jahren der Honecker-Ära aufgrund des 1973 beschlossenen Wohnungsbauprogramms⁴⁹ die ersten Satellitenstädte. Die Stadt erfuhr gleichzeitig einen erheblichen Ausbau der „bewaffneten Organe“, da Potsdam wieder im Rahmen von Transitabkommen und Grundlagenvertrag Grenzübergänge nach West-Berlin öffnete. Auf Raststätten und im Stadtgebiet entstanden „Intershops“.

Mit der Verabschiedung des „Denkmalpflegesetzes“ durch die Volkskammer am 19. Juni 1975 keimte neue Hoffnung, die noch stehenden Reste der Potsdamer Altstadt vor der Abrißbirne retten zu können. Ein Jahr darauf stellte der Rat der Stadt Potsdam das Gebiet der Zweiten Stadterweiterung unter Denkmalschutz. 1978 fand die „Rekonstruktion“ der Brandenburger Straße als „Bummel-Boulevard“ ihren Abschluß, auf dem Alten Markt entstand wieder der Obelisk, 1980 eröffnete der restaurierte Marstall als Filmmuseum seine Pforten, und ein Jahr später feierten die evangelischen Christen die Wiedereinweihung der Nikolaikirche.

Mit einem Interview des „Generalsekretärs“ änderte sich plötzlich auch das offizielle Preußenbild. Am 4. Juli 1980 äußerte Honecker gegenüber dem britischen Verleger Robert Maxwell: „Die Biographie Friedrich des Großen von Ingrid Mittenzwei, eine Arbeit, die ich übrigens sehr schätze, (...) ist aus dieser Sicht kein Durchbruch, sondern Resultat unserer Haltung zum Erbe. Dazu gehört auch die Geschichte Preußens.“⁵⁰ Damit war nicht nur „Friedrich der Große“ wieder offizieller Sprachgebrauch, sondern sein Denkmal konnte das Exil im Park von Sanssouci verlassen und Unter die Linden nach Berlin zurückkehren. Das wichtigste Jahrhundert der Potsdamer Stadtgeschichte wurde enttabuisiert. Claus Hammels Satire „Die Preußen kommen“ lief jahrelang als Dauerbrenner im Potsdamer Hans–Otto-Theater.

Die ideologische Abgrenzungspolitik der SED hatte mit der „Biermann-Affäre“ 1976 einen ersten Höhepunkt erreicht und setzte Ende der siebziger Jahre mit der inneren Militarisierung neue Akzente. Ab dem Schuljahr 1978 wurde „vormilitärische Ausbildung und Erziehung“ Unterrichtsfach für die 9. und 10. Klassen. Die Abiturklassen hatten an der vormilitärischen Ausbildung der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) teilzunehmen.

Der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979⁵¹ und das 1981 verhängte Kriegsrecht in Polen ließen erstmalig in der DDR eine unabhängige Friedens- und Bürgerrechtsbewegung erstarken. Die Staatssicherheit sah in ihr von Anfang an eine „Sammlung oppositioneller Kräfte“, die unter dem „Schutzschild Kirche“ die „Schaf-

fung einer antisozialistischen Bewegung erreichen“ wollte. In einer Lektion der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche hieß es: „Feindlich-negative Kreise inner- und außerhalb der evangelischen Kirchen sind eifrig bemüht, oppositionelle junge Christen, Wehrdienstverweigerer, Bausoldaten, Pazifisten u.a. zu suchen und in solchen Basisgruppen zu sammeln und zusammenzuführen.“⁵² Da die Bürgerrechtsgruppen Frieden (d.h. Abrüstung auf beiden Seiten der Mauer), Umweltschutz und Menschenrechte zu ihren zentralen Themen machten, sah sich die SED im Kern ihrer Ideologie, dem absoluten Wahrheitsanspruch, getroffen. Die unerwartete ideelle Unterstützung aus Moskau durch Glasnost und Perestroika verstärkte noch den Starrsinn der SED-Funktionäre. Auch innerhalb der Kirchenleitungen blieb die Arbeit der Basisgruppen unter dem Dach der Kirche bis zum Ende der DDR nicht unumstritten, befanden sich doch unter ihnen nicht nur die Friedens- und Menschenrechtsgruppen, sondern auch die „Ausreisergruppen“, von denen sich die offizielle DDR besonders provoziert fühlte.

Die ständig wachsenden Flüchtlingszahlen waren ein deutliches Krisenzeichen. Im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS wurden 312 versuchte „ungesetzliche Grenzübertritte“ im Jahre 1980, 267 im Jahr 1981⁵³ gemeldet, von denen 50 bzw. 47 glückten. Mit dem Befehl 2/86 des MfS wurden in den Grenzregimentern sogenannte Grenzbeauftragte des MfS eingesetzt, die u.a. bei Grenzzwischenfällen alle begünstigenden Umstände herausarbeiten sollten, um eventuelle Schwachstellen zu schließen und zukünftige Flüchtlinge schon im Hinterland stellen zu können. 1985/86 kam es zu einem Höhepunkt der Ausreise- und Flüchtlingswelle. Die Besetzungen der Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und Budapest und der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin waren Zeichen einer neuen Qualität der Ausreiseproteste.

Der 13. August blieb neben dem 17. Juni das traumatische Datum für die SED. Als 1986 der katholische Bischof von Berlin, Kardinal Meißner, in einem Schreiben an seine Gemeinden an dieses Datum und an die drei Tage später erfolgte Ernennung Weihbischofs Alfred Bengsch zu seinem Vorgänger erinnerte und um Fürbitten in allen Gottesdiensten bat, kam es zu hysterischen Aktivitäten der Staatssicherheit. In „konspirativen Gottesdienstkontrollen“ sollten verbale „Angriffe auf die Politik von Partei und Regierung“ festgestellt und das Verhalten der einzelnen Priester registriert werden.⁵⁴

Anfang der achtziger Jahre drohte der Altstadt Potsdams die totale Zerstörung. Die staatliche Bauwirtschaft, durch das Wohnungsbauprogramm einseitig auf den industrialisierten Wohnungsbau ausgerichtet, sah sich nicht in der Lage, die Innenstädte zu retten. Die örtlichen Baubetriebe entwickelten genormte Bauten, die die historischen

Häuser ersetzen sollten. So fraß sich Ende 1982 der Abrißbagger in das Flächendenkmal „Zweite Stadterweiterung“. Am westlichen Ende der Gutenbergstraße errichtete der VEB Stadtbau 1983/84 die ersten „Ersatzbauten“. Andere Einzelbaudenkmale versuchte man zu retten, indem man sie den Potsdamer Großbetrieben zum Ausbau überließ. Mit den ersten Plattenbauten im Babelsberger Zentrum 1986 war zu erkennen, daß man nun gewillt war, die Großplatte auch in die Innenstädte zu holen. Am 4. November 1987 faßte die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß zur „Rekonstruktion“ der Innenstadt durch „Instandsetzung und Ersatzbau“, in dessen Folge 1988/89 die letzten Flächenabrisse in der Jäger-, Gutenberg- und Dortustraße erfolgten.

Engagierte Potsdamerinnen und Potsdamer, ermutigt durch den sich ankündigenden Zeitenwandel, gründeten außerhalb der Kirche, unter dem Dach des Kulturbundes, im April 1988 eine „Arbeitsgemeinschaft für Stadtgestaltung und Umweltschutz“ (Argus) mit einer Interessengemeinschaft „Pfingstberg“, um sich aktiv für ihre Stadt einzusetzen. Derartige Bürgerinitiativen, nicht vordergründig von SED-Funktionären initiiert, waren bis dahin unvorstellbar gewesen.

Das Jahr 1989 begann mit Äußerungen Honeckers anläßlich der offiziellen Thomas-Münzer-Ehrung der DDR zur Dauerhaftigkeit der Mauer, die den Reformunwillen der SED erneut unter Beweis stellten. Die Hoffnung auf Liberalisierung infolge der anstehenden Kommunalwahlen am 7. Mai erfüllten sich nicht. Der von Berliner Christen der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ verbreitete Wahlauf Ruf unabhängiger Gruppen enthielt den Vorschlag, eigene Kandidaten aufzustellen. In Potsdam bildete sich daraufhin an der Friedrichskirchgemeinde die Arbeitsgruppe „Kontakte“, die sich aktiv in die Wahlvorbereitung einmischen wollte. Für die SED war damit die Machtfrage gestellt, die sie mit repressiven Maßnahmen zu beantworten gedachte. Das MfS startete die Aktion „Symbol 89“. Allein die Problematik der Nichtwähler wurde von den Kreisdienststellen in einem 47 Punkte (!) umfassenden Fragenkatalog behandelt.⁵⁵ Die Forderung der Gruppe Kontakte, besonders am Wahltag auf die Wahlabläufe und die Stimmenauszählung zu achten, sollte sich als entscheidend herausstellen. Die öffentliche Entlarvung der Wahlfälschung für Potsdam (ca. 8 Prozent Nein-Stimmen wurden zu knapp 1,5 Prozent) erschütterte nachhaltig die politische Glaubwürdigkeit: Sie war der Anfang vom Ende der DDR.⁵⁶

Das sogenannte Paneuropäische Picknick in Sopron (Ungarn) am 19. August nutzten Hunderte DDR-Bürger zur Flucht in den Westen. Die darauf folgende Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich am 11. September setzte eine Massenflucht und Botschaftsbesetzungen in Prag, Budapest und Warschau in Gang, die den politischen Aufbruch der Menschen in der DDR auslösten. Die Ablehnung der



Begrüßung Erich Honeckers anlässlich der Eröffnung des Manövers „Waffenbrüderschaft“ durch Oberbürgermeisterin Brunhilde Hanke am 8. September 1980

beabsichtigten Institutionalisierung des Neuen Forum als Plattform zur „kommen- den Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen“ am 22. September brachte das Faß zum Überlaufen. Erstmals seit dem 17. Juni 1953 fanden am 7. Oktober 1989 rund 2.000 Potsdamerinnen und Potsdamer den Mut, in der Brandenburger Straße unter dem Motto: „Wir bleiben hier, verändern wollen wir“ zu demonstrieren. Der Einsatz der „Sicherheitsorgane“, in der SED-Presse als „besonnenes Handeln im Sinne der Bürger“⁵⁷ gefeiert, war ein letztes Aufbäumen. Bei dem Protestmarsch am 4. November auf dem heutigen Luisenplatz, im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine der größten Demonstrationen in DDR-Großstädten an diesem Tag, waren die „Organe“ wie vom Erdboden verschluckt, obwohl auf einem Truppenübungsgelände bei Potsdam die Niederschlagung des Protestes geprobt worden war.

Schon am 25. Oktober hatte es ein erstes Gespräch zwischen Argus und dem damaligen SED-Kreissekretär Heinz Vietze über die Baupolitik in der Innenstadt gegeben. In dessen Folge beschloß am 1. November die Stadtverordnetenversamm-



Grundsteinlegung für den Theaterbau am Alten Markt am 1. September 1989. Von links: die Funktionäre Gero Hammer, Günter Jahn, dahinter Rolf Kutzmutz, Herbert Tzschoppe, Heinz Vietze

lung einen befristeten Abriß- und Baustopp für die Zweite Stadterweiterung. Ein weiteres Bauvorhaben trat bald in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion – der Theaterneubau auf dem Alten Markt, für den am 1. September 1989 der Grundstein gelegt worden war.

Die Versuche der SED, durch öffentliche „Dialogveranstaltungen“, wie am 29. Oktober 1989 im Jugendzentrum „Drushba“, die politische Initiative nach dem Honecker-Sturz zurückzuerlangen, scheiterten endgültig in der Nacht vom 9. zum 10. November mit der unbeabsichtigten Maueröffnung. In der Dynamik der kommenden Wochen zerfielen die Strukturen der SED und rissen auch die alten staatlichen Strukturen mit sich. Besonders ein „Organ“ wurde zum Thema der politischen Diskussion, die „Staatssicherheit“. Seit dem 5. Dezember versuchten Bürgerkomitees die Aktenvernichtung zu stoppen und die beginnende Auflösung des MfS zu kontrollieren.

Fünf Tage vor Weihnachten nahm ein erster „Runder Tisch“ in Potsdam die Arbeit auf. Er sollte das durch die sich auflösenden alten Hierarchien drohende Chaos verhindern. Mit dem am Heiligen Abend wegfallenden Zwangsumtausch für

West-Berliner und Westdeutsche war die Mauer endgültig offen, und mit der Silvesterfeier auf der Glienicker Brücke deutete sich etwas bis dahin Undenkbares an: die deutsche Wiedervereinigung im Kontext des sich auflösenden sowjetischen Machtblocks in Mittel- und Osteuropa.

Anmerkungen

- 1 Bericht der Potsdamer Stadtverwaltung 1946, Seite 19, Fotokopie, Potsdam-Museum
- 2 Stadtarchiv Potsdam, Sign. 45, Blatt 29ff, Tätigkeitsbericht der Polizei an den Oberbürgermeister vom 31.8.1945
- 3 Weiß, Hermann, Werwolf, in: Legenden, Lügen, Vorurteile, herausgegeben von Wolfgang Benz, München 1992, Seite 220ff
- 4 Narodnyi Komitet Wnutrennich Del, Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
- 5 Provinzbesprechung aller Parteileiter der Provinz Brandenburg am 27.6.45 in Berlin, Sammlung Schrift und Druck, Inventarnummer VI 62/18 S, Potsdam-Museum
- 6 Sammlung Schrift und Druck, Inv.Nr. VI 62/21, Bl. 5, Potsdam-Museum
- 7 Benz, Wolfgang, Potsdam 1945, Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986, Seite 119
- 8 Stadtarchiv Potsdam, Sign. 13, Blatt 226
- 9 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 203 VP II, 100, Blatt 144f
- 10 Protokolle der Vorstandssitzungen der SED, Stadtkreis Potsdam, September/Oktober 1946, Sammlung Schrift und Druck, Inv.Nr. VI 64/266 S, Potsdam-Museum
- 11 Adressbuch Gross-Potsdam 1947, I. Teil, Seite 22
- 12 BLHA, Rep. 212, 236, Blatt 77
- 13 BLHA, Rep. 202 A, 160, Blatt 4 RS
- 14 Die demokratische Gemeindeverfassung für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, § 9, Sammlung Schrift und Druck, Inv.Nr. VI 64/267 S, Potsdam-Museum
- 15 Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 23. Januar 1950, Protokoll in: Stadtarchiv Potsdam, Sign. 0.2.44-0 bis 0.2.46
- 16 47. Sitzung der StVV am 21.2.1950, Stadtarchiv Potsdam Sign. 0.2.47-0.2.50
- 17 48. Sitzung der StVV am 14.3.1950, Stadtarchiv Potsdam Sign. 0.2.47-0.2.50
- 18 Siehe: Werner, Frank, Potsdam, Städtebau und Raumentwicklung seit 1935, in: Beiträge und Materialien zur Regionalen Geographie, Heft 3, TU Berlin 1988
- 19 BLHA, Rep. 203 VP II, 35, Blatt 143
- 20 Viehrig, Hans, Ökonomisch-geographische Strukturwandlungen der Stadt Potsdam

- vom Jahre 1860 bis zur Gegenwart, Potsdam 1965, Manuskriptdruck, Seite 145
- 21 Siehe: Solschenizyn, Alexander, Der Archipel GULAG, Erster Teil, Die Gefängnisindustrie, Reinbek bei Hamburg 1988, Seite 15ff
 - 22 BStU, Außenstelle Potsdam, BVfS Potsdam, „Meldungen der op. Abteilungen im Haus“, 1/53, Blatt 215
 - 23 BStU, Außenstelle Potsdam, BVfS Potsdam, „Zusammengefaßte Vorkommnisse“, 1/53, Blatt 56
 - 24 Zitiert nach: Wernicke, Thomas, Staats-Sicherheit. Ein Haus in Potsdam, Potsdam-Museum 1991, Seite 29f
 - 25 Bundesministerium für Familien und Senioren, Informationsbericht, 3. Lieferung, Deutsche Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft, Die Toten, Mai 1992, Blatt 54
 - 26 SAPMO, ZPA NL 90/290, Nachlaß Grotewohl, „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“
 - 27 Der Aufstand begann am 23.10.1956 und wurde durch sowjetische Truppen blutig niedergeschlagen. Fast 200.000 Ungarn flüchteten in den Westen.
 - 28 Posener Aufstand Juni 1956/ „Polnischer Oktober“, der mit der Rückberufung Wladyslaw Gomulkas als 1. Sekretär der PVAP endete.
 - 29 Ulbricht, Walter, Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR, 33. Tagung des ZK der SED, 16. bis 19. Oktober 1957, Berlin 1957, Seite 42
 - 30 Ulbricht, Walter, a.a.O., Seite 44
 - 31 Giersberg, Hans-Joachim, Das Potsdamer Stadtschloß, Potsdam 1998, Seite 110
 - 32 BStU, MfS AGM, 1657, Blatt 21
 - 33 BStU, a.a.O., Blatt 106
 - 34 BStU, MfS Sekretariat des Ministers, 1434, Blatt 94ff
 - 35 Ministerium des Innern, Geheime Verschlusssache I 020559, Blatt 3
 - 36 Brandenburgische Neueste Nachrichten (BNN) vom 29.9.1960, in: ZAS Lauer 1960, Potsdam-Museum
 - 37 Märkische Volksstimme (MV) vom 29.4.1958, Seite 6, in: Stadtarchiv Potsdam, Sign, S-II/21, Bd. 45
 - 38 Schreiben der Staatlichen Bauaufsicht an das Institut für Denkmalpflege vom 29.9.1966, Kopie Potsdam-Museum
 - 39 Berg, Hans, Die Potsdamer Hof- und Garnisonkirche, in: Deutsche Geschichte, Heft XXXV (1998), Seite 26
 - 40 Berg, Hans, a.a.O., Seite 28
 - 41 ebenda
 - 42 Stern, Heinz, Wie soll das neue Potsdam aussehen?, in: Neues Deutschland (B) vom 23. Juni 1967, Seite 3

- 43 Kybernetik, griech. „Steuermannskunst“, Wissenschaft von den dynamischen selbst-regulierenden Systemen
- 44 Berg, Hans, a.a.O., Seite 29
- 45 BNN v. 27./28.4.1968, in: ZAS Lauer 1968/2, Potsdam-Museum
- 46 MV v. 25.5.1968, in: ZAS Lauer 1968/2, Potsdam-Museum
- 47 Berg, Hans, a.a.O., Seite 35
- 48 Pfarrer, Christen und Katholiken, Das MfS der ehemaligen DDR und die Kirchen, Herausgegeben von Gerhard Besier und Stephan Wolf, Neukirchen-Vluyn 1991, Seite 30f
- 49 10. Tagung des ZK der SED, 2.10.1973
- 50 Honecker, Erich, Aus meinem Leben, Berlin 1980, Seite 437
- 51 Der Doppelbeschluß sah vor, atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, sofern die UdSSR nicht in vier Jahren bereit sei, das gestörte eurostrategische Gleichgewicht durch Abrüstung wiederherzustellen.
- 52 Pfarrer, Christen und Katholiken, a.a.O., Seite 413
- 53 BStU, Bezirksverwaltung Potsdam, AKG 460/91, Blatt 175
- 54 BStU, Bezirksverwaltung Potsdam, AKG 151, Blatt 57
- 55 Mit tschekistischem Gruß, Berichte der BVfS Potsdam 1989, herausgegeben von Reinhard Meinel und Thomas Wernicke, Potsdam 1990, Seite 37f
- 56 Mit tschekistischem Gruß, a.a.O., Seite 69f
- 57 MV vom 9. Oktober 1989

Chronologie der Ereignisse

1945	Deutschland	Potsdam
1. Mai	Selbstmord Joseph Goebbels. Großadmiral Dönitz bildet in Flensburg die „Regierung Dönitz“.	Sowjetischer Kommandant von Potsdam ist Oberst Andrej S. Werin.
2. Mai	Kapitulation von Berlin.	Oberst Werin ernennt den Obermagistratsrat Dr. Friedrich Bestehorn zum provisorischen Oberbürgermeister von Potsdam.
3. Mai	Kapitulation der Wehrmacht im nordwestdeutschen Raum.	Bestehorn legt Werin einen vorläufigen Dezernatsverteilungsplan vor.
7. Mai	Erste bedingungslose Kapitulation General Jodls vor den Alliierten in Reims.	Verwaltungsmäßige Einteilung Postdams in Stadtbezirke.
8. Mai	Zweite bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht in Berlin-Karlshorst.	In Potsdam-Babelsberg ist ein Antifa-Komitee „Revolutionärer Vollzugs-ausschuß“ tätig.
9. Mai	Die „Gruppe Ulbricht“ nimmt in Berlin-Friedrichsfelde ihre Tätigkeit auf.	

1945	Deutschland	Potsdam
13. Mai		Verhaftung Friedrich Bestehorns durch das NKWD.
14. Mai		Aufruf des Potsdamer Antifa-Komitees „An alle ehrlichen Antifaschisten“.
19. Mai		Einsetzung eines neuen Potsdamer Magistrats unter der Leitung des Oberbürgermeisters Dr. Heinz Zahn.
5. Juni	Die vier alliierten Oberbefehlshaber in Berlin übernehmen die Regierungsgewalt in Deutschland.	
9. Juni	Bildung der SMAD.	
10. Juni	Befehl Nr. 2 der SMAD zur Bildung „antifaschistisch-demokratischer Parteien“ in der SBZ.	
11. Juni	Gründungsaufwurf der KPD in der SBZ.	
12. Juni		Bildung einer Ortsgruppe der KPD.
15. Juni	Gründungsaufwurf der SPD in der SBZ.	
16. Juni		Bildung einer Ortsgruppe der SPD.

1945	Deutschland	Potsdam
22. Juni		Beschlagnahme der Potsdamer Gerichtsgebäude und -akten durch das NKWD.
26. Juni	Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen in San Francisco. Gründungsauf Ruf der CDU in der SBZ.	Der Oberbürgermeister verpflichtet alle Männer zwischen 16 und 65 Lebensjahren und Frauen zwischen 18 und 60 Lebensjahren zur „Notdienstpflicht“.
27. Juni	Funktionärskonferenz der KPD für die Provinz Brandenburg.	
3. Juli	Gründung des „Kulturbundes“ in der SBZ.	
4. Juli	Einsetzung von Länder- bzw. Provinzialverwaltungen in Sachsen, Mecklenburg und Brandenburg durch die SMAD.	Potsdam wird Sitz der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg.
5. Juli	Gründung der LDP in der SBZ.	
14. Juli	Bildung des „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ in der SBZ.	
17. Juli	Die alliierte Siegerkonferenz unter dem Decknamen „Terminal“ beginnt.	Schloß Cecilienhof im Neuen Garten ist Ort der alliierten Siegerkonferenz.
19. Juli		Selbstauflösung des Antifa-Komitees. Anordnung des Magistrats zur Einsetzung von Hausobleuten, die ein Hausbuch über die Mieter zu führen haben.

1945	Deutschland	Potsdam
20. Juli		Ablösung Oberbürgermeister Dr. Zahns durch Walter Paul (KPD) aus Babelsberg.
27. Juli	Die „Potsdamer Konferenz“ fordert Japan zur bedingungslosen Kapitulation auf. Der zunächst geheimgehaltene Befehl Nr.17 der SMAD befiehlt die Bildung von deutschen Zentralbehörden in der SBZ.	
30. Juli	Erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats in Berlin.	
2. August	Ende der „Berliner (Potsdamer) Konferenz“. Veröffentlichung eines Kommuniqués.	
6. August	Abwurf der ersten Atom-bombe auf Hiroshima durch die US Air Force.	
7. August	Frankreich tritt dem Potsdamer Abkommen bei.	
8. August	Viermächteabkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher und Statut für den Internationalen Militärgerichtshof in London unterzeichnet. Die UdSSR erklärt Japan den Krieg.	Gründung einer Ortsgruppe des Kulturbundes. Stadt-Kirche-Gespräch über Gottesdienste, Religionsunterricht, Wohlfahrts-pflege, Kindergärten und Instandsetzung der Kirchen und Gemeindesäle.

1945	Deutschland	Potsdam
11. August	Zweiter Atombombenabwurf auf Nagasaki durch die US Air Force.	Räumung der Häuser in der Alexandrinen-, Kaiser-Wilhelm-, Hesse-, Albrechtstraße und der Jägerallee für die sowjetische Besatzungsmacht.
16. August	Das NKWD nimmt das ehemalige KZ Sachsenhausen als Internierungslager („Speziallager Nr. 7“) in Betrieb.	
27. August	Befehl Nr. 42 der SMAD über die Registrierung von Angehörigen der Wehrmacht, SS, SA, Gestapo und NSDAP. Umfangreiche Verhaftungen von belasteten wie nominellen Nationalsozialisten.	
2. September	Kapitulation Japans. Ende des Zweiten Weltkriegs.	Erstes öffentliches Gedenken an die Opfer des NS-Regimes.
4. September	Befehl Nr. 49 der SMAD zur Justizreform.	
6. September		Beginn der „Bodenreform“ in der Provinz Brandenburg.
10. September	Beginn der ersten Konferenz des Rats der Außenminister in London.	
1. Oktober	Beginn des regulären Schuljahres in der SBZ nach Befehl Nr. 40 der SMAD.	Erste Einheitsschule eröffnet.
10. Oktober	Auflösung der NSDAP durch Gesetz Nr. 2 des Kontrollrates.	

1945	Deutschland	Potsdam
18. Oktober	Eröffnungssitzung des Internationalen Militärgerichtshofes zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher in Berlin. Gemeinsamer Aufruf von KPD und SPD zur „Schulreform“.	Verbot des Schwarzen Marktes auf dem Wilhelmplatz (Platz der Einheit) durch Oberst Werin.
19. Oktober	Stuttgarter Erklärung der EKD („Schulbekenntnis“).	
27. Oktober		Gründung einer Ortsgruppe der CDU.
30. Oktober	Befehl Nr. 124 der SMAD zur „Sequestrierung“. Entschließung des „Antifa-Blocks“ zur Entnazifizierung.	
3. November		Bezirksparteitag der SPD.
9. November	Beginn der Pariser Reparationskonferenz. Zwanzig Staaten haben als Reparationsgläubiger Ansprüche an Deutschland.	
18. November		Erste Veranstaltung des Potsdamer Kulturbundes aus Anlaß des Geburtstages von Gerhart Hauptmann.
1. Dezember		Alle NS-belasteten Lehrer aus dem Schuldienst entlassen.
3. Dezember	Befehl Nr. 160 der SMAD über die „Verantwortung für Sabotage und Störungsversuche“.	

1945	Deutschland	Potsdam
6. Dezember	Befehl Nr. 162 der SMAD zur Ausbildung der Neulehrer in der SBZ.	
25. Dezember	Verabschiedung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 zur Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher.	
1946		
3. April		Zwangsvereinigung der Kreisorganisationen der KPD und der SPD zur SED.
30. Juni	Volksentscheid in Sachsen über die „Enteignung der NS-Aktivisten und Kriegsverbrecher“.	
30. Juli	Gründung der „Deutschen Verwaltung des Innern“ (DVdI) für die SBZ.	
15. September	Gemeindewahlen in der SBZ.	
20. Oktober	Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ.	
1947		
4. Juni	Bildung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) für die SBZ.	
23. Oktober	Einführung der „Wirtschaftsstrafverordnung“ der DWK als politisches Strafrecht in der SBZ.	

1948	Deutschland	Potsdam
5. Mai	Bildung der „Ausschüsse zum Schutz des Volkseigentums“ der DWK.	
20. Oktober		Gründung der „Brandenburgischen Landeshochschule“.
1949		
30. Juli		Denkschrift des Stadtbaurates Richard an Oberbürgermeister Paul.
7. Oktober	Gründung der DDR.	
1950		
8. Februar	Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).	
21. Februar		Wahl Artur Winters zum neuen Stadtbaurat durch die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung (StVV).
28. März		Verhaftung von Bürgermeisters Köhler und seiner Frau durch das MfS und verfassungswidrige Auslieferung an das NKWD.
2. Dezember		Verurteilung Erwin Köhlers und seiner Frau zum Tode durch ein sowjetisches Militärtribunal.

1951	Deutschland	Potsdam
16. Juni		Eröffnung der Schule des MfS in Potsdam-Eiche.
1953		
20. Februar		Bildung der „Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften“ in Potsdam-Babelsberg.
9. Juni	SED beschließt den „Neuen Kurs“.	
17. Juni	Volksaufstand in der DDR.	
1957		
16. bis 19. Oktober	33. Plenum des ZK der SED. Wende in der Baupolitik.	
1958		
26. April		Straßenbahn führt zum neuen Bahnhof Potsdam-Süd.
10. bis 16. Juli	V. Parteitag der SED. Beschluß des Kodex von den „10 Geboten für den sozialistischen Menschen“.	
1959		
1. Oktober	„Siebenjahrplan“.	
12. Mai		Anweisung des Politbüros der SED zum Abriß des Potsdamer Stadtschlösses.

1959	Deutschland	Potsdam
13. November		Potsdamer StVV beschließt den Abriß des Stadtschlösses.
1960		
28. April		Letzte Sprengung an der Stadtschloßruine.
2. Oktober		Bahnhof Potsdam-Süd wird „Hauptbahnhof“.
1961		
9. Juni		Sprengung der Nauener Brücke. Beginn der Zuschüttung des Stadtkanals.
13. August	Bau der Mauer.	
7. Dezember		Einweihung der neuen Langen Brücke.
1966		
17. bis 19. Juni		„8. Arbeiterfestspiele“ des FDGB in Potsdam.
29. September		Baustopp für den Wiederaufbau der Garnisonkirche.
1967		
22. Juni		Besuch Walter Ulbrichts in Potsdam.
1968		
6. April	„Volksentscheid“ über die neue DDR-Verfassung.	

1968	Deutschland	Potsdam
16. April		Politbüro der SED genehmigt die Potsdamer Bauplanung mit ausdrücklichem Hinweis auf den Abriß der Garnisonkirche.
26. April		StVV beschließt die Sprengung der Garnisonkirche.
14. Mai		Beginn der Sprengung der Kirchenschiffruine.
19. bis 23. Juni		Sprengung des Turmes der Garnisonkirche.
1969		
10. Juni	Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR.	
1973		
2. Oktober	10. Tagung des ZK der SED beschließt das „Wohnungsbauprogramm“.	
1975		
19. Juni	Volkskammer verabschiedet das „Denkmalpflegegesetz“ der DDR.	
1976		
17. Juni		Der Rat der Stadt Potsdam stellt das Stadtgebiet der „Zweiten Stadterweiterung“ unter Denkmalschutz.

1987	Deutschland	Potsdam
4. November		Beschluß der StVV zur „Rekonstruktion der Innenstadt“. Folge sind weitere Flächenabrisse.
1989		
7. Mai	Fälschung der abgegebenen Nein-Stimmen von ca. 8% auf 1-2% bei den Kommunalwahlen.	
19. August	Anläßlich des „Paneuropäischen Picknicks“ in Sopron beginnt die Massenflucht aus der DDR.	
1. September		Grundsteinlegung für den Theaterbau auf dem Alten Markt.
22. September	Verbot des Neuen Forum.	
7. Oktober		Protestdemonstration auf der Klement-Gottwald-Straße (Brandenburger Straße).
25. Oktober		Erstes Gespräch der Bürgerbewegung Argus mit der Stadt und der SED-Kreisleitung über das Bauen in der Innenstadt.
1. November		StVV beschließt Abriß- und Baustopp für die Zweite Stadterweiterung.
4. November		Erste offizielle Protestdemonstration in Potsdam.

1989	Deutschland	Potsdam
9. November	Die Ankündigung der neuen Reiseerleichterungen und Ausreisemöglichkeiten führt zum nicht beabsichtigten Fall der Mauer.	
10. November		Öffnung der Glienicker Brücke.
29. November	Auflösung der Nationalen Front, Einsetzung von Runden Tischen.	
5. Dezember		Sicherung der MfS-Objekte durch Vertreter der Bürgerbewegung.
24. Dezember	Wegfall des Zwangsumtausches.	Spontane Besuche von Berlinern aus dem Westteil der Stadt in Potsdam.
31. Dezember		Deutsch-deutsche Silvesterfeier auf der Glienicker Brücke.

Die Autoren

<i>Bahra, Hanne</i>	geb. 1952, Studium der Kunstgeschichte, freischaffende Autorin
<i>Borgmann, Lutz</i>	geb. 1933, Studium der Germanistik, zuletzt tätig als Chefredakteur der Berlin-Brandenburgischen Kirchenzeitung und Vorsitzender des ORB-Rundfunkrates (1991-1997)
<i>Burkhardt, Frieder</i>	1983 bis 1991 Rektor der Ausbildungsstätte im Civil-Waisenhaus, seit 1992 Professor für Sozialethik an der Fachhochschule Potsdam
<i>Eschenburg, Wieland</i>	geb. 1959, Orgelrestaurator, Angestellter in der Stadtverwaltung Potsdam
<i>Flade, Stephan</i>	geb. 1951, seit 1983 Pfarrer an der Friedrichskirche Potsdam-Babelsberg
<i>Gerlant, Uta</i>	geb. 1965, Keramikerin, z.Zt. Studentin der osteuropäischen Geschichte, Philosophie und Politik
<i>Grabner, Jeanne</i>	geb. 1968, Musik- und Germanistik-Studium, arbeitet als Referendarin im Schuldienst in Berlin
<i>Grabner, Sigrid</i>	geb. 1942, Studium der Indonesienkunde und Kulturwissenschaft, freie Autorin und Geschäftsführerin des Brandenburgischen Literaturbüros
<i>Guntowski, Jana</i>	geb. 1966, Studium der Betriebswirtschaft, arbeitet bei der Lufthansa in München
<i>Hohenstein, Erhart</i>	geb. 1938, Journalist, Redakteur der „Potsdamer Neueste Nachrichten“
<i>Klix, Henry</i>	geb. 1969, Journalist
<i>Köhler, Jürgen</i>	geb. 1935, Ölkaufmann, Rentner

<i>Lorenz, Carolin</i>	geb. 1965, z. Zt. Studium der Germanistik und Theaterwissenschaft
<i>Meinel, Reinhard</i>	geb. 1958, Physiker, Universität Jena
<i>Neumann, Lonny</i>	geb. 1934, Lehrerstudium (Deutsch und Musik), freie Autorin in Potsdam
<i>Oelschläger, Volker</i>	geb. 1967, Journalist, „Märkische Allgemeine Zeitung“ in Potsdam
<i>Roczen, Rainer</i>	geb. 1957, ausgebildeter Farb- und Oberflächengestalter im Bauwesen, heute Denkmalpfleger in Potsdam
<i>Ressel, Siegfried</i>	geb. 1958, Programmierer, Buchhändler
<i>Röder, Hendrik</i>	geb. 1964, Studium der Germanistik und Kunsterziehung, Geschäftsführer des Brandenburgischen Literaturbüros in Potsdam
<i>Schalinski, Hans</i>	geb. 1945, seit 1987 Pfarrer in Potsdam
<i>Schüler, Horst</i>	geb. 1924, Journalist bei der „Märkischen Volksstimme“, 1951 bis 1955 Arbeitslager Workuta, viele Jahre Redakteur beim „Hamburger Abendblatt“
<i>Schulz, Hans-Erich</i>	geb. 1939, in den achtziger Jahren Bereichsleiter einer Stuck-Abteilung, arbeitet als Bauleiter im Hochbau
<i>Tschäpe, Rudolf</i>	geb. 1943, Physiker, Astrophysikalisches Institut Potsdam
<i>Wernicke, Thomas</i>	geb. 1958, Diplom-Ethnologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Potsdam-Museum
<i>Wernick-Otto, Frank</i>	geb. 1951, Lehrer an der Evangelischen Fachschule für sozialpflegerische Berufe in Potsdam-Hermannswerder